



Grey Scale #13



A 1 2 3 4 5 6 M 8 9 10 11 12 13 14 15 B 17 18 19



Constantin Frantz Deutschland und der Föderalismus



Blue
Cyan
Green
Yellow
Red
Magenta
White
3/Color
Black

Colour Chart #13

Inches
Centimetres
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20



Constantin Frantz
Deutschland und
der Föderalismus



CONSTANTIN FRANTZ DEUTSCHLAND UND DER FÖDERALISMUS

MIT EINER EINLEITUNG
VON
DR. EUGEN STAMM



1.9.2.1

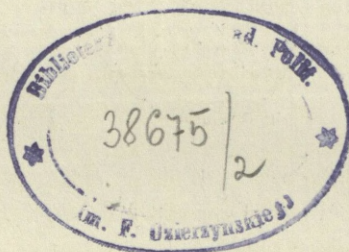
DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTT GART UND BERLIN

9(43)

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1921
by Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt
in Stuttgart



CONSTANTIN FRANTZ IN DER GEGENWART VON EUGEN STAMM

DEN NAMEN CONSTANTIN FRANTZ AUSSPRECHEN HEISST an, ich möchte sagen, alle die zahlreichen und schwierigen, uns so schmerzlich drückenden Probleme rühren, die unser volkliches Dasein und darüber hinaus die Zukunft der abendländischen Zivilisation und die höchsten Menschheitsfragen betreffen.

Vergangenheit, Zusammenbruch und Wiedergeburt Deutschlands waren das Thema dieses, wie er sich selber oft nannte, „isolierten Schriftstellers“. Es ist das Thema der Gegenwart.

1817 als Altpreuße geboren, hatte Constantin Frantz in seiner Jugend noch den Nachhall der Begeisterung aus den Freiheitskriegen empfunden und sich für sein Leben angefüllt mit jener Sehnsucht, die der beste und bleibende Teil deutscher Romantik ist.

Seit etwa 1848 in wachsendem Maße bei den führenden Staatsmännern des Deutschen Bundes und in der politisch interessierten Öffentlichkeit bekannt geworden, hätte er alle Ursache gehabt, auf seine publizistischen Erfolge stolz zu sein. Er hatte sich als Kritiker bewährt. Durfte er hoffen, bei der Lösung der deutschen Frage führend mit-tätig zu sein, wie er es sich wünschte? Frantz hatte (wie damals bekanntlich auch andere) in Bismarck den Tatmenschen gewittert und pflegte die im Frühjahr 1851 angeknüpften Beziehungen zu dem kommenden Heros in dem wenigstens noch am 9. August 1858 Bismarck gegenüber brieflich ausgesprochenen Gedanken, daß ihre „Wege zusammengehen“ und sie sich „vielleicht beiderseitig nützen“ könnten. 1862, in jenem Herbst, wollte Bismarck Frantz in seine Gefolgschaft aufnehmen. (Wie Frantz erzählte.) Ihre Wege hatten sich aber bereits innerlich getrennt. Die preußisch-kleindeutsche Lösung mußte Frantz aus Gründen innerster Überzeugung nicht nur ablehnen, er mußte sie bekämpfen. Das Schicksal, von der deutschen Öffentlichkeit, an die er als Bismarckgegner appellierte, verkannt, verdächtigt und totgeschwiegen zu werden, mußte Frantz auf sich nehmen. Dafür erlebt er heute seine Wiederauferstehung.

Buch auf Buch entstand also aus unaufhörlichem Ringen mit der deutschen Frage auch nach 1866. Immer tiefer, immer umfassender gestaltete sich die in den ersten Anfängen seines geschichtlich-philoso-

sophischen Denkens von Frantz¹⁾ empfangene Idee des Föderalismus. Nicht für den Augenblick geboren, zu hoch für ihre Zeit, ist diese Idee — zu dieser Überzeugung scheint man sich heute durchzuringen — zum mindesten eine Möglichkeit unserer Rettung aus dem heutigen Elend.

Denn weil wir glauben, daß Deutschland leben wird, müssen wir wohl auch an die Notwendigkeit des völligen „Umschwunges der politischen Denkweise“ glauben lernen, den Frantz zu fordern nicht erlahmte. Wie fremd klang uns das ehemals im saturierten Lande der Nachfahren Bismarcks und C. Frantz'!

Aber ein „Weltkrieg“ ohne Programm und dann auch noch eine „Weltrevolution“ ohne Programm, — das war genug selbst für deutsche Volkskraft! Die Kriegs- und die Revolutionspsychosen beginnen zu schwinden wie die Nebel in der Eingangsszene von Goethes Faust II. Teil. Unser Volk ist an dem Punkt angelangt, da es nach politischer Selbstbesinnung strebt.

Alles kann der Edle leisten,
Der versteht und rasch ergreift.

„Der Föderalismus ist ein versöhnendes Prinzip,“ sagt Constantin Frantz in seinem letzten Hauptwerk „Die Weltpolitik“. Wir waren allzumal Sünder. Aber lernen wir jetzt endlich einmal politisch denken; und da ist auf Constantin Frantz zu verweisen. „Ohne Philosophie geht es einmal nicht in der Politik, sowenig auch andererseits mit bloßer Philosophie auszukommen wäre, die freilich ihrem Wesen nach nur die Grundprinzipien behandeln kann, von wo bis zu den konkreten Fragen immer noch ein weiter Weg ist. Aber dafür sind auch die Grundprinzipien von den weitreichendsten Folgen.“ (Frantz' Liter.-polit. Aufsätze, 1876, Nachwort.) Kant sagte: „Der Staat soll den Philosophen hören,“ und Frantz, um ihn gleich noch einmal anzuführen: „Das allgemeine Defizit in den Staatsfinanzen wie in der Volkswohlfahrt ist zuletzt ein Defizit der Wissenschaft.“ („Naturlehre des Staates“, 1870.)

Wo findet sich aber in Deutschland der Mittelpunkt für die zusammenfassende Constantin-Frantz-Forschung? Noch harren wir scheinbar aussichtslos darauf. Ein betrübliches Durch-

¹⁾ Einen „winzig kleinen Vielschreiber“ nannte ihn 1916 ein alldeutscher Graf. Si tacuisses!

einander und stückweises Arbeiten von den verschiedensten Punkten aus ist alles, was ich sehe.¹⁾

Auf die Verbindung von Realismus und Idealismus, auf die Verbindung von kühler Beobachtung und gesundem Menschenverstand mit Begeisterung und Religion muß man den Finger bei Constantin Frantz legen. Darin haben wir seine Gegenwartsbedeutung oder die Deutschheit Constantin Frantz' zu sehen und das Wesen einer deutschen Politik (sagen wir es auch noch einmal: einer philosophischen Politik) überhaupt. Das führt uns hinaus über chauvinistische Selbstverherrlichung, bloße Nationalökonomie, formale Demokratie, Klassenkampf oder was man sonst bislang unter deutscher Politik verstand und versteht.

Politik als Wissenschaft ist bei Frantz (wie jede andere recht betriebene Wissenschaft setzen wir hinzu) Vereinigung von Beobachtung und Hypothese; die historisch-geographischen Bedingtheiten eines jeden Staatsindividuums und die Geltendmachung sittlicher Ideen sollen die Staatskunst bestimmen. Daß praktische Politik eine Kunst ist und immer stark durch das persönliche, irrationale Moment beeinflusst wird, wußte Frantz sehr wohl. Es sind die schönsten und tiefsten Stellen in seinen Werken, wo er auf diesen Punkt zu sprechen kommt. Er läßt wohl gerne einen Strahl des Lichts der Schellingschen Philosophie, die „die Tat in die Spekulation aufnahm“, in diese dunkelsten Tiefen der geschichtlichen Forschungen fallen:

„Reine Faselei darum, von einem Organismus der Geschichte zu sprechen. Wäre sie wirklich ein Organismus, so könnte sie auch nur als eine höhere Stufe des Naturreiches gelten, ein besonderes Reich hingegen ist sie, weil sie vielmehr ein Drama ist, und das wieder, — wie das Wort selbst besagt, — weil ihr eigentümliches Wesen aus der Tat entspringt, nämlich aus der Tat des Menschen. Das kann man nicht nachdrücklich genug sagen. Ist der Mensch nach seiner Naturseite selbst an die Naturgesetze gebunden und muß

¹⁾ Mit der hier eingeleiteten, ursprünglich von dem Herausgeber der Summa-Schriften, Franz Blei, 1917 veranlaßten gekürzten Neuausgabe des Frantz'schen Werkes „Der Föderalismus“ aus dem Jahre 1879 ist nur ein Anfang gemacht zu der längst notwendigen Gesamtausgabe der Frantz'schen Werke und kleineren Arbeiten, die kaum der wissenschaftlichen Forschung, geschweige denn dem Laien zugänglich sind. Wir dürfen es mit Dank begrüßen, daß die Deutsche Verlags-Anstalt in verständnisvoller Weise sich bereit zeigt, die Bemühungen um Const. Frantz fortzusetzen.

sie nehmen wie sie ist — mit ihren Gebirgen, Strömen und Meeren, mit ihrem Wechsel der Jahreszeiten usw., woran er nichts Wesentliches ändern kann —, so liegt darin hingegen seine Hoheit, daß er in der Geschichte selbst als Schöpfer auftritt und dieses besondere Reich selbst begründet hat. Seine Hoheit und ach — sein Fluch! Denn mit dieser seiner Schöpferkraft ist auch die Schuld gegeben. Darum wird das Drama der Geschichte zur Tragödie, und Tragik durchzieht die ganze Weltgeschichte.“ („Der Untergang der alten Parteien“, 1878.)

Wo finden wir wieder solche denkende Hingabe an das Schicksal des deutschen Volkes wie bei Constantin Frantz? Er gab sein Leben dafür hin, über diese mißliche Sache nachzudenken, könnte man in Anwendung eines bekannten Schopenhauerwortes sagen. Man muß an Friedrich List und Lagarde denken, die in ihrem persönlichen Schicksal und in dem, was sie einer verständnislosen Mitwelt predigten, wohl Ähnlichkeit mit Frantz haben. Lagarde sagt in seinen viel gerühmten (auch viel gelesenen?) Deutschen Schriften: „In der Politik leistet kein Mann, sondern nur der Lakai unbedingte Heerfolge.“ Und zwar sagt Lagarde dies in Verteidigung einer ebenfalls Bismarck gegenüber eingenommenen Oppositionsstellung. Bismarck habe „in seiner eigenen Politik durchaus nicht immer einen so scharfen Blick und eine so sichere Hand gezeigt, wie seine Anhänger sich und andere wollen glauben machen.“ (Lagarde.)

Kleinlich und beschränkt war es damals, wenn man jede Kritik an Bismarck verdonnern wollte in der Art, wie das zum Beispiel von nationalliberaler Seite geschah; kleinlich und beschränkt ist es aber heute, wenn man das ungeheure Maß von Positivem und Bleibendem, was Bismarck geschaffen hat, wenn man die für alle Zeiten gerade für uns Deutsche erzieherische Bedeutung dieses einzigen Staatsmannes wegdisputieren will; wer das möchte, der wird sich auf die Dauer nicht mit Erfolg auf Constantin Frantz berufen dürfen.¹⁾

¹⁾ Die folgenden Zeilen werden das noch näher zeigen. Ich verweise auch auf meine 1917 in der Deutschen Verlags-Anstalt erschienene kleine Schrift „Konstantin Frantz und Bismarck“ und auf die ziemlich verständnislose Rezension derselben durch Professor K. Heldmann in den Hessischen Blättern. Meine durch die Ungunst der Verhältnisse leider noch unvollendet gebliebene Constantin-Frantz-Biographie, auf die ich hier auch verweisen darf, erschien 1907 als 19. Heft der Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte usw. (Carl Winters Universitätsbuchhandlung, Heidelberg) unter dem Titel „Konstantin Frantz' Schriften und Leben, Erster Teil 1817—56“.

Wenn Frantz einige Zeilen nach dem eben aus seinem „Untergang der alten Parteien“ gebrachten Zitat sagt: „Das ist die Weise jedes wirklichen Genies, daß es aus der hergebrachten Ordnung heraustritt und sich neue Bahnen eröffnet, wobei dann freilich und ganz unvermeidlich auch immer ein Stück organischer Entwicklung in die Brüche fallen wird,“ so beziehe ich das ruhig auf Bismarck, obwohl man nicht bestimmt sagen kann, daß Frantz dabei an Bismarck denken wollte, dem er nur „eine gewisse Art von Genie“ zubilligte, gleichwie er der Bismarckschen Reichsschöpfung nur „eine relative Berechtigung“ „als Provisorium und Übergangsstadium zu einer neueren und höheren Bildung“ zugestand. Ganz auf sich selbst gestellt, mußte Frantz wohl die stärksten Verteidigungsmittel brauchen, d. h. mit den schärfsten Waffen angreifen. Aber: quod licet Jovi, non licet bovi! Frantz wollte am „Bismarckianismus“ die negativen Seiten der Bismarckschen Politik, nicht Bismarcks Leistungen schlechtweg kritisieren, wie er denn Bismarck persönlich immer noch über alle dessen Gegner stellte, insoweit unbekümmert darum, daß er (Frantz) als Staatsdenker mehr forderte als Bismarck als Staatsmann erreichen konnte.

Ich betone also: Heute, für uns, bedeutet die Opposition Frantz' gegen Bismarck **Ergänzung** Bismarcks durch Constantin Frantz! Heute, wo man sich in den bekannten Kreisen der Entente glaubt anschicken zu können, dem von der ganzen Welt angefallenen Reiche Bismarcks den letzten Fußtritt zu versetzen, müssen wir schon wieder an den machtvollen mitteleuropäischen Bund denken, den die Frantz, List und Lagarde erschauten (übrigens nicht ohne ihrerseits wieder Vorgänger und Gesinnungsgenossen gehabt zu haben) und dem Bismarck bereits die ersten Wege zur Verwirklichung bahnte.

Das Bismarcksche Erbe ist nahezu bis auf den letzten Rest vertan. Wir sind in der „Blut- und Eisen“-Politik stecken geblieben, einer Blut- und Eisenpolitik, die zwar meiner Überzeugung nach der große Staatsmann nie getrieben haben würde, denn sie stellt die Vergrößerung der Bismarckschen Politik ins schließlich völlig Geistlose dar, die wir aber doch jetzt als die geschichtliche Folgeerscheinung jener im damaligen neuen Deutschland unter dem Sonnenlichte der Bismarckschen Erfolge üppig emporwuchernden Katastrophen-„Mentalität“ (Frantz würde sagen des Nationalliberalismus) erkennen müssen und aus der wir herauskommen müssen, um uns zu retten und wieder emporzusteigen.

Ich bleibe dabei, daß Bismarck, der immer noch Unbegriffene, für seinen persönlichen Teil so ungeheure Verdienste hat, daß die Vorwürfe, die ein Frantz und ein Lagarde in leidenschaftlichem Unmut gegen ihn erhoben, an seiner Größe nichts ändern. Aber auch Bismarck war schließlich nur eine geschichtliche Größe.

Es sind die alten Konflikte, die alten Probleme, wenn man so will, aus denen wir einen Ausweg finden müssen, aber die Gegenwart muß immer wieder neue Lösungen für die alten Notwendigkeiten finden, denn die Geschichte steht nicht still. Was du ererbt von deinen Vätern . . . Es wäre das größte Unglück für uns, wollten wir einen Bismarck zum Dogma erheben. Es bliebe dann auch heute noch bei der Oberflächlichkeit des politischen Denkens, über die Frantz und Lagarde damals schalten. Nachdem die Macht uns verdummt hat, wie Nietzsche sagte, muß die Ohnmacht uns wieder klug machen.

Es fragt sich jetzt, wo das Weltgewissen nach Recht und Frieden schreit, wie soll Deutschland, wie soll die Welt zu Recht und Frieden gelangen?

Auch wieder durch Macht? Sicherlich! Aber was ist Macht?

Frantz sucht sie philosophisch im Sittlichen, praktisch-politisch in der Föderation, im Bund. Nach Frantz gelangt Deutschland, gelangt die Welt durch den mitteleuropäischen Bund zum Recht und zum Frieden.

Hier haben wir die Frage, die jetzt auf die Tagesordnung aller Besonnenen gehört. Stimmen aus Deutschland und auch Stimmen von England, wo man bekanntlich in wahrhaft brutaler Weise und mit bestem Erfolg darauf aus war, uns physisch und moralisch auszuhungern, solange Great Britain sich durch Deutschland in seiner Existenz bedroht glauben konnte, lassen darauf schließen, daß die Diskussion im Gang ist, die durch die historische Entwicklung vorgeschrieben ist und durch französisch-militaristische Unvernunft nicht aufgehalten werden kann.

Hier liegt auch, wie Frantz gezeigt hat, die Verknüpfung von auswärtiger und innerer Politik; an und für sich überhaupt ein wesentliches Moment aller Politik, das man bekanntlich in Deutschland schon lange zu übersehen pflegt. Während des Krieges wollten wir äußere Politik machen, ohne an die innere zu denken, nach dem Kriege will man bei uns umgekehrt innere Politik machen ohne äußere, — und so hatten und haben wir überhaupt keine Politik. Die Erhaltung der deutschen Einzelstaaten, die Autonomie der Pro-

vinzen und weiter hinab der Kreise und Gemeinden, bedeuten im Sinne des Frantz'schen Föderalismus keine Schwächung, sondern Stärkung, wenn sie eben nicht auf partikularistischer, sondern föderalistischer Basis gegründet werden, d. h. wenn dezentralisierende Verselbständigung und Stärkung der Einzelglieder im Inneren mit zentralisierender Zusammenfassung aller Kräfte nach außen vereinigt wird. Auf diese Weise geht die nationale Organisation über in die internationale; wir gelangen auf der einen Seite zum Selfgovernment („das föderative Prinzip ist das germanische Prinzip“), auf der anderen zum Völkerbund mit dem „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“; oder mit anderen Worten: der deutsche Bund erweitert sich zum mitteleuropäischen Bund. Es leuchtet ein, daß nicht nur viel Takt und politische Klugheit der Führenden, sondern auch eine starke sittliche Überzeugung der breiten Massen erforderlich sind, um einen solchen Föderalismus möglich machen zu können, den Frantz als die Verwirklichung des christlichen Prinzips in der Politik betrachtet. („Der Föderalismus ist gar nichts anderes als die der Welt zugewandte Seite der christlichen Entwicklung“, Weltpolitik III.) Aber hier liegt die große erzieherische Aufgabe Deutschlands der Welt gegenüber, die freilich zunächst Selbsterziehung voraussetzt, hier haben wir die Plattform, von der aus wir dem Entente-„Völkerbund“ als die moralisch Überlegenen und somit wenigstens in diesem Sinne schon jetzt als die Mächtigeren entgegenreten können. In hoc signo vinces. Die kapitalistische Ausbeutungsassoziation m. b. H. jener „Macht-politiker“ des Feindbundes wird vor der öffentlichen Meinung der auf die Dauer nüchtern urteilenden Welt diesem deutschen Bund, der jeden zu seinem Recht kommen läßt, den Rang nicht streitig machen können. Lassen wir ruhig allen Optimismus beiseite; der gehört freilich nicht in die Politik! Vielmehr müssen wir vom Standpunkt C. Frantz' aus jenen „Optimismus“ sehr nüchtern ablehnen, mit dem man glaubte, nahezu allein gegen die verbündeten Mächte der gesamten Welt Krieg führen zu können. Das war überhaupt schon einmal das Gegenteil von einer Bismarck'schen Machtpolitik. Und wenn es an der Sittlichkeit zunächst noch fehlt (aus der schier grenzenlosen Zerstörung aller sittlichen Werte durch den Krieg muß zwar notwendig einmal wieder ein neuer sittlicher Drang erwachsen), dann schreien die wirtschaftlichen Notwendigkeiten nach dem Föderalismus Constantin Frantz'. Und für das Wirtschaftliche hat doch die maudite race gerade heute

noch viel Verständnis. Dem Zeitalter der Religionskriege folgte die durch die Philosophen vorbereitete Zeit der religiösen Toleranz, auf die Zeit der nationalen und Wirtschaftskriege, der internationalen und sozialen Zerstörungswut muß die durch die Denkenden aller Nationen vorbereitete Zeit der internationalen, der wirtschaftlichen und sozialen Verständigung folgen, weil, wie der große und unpolitische Pessimist gesagt hat, die Selbsterhaltung die Grundbestrebung des Willens ist. Omne ens in suo esse perseverare studet. Die Individuen gehen unter, die Gattung will und wird bestehen. Frantz pflegt gern auf das auch wohl heute noch die Lage bezeichnende Gentschische Wort zu verweisen, das er (Frantz) seinen immer noch lesenswerten „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht“ vom Jahr 1859 als Begleitwort voranstellte: „Europa ist durch Deutschland gefallen, durch Deutschland muß es wieder emporsteigen.“

Von dem, soviel ich sehe, gegenwärtig ziemlich vergessenen Carl Marlo (Winkelblech), der nach Frantz „zuerst den Begriff des Föderalismus in die Ökonomik“ eingeführt hat, übernahm Frantz die Formel, daß der Föderalismus das höhere Dritte zu dem (egoistischen, atomisierenden) Individualismus oder Liberalismus und dem (zwar altruistischen, aber mechanische Zwangsmittel anwendenden) Sozialismus sei. In der Praxis laufen nach Frantz-Marlo der Liberalismus wie der Sozialismus auf Zentralisation hinaus, und die schädlichen Einseitigkeiten der Zentralisation im politischen und im wirtschaftlichen Leben zu überwinden, das ist das für uns so sehr beachtenswerte Streben Constantin Frantz'.

Im Zusammenhang hiermit ist es z. B. interessant, in diesen Tagen zu lesen, daß man unsere „künftige Wirtschaftsorganisation“ und „nationale Erneuerung“ aus der „wirtschaftlichen Selbstverwaltung auf föderalistischer Grundlage“ erhofft.¹⁾ Die vorgeschlagene „eigentümliche Gliederung der Produktion einmal nach Wirtschaftszweigen, d. h. gewissermaßen in senkrechter Richtung, das andere Mal nach Wirtschaftsgebieten, oder gewissermaßen in wagrechter Richtung, nämlich durch Zwischenverbindung mit den territorial verschwisterten Wirtschaftsbetrieben“, von demselben Verfasser erläutert²⁾ ist Frantzisch gedacht, wie Frantz ja auch die politische

¹⁾ Quatz, „Köln. Ztg.“ Nr. 694 vom 12. Mai 1920.

²⁾ A. a. O. an einem Beispiel der Elektrizitätswirtschaft im Rheinland und Westfalen.

Repräsentation senkrecht nach berufsständischen, korporativen und horizontal nach örtlichen Kategorien unentwegt, seit den Tagen der preußischen Verfassungskämpfe von 1848 bis 1850, gefordert hat. Damit sind wir bei der Frantz'schen Kritik des nun auch von vielen Denkenden schmerzlich als unzulänglich erkannten demokratischen Nur-Parlamentarismus angelangt, und wir sehen, daß aus dem Denken von Frantz auch eine der „ideologischen Wurzeln des Rätessystems“¹⁾ ihre Nahrung saugt. Um es nicht zu vergessen, kann ich hier gleich anmerken, daß Frantz sich auch gerne mit Vorschlägen zu einer Senatsbildung befaßte. Sollten hier nicht Fingerzeige zu finden sein für einen Weg, der uns die Verfassung gibt, die wir immer noch brauchen, d. h. einfach für eine Verfassung, die die richtigen Männer an die richtige Stelle bringt? Freilich gehört dazu erst einmal die richtige geistige Verfassung, die Selbstbefreiung des deutschen Volkes vom Geschwätz und Philistertum in der Politik. —

Es ist schwer, das wird man mir nach dem von mir früher und in dieser notwendig skizzenhaften Einleitung schon Gesagten gern glauben, von alle dem, was Frantz als Kritiker und Theoretiker hervorbrachte und im Lauf der Jahre mit feinen Strichen zu einem immer einheitlicheren Bilde abrundete in dem beständig fortschreitenden Aufbau und Umbau seiner Gedanken, eine einigermaßen erschöpfende und zugleich übersichtliche Darstellung zu geben, die mehr ist oder weniger als eine trockene Aufzählung. Man muß unter diesen Umständen notgedrungen über viele Punkte flüchtig hinweggehen, um an einigen wenigen etwas ausführlicher verweilen zu können. Es sei mir gestattet, die Darstellung noch einmal auf das zentrale Problem Macht und Recht im Bund zurückzulenken.

Außenpolitisch dachte sich Frantz den mitteleuropäischen Bund an England angegliedert, Belgien, Holland und die Schweiz nebst den skandinavischen Ländern sollten sich unter Wahrung ihrer notwendigen Selbständigkeit dem Wirtschafts- und Defensivbund angliedern, der durch sein bloßes Dasein und seine natürliche Defensivkraft bei geringen militärischen Rüstungen eine Friedensgarantie gegenüber dem französischen, dem russischen und dem für die Zukunft zu erwartenden amerikanischen Imperialismus darstellen würde. Es ist jetzt, wo wir über die versäumte Bündnisgelegenheit vom

¹⁾ Verdroß, Deutsche Politik, Heft 27 vom 4. Juli 1919.

Jahre 1901 aufgeklärt sind, Mode, auf Bismarcks englische Bündnispläne hinzuweisen: Frantz befürwortete diese englische Orientierung schon seit 1858. (Seine Broschüre „Quid faciamus nos“ hat damals erhebliches Aufsehen in Deutschland und über die Grenzen Deutschlands hinaus erregt.)

Der Föderalismus ermöglicht fortschreitende Ausdehnung. Insofern ist Frantz auch der Vertreter einer deutschen „Weltpolitik“, und zwar war er einer der allerersten Erdenker einer deutschen Weltpolitik. „Das ist aber eben die Aufgabe, daß wir eine Weltmacht werden, wenn wir in Zukunft noch etwas bedeuten wollen.“ („Die Ereignisse in Amerika in ihrer Rückwirkung auf Deutschland“, 1861.) Er hat nie gesagt oder geglaubt, daß man Politik ohne Macht treiben kann, wie man heute (oder ist 1918 bis 1919 nicht mehr heute?) vielfach noch zu glauben scheint. Es kam Frantz gerade darauf an, zu zeigen, was „Macht“ und was „Recht“ bedeuten. Vielleicht betonte der jüngere Frantz (vor 1866) mehr die „Macht“ und der ältere Frantz (nach 1866) mehr das „Recht“ in der Politik, aber das, worauf es ankommt, hat er immer sehr geistvoll zu schildern gewußt, daß nämlich „das Staatsleben auf dem fortwährenden Ineinandergreifen von Macht und Recht beruht“. Auch die geistigen Kräfte haben ihre Statik und Dynamik, die der Staatsmann wohl zu beachten haben wird. Mit dem bloßen Kommando „Durchhalten, Aushalten, Maulhalten!“ gewinnt man noch keinen Weltkrieg gegen zehnfache Übermacht. Klingt es nicht wahrhaft wie eine Prophetie auf die Gegenwart, wenn der politisch feinnervige Constantin Frantz bereits vor dem Krieg von 1870 sagt: „Die beiden Hauptkrankheiten unserer Zeit sind rechtlose Macht und machtloses Recht?“ (Naturlehre des Staates.) Oder: „Ohne Macht keine Staatsgewalt, ohne Staatsgewalt keine Macht“, — das mag man sich heute hinter die Ohren schreiben. „Das Recht muß“ zwar „die Macht zur allerunentbehrlichsten Grundlage haben; aber weit entfernt, daß die Macht dadurch über das Recht erhoben würde, wird sie vielmehr dem Rechte untergeordnet.“ Hat man daran genügend gedacht zur Zeit „unseres herrlichen Krieges“?

„Der Untergang vieler Demokratien,“ heißt es ebenfalls in der Naturlehre des Staates (die eine „Phänomenologie des Staates“, keineswegs „ein Pendant zu den physischen Wissenschaften“ sein will), „beruht auf der Gleichsetzung von momentanem Volkswillen und Staatsgewalt.“ Auch an so etwas mochte man wohl nicht

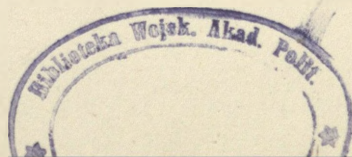
denken im ersten Freudenrausch über die „revolutionären Errungenschaften“.

Lichtvoll, ruhig, objektiv betrachtet Frantz die Frage „Monarchie oder Demokratie?“ nicht als die Frage von Sein oder Nichtsein. Als Altpreuße hatte er ursprünglich starke Neigungen für das Pflichtbewußtseinskönigtum des großen Friedrich. Spenglers Gleichsetzung von Preußentum und Sozialismus findet man bei Frantz schon in seinen allerersten Schriften aus den 1840er Jahren. Nach der politischen Umwälzung von 1866 liebte Frantz es dann, anzudeuten, daß die Hohenzollern mit dem Hereinbrechen der drohenden europäischen Katastrophe, die unvermeidlich zu werden schien infolge der seit den europäischen Kriegen von 1848 bis 1866 bzw. darüber hinaus zurückgebliebenen und durch die unablässigen Rüstungen weiter gesteigerten internationalen Spannung, vielleicht sehr bald gezwungen sein könnten, das Schicksal der von ihnen depossedierten deutschen Fürsten zu teilen. Die Revolution von oben könnte ihre Fortsetzung in der Revolution von unten finden. Frantz sah das Gespenst der sozialen Revolution, den sozialistischen Fanatismus vor den Toren des siegreichen Deutschland lauern, wie Bismarck, und gedachte es zu bannen, ebenfalls wie Bismarck, aber freilich mit anderen Mitteln als dieser.

Evolution nicht Revolution ist und bleibt oberster Grundsatz der „föderalistischen“ Politik. Und daß Evolution die einzig mögliche Politik für das Volk Goethes ist, dürften die Erfahrungen seit 1918 aufs neue erwiesen haben. Das Revolutionäre liegt uns bekanntlich doch nicht im Blute. Vier Jahre Menschenmorden, Kulturzerstörung, Hunger und grausamste Enttäuschung hatten das nach Lagarde „gutherzigste, leitbarste und opferfreudigste“ Volk völlig aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht. Die Autorität, an die man geglaubt hatte, brach zusammen. Pöbelherrschaft bedrohte uns. Aber schon ist die abermalige Umstellung der Gemüter unverkennbar geworden. Wer an C. Frantz denkt, der schon 1852 ein hitziger Gegner der Reaktion war, könnte bereits wieder an die Gefahren einer durch das mannigfache Versagen unseres Sozialismus heraufbeschworenen geistlosen Reaktion denken.

Hüten wir uns auch davor!

Der Sozialismus ist da, liegt in den tatsächlichen Verhältnissen begründet, man muß sich ihm anpassen, nicht ihn unterdrücken wollen, denkt Frantz, wenn man eben Evolution und nicht Revolution zum



Prinzip des staatsmännischen Eingreifens in den Verlauf der historischen Bewegungen machen will. „So freilich ist die Sache nicht gemeint, als ob mit dem föderativen Prinzip auch alle Fragen auf einmal gelöst wären, sondern dieses Prinzip würde uns als Leitfaden dazu dienen, wonach man die Lösung in Angriff zu nehmen hätte. Oder um in der Sprache Kants zu reden: es soll regulativ wirken, nicht konstitutiv, und mehr kann überhaupt kein Prinzip leisten. Aus einem bloßen Prinzip heraus läßt sich niemals irgendeine reale Ordnung konstruieren, oder wo dennoch desgleichen versucht würde, entständen nur unhaltbare Schöpfungen daraus. Die konstitutiven Elemente liegen vielmehr in dem jedesmaligen tatsächlichen Material, welches daher vorweg speziell untersucht werden muß. Der Föderalismus lehnt das nicht etwa ab, sondern fordert es sogar, und wird sich daher auch überall den nicht zu beseitigenden tatsächlichen Verhältnissen akkommodieren müssen.“

Diese 1883 in der „Weltpolitik“, dem wohl bedeutendsten und umfassendsten Werke von Frantz,¹⁾ gerade mit Bezug auf den Sozialismus geschriebenen Sätze zeigen eine Schmiegsamkeit des politischen Denkens, die Frantz davor bewahrt hat, im Doktrinarismus zu erstarren, und die für uns heute in jeder Beziehung vorbildlich sein sollte. Er mochte und mag manchmal doktrinär erscheinen; er war es auf die Dauer nicht, so gewiß wie er beständig den Doktrinarismus der Parteien und Staatsmänner bekämpfte und verspottete. Er wurzelte freilich im Älteren,²⁾ aber er wuchs und wuchs beständig über sich und seine Umgebung hinaus. Man muß ihn nur mit ruhiger Überlegung lesen und den gesamten reichen Ertrag seines Denkens zu werten verstehen, das schließlich immer wieder gipfelt in der Vereinigung von klarer prinzipieller Überzeugung mit politisch kluger Anpassung an das tatsächlich Gegebene. Freilich gelangt man erst dann dazu, Frantz so zu sehen, wenn man innerlich bereit ist, von ihm zu lernen, das heißt also, wenn man sich von den letzten Spuren

¹⁾ Dem wir in erster Linie einen Neudruck wünschten.

²⁾ Erich Marcks, „Deutsche Geschichte und deutsche Zukunft“, zur Auseinandersetzung mit Professor Fr. W. Foerster 1. Juli 1916, in „Männer und Zeiten“ 2. Bd. (Quelle u. Meyer). Ich kann mich in der Beurteilung Const. Frantz' so wenig E. Marcks wie Fr. W. Foerster („Politische Ethik“, Verlag Ernst Reinhardt, München) anschließen. Marcks scheint mir die Eigenart und Zukunftsbedeutung von Frantz zu unterschätzen. Foerster andererseits scheint mir zu übersehen, daß Frantz bei allem Idealismus doch zugleich auch sehr realpolitisch-national denkt.

parteipolitischer oder gelehrter Vorurteile dieser ganz selbständige Erscheinung gegenüber frei gemacht hat und sich nicht an den vorhandenen Widersprüchen reiben will. Es ist das natürliche Recht aller bedeutenden Persönlichkeiten, widerspruchsvoll zu erscheinen. Dafür müssen sie dann bekanntlich auf frühen und allgemeinen Beifall verzichten.

Auch heute sind die Parteien noch die scheinbar einzigen Träger des freilich arg zerrütteten politischen Lebens in Deutschland. Wir haben es nicht vermocht, unser politisches Leben anders vor dem Chaos zu bewahren, als indem wir uns an die überlieferten Parteien anklammerten. So ist mit einer gewissen Wendung ins Demokratische allerdings die alte Zerfahrenheit geblieben, und damit besteht weiter die Notwendigkeit des schon von Frantz geforderten und nun inzwischen allgemein als notwendig empfundenen Um- und Neuaufbaues des Parteilebens.

Für den, der sich am Frantz'schen Föderalismus orientieren will, dürften alle heutigen Parteien in gewissem Sinne gerichtet sein. Auch die „Ultramontanen“ und „Sozialisten“, denen gegenüber Frantz insofern keine unfreundliche Haltung einnahm, als sie „ein Prinzip verkörperten“, und weil sie seiner Meinung nach in unkluger und ungerechter Weise verfolgt wurden.

Vom Ultramontanismus sagte Frantz, daß er zwar „als eine Weltmacht auftrete“ und ein wirksames Gegengewicht gegen Militarismus und Plutokratie bilde, aber ein zweideutiges Wesen sei als eine ebenso politische wie kirchlich religiöse Partei; daraus folge „ihre Unzuverlässigkeit, weil sie um ihrer kirchlichen Interessen willen unter Umständen ihren politischen Standpunkt wie im Handumdrehen verändern kann.“ („Der Untergang der alten Parteien.“)

Er mochte es den Arbeitern nicht verargen, daß sie „an der nationalliberalen Herrlichkeit mit ihrer Sedanfeier und ihrem Gründertum keinen Geschmack“ fanden. Das Anwachsen des „Sozialismus“ bedauerte er keineswegs, „entweder muß der Sozialismus siegen, oder es muß ein neues, höheres Prinzip auftreten.“ (Weltpolitik III.) Unablässig hatte Frantz auf soziale Reformen gedrängt. „Die soziale Steuerreform“ (progressive Einkommen- und Erbschaftssteuer) war ihm die „*Conditio sine qua non*, wenn der sozialen Revolution vorgebeugt werden soll“. (Titel seines Buches vom Jahre 1881.)

Man hat ihn nicht gehört, und mit der sozialen Revolution ist dann eine zur Karikatur verzerrte „soziale“ Steuerpolitik über uns

gekommen. (Man vergleiche damit die Folgen, die aus der Unterlassung einer rechtzeitigen — auch von Frantz geforderten „föderativen“ — Wahlrechtsreform sich ergeben haben.)

Den „Sozialistenstaat“ lehnt Frantz ab, „weil er zuletzt auf eine Arbeitskaserne hinauslaufen würde, in welcher alle individuelle Freiheit unterginge“. (Weltpolitik III.) „Nur ‚soziale Dienstleistungen‘ soll allerdings der Staat übernehmen“, wie Post, Telegraphie, Eisenbahn, öffentliche Gesundheitspflege, Gesundheitspolizei, „wohl auch in Zukunft das Versicherungswesen und Kreditwesen“, „wenigstens wird der Staat dabei wesentlich mitzuwirken haben, überhaupt weit mehr leisten müssen, als er bisher geleistet“. „Die materielle Produktion hingegen muß dem Privatbetrieb überlassen bleiben, bis auf einzelne und immer erst zu begründenden Ausnahmen, wo die allgemeine Wohlfahrt den Staatsbetrieb fordert oder wünschenswert macht, wie namentlich in der Waldwirtschaft und unter Umständen im Bergbau.“ „Erheblich weiter als der Staatsbetrieb kann sich aber der Kommunalbetrieb ausdehnen“ (Gasproduktion, Brotbereitung, Bierbrauerei, Schlächtergeschäft). „Offenbar könnte solche Veränderung sich nur allmählich vollziehen, insoweit sie aber Platz griffe, würde sie sehr heilsam sein. Schädliche Monopole könnten daraus schon um deswillen nicht entstehen, weil dabei der Privatbetrieb unverboden bleiben würde.“

Diese hier verhältnismäßig ausführlich wiedergegebenen Betrachtungen über „ein Stück Staatssozialismus“ in dem angeführten Werk vom Jahre 1881 stellen nur lose eingestreute Gedanken eines Weitblickenden dar. Der Hauptteil des Buches über die soziale Steuerreform gilt den bis herab zu den Steuertabellen im einzelnen ausgearbeiteten Vorschlägen zu einer progressiven Einkommen- und Erbschaftsteuer, die zwar keine direkte Vermögensabgabe kennen, dafür aber noch den Grundsatz verfolgen, „das Einkommen aus unproduktivem Erwerb nach viel höheren Sätzen zu treffen als das Einkommen aus produktiven Geschäften“. Von der Verwirklichung dieses letzteren sozialen Gedankens hat man leider bis heute noch nicht viel gemerkt. Auch dürften, um darauf noch einmal einzugehen, die Vorschläge zur Sozialisierungsfrage (das Wort kommt an dieser Stelle und, soviel ich im Augenblick weiß, überhaupt bei Frantz nicht vor) immerhin eine Lösungsmöglichkeit für die Gegenwart darstellen.

Man versuche eine schrittweise Einführung der Sozialisierung durch Staat oder Gemeinde oder Zweckverband in einzelnen vielleicht dazu

geeigneten Betrieben und lasse zunächst überall den Privatbetrieb daneben bestehen. Das Zweckmäßigere wird sich um so eher durchsetzen, als die Sozialisierungsfrage dem politischen Parteikampf entzogen und vielmehr in ihrer grundsätzlichen Notwendigkeit von allen Seiten anerkannt würde. Das Maß und Tempo der Verwirklichung dürfte durch keinen parteipolitischen Radikalismus gehemmt oder beschleunigt, sondern nur durch die praktischen Ergebnisse bestimmt werden, indem die Aufrechterhaltung und Steigerung der Produktion bei möglicher Schonung der menschlichen Arbeitskräfte oberster Grundsatz bliebe.

Auch „die Verbrüderung aller Völker“, sagt Frantz im dritten Teil seiner „Weltpolitik“, „werden die Sozialisten nicht herbeiführen.“ „Das mag zwar herzlich gut gemeint sein, bleibt aber um so unklarer gedacht, wenn solche Verbrüderung auf dem Prinzip des Sozialismus beruhen soll . . . Auf sozialistischen Einrichtungen kann die internationale Gemeinschaft niemals beruhen, denn eine gemeinsame Gesamtwirtschaft können verschiedene Staaten oder Nationen niemals einführen. Immer kann ihre Verbindung — insoweit es sich um freie Verbindungen handelt und nicht etwa um Verbindung durch gewaltsame Unterjochung — nur eine föderative sein. Für seine internationalen Tendenzen müßte darum auch der Sozialismus das föderative Prinzip annehmen.“

Den marxistischen Wertbegriff widerlegte Frantz besonders 1879 im „Föderalismus“ mit den uns heute geläufigen Beweisgründen; Marx war ihm schon als Jude, „der den Handel und die Börse in Frieden ließ“, unsympathisch. „Wollen aber unsere Sozialdemokraten wirklich die Lage des arbeitenden Volkes verbessern, welches leider nicht das auserwählte ist, so mögen sie sich erst andere geistige Führer verschaffen als einen Lassalle und Marx, oder sie werden nie auf die rechte Fährte geraten.“ „Der kapitalistische Unternehmer bleibe darum der Inhaber des Geschäftes, denn es ist sein Eigentum, die Arbeiter hingegen werden zu Teilhabern an dem Ertrag des Geschäftes, weil das wirklich auf ihrer Hilfe beruht.“ (A. a. O.) Frantz war also Judengegner, hielt aber nichts von der „antisemitischen Agitation“, die sich „mit Reichsbegeisterung und Kanzlerbegeisterung verbinden“ soll; er behauptete vielmehr, daß Bismarck — „wäre es auch ohne sein Wissen und sein Wollen — der Hauptbeförderer der Judenherrschaft gewesen“. „Noch ein paar Jahrzehnte so fort und an die Stelle des ehemaligen Heiligen Römischen Reiches Deutscher

Nation wird ein deutsches Reich jüdischer Nation getreten sein.“ (Weltpolitik III.) In diesem Punkt ist Frantz durchaus un-
duldsam, auffallenderweise, denn er bezeichnet sonst das Leben und
Lebenlassen gern als „Grundmaxime der Föderation“. Aber es hieße
einen sehr wesentlichen Zug aus dem Bilde des Frantzschen christ-
lich-germanischen Föderalismus verschweigen, wollte man nicht an-
merken, daß Frantz von jeher und grundsätzlich erbitterter Gegner
der Judenemanzipation war, wie er übrigens auch noch die Frauen-
emanzipation verurteilte. „Ausnahmegesetze gegen das Umsichgreifen
der Judenschaft würden das geringste Odium im Lande erregen...
Ich sage mehr: die Staatsgewalt muß sich sogar für verpflichtet er-
achten, ihre Untergebenen vor dem jüdischen Ausbeutungssystem zu
schützen, welches um so mehr die ganze Volkswirtschaft zerrüttet,
als es zugleich überall den Trieb erweckt, anstatt durch produktive
Arbeit sich durch bloße Spekulationsunternehmungen bereichern zu
wollen, wenn man doch sieht, wie gut das der Judenschaft bekam.
Eine moralische Pest ist daraus entstanden, der zu wehren die Staats-
gewalt erst recht verpflichtet wäre.“ („Der Föderalismus“.)

Das Verharren auf einem konservativ ablehnenden Standpunkt
gegenüber der Frauenemanzipation haben wir uns bei Frantz
aus einer an und für sich wohlverständlichen Sorge um die Erhaltung
der Familie als Fundament aller staatlichen und gesellschaftlichen
Ordnung zu erklären. Die Ehe war ihm der „Prototypus des Fö-
deralismus“. An der veränderten Stellung der Frau im öffentlichen
und privaten Leben wird die Gegenwart grundsätzlich wenigstens
nichts mehr ändern können und wollen. Die Familie wird sie auf
der anderen Seite aber ebensowenig oder noch weniger entbehren
können und wollen. Und es bleibt zu bedenken, daß eine Regierung,
die es nicht zu verhindern wissen würde, daß durch die praktische
Handhabung einer vermeintlich dem Fortschritt dienenden Steuerpolitik
der blutsaugerische, zwischenhändlerische oder sonstige unverdiente
Kapitalgewinn größer und größer wird, während durch diese selbe
Steuerpolitik der Ruin der Familie und damit die fortschreitende
Proletarisierung der Massen herbeigeführt wird, sich und die gesamte
staatliche und gesellschaftliche Ordnung in kurzer Zeit unmöglich
machen muß.

In jeder Beziehung für sich allein stehend, nach allen Seiten kritisch
und vermittelnd zugleich, konnte Constantin Frantz nicht auf den
Beifall der Zeitgenossen rechnen, und er wird in der Gegenwart auch

nur von den Lesern verstanden werden, die es fertig bringen, wie Frantz selbst es tat, in der Vergangenheit und Zukunft zugleich zu leben. Mit Partikularismus hat der Föderalismus von Frantz nichts gemein. „Vielmehr liegt gerade in dem Partikularismus das mächtigste Hindernis für die Entwicklung einer lebendigen Föderation. Denn unfähig zu irgendwelcher großen Leistung oder auch nur zum Erfassen einer höheren Idee, fordert eben dadurch der Partikularismus selbst die Zentralisation heraus, die allerdings dem Partikularismus gegenüber das Bessere und sehr viel leistungsfähiger ist. Nur dadurch wurden die Ereignisse von 1866 überhaupt ermöglicht und erhielten dadurch eine relative Berechtigung, weil der Partikularismus schlechterdings gebrochen werden mußte.“ (Weltpolitik III.)

Auch darf man Frantz nicht dahin mißverstehen, daß man ihn für einen himmelhochjauchzenden Pazifismus in Anspruch nimmt. Das dürfte aus dem in dieser Schilderung Gesagten schon hervorgehen, besonders aus der zweimal berührten Stellungnahme Frantz' zum Bundesgedanken, der an sich ja gewiß ein pazifistischer ist, insofern es das *Si vis pacem para pacem* zum Prinzip hat. Frantz spricht auch hier die Sprache Kants. Genau im Sinne des Traktates vom ewigen Frieden erstrebt Frantz nicht den idealen, sondern den realisierbaren Völkerbund, der den Krieg abwehrt, wenn er ihn auch nicht unmöglich machen kann.

Veit Valentin kommt in seiner kürzlich erschienenen, sehr schönen und zeitgemäßen „Geschichte des Völkerbundgedankens in Deutschland“¹⁾ zu dem Schluß, daß Kants Wirkung in der Entwicklung des Völkerbundgedankens die größte sei, „die von einem einzelnen Denker ausgegangen ist“. Das findet seine Bestätigung durch Frantz: „Das kleine Werkchen Kants [zum ewigen Frieden] enthält noch immer das Einschneidendste, was über die Bedingungen eines allgemeinen Friedenssystems gesagt ist.“ (Weltpolitik III.)

Frantz ist der Fortsetzer auch von Kant. Indem er an die bekannten Thesen des großen Philosophen anknüpft, daß „das Völkerrecht auf einen Föderalismus freier Staaten gegründet sein soll“ und daß „die Zusammenstimmung der Politik mit der Moral nur in einem föderativen Verein möglich ist und alle Staatsklugheit zur rechtlichen Basis die Stiftung des ersteren hat, ohne welchen Zweck alle ihre Klügelei Unweisheit und verschleierte Ungerechtigkeit ist“, kommt

¹⁾ Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin 1920.

Frantz zu der Forderung, daß Deutschland, durch seine geschichtliche und geographische Eigenart dazu bestimmt, den tatsächlichen Anfang zu diesem föderativen Verein machen soll. „Ergreift es also diesen seinen Beruf, so wird es dann die Basis eines europäischen Friedenssystems und damit zugleich die Basis für die praktische Ausbildung des Völkerrechts“. (A. a. O.)

Es ist ein Irrtum, wenn Valentin meint, Frantz „sei ein Mann, der den Bundesgedanken durchaus mit den überkommenen Mitteln staatlicher und kriegerischer Machtentfaltung erstrebte“. Vom Himmel wird der Völkerbund nicht fallen. Frantz ist, kantisch ausgedrückt, nicht politischer Moralist, sondern moralischer Politiker. Der ewige Frieden oder der allgemeine Völkerbund, das höchste politische Gut, ist eine unausführbare Idee; ausführbar ist nur die Aufgabe der Staaten, eine auf dem Rechte der Staaten und der Menschen in denselben gegründete Vereinigung einzugehen, die durch allmähliche Reformen nach festen Grundsätzen eine kontinuierliche Annäherung an die Idee des ewigen Friedens ermöglicht. Es ist Valentin überhaupt entgangen, daß Frantz zu den von ihm (Valentin) mühsam zusammengesuchten „ganz Wenigen“ gehört, die „nach der Gründung des Nationalstaates darüber hinaus rechtzeitig ein neues Geschlecht dem neuen Ideal des wiedererstehenden, innerlich verwandelten Weltbürgertums“ zuführten. Schon im Jahre 1848 schrieb Frantz vom „Sozialismus der Nationalitäten“ und vom „System der abendländischen Völker“ im Zusammenhang mit einem von ihm damals vorgeschlagenen Bundesstaat der Donauvölker und einem baltischen Bundesstaat. Und Frantz war ein wütender Gegner Hegels und der deutschen kritischen Geschichtsforschung, weil diese, wie Valentin sagt, „den Völkerbundsgedanken und das Problem des ewigen Friedens in Deutschland zurückdrängten“. ¹⁾

Besteht also, im Sinne von Kant und Frantz gesprochen, die Verwirklichung des Zustandes eines öffentlichen Rechtes nur in einer ins Unendliche fortschreitenden Annäherung, so wird der deutsche Staatsmann notgedrungen auch mit kriegerischen Verwicklungen rechnen müssen. „Das geltende Recht ist fließend, Tatsachen reden,“ sagt Frantz (Weltpolitik III, 156). Um die abendländische Völker-

¹⁾ G. Bückling in seiner quellenkritischen Untersuchung „Der Einzelne und der Staat bei Stirner und Marx“ (Schmollers Jahrbuch, 1920, S. 123 fg.) kommt sogar, was Hegel anbelangt, zu dem Schluß, daß man diesem „nur mit Vorsicht das Verkennen des Völkerrechtsgedankens wird zuschreiben können“.

gemeinschaft zu begründen, hat er je und je den Krieg gegen Rußland befürwortet. Noch in der „Weltpolitik“ (II. Band, 1882) hat Frantz es getadelt, daß während des Krimkrieges Preußen es versäumt habe, in Polen und Litauen einzurücken. Vor Ausbruch des italienisch-österreichischen Krieges schilderte Frantz in den „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht“ die versäumte Gelegenheit von 1815. „Hätte man einerseits das Herzogtum Warschau in Reserve behalten und andererseits das Elsaß und Lothringen zurückgefordert, so hätte man eine viel freiere Hand gehabt, und die Karte von Deutschland würde dann wahrscheinlich etwas weniger verzerrte Konturen darbieten als heute und damit eine reichliche Quelle der Unzufriedenheit verschwunden sein, und zwar für die Regierungen wie für die Völker. Möchte aber auch Deutschland die Lehre daraus ziehen, wie sehr die Verbesserung seiner inneren Zustände von seiner äußeren Machtstellung abhängig ist. Ein großer und glücklicher Krieg würde ihm mehr helfen als eine Konstituante.“ Und so trat Frantz für einen „großen Bundeskrieg“ in den Schriften „Dreiunddreißig Sätze vom Deutschen Bund“ (1861, S. 149) und „Der Dänische Erbfolgestreit und die Bundespolitik“ (1864, S. 61) ein.

1917 war uns das Mitteleuropa Constantin Frantz' zum Greifen nahe. Die Blicke unserer Führer (nicht nur der militärischen) aber waren nach Westen gebannt!

Wir haben unter jenem sinnlosen Imperialismus und Militarismus gelitten, vor dem Frantz gewarnt hat, dem Machtfragen über Volkswohlfahrt und Volksfreiheit gingen. Die Überspannung unserer „berechtigten nationalen Aspirationen“ in Verbindung mit einer unbegreiflichen Verkennung der tatsächlichen Machtverhältnisse führten den schließlich unvermeidlich gewordenen Zusammenbruch herbei. Wir wollten mehr, als ein Konstantin Frantz, über Bismarck hinausgehend, für Deutschland forderte, und wir haben das Spiel verloren.

Ein großer Aufwand (schmählich!) ist vertan. — Man glaube aber doch ja nicht, daß Frantz, der den „Militarismus“ als eine einseitige Übertreibung allerdings heftig bekämpfte, es für möglich gehalten hätte, daß ein Land wie Deutschland ohne Militärmacht seine Souveränität behaupten könnte, solange die übrige Welt in Waffen starrt. (Und der Begriff der Souveränität ist auch nach Frantz wesentlich für den Begriff des Staates.) Hier der Beweis: „Ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß der heute auf dem ganzen Kontinent lastende Militarismus ursprünglich von Frankreich ausgegangen

ist — nämlich zuerst durch die Eroberungskriege Ludwigs XIV., dann durch die Eroberungskriege der Revolution und des großen Napoleon, — so ist es auch an Frankreich, das Signal zu einem heilsamen Umschwung zu geben. Das von zwei Seiten bedrohte Deutschland könnte nicht den Anfang zur Abrüstung machen, statt dessen Frankreich, sobald es nur selbst jede drohende Stellung aufgäbe, fortan von keiner Seite irgendwie bedroht wäre. Und fürwahr das bedeutete etwas, einen solchen Umschwung zu begründen wie die allgemeine Abrüstung . . .“ (Weltpolitik I, 132 f.)

Das eben gebrachte Wort des Mephistopheles soll den Schluß dieser Zeilen nicht überklingen. Von Faust heißt es:

„Den lieb ich, der Unmögliches begehrt.“

Wir begreifen unser Volk im Faust. Es sucht denselben Weg durch Irrtum und Schuld zur Erlösung. Frantz hat sich auch mit dem „eigentümlichsten Gedicht der Deutschen“ beschäftigt, wie der Faust Goethes bekanntlich von Schelling genannt wurde. Es ist eine der Merkwürdigkeiten Constantin Frantz', daß er in seinem dreibändigen Werk über Schellings positive Philosophie (1879 bis 1880), das er Richard Wagner widmete in der Absicht, diesem damit über Schopenhauer hinwegzuhelfen, zu dem Urteil gelangt, daß „diese Philosophie [des älteren Schelling] doch ein viel größeres Werk als der Faust“ sei, „wie Schelling überhaupt mehr war als Goethe“.

Ich will mich diesem auffallenden Urteil gegenüber hier nicht kritisch verhalten. Aber über die Bedeutung, die Frantz der heute immer noch so gut wie ganz unbekannteren späteren Philosophie Schellings beimißt, müssen zum Schluß noch einige Worte gesagt werden.

Als der Zusammenbruch kam und zugleich der Wille in unserer Volke offenbar wurde nicht unterzugehen, sagte man: Wir müssen demokratischer werden. Sollte es wahr sein, was 1917 ein italienischer Gelehrter¹⁾ schrieb, daß „zwischen Föderalismus und Demokratie eine enge Verwandtschaft bestehe und diese Staatsform deshalb als diejenige der sozialistischen Welt von morgen zu gelten habe“?²⁾ Und sollten es Frantz und Schelling sein, die

¹⁾ Professor Treves (ein Verwandter des Abgeordneten) in der „Critica Sociale“ vom 16. September.

²⁾ Ich zitiere nach dem Bericht der „Köln. Ztg.“ vom 30. September 1917.

uns über den tiefsten Sinn des Föderalismus belehrten, so muß „der Umschwung der allgemeinen Denkungsart“ vorbereitet werden durch die philosophische Erkenntnis der geoffenbarten Religion. Wir müssen „durch Kombination und Spekulation“ zu einem System gelangen, wodurch die außerordentlichen Dinge nach ihrer inneren Möglichkeit begriffen werden, damit das begriffene und verstandene Christentum „zum zweitenmal die Welt befreie“.

Dieses überkonfessionelle Christentum von Frantz-Schelling soll sich nicht in die Kirchen einschließen, sondern als weltüberwindende Kraft zugleich die weltumbildende Kraft sein und die Idee der Menschlichkeit, den Glauben an die Einheit und die gemeinsame Bestimmung des Menschengeschlechtes zur Wirklichkeit machen.

So ist Frantz der lebendige Vermittler zwischen der Gegenwart und den Trägern des deutschen Humanitätsideals.

Die Philosophie des deutschen Idealismus begreift das geschichtliche Geschehen als eingespannt in den Konflikt von Freiheit und Notwendigkeit. Der Weg des deutschen Volkes — wir wissen es — ging wie der keines anderen neueren Volkes durch Blut und Tränen ungezählter Kriege. Und wenn uns das Herz auch stocken will bei dem Gedanken: die augenblickliche Weltlage nach dem Kriege läßt kaum einen Hoffnungsfunken, daß der Menschheit und unserem Volk das Schreckliche nicht noch einmal bevorstehe.

Wenn wir von einer Schuld auch Deutschlands am Weltkriege sprechen müssen, so tun wir es selbstverständlich nicht im Sinne des Versailler Vertrages. Dieser ganze Vertrag, seine Herbeiführung und seine Begründung ist — braucht es dazu noch besonderer Worte? — die größte Infamie der Weltgeschichte und wird als solche von jedem Deutschen bekämpft werden so lange, bis der Vertrag aufgehoben ist.

Aber darauf kommt es nun an, daß wir künftig uns in der „moralischen Offensive“ befinden, daß wir vor der ganzen Welt für die Kultur- und Friedensmission Deutschlands eintreten, wie es den verschüttet gewesenen Überlieferungen des deutschen Idealismus und also den Ideen Constantin Frantz' entspricht.

Die Schuld Deutschlands am Weltkriege war eine negative: daß wir diesen Krieg nicht verhindert haben und daß wir es nicht fertig brachten, den inneren Frieden und den Weltfrieden unter den geringstmöglichen Opfern rechtzeitig sicherzustellen. Es war die Schuld der Tragödie. Schicksal.

Es würde uns übel anstehen, wollten wir nicht aus der Betrachtung des Lebenswerkes von Constantin Frantz für die Gegenwart die Lehre ziehen, daß die deutsche Frage unter Deutschen aufhören muß, Anlaß zu beständigem unfruchtbarem Hader abzugeben. Der Föderalismus ist die Versöhnung. Und wenn es Rätsel und Aufgaben von niederdrückender Schwere sind, die das Problem der deutschen Frage uns aufgibt und an die zu rühren wir in den vorliegenden Zeilen unternommen haben, so gibt es eine Verheißung, an der wir uns aufrichten können. Constantin Frantz hat sich oft auf diese Worte der Bergpredigt bezogen, und Kant tat es in seiner Abhandlung „Über den ewigen Frieden“:

Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes und nach seiner Gerechtigkeit...

Mülheim a. d. Ruhr, im November 1920.

CONSTANTIN FRANTZ
DEUTSCHLAND UND DER FÖDERALISMUS

CONSTANTIN FRANK
DEUTSCHLAND UND DER FÖDERALISMUS

ZUR KRITIK UND REFORM DER STAATSVERRASSUNGEN

WIE WENIG UNSRE MODERNEN KONSTITUTIONEN FÜR DIE BEFÖRDERUNG der reellen Wohlfahrt zu leisten vermochten, tritt am augenfälligsten durch die Tatsache hervor, daß gerade unter dem konstitutionellen Regime sich die schreiendsten Mißstände in der Volkswirtschaft entwickelt haben, welche hinterher die sozialistischen Tendenzen hervorriefen, die nun selbst die schlagendste Kritik des konstitutionellen Systems bilden. Auch war von diesen Konstitutionen überhaupt kein besseres Resultat zu erwarten. Es folgte schon aus den Grundansichten, wonach sie eingerichtet wurden, daß sie für die reelle Wohlfahrt unersprißlich bleiben mußten.

Man braucht zu diesem Ende nur in Montesquieus „Esprit des Lois“ das berühmte Kapitel über die englische Verfassung zu lesen, und die Sache ist mit einem Schlage klar. Nämlich daß die modernen Konstitutionen prinzipaliter nur dazu bestimmt sein sollen, die politische Freiheit zu sichern, worin dieser Autor den spezifischen Zweck der englischen Verfassung gefunden zu haben vermeinte, freilich dieselbe im ganzen sehr unrichtig beurteilend. Gleichviel, die angeblich aus der Analyse der englischen Verfassung abstrahierte Lehre Montesquieus ist seitdem wie zum Evangelium geworden, und allen seit zwei Menschenaltern geschaffenen Konstitutionen steht es wie an der Stirn geschrieben, daß der Geist, welcher ihre Urheber inspirierte, der „Esprit des lois“ war.

Daher insbesondere die überall zugrunde liegende schematische Teilung der sogenannten Staatsgewalten. Ich sage absichtlich „sogenannte“ Staatsgewalten, weil tatsächlich allmählig ganz andre Potenzen einen viel entscheidenderen Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten erlangten. Daß dies aber so geschah, ist selbst durch jene Gewaltenteilung und den infolgedessen unvermeidlichen Widerstreit zwischen der sogenannten Legislative und Exekutive am meisten befördert worden. *Duobus litigantibus tertius gaudet*, und hier waren sogar zwei *tertii*: die Militärmacht und die Geldmacht, welche seitdem so emporkamen, daß sie heutzutage das ganze Staatsleben beherrschen. Müßte

der Doktrin nach das entscheidende Gewicht in der Legislative liegen, da die Exekutive nur die Beschlüsse derselben auszuführen hätte, — wie wenig bedeuten in Wirklichkeit unsre gesetzgebenden Körperschaften gegenüber der Militärmacht und Geldmacht! Und wie mißlich steht es desgleichen, trotz allen Geredes von dem Rechtsstaat, um die Unabhängigkeit der in der Doktrin als dritte Staatsgewalt figurierenden Justiz! Auch kann es kaum anders sein, wo doch alle Richter von der Regierung ernannt und von da aus ihre Beförderung zu erwarten haben. Die ganze *trias politica* wird zur *fable convenue*, indem der ganze konstitutionelle Apparat schließlich keine andre Bestimmung mehr zu haben scheint, als die Herrschaft der Kaserne und der Börse mit gefälligen Dekorationen zu umgeben.

Staatsgewalten müssen ja sein, ehe man aber an die Verfassungsmacherei ging, hätte man hübsch erst die reellen Grundlagen des Volkslebens untersuchen sollen, wodurch man zuvörderst auf die *trias oeconomica* gestoßen sein würde, von Ackerbau, Fabrikation und Handel, worin die Existenzbedingungen der Staatsgesellschaft selbst liegen. Oder was hülfe noch das rechte Verhältnis zwischen den Staatsgewalten, wo hingegen diese *trias oeconomica* in Unordnung geriete? Die Menschen wollen unter allen Umständen leben; daß sie aber leben können und möglichst gut leben können, dazu ist der Staatsverband da, wie schon Aristoteles lehrt. Möchte doch also das ganze konstitutionelle Getriebe im besten Gange sein, — es wäre für nichts, wenn inzwischen die Volkswirtschaft in Zerrüttung verfiel. Für nichts das von der Doktrin geforderte Gleichgewicht der Staatsgewalten ohne das Gleichgewicht der ökonomischen Faktoren, indem vielmehr das Kapital alle andern beherrscht. Ein intelligenter und volksfreundlicher Absolutismus müßte dann wahrscheinlich für besser gelten als der korrekteste Konstitutionalismus, unter dessen Schirm das Kapital die ganze Gesellschaft ausbeutet.

Soll aber der Staat die reelle Volkswohlfahrt befördern, so muß auch seine Verfassung danach eingerichtet sein. Allein dem entspricht das konstitutionelle System so wenig, daß es vielmehr die reellen Existenzbedingungen des menschlichen Lebens rundweg ignoriert, indem es überall nur das Spiel der Staatsgewalten und abstrakte Staatsbürger vor sich sieht, deren politische Rechte gesichert werden sollen. Danach sind die konstitutionellen Ver-

fassungen zugeschnitten. Insbesondere ist danach die Repräsentation organisiert, die wieder für den Charakter des ganzen Konstitutionalismus auch das Repräsentativsystem heißt. Darum aber ist es gerade der Repräsentationsmodus, worin die soziale Leistungsfähigkeit des Konstitutionalismus am deutlichsten hervortritt, und worüber um deswillen zuvörderst ein Weiteres zu sagen sein wird.

Kein größerer Humbug, als daß durch unsre dermaligen repräsentativen Körperschaften der Volkswille zum Ausdruck oder gar zur Geltung komme. Freilich wird dabei als selbstverständlich vorausgesetzt, daß es sich überhaupt nur um den Willen der Majorität handeln könne, dem die Minorität sich fügen müsse, was doch an und für sich schon eine sehr bedenkliche Sache bleibt. Könnte nicht unter Umständen die Minorität nahezu der Majorität gleichkommen und dabei der Gegensatz der beiderseitigen Tendenzen von so einschneidenden Folgen sein, daß dann fast die Hälfte des Volkes geradezu der Unterdrückung verfiel? Aber auch dies Bedenken ganz beiseite gelassen, — ist denn selbst nur so viel wahr, daß die Beschlüsse unsrer repräsentativen Versammlungen jedenfalls den Willen der Majorität zum Ausdruck brächten? Im Gegenteil, ich sage: durchschnittlich können die parlamentarischen Beschlüsse nur als der Willensausdruck der Minorität angesehen werden. Gewiß ein sonderbares Resultat, daß eben das Repräsentativsystem, welches angeblich den Volkswillen und also doch zum wenigsten den Willen der Majorität zur Herrschaft bringen soll, tatsächlich vielmehr zur Unterdrückung der Majorität führt und regelmäßig die Minorität zur Herrschaft bringt. Eine Minorität, welche sogar unter Umständen sehr klein sein kann, wie wir sogleich sehen werden.

Angenommen nämlich, daß durchschnittlich $\frac{4}{5}$ der Wähler wirklich zur Wahlurne träten — was erfahrungsmäßig schon zu hoch gegriffen ist — angenommen ferner, daß die in den einzelnen Wahlkreisen erwählten Abgeordneten durchschnittlich $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten, — was wegen der überall eintretenden Konkurrenz verschiedener Parteien wieder entschieden zu hoch begriffen ist, — angenommen endlich, daß die parlamentarischen Beschlüsse durchschnittlich von $\frac{2}{3}$ der gesetzlichen Gesamtzahl der Parlamentsglieder gefaßt würden,

— was, da das Parlament fast niemals vollzählig ist, jedenfalls die Maximalannahme sein dürfte, — so ergibt die Rechnung:

$$\frac{4}{3} \times \frac{3}{4} \times \frac{2}{3} = \frac{24}{60} = \frac{2}{5}.$$

Es zeigt sich demnach, wie selbst unter sehr günstigen Annahmen von dem Gesamtquantum des Volkswillens durchschnittlich nur die kleinere Hälfte zum Ausdruck käme. Was wäre erst das Resultat, wenn die hier angenommenen Zahlenverhältnisse in Wirklichkeit sich ungünstiger stellten, wie doch oft genug geschieht! Sinken die vorstehenden Quotienten auf $\frac{3}{4}$, $\frac{2}{5}$ und $\frac{3}{5}$ herab, so haben wir dann:

$$\frac{3}{4} \times \frac{2}{3} \times \frac{3}{5} = \frac{18}{60} = \frac{3}{10}.$$

Und selbst damit stehn wir noch lange nicht an der Grenze des rechtlich Möglichen und nicht selten wirklich Geschehenden. Unter Umständen dürfte die Rechnung sich auch so stellen:

$$\frac{2}{3} \times \frac{3}{5} \times \frac{1}{2} = \frac{6}{30} = \frac{1}{5},$$

was gleichwohl als Ausdruck der Majorität gälte! Da hätten wirs also, was bei diesem System herauskommen kann.

Sehn wir die Sache näher an, so wird sie sogar noch schlimmer. Denn ganz außer Frage blieben einstweilen die allgemeinen prinzipiellen Voraussetzungen, welche dieses System notgedrungen macht. Erstens nämlich, daß jeder Wähler nach reiflicher Erwägung und eigener Überzeugung stimme. Zum Zweiten, daß er den Charakter und die Leistungsfähigkeit des Kandidaten, dem er seine Stimme gibt, auch genügend kenne. Zum Dritten, daß er wenigstens über die Hauptfragen, um die es sich in der jedesmaligen Legislaturperiode handeln wird, im voraus unterrichtet wäre, da er sonst nicht sicher sein könnte, für einen Kandidaten gestimmt zu haben, der in jenen Hauptfragen in seinem (des Wählers) Sinne handeln würde. Allein wie steht es wirklich mit diesen drei so wesentlichen Voraussetzungen?

Ad 1 ist es ein Allerweltsgeheimnis, wie die Wählerschaft bearbeitet wird, sodaß es bei der großen Majorität der Wähler weit weniger die eigene freie Überzeugung ist, von der ihre Wahl Zeugnis gibt, sondern das Endresultat weit mehr von dem Geschick, von der Energie und von den Machtmitteln der Komitees abhängt, welche die Wahlen leiten, und sogar ausdrücklich in solcher Stellung auftreten. Schöner Ausdruck: die Wahlen leiten! Richtiger gesagt: den sogenannten Volkswillen an der Nase herum-

führen. Trotzdem geschieht es überall so, und damit hat unter der Firma des Repräsentativsystems ganz unversehens zwischen der Regierung und dem Volke sich eine Zwischengewalt gebildet, von welcher zwar das System selbst kein Wort spricht, die aber nichtsdestoweniger einen solchen Einfluß übt, daß dadurch schon die Grundidee der Repräsentation von vornherein zur Täuschung wird, weil nicht sowohl die Erwählten des Volkes, als die von den Wahlkomitees Empfohlenen in das Parlament kommen.

Ad 2 ist es nicht minder eine Tatsache, daß die Wähler zum großen Teil ihren Erwählten nicht einmal von Angesicht kennen. Er wird ihnen von den Komitees oktroyiert, und die Wähler lassen sich das umso eher gefallen, als sie durchschnittlich weder Zeit noch Gelegenheit hätten, die Würdigkeit und Fähigkeit des Kandidaten selbst zu prüfen.

Ad 3 sind zwar die regulären Geschäfte des Parlaments, wie insbesondere die Budgetberatung und die Erledigung der Petitionen oder Beschwerden, im voraus bekannt, anders aber steht es mit den speziellen Angelegenheiten. Nun setze man, es handle sich etwa um tief einschneidende Kirchengesetze, welche Gewissensfragen berühren, — würden da nicht die kirchlich gesinnten Wähler, wenn sie das im Voraus wüßten, sich keineswegs damit begnügen, daß der ihnen empfohlene Kandidat den Ruf eines rechtschaffenen und kenntnisreichen Mannes hätte, sondern würden sie nicht noch ganz insbesondere über seine religiöse Denkweise versichert sein wollen? Oder es handle sich um die Begründung eines neuen Zolltarifs, — würden nicht die dabei unmittelbar interessierten Wähler vor allem zu wissen verlangen, ob der Kandidat freihändlerische oder schutzzöllnerische Ansichten hege? Oder endlich, wenn es sich gar um Veränderung des Wahlgesetzes handelte? Darf man da bei einiger Logik supponieren, daß der Wähler für einen Kandidaten stimmen würde, der ihm nicht die Garantie böte, daß er nicht etwa hinterher ihm selbst seine Stimme abspräche?

Wäre es ernst damit, daß durch die Repräsentation der Wille des Volkes zur Geltung kommen sollte, so wäre unerläßlich, daß jedenfalls die wichtigeren Gesetzentwürfe — das sogenannte Etatsgesetz ist der Sache nach überhaupt kein Gesetz — wenigstens drei Monate vor dem Wahlakte zur allgemeinen Kenntnis gelangten, damit sich ein öffentliches Urteil darüber bilden

könnte, welches dann auch dem Wähler zur Orientierung diene. Daß damit der Gang der Gesetzgebung einigermaßen verlangsamt werden möchte, ist kein Einwand. Im Gegenteil, gut Ding will Weile haben, und gute Gesetze bedürfen ebenso einer sorgfältigen Vorbereitung als hinterher einer sorgfältigen Prüfung. Statt dessen scheint man heute nicht schnell genug damit fertig werden zu können und darum die Zeit zur Prüfung möglichst knapp bemessen zu sollen. Erhalten doch selbst die erwählten Abgeordneten erst im Parlament Kenntnis von den beabsichtigten neuen Gesetzen und sehn sich dann bald mit so vielen Vorlagen überschüttet, daß die Möglichkeit zu einer eingehenden Prüfung überhaupt verschwindet. Schon durch die fortwährenden Sitzungen fast außer Atem gekommen, werden sie wohl gar zu guterletzt noch mit einem neuen, plötzlich wie aus den Wolken gefallenen Gesetzentwurf überrascht, welcher dann schleunigst noch durch den Geschäftsgang hindurchgepeitscht werden soll, damit die Session endlich geschlossen werden kann, wonach die Parlamentarier sich selbst am meisten sehnen.

Es sieht wahrlich so aus, als würde die Gesetzgebung nach den Grundsätzen kriegerischer Manöver betrieben, wobei ja allerdings die Schnelligkeit der Bewegungen von entscheidendster Bedeutung und den Feind zu überraschen das allerwirksamste ist. Wer wäre aber hier der durch Überraschung zu bewältigende Feind, wenn nicht der sogenannte gesetzgebende Körper, das ist die Volksvertretung? Nicht nur, daß bei solchem Gebahren die Gesetzgebung alle Würde verliert, daß sie in bare Lüderlichkeit und Prinziplosigkeit verfällt, sondern das ganze Repräsentativsystem wird tatsächlich zur Komödie. Zur Komödie umsomehr, als auch das parlamentarische Theater seine Kulissen hat. Und schon ist es ein Allerweltsgeheimnis, wie gerade die wichtigsten Angelegenheiten durch geheime Verhandlungen hinter den Kulissen entschieden werden.

Wie sich also zwischen dem wählenden Volke und der Regierung die Wahlkomitees als Zwischengewalten einschoben, so wieder zwischen dem Parlament und den Ministerien die parlamentarischen Cliques, deren Stimmführer schließlich den sogenannten Volkswillen monopolisieren. Ganz zu schweigen von den geheimen Verbindungen mit der Börse, wodurch solches Monopol

zugleich zur materiellen Rentabilität für die Monopolisten gelangt. Vivat der Volkswille!

Schreibt man Bismarck die Äußerung zu, man müsse den Parlamentarismus sich durch sich selbst vernichten lassen, so ist diese Absicht im vollen Zuge, zum Ziele zu gelangen. Denn schon ist es dahin gekommen, daß nicht wenige und nicht schlechte Leute am liebsten den ganzen parlamentarischen Spuk verschwinden sehn. Allein was an seine Stelle setzen? Das Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus ist unwiederbringlich vorüber. Monarchen im vollen Sinne des Wortes gibt es überhaupt nicht mehr, und wenigstens im abendländischen Europa wird keiner wieder auftreten. Die Republik hingegen änderte im Wesentlichen auch nichts, so gewiß als sie selbst wieder im parlamentarischen Gewande erscheinen würde. Ohne Volksrepräsentation geht es nun einmal nicht mehr, selbst wenn man die Gesetzgebung auf allgemeine Volksabstimmung basieren wollte, was in großen Ländern überhaupt unausführbar bleiben möchte, oder höchstens rücksichtlich einiger großer Fragen geschehn könnte, wo dann die Leute einfach ja oder nein zu sagen hätten, indessen der materielle Inhalt der Gesetze doch von anderswoher kommen müßte. An eine direkte Volksregierung wäre erst recht nicht zu denken.

Ist also die Repräsentation schlechterdings unentbehrlich, so bleibt auch nichts anderes übrig, als sie zweckentsprechend einzurichten, während die heutige Repräsentation nicht nur zweckwidrig zu nennen ist, sondern von vornherein auf einer bloßen Fiktion beruht, deren Bodenlosigkeit zu erkennen die Vorbedingung der Reform bildet.

Wir meinen nämlich die Fiktion, daß durch den Wahlakt die Wähler ihren Willen auf den Erwählten übertragen, und so wieder in dem Parlamente sich der ganze Nationalwille konzentrierte. Was ist aber einleuchtender, als daß der Wille überhaupt nicht übertragbar ist? Denn was ist der Wille, wenn nicht das allereigenste des Menschen, der innerste Kern seiner Persönlichkeit, sein Ich oder sein Selbst? Wohl mag ich einen andern zum Vollstrecker meines Willens bestellen für diese oder jene bestimmte Angelegenheit, nicht aber kann ich ihm meinen Willen selbst übertragen, sondern es hieße meine eigene Persönlichkeit aufgeben, mich zum Sklaven machen. Und so steht es heute in der Tat. Erscheinen die Wähler im Momente der Wahl in vollster

Selbständigkeit, so haben sie, ist der Wahlakt vorüber, in dem Erwählten sich einen souveränen Herrn gesetzt, der hinfort ihren ganzen Willen in der Tasche hat, um damit zu machen, was ihm beliebt. Der gewählte Abgeordnete ist an keine Instruktion gebunden, seinen Wählern für nichts verantwortlich, noch können sie ihn zurückberufen. Das besagen alle modernen Konstitutionen.

Seltsamer Widerspruch — unverantwortliche Volksvertreter, wo man doch vor allem ein verantwortliches Ministerium fordert! Können denn nur Minister an der Volkswohlfahrt sündigen, nicht aber Volksvertreter, von deren Beschlüssen die ganze Gesetzgebung und Besteuerung abhängt, und die mehr oder weniger auch den Gang der Verwaltung beeinflussen? Trotzdem unverantwortlich! Nun, so wundere man sich auch nicht, wenn sie oft ein unverantwortliches Spiel mit der Volkswohlfahrt treiben und, anstatt für das Volk zu wirken, ihr Vertreteramt vielmehr zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzen. Was bedarf es dazu der Beispiele, denn wer wüßte heute nicht, wie viele Gründer in unserm Parlamente sitzen! Müßten nicht also ganz umgekehrt die Verfassungsurkunden besagen: „Die Abgeordneten bleiben ihren Wählern verantwortlich und können von denselben zu jeder Zeit zurückberufen werden?“

Ach, prahlen wir doch nicht mit unsrer Aufklärung, das Zeitalter der reinen Vernunft ist noch lang nicht angebrochen. Es scheint vielmehr, daß gerade wie die Sünde in der Welt bleibt, so auch immer dasselbe Quantum von Blödsinn in der Welt fortwirkt, indem die Veränderung nur darin besteht, daß der Blödsinn in immer neuen Gestalten auftritt. Denn wie das geschehn kann, daß fünf-, zehn- oder zwanzigtausend Leute ihren Willen auf einen Abgeordneten übertragen, der noch dazu den meisten persönlich unbekannt ist, und wie solche Willensübertragung durch eine einfache Abstimmung zustande kommen soll, wird ewig unerfindlich bleiben. Auch zweifle ich nicht, spätere Jahrhunderte werden sich ganz ebenso verwundert fragen, wie solche Geistesverirrung je möglich war, als uns heute etwa die in früheren Jahrhunderten grassierenden Hexenprozesse wie unerklärliche Dinge erscheinen. Ja, ganz ernstlich gesprochen: etwas von Hexerei muß wirklich bei dem Wahlakt stattfinden, in bloß natürlicher Weise kann es dabei nicht zugehn. Blicke doch sonst auch dies noch unerklärlich, wie der Erwählte, der oft nichts weiter als ein

Phrasenmacher ist, durch den Wahlakt auf einmal zum Universalgenie wird, sodaß er sich auf alles versteht, was nur irgendwie in dem Parlament vorkommen mag. Ein offenkundiges Wunder. Aber das ist es eben, wir sind durch die repräsentative Theorie wie behext, sodaß uns die ungeheuerlichsten Dinge schon so selbstverständlich erscheinen, als ob sie gar nicht anders sein könnten. Oder man sage doch, welche reelle Bedeutung das noch haben kann, wenn zum Beispiel in einem Berliner Professor der Wille eines rheinischen Wahlkreises stecken soll, wie desgleichen der Wille eines thüringer Wahlkreises in einem Berliner Reformjuden? Ich sage vielmehr: man braucht so etwas nur auszusprechen, und der Blödsinn liegt zu Tage. Meinetwegen der sogenannte höhere Blödsinn, da wir doch so ungeheuer fortgeschritten sind. Wodurch sich aber solcher höhere Blödsinn von dem niederen und ganz ordinären unterscheiden möchte, wird billig dem Urteil der Fachmänner überlassen bleiben.

Menschenhaufen, welche lediglich zu dem Wahlakt zusammenkommen, sind überhaupt nicht vertretungsfähig. Was vertreten werden soll, muß schon an und für sich einen lebendigen Körper bilden, in welchem durch den persönlichen Verkehr der Glieder, durch die Gemeinschaft der Sitten und Gewohnheiten, wie anderseits der Bedürfnisse und Interessen, sich wirklich auch ein gemeinsames Wollen und Streben erzeugt. Mit einem Worte: vertretungsfähig sind nur organisierte Körperschaften. Das wäre das Erste.

Zum Zweiten kann jede Körperschaft nur aus ihrer eigenen Mitte vertreten werden. Denn der Vertreter muß selbst von dem Geist der Körperschaft durchdrungen sein, deren Wollen und Streben er zum Ausdruck bringen soll. Allgemeine Ansichten aufzustellen und zur Anerkennung zu bringen, ist Aufgabe der Wissenschaft und damit der Gelehrten und Schriftsteller, nicht der Volksvertreter. Wie kann es aber bei dem heutigen Vertretungssystem anders geschehen, als daß unsre Parlamentarier am liebsten sich in einem allgemeinen Gerede ergehen, in sogenannten Prinzipienfragen, indessen die konkreten Landesangelegenheiten am wenigsten Pflege finden!

Zum Dritten vertritt jeder Abgeordnete *primo loco* auch nur die Körperschaft, welche ihn erwählt hat. Statt dessen aber schreiben unsre heutigen Verfassungen dem Abgeordneten viel-

mehr von vornherein den Beruf zu, die ganze Nation oder das ganze Land zu vertreten. Aber hätte er das ganze Land zu vertreten, so müßte er wohl auch von dem ganzen Lande erwählt und beauftragt worden sein. Und wozu hätte ihn dann seine Wählerschaft gewählt, wenn er nicht primo loco sie vertreten sollte, nicht aber das ganze Land? Die innre Sinnlosigkeit liegt auf der Hand. Nur secundo loco und mittelbar, das heißt als Mitglied des ganzen Parlaments, vertritt jeder Abgeordnete auch das ganze Land, während doch die Basis seiner Stellung immer seine Wählerschaft bleibt.

Man meine nicht, es handle sich hier um eine bloß theoretische Distinktion. Die Sache hat ebenso weitreichende Folgen, als anderseits der dabei zugrunde liegende Irrtum tiefreichende Wurzeln hat. Sagt man den Abgeordneten von vornherein, sie hätten das ganze Land zu vertreten, nicht aber primo loco ihre Wählerschaft, so müssen sie sich wohl auch im Parlament getrieben fühlen, alle Landesangelegenheiten in einen Topf zu werfen, alles zu egalisieren und durch allgemeine Gesetze zu reglementieren. Nichts mehr von Autonomie der Gemeinden, Kreise und Provinzen, oder besser gesagt „Landschaften“, denen vielmehr von oben herab ihre Landesordnung vorgeschrieben wird. Ein eigenes Recht besitzen sie schon überhaupt nicht mehr, sondern nur ein von oben herab allergnädigst verliehenes, und darum auch nach Belieben veränderbares Recht.

Gerade, als ob zuerst der heutige moderne Staat dagewesen wäre, der dann hinterher, etwa aus Verwaltungsrücksichten, sich in Landschaften, Kreise und Gemeinden zerteilt hatte, die vordem gar nicht dagewesen. Den Tatsachen wird dabei rundweg ins Angesicht geschlagen, der wirkliche Verlauf der Geschichte auf den Kopf gestellt. Denn alle größeren heutigen deutschen Staaten sind durch Zusammenschmelzen vordem selbständiger Elemente entstanden. Daß diese infolgedessen einen Teil ihrer früheren Autonomie, wie ihrer früheren Einkünfte an die neue Gesamtgewalt abzutreten hatten, war unvermeidlich, was ihnen hingegen verblieb, mußte fortan als ihr eigenes, nicht etwa erst von der neuen Gesamtgewalt verliehenes Recht gelten, und in der Ausübung dieses Rechtes hatte ihnen kein Dritter darein zu reden. Welche Ungeheuerlichkeit statt dessen, wie heute namentlich in Preußen so oft vorkommt, wenn es sich zum Beispiel um eine Gemeinde-

ordnung oder Kreisordnung für die Rheinlande handelt, oder für Hechingen und Sigmaringen, daß da in dem preußischen Landtage auch die Pommern oder Schlesier ihren Senf dazu geben, während sie doch von den eigentümlichen Zuständen und Bedürfnissen jener Landschaften gar nichts wissen, noch überhaupt dabei interessiert sind. Welche Gemeindeordnung den Rheinländern paßt, darüber haben allein die Rheinländer zu entscheiden, was schiert es die Pommern oder Schlesier? Ähnlich aber wie in Preußen geschieht es wohl in allen größeren deutschen Staaten, nur daß natürlich, je größer der Staat und je verschiedenartiger seine Elemente, auch die Sinnlosigkeit umso handgreiflicher wird.

Selbstverständlich, daß bei solchem Verfahren nichts Kluges herauskommen kann. Noch mehr aber wäre zu sagen, daß damit den Leuten überall gewaltsam ihr Heimatsgefühl genommen wird, welches doch soviel zu ihrer sittlichen Haltung und zu ihrer innern Zufriedenheit beiträgt. So soll dann alles, was heute unter preußischem Szepter steht, sich primo loco preußisch fühlen, oder was unter bayrischem Szepter steht, bayrisch usw. An ihre Landschaft oder an ihre Vaterstadt sollen die Leute sich nicht gebunden fühlen, sondern lediglich an ihren respektiven Staat. Staatsbürger sollen sie sein und sonst nichts weiter. Sieht es nicht so aus, als ob es sich im Staate vor allem um die flottierende und vagabundierende Bevölkerung handle, welche nach solchen Maximen als die festeste Stütze und eigentliche Basis des Staates gelten müßte; wofür man doch sonst vielmehr die selbhaft, aber darum auch durch Gewohnheit und Pietät an ihre Heimat gebundene Bevölkerung hielt. Ist daran nichts gelegen, so müßten ja freilich die Juden, welche nirgends eine wahre Heimat haben, als die allerbesten Staatsbürger gelten, der Judengeist als das Ideal des modernen staatsbürgerlichen Geistes.

Endlich die Sache nach ihrer letzten Tiefe betrachtet, so läuft sie auf nichts geringeres hinaus, als auf die große Frage, ob Unifikation oder Föderation? Wurde also in den deutschen Einzelstaaten mit allen Kräften die Egalisierung und Unifikation ihrer verschiedenen Bestandteile betrieben, so war ja freilich nichts natürlicher, als daß hinterher dieselbe Tendenz ganz Deutschland ergriff. Besaß nun offenbar Preußen die bei weitem mächtigsten Handhaben zur Egalisierung und Unifikation, so mußte es schließlich wohl zu dem System von 66 kommen, wonach

dies Geschäft heute im größten Stil betrieben wird. Eine Wendung der Dinge, die in den größern deutschen Einzelstaaten überall schon vorbereitet war, sodaß jedenfalls die betreffenden Regierungen sich nicht darüber beklagen dürfen, wenn sie schließlich ernten, was sie selbst mitgesät.

Ist es zuvörderst das örtliche Zusammenleben, welches die Menschen vereinigt, so entstehn anderseits nicht minder wichtige Verbindungen durch Stand und Beruf. Und hier wie dort liegt die bindende Kraft nicht bloß in den materiellen Interessen, es schließen sich auch gemütliche Bande daran an. Beides muß immer ineinandergreifen, um eine lebendige menschliche Gemeinschaft zu bilden, gerade wie in jedem einzelnen Menschen Natürliches und Geistiges untrennbar verbunden sind.

Stände und Berufarten aber entwickeln sich im Laufe der Geschichte. Ihr Charakter, ihr relatives Gewicht, ihre Stellung in der Gesellschaft verändern sich mit der Zeit. Will man also darauf eine Organisation begründen, so muß man die Dinge nehmen wie sie sind. Hier vor allem gilt das Wort: „Der Lebende hat Recht.“ Gleichviel darum, was ein Stand früherhin gewesen, es kommt darauf an, welche reelle Bedeutung er in der Gegenwart hat, und inwieweit er in dem allgemeinen Bewußtsein Anerkennung findet. Ganz unbrauchbar wäre folglich das alte Schema Adel-, Bürger- und Bauernstand. In gewissem Sinne sind heute alle Stände bürgerlich geworden, weil bei uns das Stadtbürgertum, als das Bürgertum in spezifischem Sinne, die Brücke zu dem allgemeinen Staatsbürgertum gewesen ist. Wie desgleichen auch in der äußern Erscheinung die bürgerliche Tracht schon fast zur allgemeinen geworden ist, indem sie allmählig auch die bäuerlichen Trachten verschwinden macht, nachdem die spezifisch adelige Tracht schon längst abgekommen war. Unmöglich, diesem Umbildungsprozeß Halt zu gebieten, töricht, ihn hemmen zu wollen. Es ist ganz naturgemäß, daß die allgemeine Rechtsgleichheit nach allen Seiten hin ihre Wirkung äußert, und totgeboren ist alles, was heutzutage nicht von dieser Basis ausgeht.

Will der Adel sich noch immer als eine besondere Menschenklasse ansehen, — soweit das innre Gesinnung bleibt, kann man es freilich nicht ändern. Daß er an seinen Familientraditionen festhält, ist seine Privatsache, wobei ihm niemand darein zu reden hat, woraus aber kein Anspruch auf eine besondere rechtliche

Stellung des Adels folgt, die überhaupt keinen realen Anhalt darböte. Denn er hat als Stand nichts Greifbares mehr, was ihm eigentümlich wäre, als den leeren Titel. Im Staatsdienst wie in der Volkswirtschaft kommt darauf nichts an, für Kunst, Wissenschaft und Literatur existiert es gar nicht.

Soweit die rechtliche Seite. Etwas anderes ist der Vortritt im geselligen Leben, welchen die Sitte dem Adel gewährt, nur eben von Rechtsansprüchen ist dabei keine Rede. Und so war es, beiläufig bemerkt, in altgermanischer Zeit gewesen, wo der Vorzug des Adels vor dem Gemeinfreien auch nur auf freiwilliger Anerkennung beruhte, was sich erst mit dem beginnenden Feudalismus veränderte. Doch wie dem auch sei, so gewährt solche Stellung dem Adel noch immer den erheblichen Vorteil, daß ihm dadurch jedes Auftreten im öffentlichen Leben sehr erleichtert ist, weil es ihm von vorneherein eine gewisse Sicherheit gibt, wie ihm anderseits auch von vorneherein eine gewisse Achtung entgegenkommt, zumal wenn es sich um einen Mann aus einer altangesessenen, im Lande bekannten Familie handelt. Ein solcher Mann wird dann leicht Einfluß im öffentlichen Leben gewinnen können. Um so gewisser, je mehr er sich aller feudalistischer Marotten entschlägt, sich unbefangen auf den Boden der heutigen Rechtsgleichheit stellend, während hingegen nichts mehr dem Adel selbst geschadet hat, als wenn er sich zum Vertreter unfreier reaktionärer Tendenzen machte.

Dies anerkannt, so beruht dann der reale Boden für die Wirksamkeit des Adels auf der Tatsache, daß die großen Landgüter noch so überwiegend in seinem Besitze sind. Will er aber daraus einen besondern sozialen oder politischen Beruf ableiten, so ist dies nur möglich, wenn er mit den bürgerlichen Gutsbesitzern gemeinsame Sache macht. Unter dieser Voraussetzung tragen wir dann kein Bedenken, es für sehr wichtig zu erklären, daß die großen Grundbesitzer als ein besonderer Stand erhalten bleiben oder respektive sich neu dazu konstituieren. Als der Stand nämlich, welcher die besondere Aufgabe hat, das Landleben mit der höhern Bildung zu vermitteln, und der, insoweit er solcher Aufgabe entspräche, auch wie von selbst gewisse Führerschaft über das Landvolk gewinnen würde. Ohne dies erliegt das platte Land — wie man heute in Frankreich sieht — dem Einfluß der überwiegenden städtischen Bildung und des städtischen Kapitals, weil

ihm die Organe fehlen, um sich in seiner Selbständigkeit zu behaupten und seine eigentümlichen Interessen sicherzustellen.

Wohl zu beachten aber, daß die ländliche Bevölkerung, seitdem sich die städtischen Gewerbe und das Fabrikwesen auf dem Lande angesiedelt, nicht entfernt mehr mit dem ehemaligen Bauernstande identisch ist; auch bildet der Bauernstand selbst schon keine homogene Masse mehr. Der Großbauer unterscheidet sich sehr merklich von dem Kleinbauer, der wieder den bloßen Häusler und den Einlieger unter sich hat, oder wie diese Leute anderer Orten heißen mögen. Soll hier eine ständische Organisation eintreten, so muß sie sich überall den gegebenen agrarischen Verhältnissen anpassen, und wird daher nicht gleichmäßig sein können.

Noch weniger bildet der ehemalige Bürgerstand eine homogene Masse. Zwischen dem Kaufmann und dem Handwerker hat sich der Fabrikant eingeschoben, neben welchen je mehr und mehr der reine Techniker als ein besonderes Element hervortritt, in dessen der Kaufmannsstand selbst sich in Bankiers, Großhändler, Detaillisten, Krämer und Hausierer unterscheidet. Unter allen die breite Masse der sogenannten Arbeiter. Eine Spezialität bilden in vieler Hinsicht die Bergleute.

Anders nun als diese durch die besondere Art ihres materiellen Erwerbes charakterisierten Elemente sind wieder die geistigen Berufsarten gestellt. So zunächst Sachwalter und Ärzte, ihnen zur Seite Künstler und Schriftsteller. Am meisten ins Gewicht fallend aber der dem Kommunal- und Staatsdienst eingefügte Lehrstand, der doch um deswillen, daß er von den Kommunen oder vom Staate besoldet wird, (insoweit sein Einkommen nicht aus Stiftungen fließt) und daß er mit den öffentlichen Beamten gewisse Rechte teilt, keineswegs als ein Organ der Kommunal- oder Staatsgewalt anzusehn ist. Ihn dazu machen zu wollen, würde die Zwecke der Lehranstalten verfälschen und die Freiheit der Wissenschaft zerstören. Im Kern der Sache ist vielmehr der Lehrstand als ein gesellschaftlicher Stand anzusehn, der als solcher auch seine besondere Vertretung fordert. Noch viel einleuchtender, daß dasselbe von dem geistlichen Stand gilt, solange man nicht etwa behaupten will, daß für das gesellschaftliche Leben die Religion nichts zu bedeuten habe.

Dahingegen sind professionelle Staatsbeamte jeder Art, wie insbesondere auch die ständischen Offiziere und Unteroffiziere,

nicht als gesellschaftliche Stände anzusehn, sondern, wie sie ihrem Berufe nach Organe der Staatsgewalt sind, so liegt auch der Schwerpunkt ihrer Existenz im Staate, nicht in der Gesellschaft. In der Volksvertretung finden sie darum keine Stelle, es kommt ihnen weder das aktive noch das passive Wahlrecht zu. Ein Parlament, in welchem Staatsbeamte das große Wort führen, ist überhaupt keine Volksvertretung mehr, und wenn das heute dennoch geschieht, so ist dies selbst das augenfälligste Zeichen der Begriffsverwirrung, in welcher wir uns befinden. Denn welcher Widerspruch, — da man doch allgemein fordert, daß die Gesetzgebung von der Handhabung der Gesetze getrennt sein müsse, — wenn gleichwohl dieselben Leute im Parlament die Gesetze machen, die sie hinterher handhaben sollen? Und welchen Sinn hat es noch, daß dieselben Leute die Steuern bewilligen, die sie als Staatspensionäre selbst verzehren? Zugleich wird dadurch das Beamtentum korrumpiert und wie von selbst dahin geleitet, das parlamentarische Treiben zu seinem Avancement auszunützen.

Sind Staat und Gesellschaft grundwesentlich verschieden, so sind die Vertretungskörper eben dazu da, daß die Gesellschaft im Staate zu ihrem Rechte komme, und darum müssen folglich alle gesellschaftlichen Elemente im Landtage oder Reichstage ihre Vertretung finden. Man sage nicht, daß doch tatsächlich überall schon Leute von den verschiedensten Berufsarten gewählt würden, denn ganz abgesehen von der großen Anzahl von Staatsbeamten, welche heute ungehörigerweise in den parlamentarischen Sitzungen sitzen, ist es gewiß eine viel andere Sache, ob etwa Landwirte, Fabrikanten, Kaufleute oder Gelehrte usw. durch allgemeine Wahlen in das Parlament kommen, oder ob sie von ihren Standesgenossen als ihre Vertrauensmänner und als Sachverständige entsandt werden. Vollends nichtig wäre der Einwand, daß solcher Weise nur die Sonderinteressen zur Geltung kämen, nicht aber die allgemeinen Landesinteressen. Woraus entstehen denn diese allgemeinen Landesinteressen als aus dem Ensemble aller Sonderinteressen? Und eben damit die Sonderinteressen sich zu einem harmonischen Ganzen fügen, darum treten die Abgeordneten der verschiedenen Berufsklassen im Landtage oder Reichstage zusammen.

Einerseits die örtlichen Organisationen, nach Gemeinden, Kreisen, Landschaften oder Provinzen, anderseits die ständischen

und Berufsgenossenschaften, — das allein sind die Grundlagen, von wo eine wahre Volksvertretung ausgehn kann. Wie wenig dem das heutige Kopfzahlwahlssystem entspricht, bedarf keiner Worte. Nur ist leider nicht minder klar, wie schwierig es unter den obwaltenden Umständen sein möchte, eine auf wirklich lebendigen Körperschaften beruhende Volksvertretung einzuführen. Jedenfalls wird dahin nicht mit einem Schlage zu gelangen sein.

Mit dem alten System privilegierter und übereinander-geschichteter Stände ist es unwiederbringlich vorbei. Die Rechtsgleichheit und das allgemeine Staatsbürgertum wollen schlechterdings anerkannt sein. Das aber zugegeben, ist freilich nicht zu leugnen, daß das Kopfzahlwahlssystem das einfachste Mittel zu sein scheint, um die Rechtsgleichheit zum Ausdruck zu bringen. Durch seine arithmetische Klarheit stellt es sich dem gemeinen Verstande als das allein richtige dar, und es wird erst noch Zeit dazu gehören, ehe die Überzeugung von seiner Unzulänglichkeit allgemein durchdringt. Soviel dürfte indessen heute schon anerkannt werden, daß das Wesentliche dabei doch eigentlich nur die Forderung ist, daß keine Unterschiede nach Geburt, Reichtum oder Bildung gemacht werden sollen, nicht aber, daß etwa die einzelnen Wahlkreise immer genau dieselbe Wählerzahl enthielten, was ja in der Praxis überhaupt kaum zu erreichen sein möchte. Einen gewissen Spielraum für mehr oder weniger muß man da schlechterdings statuieren. Selbst die hitzigsten Vertreter des allgemeinen Stimmrechtes können das nicht bestreiten und fügen sich darein, weil solche Unterschiede sich im Ganzen wieder ausgleichen, und so die große Masse dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Damit wäre nun ein Mittel zur Korrektur gegeben, von welchem man den ausgiebigsten Gebrauch machen sollte. Dergestalt nämlich, daß die Bildung besonderer Wahlkreise ad hoc überhaupt unterbliebe, indem man sich überall an die schon bestehenden örtlichen Organisationen hielte, wenn dabei auch hier oder da die Wählerzahl gegen die Normalzahl um das Doppelte zu klein oder zu groß ausfiel. Trotzdem würde das Resultat ein besseres sein als heute, insbesondere bei den Reichstagswahlen, wo die Abgeordneten fast niemals von einer wirklichen Korporation ausgehn, sondern, rund herausgesagt, von Menschenhaufen, die nur für den Zweck der Wahl zusammenkommen, und, ist der Wahl-

akt vorüber, durch nichts mehr zusammengehalten werden. Was haben solche Abgeordnete hinter sich, was ihrem Auftreten einen reellen Nachdruck zu geben vermöchte? Nichts. Die hohen Worte „hinter uns steht das Volk“ verhalten eben in den Wind, weil es selbst nur Wind damit ist. Die Wählerhaufen zerfallen nach dem Wahlakt in ihre Atome, und hätten sie auch einen gemeinsamen Willen, so besäßen sie doch kein Mittel, denselben geltend zu machen. Daher die reale Ohnmacht der Kopfzahl-Parlamente. Nur negativ können sie wirken, durch Verweigerung ihrer Zustimmung, wo dieselbe verfassungsmäßig erforderlich ist, positiv durchsetzen können sie gegenüber einer resoluten Regierung, welcher neben der Armee der ganze Verwaltungsapparat zu Diensten steht, so viel als nichts. Es bleibt nur die agitatorische Wirkung ihrer Reden und Resolutionen, wodurch man zwar das Volk in Unruhe versetzt, aber praktisch nichts erreicht.

Wie dem auch sei, so kann das allgemeine gleiche Stimmrecht jedenfalls nur durch örtliche Wahlkreise zur Ausführung gelangen, und ist die Sache dann leicht genug, weil doch jedermann irgendwo seinen Wohnsitz hat. Die Wahl nach Berufsarten hingegen könnte in unsrer aufgelösten Gesellschaft überhaupt nicht allgemein sein, weil einigermaßen lebendige Berufsgenossenschaften heute kaum bestehen, sondern allermeist dergleichen erst neu zu begründen wäre.

Die berufsartige Volksvertretung ist daher zur Zeit nur möglich als eine neben der allgemeinen Volksvertretung stehende besondere Körperschaft. So kämen wir damit auf das Zweikammersystem, welches ja in unsern größern Partikularstaaten überall besteht. Nun aber wollen wir nicht etwa noch eine dritte Kammer dazu schaffen, sondern unsre Meinung geht vielmehr dahin, daß die jetzt sogenannten ersten Kammern, Reichsräte oder Herrenhäuser, selbst zu berufsmäßigen Vertretungskörpern umgebildet werden müßten. Anders wäre hier keine Hilfe.

Allerdings eine große Veränderung, worauf einzugehn den jetzigen ersten Kammern, Reichsräten oder Herrenhäusern, vielleicht wie ein Selbstmord erscheinen dürfte. Fragen wir doch aber: was diese Institute eigentlich sind? Offenbar nichts weiter als der Versuch, das Prinzip der Rechtsgleichheit, nachdem man es in thesi anerkannt, dann hinterher so viel als möglich lahm zu

legen, indem man den Überresten des alten Feudalstaates noch ein sicheres Asyl verschaffen wollte. Begreiflich genug, daß man darauf verfiel; auch anerkennen wir gern, daß, um den Übergang aus der alten Zeit in die neue zu vermitteln, dieser Versuch eine gewisse Berechtigung hatte. Allein allmählig haben sich nun die Überreste des alten Feudalstaates schon dermaßen ausgelebt, daß die Ersten Kammern unvermeidlich immer ohnmächtiger werden. Von vorneherein mit dem Odium der Reaktion belastet, haben sie in dem Bewußtsein des Volkes fast nirgends Wurzel geschlagen und daher auch nirgends einen nennenswerten Einfluß auf die große Volksmasse zu gewinnen vermocht. Wie sollten sie heute in unsern Partikularstaaten noch lange fortleben können, während es im Reiche kein ähnliches Institut mehr gibt? Tatsache jedenfalls, daß sie für die soziale Reform noch weniger leisten, als die Kopfkammern. Als Repräsentanten des großen Grundbesitzes und damit der agrikolen Großwirtschaften würden gleichwohl die vornehmen Herren der Ersten Kammern auch in einer berufsmäßigen Vertretung noch ihren Platz finden, aber als etwas anderes dürften sie darin nicht gelten wollen. Ob sie Fürsten, Grafen oder Barone heißen, ist dabei gleichgültig. Diese feudalen Titel bezeichnen heutzutage ebensowenig einen staatlichen als einen sozialen Beruf, worauf es hier allein ankommt. Natürlich also würden sich die Herren auch gefallen lassen müssen, daß neben ihnen Repräsentanten aller andern Berufsklassen säßen, insoweit sich dergleichen zur Zeit organisieren lassen.

Zunächst wird man sich dabei auf die großen Hauptzweige der Volkswirtschaft beschränken müssen, eine weitere Spezialisierung der Zukunft vorbehaltend. Man wird daher neben den schon bestehenden Handelskammern Ackerbaukammern einrichten, an deren Bildung aber außer den Großgrundbesitzern auch die Groß- und Kleinbauern Anteil zu nehmen hätten. Desgleichen Handwerkskammern und Fabrikkammern. Diese Kammern würden sich für ihre respektiven Amtssprengel ebenso mit den sachlichen Interessen der betreffenden Wirtschaftszweige zu beschäftigen haben, als andererseits mit den persönlichen Verhältnissen der arbeitenden Bevölkerung, sodaß von da aus die praktische Regulierung dieser Verhältnisse in Angriff zu nehmen wäre. Weiter dann würden diese Kammern selbst die Wahlkollegien sein für die Vertretung in der hier in Rede stehenden, neu zu bildenden

parlamentarischen Körperschaft. Würde man nun von jenen Kammern aus vorzugsweise die materielle Seite des Volkslebens ins Auge fassen, so würden hingegen die Vertreter der gelehrten Professionen, wie desgleichen der Kirche, — für welche beide Wahlkollegien einzurichten nicht gar schwierig sein dürfte, — sich umso mehr auf die intellektuelle und moralische Seite des Volkslebens zu richten haben.

Keine Frage, daß eine derartig gebildete parlamentarische Versammlung zur Behandlung der sozialen Angelegenheiten unvergleichlich viel geeigneter sein müßte, als unsre Kopfkammerkammern. Daß aber das neue Institut zu Ansehn und Einfluß gelangte, würde dann lediglich von seiner eigenen Tätigkeit abhängen, und in demselben Maße, als es sich betätigte, würde sich auch seine innere Einrichtung vervollkommen, und damit allmählig eine, das ganze Volk umfassende berufsmäßige Organisation entstehen. Ein apriorisches Schema dazu ließe sich kaum aufstellen und würde jedenfalls nichts nützen. Erst durch die Praxis wird man recht erkennen, worauf es dabei ankommt. Lebendige Einrichtungen schafft nur das Leben selbst. Ist aber der Trieb zu genossenschaftlichen Bildungen in unserm Volke nie ganz erloschen und offenbar wieder neu erwacht, so bedarf er nur noch eines Organes, um sich praktisch geltend zu machen. Das soll ihm hiermit gegeben werden.

Den Regierungsabsolutismus gebrochen zu haben, ist das unstrittige Verdienst des Liberalismus. Wirkliche Volksfreiheit aber war damit noch lange nicht begründet. Im Gegenteil, der Absolutismus nahm damit nur eine andre Gestalt an: er wurde zum Staatsabsolutismus, der in vieler Hinsicht unter dem liberalen Regime erst recht emporgekommen ist.

Zumeist nämlich dadurch, daß nun statt der Regierung die Gesetzgebung absolut wurde. In der großen französischen Revolution, in welcher das liberale System zuerst zum vollen Durchbruch kam, trat dies sogleich in prägnantester wie abschreckendster Gestalt hervor. Der dabei zugrunde liegende Gedanke war offenbar, daß alles Recht auf Gesetzen beruhe und wiederum alle Gesetze vom Staat ausgingen. Das einmal zugegeben, so könnte durch die Gesetzgebung am Ende auch das Eigentum oder die Ehe oder die Religion abgeschafft, oder anderseits wohl gar ein neuer Gott dekretiert werden, wie doch letzteres unter Robespierre wirklich

geschah. Man sieht, in welche Abgründe solche Prinzipien führen, und wie jedenfalls der Liberalismus konsequenter Weise kein Recht hätte, dem Sozialismus gegenüber entrüstet zu tun, wenn der im Wege der Gesetzgebung die Aufhebung des Privateigentums forderte. Nur eine sozialistische Parlaments-Majorität gehörte dazu, und die Sache würde ganz ordnungsmäßig erledigt.

Selbstverständlich, daß vor solcher, allmächtigen Staatsgesetzgebung von einem eigenen Rechte der Gemeinden, Kreise und Landschaften überhaupt keine Rede sein kann. Das aber wieder zugegeben, verliert damit die Volksfreiheit von vorneherein ihren realen Boden. Denn für den bei weitem größten Teil des Volkes verläuft sich das ganze Leben der Menschen in ihrem Geburtsort und dessen nächster Umgebung; da liegen die Wurzeln ihrer materiellen Existenz, daran knüpfen sich ihre Lebensgeschicke, ihre Freuden und Leiden. Sollen also die Leute wirklich frei sein, so müssen sie vor allen Dingen das Recht haben, ihre heimatlichen Angelegenheiten selbst zu ordnen und zu verwalten. Daß sie durch die Wahl der Abgeordneten einen winzigen Anteil an der allgemeinen Staatsgesetzgebung gewinnen, damit ist hier wenig geholfen.

Nicht sowohl auf der Gesetzgebung als auf der Verwaltung beruht zumeist die wirkliche Volksfreiheit, wie seinerzeit schon Niebuhr gesagt. Selbstgesetzgebung des Volkes bleibt in unsern heutigen Staaten unter allen Umständen eine Chimäre, da vielmehr gerade die Gesetzgebung eine Aufgabe ist, welche Kenntnisse und Einsichten fordert, die immer nur sehr wenige besitzen. Fehlt aber der großen Masse jedes Urteil darüber, — wie soll sie doch die rechten Gesetzgeber wählen können? Der Mißerfolg ist unvermeidlich, und halten wir uns dabei nur an unsre eigenen Erfahrungen, denn welche Qualität von Gesetzen hat infolgedessen unsre Reichsgesetzgebung geliefert! Mit der Verwaltung hingegen, soweit es nämlich die heimatlichen Angelegenheiten anbetrifft, steht es viel anders. In der Gemeinde, und selbst noch innerhalb eines Landkreises, kennen sich die Leute einigermaßen, und die zur Besorgung der allgemeinen Angelegenheiten tauglichen Männer treten genügend hervor. Oder richtiger gesagt, es könnte so sein, die Sache hätte ihre innre Möglichkeit. Verhält es sich leider in Wirklichkeit doch allermeist anders, so werden wir später sehn, wie es in dieser Hinsicht besser werden könnte.

Nur für den Gemeinderat also und für den Kreistag — oder wie derartige Körperschaften heißen mögen — wären verständigerweise Urwahlen am Platze, nicht aber für den Landtag oder gar für den Reichstag, sondern da müßte die Vertretung aus den Kreistagen und Landtagen selbst hervorgehn. Niemand dürfte dann für den Kreistag gewählt werden, der nicht schon vorher im Gemeinderat gesessen, niemand zum Landtag der nicht schon im Kreistag gesessen, niemand zum Reichstag, der nicht vorher Mitglied eines Landtages gewesen. So baute das Ganze sich stufenmäßig auf, es wäre damit die nötige Garantie gegeben, daß in die höchste Versammlung nur gereifte und erfahrene Männer eintreten. Steht doch die Art und Weise, wie man heute sozusagen die parlamentarische Karriere macht, in auffallendstem Widerspruch zu allen den Grundsätzen, die anderseits für den Staatsdienst gelten, wonach niemand zu den höhern und höchsten Stellen gelangen kann, der nicht durch die untern Stufen hindurchgegangen wäre. Bei unserm heutigen Wahlwesen hingegen geschieht es häufig genug, daß Leute, die sich noch durch nichts im öffentlichen Leben bewährt haben, mit einem Schlage zu Mitgliedern des Reichstages werden. Es gehört nichts weiter dazu, als neben einigem Redetalent und der nötigen Dreistigkeit, insbesondere einflußreiche Empfehlungen, so ist man auf einmal eine gewaltige Personage geworden, ein unverantwortlicher Volksvertreter und Gesetzgeber. Fürwahr, wo träfe das sarkastische Wort Oxenstiernas: „Du weißt nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird“, — und wo träfe es so zu wie bei unsern Parlamentswahlen!

Wird denn die Sache dadurch besser, daß es freilich in allen, mit dem Repräsentativsystem beglückten Ländern ganz ebenso geschieht? Es ist nur ein neuer Beleg dafür, wie viel Blödsinn in diesem System steckt. Oder wollte man uns einwenden: es könnte doch Leute geben, die sich sehr wohl für den Reichstag qualifizierten, indessen sie für eine Gemeindevertretung oder Kreisvertretung nicht passen würden, und daß dadurch hervorragenden Kapazitäten der Weg zum Reichstag allzusehr erschwert wäre, so soll dies zwar nicht überhaupt bestritten werden, offenbar aber würde es Ausnahme sein. Keine Regel ohne Ausnahme, und wäre hier leicht genug die Auskunft gefunden, daß die betreffenden Körperschaften selbst die Befugnis erhielten, in gewissen Fällen

Dispensation zu erteilen. Endlich aber — muß man denn durchaus im Reichstag sitzen, um sich geltend zu machen, oder bieten nicht auch die freien Versammlungen und die Presse ein Organ dazu?

Unser Grundgedanke ist mit einem Worte: daß die höhern Vertretungskörper durch Delegation zu bilden wären, als der unerläßlichen Bedingung, um den untern Körperschaften, von welchen dann die Vertretung ausginge, die nötige Selbständigkeit zu sichern. Vor allem gilt dies heute im Verhältnis der deutschen Einzelstaaten zum Reiche. Besteht da ein Reichstag, dessen Mitglieder schlechtweg das sogenannte deutsche Volk (freilich einschließlich 3 Millionen Slawen, wie ausschließlich 8 Millionen deutsche Österreicher!) zu vertreten haben, gerade als ob es besondere deutsche Staaten überhaupt nicht mehr gäbe, — worauf kann das hinauslaufen, als daß solcher Reichstag wie mit innerer Notwendigkeit zur Absorbierungsmaschinerie wird, welche die den Einzelstaaten einstweilen noch verbliebenen Kompetenzen Stück für Stück verschwinden macht, sodaß zuletzt ganz Deutschland in eine uniformierte Masse verwandelt wird? Das ist hier die Perspektive.

Es ist dies umsomehr das unvermeidliche Endresultat, als auch in Preußen selbst, welches nach seinem heutigen Umfang allein schon $\frac{2}{3}$ des neuen Deutschlands umfaßt, die Volksvertretung ebenso wieder ohne alle Rücksicht auf die große Verschiedenheit der Provinzen kurzweg auf die ganze Volksmasse basiert ist, sodaß natürlich die Provinzialversammlungen gegenüber dem allgemeinen preußischen Landtag, in welchem die Provinzen als solche gar nicht vertreten sind, nie eine reelle Bedeutung erlangen können. Für den preußischen Landtag gibt es keine Rheinländer, keine Westphalen usw., sondern lediglich Preußen. Ähnlich gibt es für den bayrischen Landtag keine Franken oder Rheinpfälzer, sondern lediglich Bayern. Ob aber die Leute in Franken und in der Rheinpfalz auch dadurch, daß man so tut, als ob ihre Stamm-eigentümlichkeit nicht bestände, zu wirklichen Bayern werden? Ich glaube nicht, sondern wahrscheinlich noch weniger als die Rheinländer und Westphalen oder die annektierten Hannoveraner und Hessen durch den gemeinsamen preußischen Landtag je kurzweg zu Preußen werden dürften. Vielmehr wird der Versuch, eine der Natur der Dinge widersprechende Einerleiheit her-

zustellen, hinterher ins Gegenteil umschlagen. Was ist es aber, woraus alle solche Verirrungen entspringen? Nichts weiter als der Staatsabsolutismus.

So geringschätzig sich so nennende Praktiker von aller Theorie zu denken pflegen, — sie wissen nur allermeist nicht, wie sehr sie selbst davon beherrscht werden. Denn was in dem heutigen Staatsabsolutismus hervortritt, sind eben nur die praktischen Folgen der aus dem abstrakten Staatsbürgertum abgeleiteten Theorien. So verhängnisvolle Folgen, daß es wohl der Mühe lohnt, zu fragen: wie man auf solche Theorien geraten konnte? Dies dann erkannt, wird auch die Sinnlosigkeit umso deutlicher ins Auge springen.

Zumeist also hat gewiß das mißverständene Vorbild der antiken Republiken dazu verleitet. Mißverstanden nämlich, weil die heutige Welt auf ganz andern Lebensbedingungen beruht als die antike, deren Staatsbürgertum offenbar eine doppelte Voraussetzung hatte. Erstens, daß der Staat seinem Kerne nach nichts anderes war als die Stadt, daher die Staatsbürgerschaft auch wirklich einen einheitlichen Körper bildete. Zweitens aber, daß die Bürger für die materiellen Arbeiten Sklaven hielten, infolgedessen sie Mittel und Muße hatten, ihre Haupttätigkeit auf den Staat zu richten und damit der Schwerpunkt ihres Wesens eben in ihrem Staatsbürgertum lag. So handgreiflich nun ist, daß in der modernen Welt von beidem keine Rede sein kann, geschah es trotzdem, daß seit der Renaissance, wodurch sich die Köpfe mit antiken Ideen erfüllten, auch das politische Denken dadurch beeinflusst wurde. Um sich davon zu überzeugen, braucht man ja nur den Macchiavelli zu lesen, als den ersten Bahnbrecher der ganzen modernen Staatswissenschaft, auf welchen dann Bodinus folgte. Und dieser Einfluß dauert noch bis heute fort.

Kann es doch nicht ohne Wirkung bleiben, daß unsre Jurisprudenz sich in dem Studium des römischen Rechtes konzentriert, durch dessen Schule fast alle höhern Beamten hindurchgingen. Wie überhaupt, daß unsrer Jugend die glänzenden Bilder des antiken Staatslebens vor Augen gestellt werden, indessen man sie nur allzuwenig darüber belehrt, auf welchen Bedingungen dieses Staatsleben beruhte, noch welche Schattenseiten es hatte. Am augenfälligsten die, daß, wenn der antike Hauptstadtstaat sich erweiterte, die neu hinzugekommenen Gebiete von der Hauptstadt

aus beherrscht und ausgebeutet wurden. So selbst in Griechenland unter der Hegemonie von Sparta und Athen, um wie viel mehr unter der römischen Republik, nachdem sie zuletzt den ganzen mediterranen Länderkreis zu römischen Provinzen gemacht, d. h. zu untertänigen Ländern. Was Wunder also, nachdem einmal antike Ideen zur Herrschaft gekommen, wenn in unsern heutigen Staaten die Hauptstädte nun auch die Miene annehmen, als ob sie selbst den Kern des ganzen Staates bildeten und auf die Provinzen wie auf ihre untertänigen Gebiete herablickten! In Paris spricht man allgemein in solchem Tone; es ist daselbst zur offiziellen Redensweise geworden. Gerade als ob Frankreich aus Paris und den von Paris abhängigen Provinzen bestände! In Berlin hat man nicht übel Lust, in denselben Ton zu verfallen. Es gebärdet sich als der Kern des preußischen Staates, wenn nicht gar schon von ganz Deutschland. Wer nicht in Berlin lebt, ist ein Provinziale, ein Wesen niedrer Art, das von da aus die Parole zu empfangen hat.

Das wäre das Eine. Andererseits kam noch das sogenannte Naturrecht dazu. Richtiger: naturwidriges Recht zu nennen, da es von allen Naturbedingungen des menschlichen Lebens abstrahiert, indem es den Menschen zu einem bloßen Rechtssubjekt machen will. Als bloße Rechtssubjekte bilden dann wirklich Alle eine gleichartige Masse. Keine Rede von Stand und Beruf, noch von Besitz und Bildung; der Eine ist wie der Andre. Keine Rede desgleichen von Stammeseigentümlichkeiten, von heimatlichen und landschaftlichen Gewohnheiten, Bedürfnissen und Interessen. Alles verschwindet in den Abgrund des Staates und des Staatsbürgertums.

Unter solchen Voraussetzungen konzentriert sich dann die ganze Aufgabe der politischen Organisation in den Einrichtungen der sogenannten Staatsgewalten, welche das Grundgerüst des ganzen Staatskörpers bilden sollen. Kein Gedanke daran, daß es weit mehr die Gliederung nach Landschaften, Kreisen und Gemeinden ist, worauf in Wirklichkeit der Bau der Staaten beruht, und woran sich auch die sogenannten Staatsgewalten selbst anschließen müssen, wenn sie inneres Leben haben und nicht eine bloße Maschinerie bleiben sollen. Statt dessen gelten nach der herrschenden Denkweise die Staatsgewalten als für sich bestehende Existenzen; die realen Bestandteile des Staates hingegen —

Landschaften, Kreise und Gemeinden — nur als das von den Staatsgewalten zu verarbeitende Material. Und bei solcher Arbeit mitzuwirken, ist auf diesem Standpunkt die prinzipale Aufgabe der Volksvertreter. Und so werden die Volksvertreter vielmehr Zertreter der Autonomie der Landschaften, Kreise und Gemeinden, wovon der moderne Staat überhaupt nicht gerne mehr hören will.

„Nur kein Staat im Staate!“ gilt ihm als oberster Grundsatz. Was heißt das aber, als daß es im Staate nichts mehr geben soll, was ein in sich selbst beruhendes Leben hätte? Ich sage vielmehr, wenn Gemeinden, Kreise und Landschaften wirklich ein eigenes Leben haben sollen, so sind sie allerdings Staaten im Staate, der sich selbst schon in jeder Dorfgemeinde abspiegelt. Die hat an ihrem Gemeindevorsteher — Schulze, Bürgermeister oder wie er heißen möchte, — ihren Regenten, dazu ihr Parlament an dem Gemeinderat, ihr Dorfgericht (oder sollte es wenigstens haben), wie auch ihr Finanzwesen. Natürlich, das alles in einfachster Form. Höher entwickelt schon in der Kreisorganisation, noch höher in der landschaftlichen. Innerhalb ihrer Kompetenz und für ihre besondern Interessen sind also Gemeinden, Kreise und Landschaften wie kleine Staaten; und daß sie so behandelt werden, macht das Wesen einer föderativen Verfassung aus, die allein wirkliche Volksfreiheit zu gewähren vermag. Werden sie hingegen in unsern sogenannten konstitutionellen Staaten nicht entfernt so behandelt, so entspringt daraus auch nur ein modifizierter und verschleierter Absolutismus.

Da wird das ganze Land nicht nur von oben herab regiert und mit allgemeinen Gesetzen überschüttet, sondern auch das Recht wird von oben herab gesprochen. Denn das ist auch wieder ein Hauptgrundsatz des Konstitutionalismus: „Alle Justiz geht vom Staate aus.“ Nein, sage ich, sie erhält im Staate nur ihren letzten Abschluß; ausgehn muß die Justiz vielmehr von den verschiedenen Sprengeln, für welche die Gerichte bestehn. Lebt denn in Gemeinden, Kreisen und Landschaften nicht an und für sich schon ein Rechtsbewußtsein oder muß ihnen das erst von der Zentralgewalt eingefloßt werden? Haben sie hingegen ein eigenes Rechtsbewußtsein, so müssen sie auch ein Gericht haben, welches ihnen angehört. Für eine föderative Verfassung ist das eine unentbehrliche Lebensbedingung. Soll aber nur die Staatsgewalt

ein eigenes Rechtbewußtsein besitzen, so ist es freilich folgerichtig, daß sie von oben herab die Richter in das Land sendet, um nach dem staatlichen Rechtsbewußtsein Recht zu sprechen. Die Gerichtssprengel werden dann ad hoc gebildete Bezirke, die mit der Gliederung nach Gemeinden, Kreisen und Landschaften nichts zu schaffen haben.

Das alles geschieht heute vor unsern Augen. Denn gerade wie sich über das ganze Reichsgebiet eine uniforme Militärorganisation verbreitet, so soll auch eine uniforme Gerichtsorganisation hinzukommen; und sind nur erst die neuen Gesetzbücher fertig, so wird nichts mehr hindern, daß, ähnlich wie Offiziere von einem Regiment zum andern abkommandiert werden, zum Triumph der deutschen Einheit auch ein Richter etwa von Königsberg nach Straßburg, oder von Hamburg nach München versetzt werden kann. Natürlich „im Interesse des Justizdienstes“; will sagen, im Interesse der öffentlichen Gewalt, zu deren Diener damit der Richter wird, anstatt der Diener des Rechtes zu sein. Daß er doch in einem geistigen Zusammenhang und in einiger Lebensgemeinschaft mit der Bevölkerung stehn müsse, für welche er Recht sprechen soll, heiße die hohen Ideen des Konstitutionalismus verkennen. Wer hier nicht den Absolutismus hindurchscheinen sieht, und zwar diesmal den Reichsabsolutismus, der hat ein Brett vor dem Kopfe.

Je mehr überhaupt das ganze Staatswesen einen militärischen Zuschnitt erhält, umso mehr neigt es zum Absolutismus; wie andererseits das Militärwesen auch das Hauptmittel war, wodurch der Absolutismus emporkam. Erst die stehende Armee gab der Regierungsgewalt der Bevölkerung gegenüber eine unwiderstehliche Macht, und wo die Regierung eine solche Macht besitzt, da kann Volksfreiheit nur als eine Gnadenbewilligung bestehn. During pleasure, oder höchstens during good behaviour, was aber good behaviour sei, hat wieder die Regierung selbst zu entscheiden. Tüchtige Steuern zahlen und im übrigen ja sagen, dürfte dabei die Hauptbedingung sein. Klar demnach, wieviel für die Volksfreiheit von den militärischen Einrichtungen abhängt. Sogar die ganze Staatsverfassung, wie schon Aristoteles wußte.

Es ist dies eine ebenso wichtige wie komplizierte Materie, indem dabei noch außerdem zu berücksichtigen bleibt, daß das Militärwesen neben seiner eigentlich staatlichen Seite zugleich eine rein

technische Seite hat, und ferner, daß das jedesmalige Militärsystem durch die Weltlage des betreffenden Staates bedingt ist, was alles dreies doch untrennbar ineinandergreift. Dazu gehörten dann sehr vielseitige Untersuchungen, wovon an dieser Stelle keine Rede sein kann. Wir haben hier nur einige Bemerkungen zu machen, wozu wir durch den Gang der vorhergehenden Erörterungen unabweislich veranlaßt wurden.

Da ist nun einleuchtend, daß, was der Armee dem Volke gegenüber eine so gewaltige Übermacht gibt, zuvörderst ihre feste Organisation ist, vermöge derer sie durch einen einheitlichen Willen in Bewegung gesetzt wird. Darum muß die Übermacht der Armee umso größer sein, je mehr hingegen das Volk zu einer aufgelösten Masse geworden, zu einem Haufen atomer Individuen. Was bedeutet solch ein Haufen, wenn er auch Waffen hätte, gegenüber geschlossenen Bataillonen? An einen aktiven Widerstand ist da von vorneherein kaum zu denken. Nur die großen Städte bieten hierzu noch eine Möglichkeit, weil dort das Militär nur in kleinen Abteilungen operieren, und infolgedessen gegenüber einer plötzlich in Wut versetzten großen Volksmasse, welche sich durch die Gebäude in halb gedeckter Stellung befindet, in Nachteil geraten kann. Das bezeugen die Tatsachen. Seit 1789 gingen alle Revolutionen von den großen Städten aus, insbesondere von den Hauptstädten. War dann die Militärmacht in der Hauptstadt gebrochen, so fiel auch die Regierung umso gewisser, je mehr sie sich auf das Militär gestützt hatte. Ein glücklicher Aufstand in der Hauptstadt führte zu einem allgemeinen Umschwung, der ganze Staat erhielt auf einmal eine neue Verfassung, die ihm gewissermaßen von der Hauptstadt oktroyiert wurde. Was ist das aber, als eben nur die Kehrseite des Absolutismus? Und so ist es anderseits die Kehrseite des Militarismus, daß gelegentlich auch ein gegen die Regierung aufstütziger General, welcher die Sympathie seines Armeekorps besitzt, eine Revolution machen kann, wie man in Spanien wiederholt gesehn. Im Grunde genommen etwas ähnliches, als wenn im alten römischen Imperium die Prätorianer einen neuen Augustus proklamierten, oder die Legionen in den Provinzen einen neuen Cäsar.

Ist es also der aufgelöste Zustand der Gesellschaft, welcher der Armee eine so überlegene Macht gibt, so muß der Militarismus wohl erst recht zur Blüte gelangen, wenn die an und für sich schon

so inkohärente Bevölkerung sich noch obendrein in feindliche Klassen spaltet, wie heute in die besitzende Klasse und in die besitzlose Arbeiterklasse. Sich selbst unter den Schutz der Bajonette zu begeben, mag dann der besitzenden Klasse, deren physische Kraft gegenüber der großen Arbeitermasse fast nichts bedeutet, als das einzige Rettungsmittel erscheinen. Nur bezahlt sie das auch mit dem Verlust ihrer politischen Freiheit und wird sich nicht darüber beklagen dürfen, wenn infolgedessen der Soldateska immer mehr der Kamm schwillt, noch über den wachsenden Steuerdruck. Der Militarismus ist dann gewissermaßen zu einem ganz natürlichen Produkt der Verhältnisse geworden. Sinnlos, ihn durch parlamentarische Beschlüsse wegdekretieren zu wollen. Denkt man ernstlich, ihn zu überwinden, so gehört erst eine soziale Organisation dazu, deren Wichtigkeit damit auch unter diesem Gesichtspunkt hervortritt.

Weiter beruht die Militärherrschaft darauf, daß der Soldat alle heimatlichen und landschaftlichen Bande abstreift, indem die Rekruten aus den verschiedensten Gegenden durcheinandergeworfen werden, damit sie sich nur noch als ein Partikelchen der einheitlichen Armee fühlen, welche dadurch umsomehr zum willenlosen Instrument der Regierungsgewalt wird. Die politische Zentralisation folgt dann ganz von selbst. Für eine föderative Verfassung hingegen ist es wesentlich, daß die Armee nur aus den Kontingenten der Gliederstaaten bestehe, insofern es sich um einen förmlichen Bundesstaat handelt. Und soll die Verfassung eines Einheitsstaates zugleich doch einen föderativen Charakter annehmen, so muß dann wieder für die einzelnen Provinzen oder Landschaften dasselbe gelten.

Hiernach fehlt zur letzten Vollendung der Militärherrschaft nur noch, daß allein die stehende Armee Waffen führt, und so das Volk ausdrücklich wehrlos gemacht ist. Ein Zustand, welchen eben der Absolutismus wesentlich mit herbeigeführt hat, indem die ehemaligen Landmilizen und städtischen Bürgerwehren, insoweit sie nicht in sich selbst abstarben, von oben herab beseitigt wurden. Ganz entsprechend den Veränderungen im Gerichtswesen, wo die volkstümlichen Elemente durch lediglich vom Landesherrn abhängige gelehrte Richter ersetzt wurden, und ebenso entsprechend der Beseitigung der ehemaligen Selbstverwaltung durch eine landesherrliche Beamtenschaft. Gehörte aber das alles

zusammen, um das Volk zu einer bloß regierten Masse herabzudrücken, so gehört dann folglich auch zur Wiederherstellung der Volksfreiheit, daß nicht nur wieder eine Beteiligung des Volkes bei der Rechtsprechung, und eine Selbstverwaltung in Gemeinden, Kreisen und Provinzen hergestellt werde, sondern das unerläßliche Seitenstück hierzu sind dann auch: für die größern Städte Bürgerwehren, wie für die Landkreise Kreiswehren. Ohne dies bleibt alle Volksfreiheit illusorisch.

Aber wiederum erklärlich genug, wenn gerade von diesen Einrichtungen der Militarismus am wenigsten hören will, weil das direkt auf Einschränkung seiner Herrschaft zielte. Er macht sich dabei leichtes Spiel, solche Forderungen abzulehnen, indem er auf die Erfahrungen hinweist, die man im Jahre 48 mit den damals eingerichteten Bürgerwehren gemacht habe. Nun, es hätte wohl ein Wunder geschehn müssen, wenn, was man damals im Zustande höchster Aufregung mit einem Schlage improvisierte, sich nicht bald darauf als verfehlt und unhaltbar erwiesen haben sollte. Gewiß also müßte die Sache viel anders angegriffen werden und könnte sich nur im allmählichen Fortschritt entwickeln. Zudem — Kreiswehren einzurichten, hat man damals gar nicht versucht, und doch scheint wohl selbstverständlich, wenn es sich hier überhaupt um eine ernstgemeinte Einrichtung handelt, welche einen integrierenden Faktor der ganzen Staatsverfassung bilden soll, daß sie dann nicht bloß für die größeren Städte bestimmt sein kann. Andernfalls wäre sie totgeboren.

Nichts besagt es desgleichen, daß angesichts des heutigen Kriegswesens solche Bürgerwehren und Kreiswehren für eigentlich kriegerische Zwecke sehr wenig leisten könnten. Das soll auch gar nicht ihre Bestimmung sein. Zur Aufrechterhaltung der äußern Ordnung hingegen werden sie — im gewöhnlichen Verlauf der Dinge — vollkommen ausreichen. Und dahin geht gerade die Absicht, daß in dieser Hinsicht die Bevölkerung sich selbst schützen können soll, ohne daß erst die zentrale Staatsgewalt ihre Soldaten schickt. Sonst verlieren die Leute alles Selbstgefühl.

Die Hauptsache ist aber erst, daß solche Bürgerwehren und Kreiswehren zur Zeit das wirksamste und am ehesten anwendbare Mittel sein würden, um in den Bürgerschaften und unter den Kreisinsassen — durch die gemeinsamen Waffenübungen — einen

lebendigen Zusammenhang herzustellen. Und wie viel würde das bedeuten? Man frage sich doch nur: was ist denn heute die Bürgerschaft in unsern Großstädten? Nicht viel mehr als ein zusammengepreßter Menschenhaufe. Selbst in den Mittelstädten steht es nicht gar viel besser, und was die Kreisbevölkerung anbetrifft, die bilden freilich keinen zusammengepreßten Haufen, umsomehr aber nur eine Summe zerstreuter Elemente. Wie soll sich da eine reelle Selbstverwaltung entwickeln, wenn die Kreisinsassen gar nie in persönlichen Kontakt miteinander kommen? Um aber solchen persönlichen Kontakt herzustellen, gibt es für die Landkreise gar kein anderes Mittel, als daß die Leute dann und wann in Kompagnien und Bataillonen zusammentreten. Für die Mittelstädte mögen als zusammenhaltende Bande noch die gewerblichen Innungen hinzukommen, welche in dieser Hinsicht gerade in den Mittelstädten sich wohl am ehesten wirksam erweisen könnten. Vorausgesetzt, daß sie selbst rechte Lebenskraft besäßen, was doch zur Zeit nicht der Fall ist, und bei dem besten Willen nicht so bald zu erwarten sein dürfte. Für die eigentlichen Großstädte hingegen würden die Innungsbande in keinem Falle ausreichen, um einen lebendigen Zusammenhang der Einwohnerschaft zu begründen. Am allerwenigsten für eine Stadt wie Berlin, wo die ganze Selbstverwaltung schon tatsächlich zur Illusion geworden, indem statt dessen eine Cliquenherrschaft entstand und die Dinge unaufhaltsam dahintreiben, daß zuletzt nur noch eine bürokratische Präfectenverwaltung möglich sein wird, da aller innere Zusammenhang der Einwohnerschaft verschwindet.

Geschieht also nichts zur Begründung von Bürgerwehren und Kreiswehren, so muß der Militarismus wohl immer fortschreiten. Die ganze Bevölkerung zerfällt infolgedessen in zwei Abteilungen: Militär und Zivil, die wie zwei verschiedene Völker sind, mit verschiedenen Sitten und unter einem verschiedenen Rechte lebend; das Militär dann als die herrschende Klasse, die Zivilbevölkerung als die beherrschte Klasse. Ein halbbarbarischer Zustand, und eine wahre Satire auf den sogenannten Rechtsstaat, daß das Soldatentum über dem Staatsbürgertum steht! Spaltet sich dabei die Zivilbevölkerung wieder in die besitzlose und in die besitzende Klasse, — was ist hinfort noch die Nation, und was bedeutet es, unter solchen Umständen von Nationalleben zu reden, wo die Nation nur noch eine mechanisch zusammengehaltene Masse ist?

Eine deutsch föderative Verfassung und Entwicklung ist damit von vorneherein unmöglich. Denn wie schon gesagt: auf eine Grundtendenz zurückgeführt, bezweckt der Föderalismus nichts anderes, als daß an die Stelle des Antagonismus die Kooperation trete, statt dessen — wie heute die Dinge liegen — der Antagonismus fortwährend wächst und noch obendrein gehegt und gepflegt wird. Wer also noch ferner von Föderalismus reden will, der soll auch wissen, was dazu gehört. Nämlich ebenso ein Umschwung in den innern Verhältnissen, als — wie wir später sehn werden — in den auswärtigen Verhältnissen, da zur Zeit in beider Hinsicht vielmehr eine antiföderative Richtung herrscht.

ALLGEMEINE BETRACHTUNGEN ÜBER DEN FÖDERATIVEN CHARAKTER DEUTSCHLANDS

BLICKEN WIR ZUNÄCHST AUF DIE GEGEBENEN NATURVERHÄLTNISSE, so zeigt sich unverkennbar, wie schon die Terrainbildung und geographische Lage Deutschlands der Begründung eines allumfassenden deutschen Einheitsstaates widerstrebt. Die beiden deutschen Hauptströme, Rhein und Donau, gehn in fast entgegengesetzter Richtung auseinander. Fällt in die Mitte zwischen diesen beiden der mathematische Schwerpunkt des Ganzen, so fehlen doch da gerade die realen Bedingungen eines lebendigen Konzentrationspunktes. Denn quer durch das Land zieht sich das mitteldeutsche Gebirgssystem, ein eigenes, in sich selbst individualisiertes Gebiet bildend. Bei Tacitus der große hercynische Wald.

Wie ganz anders in Frankreich, dessen Mitte das ausgleichende Loiregebiet bildet. Der hercynische Wald hingegen wirkt trennend. Er begründet den natürlichen Unterschied von Nord- und Süddeutschland, der dann auch in den Sitten, Gewohnheiten und Lebensansichten der beiderseitigen Bevölkerung bis diesen Tag sehr merklich hervortritt. Allbekannt, wie sich daran die Verschiedenheit der Rechtsanschauungen anschloß, die im Sachsenspiegel und Schwabenspiegel ihren Ausdruck fand, dazu das bis zum Untergang des Reiches bestandene zweifache Reichsvikariat. Könnte dieser geistige Unterschied durch die geschichtliche Entwicklung der Nation sich allmählig verwischen, der Einfluß der Naturverhältnisse würde ihn erhalten. Weht in das nördliche Deutschland die Seeluft hinein und sind da die Blicke auf die See gerichtet, so weht in das südliche Deutschland die Alpenluft hinein, und auf die Alpen oder über die Alpen hinaus sind da die Blicke gerichtet. Beides kann nicht ohne weitreichende Folgen bleiben. Es gehörte erst eine Erdrevolution dazu, oder die Norddeutschen und Süddeutschen werden nicht aufhören, erheblich verschieden zu sein.

Daran ist aber auch nicht zu denken, daß der eine Teil durch sein Übergewicht die Eigentümlichkeit des andern dergestalt darniederhalten könnte, daß sie ihre praktische Bedeutung verlöre. In Frankreich mochte das geschehn. Da ist schon überhaupt der

natürliche Unterschied zwischen Nord und Süd insofern gar nicht vorhanden, als das südliche Frankreich nicht minder eine maritime Seite hat als das nördliche. Betrachtet man aber die Bevölkerung, so übertreffen, nach körperlicher Rüstigkeit wie nach moralischer Energie, die Nordfranzosen ohne Frage die Südfranzosen, welche die vom Mittelmeer hereinwehenden lauen Lüfte atmen. Verschwänden die Alpen, so würde es in unserm Süden ähnlich sein, einstweilen aber stehn sie noch, und entsenden von ihren Schneegipfeln eine Brise, unter deren Einfluß sich eben im südlichen Deutschland so starkknochige und gewichtige Körper bilden, wie etwa in Mecklenburg und Pommern, und sucht man stattliche Männergestalten, die finden sich nirgends so wie in Tirol. Darum kein Gedanke daran, daß sich der deutsche Süden je so von dem Norden unterjochen lassen würde, wie in Frankreich geschehn. Die deutsche Geschichte selbst widerspräche dem. Trat auch zeitweilig der eine Teil gegen den andern in den Vordergrund, auf die Dauer ließ sich keiner von dem andern beherrschen, und im ganzen ist von dem einen so viel ausgegangen als von dem andern. Noch mehr: eben das Ineinandewirken und bezw. der Antagonismus des nördlichen und südlichen Elementes gehört wesentlich mit zu den Charakterzügen der deutschen Geschichte. Gewissermaßen schon vorbereitet durch den Kampf zwischen Hermann und Marbod, trat dieser Antagonismus während des Mittelalters wiederholt in blutigen Kämpfen hervor, in den letzten Jahrhunderten als der Antagonismus zwischen Österreich und Preußen. Was folgt wohl daraus? Gewiß nichts anderes, als daß, um verderbliche Konflikte zu vermeiden, eben kein Element nach einseitiger Herrschaft streben darf.

Weiter dann kommt zu dem Unterschied zwischen Nord und Süd noch der Unterschied zwischen Ost und West hinzu. Zwar im südlichen Deutschland mehr durch die politischen und ethnographischen Verhältnisse bedingt, tritt er im Norden — selbst rein geographisch — unwidersprechlich hervor in der Trennung des Ostseegebietes von dem Nordseegebiet durch die zimbrische Halbinsel. Macht sich auch diese Trennung ganz unmittelbar nur in den Küstenlandschaften bemerkbar, ihre Folgen reichen tief in das Hinterland hinein.

Es springt in die Augen, daß in einem so gestalteten Lande im Wege natürlicher Entwicklung kein dominierendes Zentrum ent-

stehn kann. Im Gegenteil, nur infolge naturwidriger Entwicklung und durch gewaltsame Mittel könnte das geschehn, und ein lebendiges Zentrum würde doch nicht daraus. So die heutige Reichshauptstadt in dem Becken der Spree, von welchem niemand behaupten wird, daß es von Natur eine allgemein deutsche Bedeutung habe. Und konzentriert sich denn wirklich das ganze deutsche Nationalleben in dieser neuen Kaiserstadt? Davon kann bis heute noch lange keine Rede sein, sollte es später wirklich dahin kommen, so müßte jedenfalls die Kaiserstadt an der Donau erst aufgehört haben, eine deutsche Stadt zu sein, was sie doch trotz 66 realiter noch immer ist und hoffentlich bleiben wird. So lange aber eine so altberühmte, große, reiche und durch ihre Lage so wichtige Stadt wie Wien noch deutsch ist, wird sie auch nicht aufhören, der neuen deutschen Reichshauptstadt Konkurrenz zu machen, und wenigstens für das südliche Deutschland eine erhebliche Anziehungskraft behalten. Das liegt auf der Hand. Überhaupt aber — man versuche, was man wolle — es besagt nicht viel weniger als die Quadratur des Zirkels, Deutschland unter einen Hut zu bringen, wäre es auch die Pickelhaube. Die Österreicher setzen sie nimmer auf. So ist die Einheit bis heute nicht erreicht, noch wird sie je erreicht werden.

Denn auch das wirkt der Zentralisation und Uniformität entgegen, daß Deutschland ein von Natur sehr wenig abgeschlossenes Land ist. Nach Osten hin fehlen alle Naturgrenzen, nach Westen hin würden es erst die Ardennen sein, die doch wenig bedeuten, und, als Grenze angenommen, zugleich welsches Volk umschließen. Auf der Nordseite verläuft das deutsche Element sich in das dänische, auf der Südseite endlich scheinen die Alpen eine respektable Grenze zu bilden, wären sie nur eine Mauer und nicht vielmehr ein breiter Landgürtel, in welchem sich deutsche, romanische und slavische Elemente gewissermaßen die Hand reichen. Trägt nun die Abgeschlossenheit eines Landes gar viel dazu bei, daß die Bevölkerung zu einer kompakten Masse zusammenfließt, so findet in Beziehung auf die deutsche Nation weit eher das Gegenteil statt, indem sie — nach allen Seiten hin mit ihren Nachbarvölkern verflochten und damit nach Ost und West, nach Nord und Süd auseinandergezogen — um deswillen auch umso weniger einen festen einheitlichen Körper bilden kann.

Endlich ist Deutschland das Mittelstück des ganzen europäi-

schen Kontinents, infolgedessen die deutschen Angelegenheiten — mehr als in irgend einem andern Lande geschieht — sich in die europäischen Angelegenheiten verlaufen. Darum steht die innere Gestaltung Deutschlands in untrennbarem Zusammenhange mit der europäischen Politik, die unvermeidlich ihren Einfluß darauf übt, wie anderseits jede große Veränderung in Deutschland auf die europäischen Verhältnisse zurückwirkt. Das hat die Geschichte satzsam bestätigt.

Dies also: daß Deutschland sich nicht zu einem zentralisierten Einheitsstaat eignet, noch überhaupt zu einem abgeschlossenen Nationalstaat, indem vielmehr die deutsche Entwicklung immer mit den Verhältnissen der Nachbarländer verflochten bleibt und dadurch einen gewissen universalen Charakter behalten wird, dies ist schon durch die gegebenen Naturverhältnisse vorbedeutet. Um das zu erkennen, bedarf es nichts weiter als einer aufmerksamen nachdenklichen Betrachtung der Landkarte, wo es in geographischer Zeichensprache klar genug geschrieben steht. Fürwahr, es sollte nicht nötig sein, davon erst noch besonders zu reden im Vaterlande eines Humboldt und Ritter, welche die heutige geographische Wissenschaft schufen, zu deren Aufgabe es wesentlich mitgehört, den Einfluß geographischer Verhältnisse auf die Völkerentwicklung und Staatenbildung nachzuweisen. Und ist nicht überhaupt solcher Einfluß selbstverständlich, solange die Völker nicht in der Luft, sondern auf der Erde wohnen und die materielle Basis aller Staaten ihr Territorium bleibt? Vor wieviel falschen Ideen und Entwürfen wären wir im voraus gesichert gewesen, hätte man nur diese handgreifliche Wahrheit ins Auge gefaßt!

Ist das deutsche Land nicht zur Bildung eines zentralisierten Einheitsstaates beanlagt, so noch weniger die deutsche Nation, weil sie selbst kein einheitliches Wesen bildet, sondern von Anfang an — um einen Ausdruck Schellings zu gebrauchen — „ein Volk von Völkern“ darstellte.

In dieser Gestalt finden wir sie bei Tacitus, der eine lange Reihe deutscher Völkerschaften aufführt. Viel Gemeinsames mußten sie wohl alle haben, da sie der Römer alle Germanen nannte, aber doch auch so viel Verschiedenes und Eigentümliches, daß er um deswillen nicht bloß in Bausch und Bogen von Germanen sprach, sondern eben die verschiedenen Völkerschaften

selbst aufführte. Hatte nun in jeder dieser Völkerschaften das Fürstentum eine beschränkte Gewalt, indem der Schwerpunkt ihres öffentlichen Lebens vielmehr in der Volksgemeinde lag, so war an ein gemeinsam anerkanntes Oberhaupt über alle diese Völkerschaften noch viel weniger zu denken. Sollten sie überhaupt zusammenwirken, so war dies nur durch freie Bündnisse zu ermöglichen, die doch aber nur zu einzelnen bestimmten Zwecken geschlossen wurden, leicht wieder zerfielen, auch niemals alle deutschen Völkerschaften umfaßten.

Das also wäre weit zu viel gesagt, daß in dem alten Germanien schon eine Art von Föderativsystem bestanden hätte. Nur die Elemente dazu waren gegeben, und hätte sich der Zustand ungestört fortentwickelt, so mußte im Laufe der Jahrhunderte eine solche Verfassung daraus hervorgehn. Aber ungestört! — Statt dessen vielmehr die Störungen fast permanent waren, ebenso durch die immer neuen Fehden zwischen den einzelnen Völkerschaften selbst, wie durch die Kämpfe gegen die hereindrohende Römerherrschaft. Diese endlich abgewehrt, brachen die Germanen selbst in die römischen Provinzen ein, es folgte das Getobe der Völkerwanderung. Jahrhunderte vergingen, bis erst wieder einigermaßen ruhige Zustände eintraten. Da sah Deutschland freilich sehr viel anders aus als zu Tacitus Zeiten, indessen die alte föderative Tendenz, die unter der fränkischen Oberherrschaft wie erstickt war, machte sich nach Abschüttelung derselben alsbald wieder geltend. Die Fürsten der deutschen Volksstämme — welche an die Stelle der vielen kleinen Völkerschaften getreten waren, wie sie Tacitus aufgeführt, — erwählten sich einen König. Daß sie das taten, darin lag unstreitig eine Nachwirkung der fränkischen Herrschaft, wodurch sie sich an den Gedanken eines gemeinsamen Oberhauptes gewöhnt hatten. Daß aber das Oberhaupt erwählt wurde und die einzelnen Volksstämme ihre innere Selbständigkeit behielten, das machte den neuen Zustand offenbar zu einer Art von Föderativverfassung. Und das ist bis zum Untergang des alten Reiches der Grundcharakter desselben geblieben. So kraus die Dinge im ganzen und einzelnen auch aussehn mochten, ein föderativer Zug leuchtet in den Institutionen wie in der Geschichte des Reiches überall hervor.

War doch der Sache nach das Kurfürsten-Kollegium in sich selbst wieder eine Art von Bund, desgleichen das Fürsten-Kolle-

gium, das reichsstädtische Kollegium und wieder ebenso die verschiedenen Reichskreise. Verbindungen der einzelnen Reichsglieder unter sich, rechtlich gestattet, waren gewissermaßen an der Tagesordnung. Sie spielen in der Reichsgeschichte eine hochwichtige Rolle. So der rheinische Städtebund und der Hansabund, die verschiedenen Ritterbünde, der schwäbische Bund, der schmal-kaldische Bund, die katholische Liga und gegen Ende des vorigen Jahrhunderts der Fürstenbund. Bezeichnend nicht minder, daß die ehemals zum Reiche gehörige Schweiz nach ihrem Abfall vom Reiche sich ausdrücklich zu einer Eidgenossenschaft oder Konföderation konstituierte, wie bald darauf auch die Niederlande taten. Nachdem aber das ganze alte Reich aufgelöst worden und beträchtliche Teile desselben unter dem Namen des Rheinbundes zeitweilig unter französische Oberherrschaft geraten waren, trat nach den Freiheitskriegen der deutsche Bund in die Welt. Gewiß als ein sehr mangelhaftes Institut, daß es aber ein Bund war, entsprach durchaus den Verhältnissen und enthielt zugleich die Anerkennung des in der deutschen Nation lebenden bündischen Prinzips.

Selbst das heutige neue Reich konnte das nicht ganz verleugnen. Inhaltlich seiner Verfassungsurkunde will es selbst wieder ein „Bund“ sein, der aber das „Reich“ heißen soll, indessen die Glieder des Reiches noch immer „Bundesstaaten“ genannt werden und ihre Vertretung in einem „Bundesrat“ finden, welcher der ehemaligen Bundesversammlung nachgebildet ist. Wie wenig dieses neue Reich dem Wesen eines Bundes entspricht, bleibe hier außer Frage, genug, daß es ein solcher sein will. Es wird sich nicht beklagen dürfen, wenn man es beim Worte hält. Daraus aber folgt dann nichts Geringeres als — weil es wirklich nicht ist was es sein will und zu sein vorgibt — daß nun eben die Begründung einer wahren föderativen Verfassung als die eigentlich zu lösende Aufgabe gelten muß.

Wir sagten: die Elemente dazu waren schon in dem alten Germanien gegeben, daß sich aber eine solche Verfassung daraus entwickle, dazu hätten neben der Gunst der äußern Umstände — die sich vielmehr als sehr ungünstig erwiesen — auch Charaktereigenschaften und Fähigkeiten gehört, die den alten Deutschen keineswegs nachgerühmt werden können. Im Gegenteil, wie sie damals waren, blieben sie zu größern politischen Bildungen

durchaus unfähig, sie mußten erst in Zucht genommen werden und eine lange Schule durchmachen. So gerieten sie zunächst unter die fränkische Oberherrschaft, welche unter dem großen Karl wahrlich keine sanfte war. Darauf folgte zur Zeit der kirchlichen Hierarchie der Feudalismus, der in politischer Hinsicht das ganze Mittelalter charakterisiert und nach Lage der Umstände das einzige Mittel bot, um die Glieder des Reiches einigermaßen zusammenzuhalten. Lag zwar in dem feudalen Reich selbst eine Art von Föderativverfassung, so war doch das föderative Prinzip oft bis zur Unkenntlichkeit darin entartet, die Gemeinfreiheit im Herrentum untergegangen und daneben nur ein Komplex besonderer Freiheiten, zum Teil als Überreste altdeutscher Freiheit, noch mehr aber als von oben herab verliehener Privilegien.

Überall nur Partikularrechte in grenzenloser bunter Mannigfaltigkeit. Denn ihr nationales Recht aus sich selbst weiter zu bilden, hatten die Deutschen leider nicht vermocht. Es enthielt ja vortreffliche Grundlagen, aber wie es war paßte es nur für die einfachsten Verhältnisse. Konnte es also den größern und komplizierteren Verhältnissen, welche durch Zusammenfassung der einzelnen Volksstämme entstanden, wie den neuen Bedürfnissen der bürgerlichen Gesellschaft nicht genügen, und mußte doch irgend eine Abhilfe geschaffen werden, so geschah es umso leichter, daß das römische Recht eindrang, welches mit der Renaissance zur förmlichen Herrschaft kam. Wie viel Verderbliches ist daraus hinterher entsprungen und wie sehr ist die Nation sich dadurch selbst entfremdet worden, bis sie zuletzt ihr eigenes Wesen nicht mehr verstand! Gleichviel, sie mußte auch durch diese Schule hindurchgehn, sie wäre ohne dies den Feudalismus nicht los geworden. Denn aus dem römischen Rechte hat hinterher wieder der Liberalismus geschöpft, der von vorneherein dem Feudalismus entgegentrat und in der Auflösung der Feudalbande wie aller damit verwandten Verhältnisse seine eigenste Aufgabe fand.

Diese Aufgabe hat er wirklich erfüllt, allein eben damit ging vorerst auch alles das verloren, was von föderativen Bildungen in der feudalen Ordnung doch wirklich enthalten gewesen. Nicht nur, daß der Liberalismus keinen Sinn dafür hatte, sondern es war ihm von Grund aus zuwider. Ganz augenfällig zeigte sich das in der französischen Revolution, indem die zu Anfang derselben

sich regenden föderativen Tendenzen blutig erstickt wurden. Man forderte die *republique une et indivisible*, und die spukt seitdem bis heute in allen Entwürfen des Liberalismus. Gibt er auch die republikanische Form auf, an der Einheit und Unteilbarkeit hält er umso fester. Was ist denn die Parole unsers Nationalliberalismus, wenn nicht „das einheitliche und unteilbare Deutschland?“ Darauf steuert unter dem liberalen Regime alles hin. Darum auch keine Aussicht auf eine föderative Verfassung, ehe nicht der Liberalismus überwunden sein wird. Das ist jedenfalls eine Vorbedingung dazu.

Wäre dann damit nur alles getan! Wie aber die Dinge in Deutschland liegen, muß auch noch viel anderes geschehn.

Der Feudalismus ist gebrochen, allein seine Nachwirkungen leben noch augenscheinlich fort in der wunderlichen Zerstückelung des deutschen Vaterlandes und der darauf beruhenden, oft allen natürlichen Verhältnissen ins Angesicht schlagenden Abgrenzung der einzelnen Staatsgebiete. Hier ist zerrissen, was von Natur zusammengehörte, dort zusammengekoppelt, was nichts miteinander zu schaffen hat. Selbst räumlich ganz zusammenhanglose Bruchstücke sollen einen Staatskörper bilden. Gewiß, die Karte von Deutschland sah im vorigen Jahrhundert noch viel buntscheckiger aus als heute, aber die Zustände waren auch kläglich genug. Daß es dazu hatte kommen können, gereicht der deutschen Nation keineswegs zur Ehre, sondern bekundet eben ihren Mangel an politischem Sinn, sonst wären solche krause Dinge nicht möglich gewesen. Ein Mangel, der zugleich mit dem Mangel an Formsinn zusammenhängt, der leider das deutsche Wesen charakterisiert, welches so leicht ins formlose verfällt.

Woraus waren nun solche Zustände entsprungen wenn nicht daraus, daß die Amtlehen allmählig erblich wurden, die obrigkeitliche Gewalt mit den Lehnsgütern konzentrierte und dann hinterher die fürstlichen und gräflichen Amtssprengel wie Grundherrschaften behandelt wurden, worüber die Inhaber wie über ihr Privateigentum verfügten. Es mag schon sein, daß unter den obwaltenden Umständen alles das zu seiner Zeit gar nicht sonderbar erschien, da es sich wie von selbst machte. Auch hat die Zersplitterung des Landes in so viele kleine Herrschaften insofern offenbar heilsam gewirkt, als daraus die innere Durchbildung der Nation entstand, welche Deutschland so auffallend, insbesondere

von dem slavischen Osten unterscheidet, wo das eigentliche Feudalsystem eigentlich nie bestanden hat. Indessen haben alle Dinge ihre Zeit. So ist ja desgleichen nicht minder wahr, daß ebensolche Amalgamierung der öffentlichen Gewalt mit dem Grundbesitz dem Feudalsystem die ungemaine Festigkeit und Zähigkeit gegeben hat, womit es sich durch so viele Jahrhunderte behauptete. Wer will aber anderseits leugnen, daß jedenfalls eine sehr kindliche Auffassung darin lag, wenn nicht wohl eine eigentliche Rohheit, die öffentliche Gewalt wie eine Grundherrschaft anzusehn? Zu der altdeutschen Freiheit stimmte es schlecht, daß die Bevölkerungen wie das lebendige Inventar solcher Grundherrschaften behandelt wurden. Die altdeutschen Fürsten nannten sich nach dem Volksstamme, dessen Oberhaupt sie waren, nicht nach dem Landgebiet, worüber sie walteten, noch viel weniger nach ihrem besondern Herrnsitz; wie doch späterhin so allgemein geschah, indem an die Stelle volksmäßiger Bildungen rein dynastische traten.

Das alles ist so unbestreitbar als bekannt. Um so auffallender die Halbheit und Inkonsequenz, welche der deutsche Liberalismus dem gegenüber bewiesen. Alle Feudalrechte sollten beseitigt oder abgelöst werden, der Feudalismus überhaupt aus der Welt verschwinden, daß aber die deutsche Staatenbildung gewissermaßen der versteinerte Feudalismus selbst war, schien unserm Liberalismus wenig Kummer zu machen. Vom Standpunkt des historischen Rechtes aus war dann vollends nichts dagegen einzuwenden, denn geschichtliche Bildungen lagen hier allerdings vor, nur vielleicht geschichtliche Mißbildungen. Wohin gerieten wir, wenn, was einmal in der Geschichte zustande gekommen, um deswillen auch für heilig und unantastbar zu halten wäre? Ändern sich denn nicht im Laufe der Zeiten die Lebensbedingungen und Rechtsanschauungen der Völker, so daß, was ehemals förderlich oder wenigstens erträglich gewesen, hinterher unerträglich wird? Oder, wie wäre es wohl möglich, nachdem doch die grundherrlichen Rechte überall beseitigt und in den Bann getan sind, daß hingegen eine Staatenbildung noch lange fortbestehn sollte, die selbst nur das Produkt des grundherrlichen Prinzipes war? Eine gar sehr aufzuwerfende Frage! Durchschneidet man die Wurzeln eines Baumes, so muß die Krone wohl verdorren.

Was helfen, frage ich weiter, die regelrechtsten konstitutio-

nellen Verfassungen, wo die Staaten an und für sich nicht lebenskräftig sind? Was nur als Patrimonialstaat bestehn konnte, wird in der konstitutionellen Uniform zur Karrikatur, und wie also, wenn gleichwohl das Zeitalter der Patrimonialstaaten unwiederlich zur Neige geht? Lebenskräftig kann aber ein Staat nur sein, wo die Bevölkerung selbst ein lebendiges Ganzes bildet, wo das nicht der Fall, wird auch die regelrechteste Konstitution nie ein inneres Leben gewinnen. Man hat einen Menschenhaufen vor sich, der, wenn er doch ein Ganzes vorstellen soll, als solches nur von oben herab bürokratisch regiert werden kann, man rede von selfgovernment soviel man wolle.

Wesentlich gehört dann auch eine gewisse natürliche Ab-
rundung des Staatsgebietes dazu, so gewiß als das Territorium selbst ein sehr wichtiges Band des Zusammenhaltes für die Bevölkerung ist. Noch mehr ist es die Basis aller Volkswirtschaft, die immer und ewig von der Bearbeitung und Ausbeutung des Grund und Bodens ausgeht. In demselben Maße nun als die volkswirtschaftlichen Fragen an praktischer Wichtigkeit gewinnen und ein positives Eingreifen der Staatsgewalt in die wirtschaftliche Entwicklung zur unabweisbaren Forderung wird, kommt folglich auch umsomehr auf die territoriale Gestaltung und Gliederung des Staates an. Nur wo das Territorium ein natürliches Ganzes bildet, sind wirksame Verfügungen und Vorkehrungen zur Regulierung der Bewässerung und der Bewaldung denkbar, um dadurch die Fruchtbarkeit des Landes möglichst zu erhöhen. Nur da kann man auf eine zweckmäßige Verteilung zwischen Wald, Feld und Wieseland hinwirken, wie desgleichen auf eine wünschenswerte Verbindung von Ackerland und Industrie; dazu die öffentlichen Straßen dergestalt dirigieren und kombinieren, daß der sich daran anschließende Verkehr möglichst dem Gesamtinteresse diene. Alles von einleuchtender Wichtigkeit, nur ist in unsern Zwergstaaten daran von vorneherein nicht zu denken. Noch weniger an eine zweckmäßige Regulierung des Geldverkehrs, während da umso eher die auf Ausbeutung des Publikums der Nachbarstaaten berechneten Banken aufkommen konnten.

In denjenigen Staaten ferner, die aus verschiedenen Landschaften und Provinzen bestehn, ist wieder die provinzielle Abgrenzung unter diesem Gesichtspunkte zu betrachten, daß Gebiete

daraus entstehn, die wirklich ein lebendiges Ganzes bilden. Auch dies ist oft sehr wenig der Fall, indem man vielmehr nur daran gedacht zu haben scheint, wie die Provinzen am bequemsten von oben herab zu verwalten seien. Daß sie sich möglichst selbst zu verwalten hätten, darauf war es eben nicht abgesehn und damit auch nicht auf eine positive Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung. Man betrachte z. B. die preußische Provinz Sachsen, was ist sie? Ein Konglomerat von Bestandteilen, die weder geschichtlich, noch nach Volksart, noch nach ihren wirtschaftlichen Interessen zusammengehören, eine rein bürokratische Schöpfung, die nie inneres Leben gewinnen kann. So hat auch einmal ein sarkastischer Westphale gesagt: die preußische Provinz Westphalen habe realiter nichts gemein als das Oberpräsidium und das Provinzialirrenhaus. Daß sie keine naturgemäße Bildung ist, zeigt ein Blick auf die Landkarte.

Wäre die prinzipale Aufgabe der Staatsgewalt und beziehungsweise der Reichsgewalt nur der militärische und gerichtliche Schutz und wäre insbesondere die volkswirtschaftliche Entwicklung, wie der Liberalismus will, lediglich sich selbst zu überlassen, so käme freilich auf eine naturgemäße Abgrenzung der einzelnen Territorien wenig an, umsomehr aber kommt darauf an, wenn es sich um eine planmäßige wirtschaftliche Organisation handelt, zu einer positiven Förderung der Volkswirtschaft. Allgemeine Gesetze und Maßregeln der Reichsgewalt würden dazu noch lange nicht ausreichen. Jede Landschaft will nach ihrer Eigentümlichkeit behandelt sein. Ist nun, wie wir schon früher gesagt, das die sehr wahre Seite des Sozialismus, daß er eben eine planmäßige wirtschaftliche Organisation fordert, welche für unsre dicht bevölkerten Länder, wo die Leute um ihre Existenz ringen, allmählich zum unabweisbaren Bedürfnis geworden ist, und ist solchem Bedürfnis ohne eine naturgemäße Abgrenzung der Territorien selbst bei dem besten Willen nur sehr wenig zu genügen, so wird man auch nicht verhindern können, daß die sozialistischen Tendenzen sich immer weiter verbreiten. Denn daß sie in diesem Punkte auf einen bessern Zustand hinzielen als der gegenwärtige ist, muß jeder unbefangene Denker anerkennen.

Zu einer föderativen Verfassung waren die Dinge in Deutschland von Anfang an angelegt. Allein etwas viel anderes als die Be-
anlagung ist die wirkliche Entwicklung, welche gar wohl die

Wendung nehmen kann, daß die natürlichen Anlagen verkümmert und erstickt werden und dann hinterher fast das Gegenteil von dem eintritt, was zu erwarten gewesen wäre.

So liegt nun offenbar vor Augen, wie die deutschen Angelegenheiten dermalen in eine Richtung geraten und gedrängt sind, die trotz täuschender föderativer Formen auf nichts anderes zielt, als den Einheitsstaat. Durch den sogenannten Ausbau der Reichsverfassung wäre dann selbst in dem Falle wenig zu ändern, wenn solcher Ausbau in föderativem Geiste betrieben würde, statt dessen vielmehr das Gegenteil stattfindet. Wie ist eine wirkliche Bundesverfassung möglich, wo so viele Bundesglieder selbst nicht lebenskräftig sind? Und ist es nicht gerade dies, was dem unitarischen Nationalliberalismus eine gewisse innere Berechtigung gibt, wie er auch zumeist aus denjenigen Bundesstaaten hervorgegangen ist, wo die Bevölkerung selbst schon kein rechtes Interesse mehr an dem Fortbestand ihres Staatsrechtes hat, weil die Leute sich da selbst sagen: eine Zukunft habe es doch nicht mehr, es seien da nur verkrüppelte Zustände möglich, darum lieber alles zu einem einheitlichen deutschen Körper verbunden. Kann man solcher Logik nicht widersprechen, so ist auch keine wirkliche Bundesverfassung möglich, außer es müssen erst lebenskräftige Bundesglieder geschaffen werden.

Die bloße Größe nach Quadratmeilen oder Volkszahl ist dabei nicht entscheidend, noch auch etwa erforderlich, daß die Bundesstaaten von ungefähr gleichem materiellen Gewichte seien. Sind doch auch die deutschen Volksstämme nach räumlicher Verbreitung wie nach Volkszahl sehr verschieden, gerade wie anderseits die durch die Terrainverhältnisse gegebenen Landesgebiete. Dehnt sich die bayrische Hochebene wie desgleichen das niedersächsische Flachland ins Breite, so gliedert sich das von Gebirgen durchzogene Mitteldeutschland in Gebiete von viel kleinern Dimensionen. Immer aber darf die Disproportion nicht allzu groß sein, sonst wird die rechtliche Gleichheit der Bundesglieder in der Praxis illusorisch, weil in allen politischen Körpern die Machtverhältnisse einen gar nicht zu beseitigenden Einfluß üben. Der Löwe und die Maus können sich nicht konföderieren.

Das zugegeben, wie steht es hingegen in dieser Hinsicht in dem heutigen deutschen Reiche? Im nördlichen Deutschland jedenfalls so, daß die dortigen Zwergstaaten ungefähr aussehen wie Sand-

bänke in dem preußischen Ozean, welche die nächste Sturmflut wegschwemmen wird. Durch besondere Militärkonventionen an Preußen gebunden, sind sie in Wahrheit selbst der Form nach schon keine selbständigen Bundesstaaten mehr, geschweige denn der Sache nach. Figurieren sie als solche im Bundesrat, so ist die stillschweigende Voraussetzung dabei, daß sie in allen Angelegenheiten von einigem Belang auf eine eigene Meinung verzichten und lediglich dem preußischen Votum adhärieren. Man möchte an die Erzählung des Vicar of Wakefield denken, der seinen Töchtern eine Guinee gab, damit sie doch Geld in der Tasche hätten, aber ihnen ausdrücklich einschärfte, niemals etwas davon auszugeben. Da half ihnen das Goldstück was Rechts. Und vielmehr hilft diesen Staaten ihr Stimmrecht auch nicht, als daß es dadurch doch so aussieht, als wären sie selbständige Bundesglieder. Überhaupt aber ist eine wirkliche Bundesverfassung von vorneherein unmöglich, wo ein Glied für sich allein mehr bedeutet, als alle andern zusammengenommen. Viel anders stand es offenbar in dem ehemaligen Bunde, wo das Nebeneinander von Österreich und Preußen ihre beiderseitige Übermacht paralyisierte, infolgedessen auch die minder mächtigen Glieder noch einige Selbständigkeit behielten. Bewegten sie sich innerhalb der Bundesverfassung, so sehr sie auch — was in der Reichsverfassung nicht einmal der Fall ist — durch das geschriebene Recht verbürgt wäre, zum leeren Schein. Wollten die heutigen Bundesstaaten ihre eigene Meinung geltend machen, und Preußen geriete dadurch wiederholt in die Minorität, so wäre auch der Konflikt gegeben. Wir ständen am Anfange des Endes, und Preußen würde mit dem Bundesstaate wohl schneller fertig werden, als mit der ehemaligen Bundesversammlung.

Unter solchen Umständen verwandelt das Bundesverhältnis sich tatsächlich vielmehr zum Subjektionsverhältnis und wird damit die ganze Verfassung, die sich doch allerdings für eine Bundesverfassung ausgibt, zu einem Scheinwesen, welches unvermeidlich alle politischen Charaktere verdirbt. Denn hüben und drüben muß man fortwährend so tun, als ob die Dinge sich ganz anders verhielten, wie sie sich wirklich verhalten. Und wie viel politisches Versteckenspiel, wie viele politische Heuchelei und Gleißnerei wird heute in Deutschland getrieben! Und ob das nicht auch die Moralität der Nation untergräbt?

Ich frage: kann ein Zustand Dauer versprechen, wo die tatsächlichen Verhältnisse mit dem geschriebenen Recht in offenbarem Widerspruch stehen? Entweder das Recht weicht den Tatsachen, und das bedeutet bei dem gegenwärtigen Zug der Dinge nichts anderes als den Übergang zum reinen Einheitsstaat. Leicht möglich, daß wir das wirklich erleben, wäre aber der Einheitsstaat erst da und äußerte seine vollen Wirkungen, so würde die Nation ihn hinterher nicht ertragen, sondern die ihr angelegte Zwangsjacke gewaltsam wieder zersprengen. Dies die eine Seite der Alternative. Sollen wir hingegen aus der dermaligen militärischen Richtung herauskommen, so müssen sich die tatsächlichen Verhältnisse ändern. Tertium non datur.

Und warum sollten sie sich nicht ändern? Unsre eigene Geschichte zeigt, welche vielen und großen Veränderungen die innere Gliederung des deutschen Körpers im Laufe der Zeit schon erfuhr. Sind wir etwa jetzt endlich zu einer naturgemäßen und darum Dauer versprechenden Gliederung gelangt, oder macht nicht vielmehr die Zerstückelung Deutschlands seit 66 erst recht einen fast fratzenhaften Eindruck? Wer will also behaupten, daß wir uns seitdem in einem Definitivum befänden und nicht vielmehr in einem bloßen Provisorium? Oder wie nun, wenn die wahre Bedeutung der Ereignisse von 66 eben die wäre, daß die Dinge dadurch in Fluß gebracht und so erst die Bahn zu noch viel durchgreifenderen Veränderungen gebrochen wäre? Veränderungen, deren schließliches Resultat dann wäre, daß endlich die zerrissenen deutschen Volksstämme wieder zu einer rechtlichen Existenz gelangten. Erst damit käme ja auch die deutsche Nation zu ihrem Rechte, denn als ein Volk von Völkern kann sie selbst kein rechtes Leben haben, so lange es ihren verschiedenen Stämmen fehlt.

Ein allgemeiner Umsturz brauchte um deswillen keineswegs stattzufinden. Gibt es doch selbst heute — wie man will: schon oder noch — deutsche Bundesstaaten, welche einigermaßen auf volkstümlicher Grundlage ruhen, und vor 66 galt dasselbe jedenfalls auch von Hannover und Hessen. Nur wo ein solcher Anhalt überhaupt fehlt, würden Umbildungen nötig. Es könnte dies in verschiedener Weise geschehn, und wer würde nicht die schonendste Weise wünschen? Gleichwohl gehörten immer tief einschneidende Veränderungen dazu. Aber leben wir nicht überhaupt

in einer Zeit des allgemeinen Umschwunges, der für Deutschland eben mit 66 begonnen hat? Denn das wird niemand bestreiten, daß dadurch nicht minder der Glaube an den Fortbestand der alten Ordnung als die realen Grundlagen derselben überall erschüttert sind, indessen die Neuschöpfungen, die so viele innere Widersprüche in sich tragen, noch weniger Glauben an ihren dauernden Fortbestand erwecken konnten. Was ist also wirklich erreicht, als daß der Stein ins Rollen kam? Er wird schon weiter rollen.

Diese Perspektive wird man bei kalter Überlegung ins Auge fassen müssen. Wie es dabei hergehn und was daraus im Einzelnen entstehn wird, vermag niemand vorauszusagen. So viel aber ist gewiß, daß jedenfalls der Gang des allgemeinen politischen Denkens der Nation von erheblichem Einfluß darauf sein wird. Gerade wie auch die Ereignisse von 66 selbst gar nicht möglich gewesen wären, hätte ihnen nicht der Gothaismus vorgearbeitet. Von großer Wichtigkeit darum, daß die Nation über die Lage der Dinge, wie über die wahren Aufgaben deutscher Entwicklung ein klares Bewußtsein gewinne.

BEMERKUNGEN ÜBER DEN KONSERVATISMUS

DAS IST DER GRUNDIRRTUM IN DEM REDEN UND TREIBEN UNSERER Konservativen, daß sie einen mehr oder weniger weit zurückliegenden Zustand fingieren, wo alle Lebensverhältnisse gesund gewesen und sich auch ferner ersprießlich weiter entwickelt haben würden, wäre nur nicht der Liberalismus als der böse Feind gekommen, um mit seinen Lehren und Tendenzen Unkraut unter den Weizen zu säen. Die Frage aber, wodurch wohl der Liberalismus die Macht gewonnen, so zersetzend in den alten Zustand einzudringen, wäre der ein gesunder und befriedigender gewesen, kommt den Herren nicht in den Sinn. Ganz wie jetzt anderseits die Liberalen, nachdem sie selbst einigermaßen konservative Allüren angenommen, wieder die liberale Gesellschaftsordnung für die an und für sich gesunde erklären, hätte ihr nur nicht der Sozialismus sein Gift eingespritzt. Hier wie dort, anstatt den innern Zusammenhang der Dinge zu untersuchen, einfaches Verwerfen dessen, was man nicht leiden mag. Den Parteien kommt es ja überhaupt nicht auf Wahrheit, sondern auf Herrschaft an.

Zufolge jenes Grundirrtums also vermag der Konservatismus in der Hauptsache nichts weiter zu leisten, als den Bewegungen der Gegenwart hemmend entgegenzutreten. Und was ist damit auszurichten in einem Zeitalter, wo auf allen Lebensgebieten das noch vorhandene Alte sichtbar zerfällt, das Bedürfnis neuer Bildungen sich unabweisbar geltend macht? Gewiß, die Welt war zu allen Zeiten in steter Veränderung begriffen, das Besondere unsers Zeitalters ist nur, daß es sich jetzt nicht bloß um Fortentwicklung des Bestehenden handelt, sondern mehr noch um neue Grundlagen der Entwicklung selbst. Wir befinden uns — je nachdem man die Sache ansieht — im Ausgang einer alten oder im Anfang einer neuen Weltperiode. Ganz augenfällig tritt dies zunächst darin hervor, daß selbst die Bühne der Weltgeschichte sich total verändert hat. Zu der sogenannten alten Welt ist eine neue hinzugekommen, die in mächtigem Aufschwung begriffen, schon heute sehr erheblich auf die alte zurückwirkt, indessen sich auch in dieser selbst die Szenerie nicht minder verändert hat, seitdem Indien und Hinterasien in die europäische Geschichte hineingezogen ist, auch das so lange verschlossene Afrika sich allmäh-

lich der europäischen Einwirkung eröffnet. Wie wäre es anders zu erwarten, als daß, entsprechend solchen gewaltigen Veränderungen der Bühne, auf welcher sich hinfort die europäische Geschichte bewegt, sich auch die innern Zustände des europäischen Körpers verändern? Ein Umschwung hat damit begonnen von nicht geringerer Bedeutung als derjenige, welcher einst die Begründung des neuern Europas auf den Ruinen der alten klassischen Welt bezeichnete. Jetzt nämlich hat alles das, was diesem neuern Europa Gestalt und Charakter gab, sich allmählich auch wieder ausgelebt, das neuere Europa ist eben selbst alt geworden, ohne eine innere Verjüngung und Wiedergeburt geht es dem unaufhaltsamen Verfall entgegen.

War doch schon die auf das Mittelalter folgende sogenannte neure Zeit im Wesentlichen nur der Zersetzungsprozeß der mittelalterlichen Weltordnung, bis endlich die in diesem Zersetzungsprozeß sich regenden Kräfte vulkanartig hervorbrachen in der großen französischen Revolution, die — da hilft keine Widerrede — wie ein Weltgericht über das alte Europa kam und den Anbruch der neuesten Zeit bezeichnete. Es ist dies umsomehr zu sagen, als fast gleichzeitig damit die neue Welt durch den Abfall der nordamerikanischen Kolonien ein selbständiges Dasein zu gewinnen begann, wie anderseits aus derselben Zeit auch der Aufschwung der britischen Herrschaft in Indien datiert. Ein Ereignis, woran sich zugleich die Folge anknüpfte, daß durch die Bekanntschaft mit Indien die Sprach- und Altertumsforschung einen neuen Charakter gewann, da anderseits noch hinzukommt, daß Napoleons Zug nach Ägypten den ersten Anstoß zur Erforschung dieses alten Wunderlandes gab. Der ganze Orient erschloß sich seitdem allmählich der europäischen Wissenschaft. Ungefähr in dieselbe Zeit fallen ferner die entscheidenden physikalischen und chemischen Entdeckungen, welche bald der Naturwissenschaft und der Industrie eine neue Gestalt gaben, infolgedessen die materiellen Lebensbedingungen der Gesellschaft sich schon total veränderten. Und wer in die Tiefe blickt, wird dem ebenfalls gleichzeitigen Auftreten des deutschen Idealismus, der das ganze philosophische Denken veränderte, keine geringere Bedeutung zuschreiben. Kurz, man müßte blind sein, wenn man nicht in dem allen die Elemente eines totalen Umschwungs er-

blickte. Es ist wirklich eine neue Weltperiode eingetreten, von der wir mit den Worten des Apostels sprechen könnten:

„Vetera transierunt, ecce facta sunt omnia nova.“

Und alle diese Veränderungen erfolgten im Vergleich zu dem, was in den vorangegangenen Jahrhunderten geschehn, so schnell, sie äußerten eine so einschneidende Wirkung, daß es der Sache nach wie eine Revolution war. So erlebten wir in Deutschland, parallel mit der politischen Revolution in Frankreich, eine literarische und philosophische Revolution. Man kann es kaum anders nennen. Gerade wie auf dem industriellen Gebiete eine bis diesen Tag fortschreitende Revolution stattfindet. Fast möchte man wünschen, die industriellen Entdeckungen und Erfindungen erfolgten weniger schnell, weil dadurch auch die materiellen Existenzbedingungen der Gesellschaft sich so schnell verschieben, daß es kaum möglich ist, die andererseits dadurch geforderten neuen Sozialordnungen in demselben Tempo herzustellen. Gleichviel, wer will den industriellen Fortschritt hemmen? Noch mehr wäre ja zu wünschen, die in der französischen Revolution proklamierten Rechtsbegriffe und politischen Ideen wären nicht wie eine Sturmflut über die Welt gekommen, weil sie infolgedessen unvermeidlich zunächst in abstraktester Gestalt auftraten und durch oberflächliche Auffassung zu Mißverständnis und Überstürzung führten. Allein, es ist einmal so geschehn, und trotzdem enthalten die neuen Ideen einen Kern von Wahrheit. Was mehr ist: so wenig auch die Revolution, ihrem eigenen Bekenntnis nach, sich auf die christliche Weltansicht stützte, die sie vielmehr verwarf, so muß die rechtliche Gleichheit und das allgemeine Staatsbürgertum doch allerdings als eine Forderung des Christentums anerkannt werden, welches nichts von Hintersässigkeit noch von privilegierten Ständen weiß.

Das kecke Wort, welches einst von der revolutionären Tribüne erschallte: „Binnen hundert Jahren wird die Revolution die Reise durch Europa machen“, geht mit raschen Schritten seiner Erfüllung entgegen. Schon sind die Ideen der Rechtsgleichheit und des allgemeinen Staatsbürgertums bis in die äußersten Grenzen Rußlands vorgedrungen. Dem türkischen Reiche werden sie sogar von den europäischen Mächten aufgezwungen, und, nachdem dieses Reich nun doch einmal in die europäische Schule genommen, macht es sogar selbst konstitutionelle Versuche. Wer kann

angesichts dessen leugnen, daß mit der französischen Revolution allerdings eine neue Weltperiode anbrach, in welcher allmählich die politischen und sozialen Zustände ganz ebenso eine neue Physiognomie gewinnen, als durch die industrielle Revolution sich das materielle Leben der Gesellschaft geändert hat. Und was bedeutet noch das konservative Gerede, daß es vor allem Kampf gegen die Revolution gelte, wenn doch trotzdem gerade diejenigen, welche den Kern der Revolution bilden, sich unaufhaltsam weiter verbreiten? Immer kann der Konservatismus nicht umhin, hinterher selbst zu akzeptieren, was er vordem mit Abscheu von sich gewiesen, wie namentlich das allgemeine Stimmrecht, dem er sogar einen konservativen Charakter zuschreiben wollte, so zur Ironie auf sich selbst werdend.

Wie unrichtig das Ziel sein mag, auf welches einerseits der Liberalismus und anderseits der Sozialismus hinsteuern, — ein Ziel ist es, der Konservatismus hingegen hat überhaupt keines. Denn was ist in einem Zeitalter allgemeinen Umschwunges damit gesagt, das Bestehende erhalten zu wollen, welches ihm doch fortwährend unter den Händen verschwindet? Ich frage, was ist unter solchen Umständen das wirklich Erhaltenswerte, oder nur überhaupt Erhaltbare, und durch welche Mittel wäre es zu erhalten? Kann der Konservatismus schon das eine nicht sagen, sondern tappt unklar hin und her, so noch weniger das Andre. Zu erhalten ist aber in einer solchen Zeit das Alte jedenfalls nur, wenn es sich aus sich selbst verjüngt, um sich den veränderten Umständen anzupassen, mit einem Worte, durch Reform. Allein zur Reform fehlt dem Konservatismus nicht nur der Trieb zur Initiative, sondern auch der Maßstab, weil er eben kein eigenes Ziel hat, oder sein Ziel bestände in einem Konvolut retrospektiver Vorstellungen, womit in einer sich unaufhaltsam verändernden Welt natürlich nichts anzufangen ist. Was hat er also einzusetzen, als seine allerdings respektable *vis inertiae*, welche doch aber für die sozialpolitische Entwicklung nicht mehr bedeutet, als etwa für die Schifffahrt der Ballast, der ja unter Umständen unentbehrlich wird. So bedarf auch das Staatsschiff eines genügenden Schwergewichtes, damit es die Wellen nicht umwerfen. Wäre es etwa nur mit hohlen liberalen und sozialistischen Phrasen angefüllt, so müßte es freilich konservativen Ballast einnehmen, dahingegen mit soliden Waren angefüllt, so bedürfte es keines Balastes. Oder

mit andern Worten: bei einer gesunden Entwicklung würde der ganze Konservatismus wenigstens in dem Sinne überflüssig, daß eine besondere konservative Partei keine *raison d'être* mehr hätte, weil dann die Institutionen schon in sich selbst die nötigen Erhaltungskräfte trügen, sodaß es besonderer Hemmschuhe gegen ungestümes Vorwärtsdrängen überhaupt nicht bedürfen würde.

Unvermögend nun, seine Forderungen, wonach dies oder jenes zu erhalten oder zu erstreben sei, prinzipiell zu motivieren, provoziert der Konservatismus umso lieber auf den Willen Gottes und die Fügungen der göttlichen Vorsehung, die ihm angeblich zum Maßstab dienen. Darin liegt dann jedenfalls seine mächtigste Waffe: die religiösen Gefühle der Menschen ins Spiel zu ziehn. Hat er die einmal gewonnen, so schließt sich an das religiöse Gerede wohl manches an, was mit der Religion soviel Zusammenhang hat als mit dem Mond. So etwa das Tabakmonopol und sonstige indirekte Steuern, wofür ein christlich-konservativer Mann heute zu stimmen verpflichtet sein soll. Vielleicht auch für den Belagerungszustand, denn überhaupt, — hat der Konservatismus erst das Heft in den Händen, so greift er doch am allerliebsten zu gewaltsamen Repressivmitteln. Polizei und Militär gehn ihm dann weit über die Religion, welche ihm ja vorzugsweise nur dazu dienen soll, die Massen im Zaume zu halten, und kommt es allein darauf an, so tuts ein eiserner Zaum vielleicht noch besser, der jedenfalls für die Herren hantierbarer ist. Die Wahrheit vermischt sich mit dem Trug, das Höchste mit dem Gemeinsten.

Ist es ohne Frage die allerschwächste Seite des Liberalismus wie des Sozialismus, daß beide von der Religion abstrahieren oder derselben gar feindlich entgegentreten, so hat demgegenüber der Konservatismus seinen Vorteil wohl erkannt, indem er die Menschen eben von der Seite anzufassen sucht, von welcher sie der Liberalismus und der Sozialismus überhaupt nicht erfassen können, weil beide die Religion für eine bloße Privatsache erklären, worauf für das öffentliche Leben nichts ankomme. In diesem Punkte also ist der Konservatismus wirklich klüger, und das ist eben sein einziger wirklich inhaltvoller Gedanke, daß die menschliche Gesellschaft ohne die zusammenhaltende Kraft der Religion nicht bestehen kann, und darum anderseits auch die Religion die wirksamste Handhabe darbietet, um in die Entwick-

lung der Dinge einzugreifen. Denn wie bedenklich es auch mit der Religiosität des Zeitalters stehn möchte, noch immer ist nichts so weit verbreitet als das religiöse Gefühl. Mag der Freiheitsrausch die Massen ergreifen, — das ist nur vorübergehend. Nicht zwar so das Streben nach materieller Verbesserung, auf das Seelenleben der Menschen aber hat das bei weitem nicht den Einfluß wie die Religion. Die wirkt wie ein Naturinstinkt, aber eben darum allermeist auch wie eine blinde Macht, weil für die meisten Menschen eben in der Religion das Denken verschwindet, infolgedessen es immer so leicht bleibt, die religiösen Gefühle der Völker zu ganz fremden Zwecken auszubeuten. Und so charakterisiert es ja den ganzen Zeitraum bis zur Revolution, daß damals der ganze Bestand der sozialen und politischen Einrichtungen als unter göttlicher Sanktion stehend angesehen oder wenigstens dafür ausgegeben wurde.

Was ist aber bei unbefangener Prüfung so unumstößlich gewiß, als daß das Christentum keine irgendwie bestimmte Staats- oder Gesellschaftsverfassung fordert noch irgendwelche Rechtsinstitute, da selbst rücksichtlich der Ehe nur die Monogamie unbedingt feststeht, indessen das eigentliche Eherecht dem Zuge der Entwicklung überlassen bleibt. Handgreiflich auch wie es vielmehr die Geschichte ist, in der alle bestimmten Institutionen und Gesetze so entstanden als vergingen, sodaß schlechterdings keine göttliche Sanktion in Anspruch zu nehmen wäre außer durch Berufung auf die göttliche Vorsehung, die es eben so gefügt habe, daß die Staatenbildungen wie die Staatsverfassungen diese oder jene Wendung nahmen und daß diese oder jene Gesetze erlassen wurden. Natürlich bis auf die Annexionen und bis auf das Aktiengesetz herab, denn einmal das Prinzip zugestanden, wäre jede Ausnahme unmotiviert. Was ist aber wieder so unumstößlich gewiß, als daß die Schrift selbst lehrt, daß uns die Wege der göttlichen Vorsehung, die wir in Demut zu verehren haben, unerforschlich bleiben? Nie kann uns also diese göttliche Vorsehung zur Erkenntnisquelle dienen, wonach zu beurteilen wäre, ob dies oder jenes Ereignis, diese oder jene Einrichtung — nicht etwa bloß durch göttliche Zulassung, ohne welche selbst das Böse und Gottwidrige nicht geschehn könnte, — in die Welt getreten sei, sondern durch göttliche Fügung, wodurch es sanktioniert sei, als das Gottgewollte.

Gipfel der Anmaßung ist es, so zu sprechen und ausdrücklich gerichtet durch das zweite Gebot:

Non assumas nomen Domini Dei tui in vanum!

von welchem gleichwohl unsre auf das Wort Gottes pochenden Konservativen sich von vorneherein für eximiert zu halten scheinen. So greift denn auch der gefeierte Stahl, wo ihm die Argumente ausgehn, kurzweg zu der göttlichen Fügung als dem höchsten Trumpf für seine Behauptungen. Wer darf ihm da noch widersprechen, wo Gott selbst entschieden hat? Klar aber, wie in solcher Weise jeder beliebige Zustand sich mit einer göttlichen Sanktion bekleiden läßt, weil allerdings auch das Gegenteil nicht zu beweisen wäre. Man mag dann behaupten, was man will, durch die angeblich göttliche Fügung ist die Sache mit einem Schlage abgetan, einer weitem Untersuchung bedarf es gar nicht. Freilich, der Tod aller Wissenschaft, die dadurch zu einer salbungsvollen Salbaderei herabsinkt, umsomehr aber für aufgeblasene und unverschämte Ignoranten eine unschätzbare Erfindung. Denn auf eine angebliche — aber niemals nachweisbare gottgewollte Ordnung provozieren, wo es sich vielmehr um Einrichtungen und Unternehmungen handelt, kann jeder Tölpel, dazu braucht man gar nichts zu verstehn. Im Gegenteil, jeder halbwegs Verständige würde sich solchen Geredes schämen, welches um garnichts besser ist, als wenn anderseits der Straßendemagoge auf den Willen des angeblich hinter ihm stehenden Volkes provoziert, indessen, ob das Volk wirklich hinter ihm stehe und was es eigentlich wolle, ebensowenig zu konstatieren ist. Das eine wie das andre müßte zuletzt zur Herrschaft des geistigen Pöbels führen, der auch allein an derartigem Gerede Geschmack finden kann. *Similis simili gaudet.*

Wir bestreiten ja nicht, daß der Glaube an die göttliche Vorsehung grundwesentlich zur Religion gehört, noch daß auch für Staat und Gesellschaft dieser Glaube von höchster Wichtigkeit ist, allein diesen Glauben zu pflegen gehört eben zum Beruf der Kirche, deren schon deshalb der Staat nicht entbehren kann. Denn überhaupt ohne die Beziehung auf die jenseitige Welt hörte das menschliche Leben auf, menschlich zu sein, und darum eben muß neben dem Staat, der sich mit den Angelegenheiten der diesseitigen Welt beschäftigt, die Kirche als eine besondere Anstalt bestehn. Auf der Kanzel also, wo es religiöse Erbauung gilt, und

nicht etwa eine Prüfung der Rechtmäßigkeit oder Zweckmäßigkeit dieser oder jener staatlichen oder gesellschaftlichen Einrichtung, da mag man von den Fügungen Gottes sprechen. Der Staatsmann und Publizist hingegen hat die Dinge lediglich nach der Seite zu betrachten, wonach sie auf dem Verstand und dem Willen der Menschen beruhen, weil er nur insoweit etwas auszurichten vermag. Wo die Einwirkung Gottes beginnt, bleibt dem Menschen nur Ergebung, welche zu predigen auch wieder zu den Aufgaben der Kanzel gehört, weil ohne den Sinn der Ergebung in dieser unvollkommenen Welt, in der niemand alle seine Wünsche befriedigt sieht, kein Auskommen wäre. Der Staatsmann und Publizist aber, der unter allen Umständen danach streben soll, die Dinge so gut zu machen, als menschenmöglich ist, fiele damit aus seiner Rolle; er sänke zum Salbader, wenn nicht zum frechen Sophisten herab, wenn er seinen eigenen Ideen und Entwürfen den Willen Gottes unterschöbe.

Auf föderativem Standpunkt, wo das menschliche Leben nach allen seinen Seiten betrachtet wird, ist es selbstverständlich, daß die religiösen Verhältnisse in staatlichen und gesellschaftlichen Fragen ganz ebenso in Rechnung zu ziehn sind, als anderseits die materiellen Verhältnisse der Volkswirtschaft. Schließen diese sich an die Naturseite des menschlichen Lebens an, so schließt sich hingegen die Religion an die transzendente Seite desselben an, wovon auszugehn allein der Kirche zukommt. Die Politik aber darf ihre Lehren ebensowenig aus der Religion ableiten wollen, als anderseits aus der Ökonomik, sondern prinzipaliter hat sie von der geschichtlichen Seite des menschlichen Lebens auszugehen, so gewiß als alle positiven Einrichtungen und Gesetze geschichtliche Bildungen sind. Nichts verderblicher als eine unklare Vermischung dieser Gebiete. Man hat sie gar sehr zu unterscheiden, nur freilich nicht zu trennen, da vielmehr alles zusammenwirken und sich gegenseitig unterstützen muß. Für den Föderalismus ist das wesentlich.

Nirgends hat der deutsche Konservatismus sich weniger bewährt, als gerade in Beziehung auf die deutsche Frage. Will sagen die Frage nach der deutschen Gesamtverfassung. Wie er sich in dieser Hinsicht benommen, bezeugen die Tatsachen.

Hier genüge zuvörderst nur auf die Ereignisse von 66 hinzuweisen, denn siehe da: die große Masse der preußischen Konser-

vativen rührte keinen Finger für die Erhaltung des Bestehenden, noch — was viel mehr besagt — für die Kontinuität der Entwicklung, wofür einzutreten jedenfalls das unerläßlichste Gebot für den Konservatismus sein müßte, wenn er überhaupt einen innern Sinn haben soll. Was geschah aber? Das Bestehende wurde über den Haufen geworfen und die Kontinuität der deutschen Entwicklung dergestalt durchbrochen, wie ähnliches nur zur Zeit des Rheinbundes geschehn, und der preußische Konservatismus rief „Bravo!“ dazu. Ein Bravo zum Bundesstreich — so gewiß als doch der alte Bund ganz buchstäblich weggestrichen wurde, — ein Bravo zur Vertreibung der ältesten deutschen Fürstenthümer, ein Prachtstück des preußischen Konservatismus! Weiter dann der österreichische Konservatismus. Den mochten zwar die Schläge schmerzen, welche die österreichische Monarchie davongetragen, allein die Zerreißung der tausendjährigen Verbindung, in welcher die deutsch-österreichischen Länder mit Gesamtdeutschland gestanden, machte ihm wenig Kummer. Kein Gedanke daran, daß die Ablösung der österreichischen Monarchie von Deutschland die tiefsten Grundlagen derselben alteriere und die österreichischen Geschicke einer unberechenbaren Zukunft überliefe. Ging alles über seinen Horizont. Hat denn etwa der Konservatismus in den deutschen Mittelstaaten und Kleinstaaten, welche von den Ereignissen jedenfalls noch tiefer getroffen wurden, sich um deswillen noch scharfsichtiger, konsequenter und mutiger erwiesen? Nichts davon. Er fand sich leichtlich genug mit den Veränderungen ab. Machte er auch hier und da die Faust im Sacke, öffentlich beteuerte er seine Reichsfreundlichkeit, denn nachdem einmal die großen Veränderungen geschehn, galten ihm nun flugs die neuen Schöpfungen als das hinfort zu Konservierende. Keine Frage nach der innern Möglichkeit eines dauernden Fortbestandes dieser neuen Schöpfungen, keine Frage, ob sie nicht, so lange sie überhaupt beständen, nur zu immer weiterer Absorption der den Bundesstaaten einstweilen noch gebliebenen geringen Selbständigkeit führen müßten. Oder hätten die Herren das erkannt, so wagten sie es nicht offen heraus zu sagen. Was ist aber von Überzeugungen zu halten, die nicht den Mut zum Bekenntnis geben? Nur in den annektierten Ländern haben die Konservativen zum Teil solchen Mut bewiesen, zumeist in Hannover, indessen auch da noch sehr fraglich bleibt, ob es

ihnen nicht lediglich auf ihre eigenen partikularen Interessen ankam ohne viel Kummer um den Bruch, den die gesamte deutsche Entwicklung erlitten.

Das war die Probe der Urteilsfähigkeit und Charakterfestigkeit unsers Konservatismus. Fiel sie so kläglich für ihn aus, so wird darin gewiß ein Zeichen der innern Haltlosigkeit seines Wesens liegen. Vor allem ein Beweis, wie wenig Halt das Pochen auf die göttlichen Fügungen gibt, wonach angeblich alles in dieser Welt geschehn soll. Wenn der liebe Gott die Geschichte macht, so sind es am Ende auch nicht die Staatsmänner, welche nötigenfalls den Krieg präparieren, noch die Generäle, welche die Schlachten schlagen, sondern alles ist Gottes Werk. Wie könnte es sich anders mit den Eroberungen und Annexionen verhalten? Gott gibt die Herrschaft, wem er will, und nun gefiel es ihm im Jahre 1866, einige deutsche Fürstenhäuser zu Gunsten des Hohenzollernschen Hauses ihrer Länder zu entsetzen. Die Annexionen haben damit die göttliche Sanktion für sich, was kann man mehr verlangen? Ja, in solcher Weise hat damals im preußischen Herrenhause ein hochkonservatives Mitglied desselben wirklich argumentiert. Noch mehr, so tief war der Mann in die Geheimnisse der göttlichen Vorsehung eingeweiht, daß er zugleich zu sagen wußte, warum es dem lieben Gott also gefallen, nämlich um durch die Annexionen die besondere Frömmigkeit der preußischen Regenten zu belohnen! Es steht in den stenographischen Berichten zu lesen und bildet einen gewiß sehr merkwürdigen Beitrag zur Geschichte des preußischen Konservatismus. Aber da sieht man also, zu welchen Ungeheuerlichkeiten das führen kann, wenn Vorstellungen aus dem religiösen Gebiete, wo sie, in ihrer Allgemeinheit verbleibend, ehrwürdig sind, in Argumente zur Rechtfertigung bestimmter Ereignisse oder Einrichtungen verwandelt werden.

Tritt für mehr nüchterne Köpfe an die Stelle der prätendierten göttlichen Fügungen vielmehr das historische Recht, — darüber läßt sich doch verständig sprechen. Gleichwohl erweist auch das sich als unzulänglich, sobald es sich darum handelt, ob nicht etwa der zu Recht bestehende Zustand tiefgreifender Veränderungen bedürfe, denn da geht die Frage nicht mehr auf das Recht, sondern auf das rechte Recht, welches allererst geschaffen werden soll. Auch gibt es da keinen Richter, der über die Rechtmäßigkeit des

neuen Rechtes zu urteilen hätte, sondern die Staatsgewalten, die es schaffen, sind dabei Richter in eigener Sache, und wie sie inmitten sich streitender Parteien stehn, vermischt sich die Rechtsfrage nebst der Zweckmäßigsfrage mit Machtfragen. Das historische Recht bietet keine Norm mehr, der Konservatismus kann sich nicht mehr damit decken, noch weniger damit fechten, er muß sich schon nach andern Waffen umsehn.

Mit der bloßen Forderung der Kontinuität der Entwicklung, oder sogenannter organischer Entwicklung, ist dann auch nicht viel auszurichten. Der materielle Inhalt des neuen Rechtes bleibt dabei durchaus fraglich. Noch mehr: es ist überhaupt nur halb wahr, daß das neue Recht, — wie der Konservatismus so gern die Sache denkt — organisch aus dem alten Rechte herauszuwachsen habe, ähnlich wie in der Pflanzenwelt aus der Wurzel der Stengel, aus dem Stengel die Blätter usw., wonach überall nur eine Metamorphose stattfände. Nein, so kann es nicht geschehn, sondern insofern das neue Recht das alte beseitigt, ist immer Diskontinuität. Und so gewiß ferner in der Geschichte die menschliche Freiheit waltet, stellt sich die Geschichte nicht bloß als eine organische Entwicklung dar, sondern fortwährend greift die Tat ein, wodurch die Dinge eine ganz andre Wendung nehmen, als sie nach ihren eigenen innern Trieben genommen haben würden; greift also die menschliche Freiheit in die Entwicklung ein, und damit auch die menschliche Eigensucht und der menschliche Unverstand, so können sich infolgedessen die Dinge dergestalt verwirren, verknoten und verfilzen, daß zuletzt kein Ausweg bleibt, als mit dem Schwert darein zu schlagen, um einer neuen Entwicklung Bahn zu brechen.

Wie wenig bedeutet unter solchen Umständen die Forderung der Kontinuität, wenn doch das Heraustreten aus dem alten Zustande und der Bruch mit demselben unvermeidlich wurde? Hier gilt das Wort: „der Lebende hat Recht“. Eine Nation hat sich nicht durch die überlieferten Institutionen lebendig einmauern zu lassen, sie wird die Fesseln zersprengen, die sie an der Erfüllung ihrer Lebensaufgabe hindern, so viele Fäden der geschichtlichen Kontinuität auch dabei zerreißen möchten. Die Geschichte ist leider kein Gottesreich, noch anderseits ein an unveränderliche Gesetze gebundenes Naturreich, sondern weil sie das Reich der menschlichen Freiheit ist, sind auch ihre Gebilde so gebrech-

lich wie alles Menschliche, und darum ist sie voll von gewaltsamen Veränderungen und Diskontinuitäten.

Man müßte absichtlich die Augen dagegen verschließen, um nicht zu sehn, wie voll auch die deutsche Geschichte davon ist. Um nicht weiter zurückzugehen — davon zeugen schon die großen Veränderungen, die kurz vor dem Untergang des alten Reiches eintraten, dann während der Rheinbundszeit und hierauf durch die Satzungen des Wiener Kongresses. Wer in dem allen nichts als göttliche Fügungen erblicken will, den müssen wir freilich bei seinem Glauben lassen, weil einem solchen, der von vorneherein auf Erkenntnis verzichtet, auch mit keinen verständigen Argumenten beizukommen ist. So weit aber wird sich niemand verirren, alle diese Veränderungen zu einer organischen Entwicklung umzustempeln, oder es gehörte ein sonderbarer Begriff von dem Wesen des Organismus dazu. Von Kontinuität der Entwicklung wäre auch wenig darin zu verspüren, noch weniger zu sagen, daß sie auf dem historischen Rechte beruht hätten, wo doch jedermann weiß, wie viel Willkür dabei unterlief, wie sehr die zeitweiligen Machtverhältnisse der einzelnen deutschen Staaten den Ausschlag gaben, und zugleich der auswärtige Einfluß darauf einwirkte, indessen die Rechte und Interessen der deutschen Nation wie der deutschen Volksstämme am allerwenigsten Berücksichtigung fanden. So einfach liegt demnach die deutsche Frage nicht, als daß nach solchen Begriffen darüber zu urteilen wäre. Es werden noch ganz andre Untersuchungen dazu gehören.

Charakterisiert es den Liberalismus wie desgleichen den Sozialismus, daß sie beide von reinen Begriffen oder bloßen Zweckmäßigkeitserwägungen ausgehen und alles aus dem Frischen heraus — gewissermaßen aus dem Nichts — schaffen wollen, wie wenn in den vorgefundenen Zuständen überhaupt keine innern Entwicklungstriebkräfte lägen, so erscheint es dem gegenüber allerdings als ein Vorzug des Konservatismus, daß er sich ausdrücklich auf den Boden der Geschichte stellt. Er liebt es sogar, sich in geschichtlichen Betrachtungen zu ergehen. Auch ist er darauf wie mit der Nase hingewiesen, weil, was er konservieren will, doch selbst geschichtliche Bildungen sind. Sehn wir aber näher, in welcher Weise er die Geschichte betrachtet und studiert, so verliert sein geschichtlicher Sinn gar viel von dem Wert, den er an und für sich zu haben scheint.

Entweder nämlich zieht den Konservatismus zur Geschichte das rein gelehrte Interesse, und nach dieser Seite liegen allein seine wissenschaftlichen Leistungen. Oder treibt ihn ein praktisches Interesse, so ist es eben das: Waffen für die Verteidigung des bestehenden Rechtes zu finden. In dieser Richtung arbeiteten insbesondere auch die ehemaligen Reichspublizisten, indem sie auf historischem Wege zeigten, wie alle die zahllosen im Reiche mit eigentümlichen Rechten ausgestatteten Existenzen zu ihrer Stellung gekommen und welche Rechtsansprüche sie auf Grund dessen erheben könnten, was dann zu einer unsäglichen Juristerei und Rabulisterei führte, indessen dieser ganze Aufwand von Eru- dition dem reformbedürftigen Reiche zu gar nichts half. Es zer- fiel inzwischen immer mehr. Und ziemlich in derselben Richtung bewegt unsre sich vorzugsweise historisch nennende Schule sich noch heute. Durch ihre Studien die Mittel und Wege zu Reformen zu finden, ist sie wenig beflissen.

Leicht begreiflich, daß es sich von solchem Standpunkte aus in erster Linie nur um die privilegierten Stände handelte, die sich ihres historischen Rechtsbodens erfreuten und ihr Recht zu einem Reichtum von Institutionen entwickelt hatten. Was war hingegen das historische Recht der großen Volksmasse? Nicht sehr viel mehr als daß sie die *misera contribuens plebs* bildeten. Ein wenig interessanter Gegenstand aber das Interesse wäre erst mit der Frage gegeben: wie dieser großen Volksmasse zu einer bessern Lage zu verhelfen sei? Das historische Recht, welches ja den bestehenden Zustand sanktionierte, hätte dazu freilich keine Hebel geboten, sondern was den untern Klassen dem gegenüber helfen konnte war das natürliche Recht, als das Recht, welches mit ihnen geboren. Ein anderes hatten sie nicht. Da kam nun der Liberalismus, der eben dem historischen Rechte das Naturrecht entgegenstellte. Er tat dies wohl nicht aus besonderer Sympathie für die untern Klassen, sondern mehr aus Antipathie für die privilegierten Stände und weil seine rationalistische Denkweise ihn wie von selbst dazu trieb. So abstrakt dann dieses Natur- recht — oder später Vernunftrecht genannt — sein mochte, be- freiend wirkte es allerdings für die untern Klassen. Der Konser- vatismus hat dazu nichts getan, und je mehr er bis diesen Tag auf das historische Recht provoziert, um so weniger darf er sich darüber wundern, wenn er bei den untern Klassen so wenig An-

klang findet. Das historische Recht ist im Grunde genommen das Erbrecht, welches doch für alle diejenigen, welche fast nichts erben, als die Anwartschaft, sich wie ihre Väter durch ihrer Hände Arbeit zu ernähren, geringe Bedeutung hat.

Muß es nicht als ein erhebliches Hindernis der sozialen Reform gelten, daß in unsern Geschichtswerken, deren Lektüre ohne Frage für die höhern Klassen von nicht geringem Einfluß auf die Bildung ihrer Lebens- und Weltansicht ist, daß da — gegenüber den Erzählungen von Kriegen und Eroberungen, von diplomatischen oder parlamentarischen Verhandlungen nebst sonstigen Staatsaktionen — die Zustände der großen Volksmasse fast ganz im Hintergrunde bleiben? Wie wenig davon erfährt man z. B. aus den Werken des großen Ranke? Meister in der Enthüllung der verborgenen und verschlungenen Fäden der Kabinettpolitik, der diplomatischen und parlamentarischen Intrigen, kümmert ihn das Volksleben umso weniger. Wie also solche Lektüre kein Interesse für die Zustände der großen Volksmasse erweckt, führt sie auch nicht zum Verständnis der darauf bezüglichen Fragen und trägt damit selbst dazu bei, die höhern und gebildeten Klassen in dem verhängnisvollen Indifferentismus zu erhalten, mit welchem sie auf diese Dinge herabblicken.

Aber nicht bloß das, sondern selbst von der deutschen Nation als solcher, von ihren Geschicken, von ihren Aufgaben und von ihren Rechten ist bei unsern konservativen Schriftstellern sehr viel weniger die Rede, als von den Rechten der einzelnen deutschen Staaten, beziehungsweise der Regierungen. Und dem entspricht genau wieder die Tatsache, daß der Konservatismus für die Entwicklung einer deutschen Nationalverfassung so viel als nichts geleistet hat. Überall besaß er bis zu dem Jahre 1848 in den gouvernementalen Kreisen entscheidenden Einfluß, aber man weiß, wie er seinen Einfluß benützte. Was wäre auch von ihm zu erwarten gewesen, wo es nicht auf die Erhaltung des bestehenden Zustandes ankam, sondern auf Veränderungen desselben durch eingreifende Reformen. Noch mehr, worin bestanden die Mittel, die der Konservatismus zu seinen Zwecken anwandte, wenn nicht vor allem in Repressivmaßregeln, deren Insuffizienz im Jahre 48 vor aller Welt offenbar wurde. Trotzdem unbelehrt, nahm er in der Reaktionsperiode nach 50 dasselbe Geschäft von neuem auf, wie er es in Veranlassung der Attentate abermals zu tun

sich anschickte. Die soziale Reform des Konservatismus sollte demnach in einer großartigen Sozialistenhetze bestehen, wie vordem seine politische Reform in einer großartigen Demagogenhetze nebst Unterdrückung aller Freiheit bestand. Er weiß einmal nichts besseres, der repressive Hang ist ihm angeboren.

Hat nun zwar auch der Liberalismus für die deutsche Aufgabe positiv nichts geleistet, so bleibt immer unbestritten, daß ohne seine Agitation vollständige Stagnation eingetreten wäre. Gerade wie es heute ohne die sozialistischen Agitationen auf dem sozialen Gebiet geschehn würde.

Ist mit dem bloßen historischen Rechte nicht auszureichen, weil es keine Hebel zum Fortschritt darbietet, eben so wenig aber mit dem bloßen Naturrecht, weil es keine Stabilität gewährt, sondern, wie jenes an der Vergangenheit festklebt, so haltungslos auf den Wogen der Gegenwart dahintreibt, — wie ist wohl über diesen Gegensatz hinwegzukommen? Gewiß nur durch eine solche Auffassung der Geschichte, wonach man sich nicht darauf beschränkt, zu bekennen: Was geschah und wie es geschah, — Ranke erklärt ausdrücklich nichts weiter zu wollen, — sondern wonach man zugleich zu erkennen sucht, welche Aufgaben durch den Gang der Geschichte selbst der Zukunft gestellt sind. Sollte die Geschichte in dieser Hinsicht nichts lehren, so wäre ihr Studium für die Praxis wertlos, während sie doch so allgemein als die große Lehrerin der Staatsweisheit gilt. Damit sie aber in höherm Sinne lehrreich werde, muß die bloß pragmatische Betrachtung sich zur philosophischen erheben. Die Geschichte bleibt dabei nicht minder das Reich der menschlichen Freiheit. Als Reich der göttlichen Vorsehung gehört sie der religiösen Betrachtung an, welche zur Erbauung dient, aber keine politisch brauchbaren Erkenntnisse gewährt.

Für den föderativen Standpunkt ist solche philosophische Auffassung der Geschichte wesentlich. Der synthetische Charakter des Föderalismus aber hat sich dann zuvörderst darin zu bewähren, daß er die individuellen Bildungen der Geschichte, welche der Liberalismus allgemeinen Begriffen opfert, nach ihrer Eigentümlichkeit achtet, ohne sie doch — nach Art des Konservatismus — in ihrer Isolierung festzuhalten, indem er sie vielmehr nach ihrem Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung beurteilt. Die traditionellen Grundlagen nicht — nach Art des Liberalismus

— bei Seite schiebend, treibt er anderseits auch nicht den Götzendienst des Konservatismus damit. Daß zwischen den verschiedenen Generationen, daß zwischen Vergangenheit und Zukunft ein Band bestehe, ist ihm eine heilige Wahrheit, aber er glaubt die abgeschiedenen Generationen erst dadurch recht zu ehren, daß er auf Grund dessen, was diese hinterließen, sich zu Konzeptionen erhebt, wohin sie selbst sich nicht zu erheben vermochten.

Darum wird er die Ziele deutscher Entwicklung gerade dadurch am besten zu finden glauben, daß er die Nation auf die großen Weltaufgaben hinweist. Denn es wird sich zeigen, wie erst im Hinblick darauf die rechten leitenden Ideen für die Gestaltung der deutschen Angelegenheiten zu gewinnen sind, welche mit der sogenannten auswärtigen Politik in einem untrennbaren Zusammenhang stehn, der freilich nicht so unmittelbar auf flacher Hand liegt. Um ihn deutlich zu erkennen, bedarf es einer ganzen Reihe von Vermittlungen, die weder zu umgehn noch zu überspringen sind. Man darf darüber nicht ungeduldig werden; das deutsche Problem ist ein ebenso tiefes als vielseitiges und wer nicht mit solchem Bewußtsein an dasselbe herantritt, sollte lieber davon bleiben.

ZUR KONSTRUKTION DER DEUTSCHEN GESCHICHTE

LIEGT ES UNBESTREITBAR VOR, WIE SEHR UNSER POLITISCHES Denken seit zwei Jahrhunderten in Abhängigkeit von ausländischen Theorien und Vorbildern geriet, so ist auch kaum anders zu erwarten, als daß in der bisherigen Auffassung und Behandlung unsrer eigenen deutschen Geschichte ganz dasselbe zu bemerken sein wird. Mag es denn abermals absprechend klingen, ich kann nicht umhin es zu sagen: unsre bisherigen Geschichtsschreiber haben die deutsche Geschichte nicht richtig aufgefaßt und behandelt. Und das ist eben deshalb geschehn, weil sie die deutsche Geschichte wie die Geschichte eines abgeschlossenen Nationalkörpers ansahen, wie es namentlich die Geschichte Frankreichs ist. Vergleichen wir daher die deutsche Geschichte mit jener, so wird unsre Behauptung alsbald klar werden.

In Frankreich nämlich schließt sich alles an einen gemeinsamen Ausgangspunkt an, an Chlodwig, als den Begründer des Frankenreichs. Der lebte fort in Karl dem Großen und in den spätern französischen Königen, wie selbst noch in Napoleon. Und was ist die heutige Republik, wenn nicht eine Metamorphose des napoleonischen Kaiserreiches? Für Deutschland wäre ein so bestimmter Ausgangspunkt seiner politischen Entwicklung überhaupt nicht nachzuweisen. Der gewöhnlich dafür angenommene Teilungsvertrag von Verdun hat diese Bedeutung nur in formal rechtlicher Hinsicht, da er sachlich nichts Neues schuf. Besser wohl nähme man als Anfang die Begründung des neuen Wahlkönigtums, welches sich ja seit Konrad I. neun Jahrhunderte lang erhalten hat. Aber auch wieder nur der Form nach, denn das ist eben unmöglich: aus den damals vorhandenen Grundlagen den spätern Verlauf der deutschen Geschichte zu konstruieren. Sondern diese Grundlagen würden nur dazu ausreichen, um die Bildung der deutschen Mittelstaaten und Kleinstaaten begreiflich zu machen, nicht aber die Bildung der österreichischen und preußischen Monarchie, welche beide doch hinterher den entscheidendsten Einfluß erlangten. Um diese Bildungen zu ermöglichen, mußten erst noch neue Elemente hinzukommen und mußten Ereignisse eintreten, welche über die deutsche Geschichte hinausreichen oder ganz aus derselben herausfallen.

Was die österreichische Monarchie betrifft, so liegt die erste Bedingung der Möglichkeit dieser politischen Bildung in der Verbindung des deutschen Königtums mit dem römischen Kaisertum, welches sich als die höhere Gewalt darüber erhob und offenbar keine deutschnationale Schöpfung war, sondern als ein internationales Institut aus der allgemeinen Weltansicht des Mittelalters entsprang. Nur dieses römische Kaisertum, weil es eben kein deutschnationales Institut war, konnte später seinen Sitz in Böhmen nehmen, darauf sogar in Ungarn, um von da aus zuletzt sich definitiv in Wien festzusetzen, wo es sich dann allmählich in das österreichische Kaisertum verwandelte. Wie hätte wohl daselbe mit dem deutschen Königtum geschehn können? Klar aber, daß ohne die Autorität, welche die römische Kaiserkrone dem österreichischen Hause verlieh, dasselbe wohl nie zur Herrschaft über Böhmen und Ungarn gelangt wäre. Dazu mußte ferner noch die Türkennot hinzukommen, also ein ganz außerhalb der deutschen Geschichte originierendes Ereignis, wodurch für Ungarn die Verbindung mit Österreich als dem damaligen Träger des römisch-deutschen Kaisertums zum unabweisbaren Bedürfnis wurde, so daß man sagen kann: ohne die Türken wäre die österreichische Gesamtmonarchie nie entstanden. Dazu kamen als ursächliche Faktoren endlich auch die deutschen Kolonien in Ungarn und Siebenbürgen wie das Eindringen des Deutschtums in Böhmen und noch mehr in Schlesien, wo der deutsche Zuzug insbesondere durch die Verheerungen der Mongolen befördert war, und also selbst darauf europäische Ereignisse eingewirkt hatten. Was Wunder nach dem allen, daß die österreichische Gesamtmonarchie, sobald sie sich einmal formiert hatte, auch sofort mit dem Charakter einer europäischen Macht auftrat, während sie doch anderseits in Deutschland wurzelte, über welches sie aber weit hinauswuchs.

Spielte in der Grundlegung der österreichischen Monarchie die deutsche Kolonisation immerhin nur eine sekundäre Rolle, so steht es viel anders in der Beziehung auf den preußischen Staat, dessen Kern vielmehr eben die kolonisierten und germanisierten östlichen Provinzen bilden. Aber nur insoweit entsprang der hier stattgefundene Kolonisierungs- und Germanisierungsprozeß doch selbst aus der deutschen Nationalentwicklung, als es sich dabei um die Mark Brandenburg und Pommern handelt, darüber hinaus

entsprang er aus andern Motiven nämlich ähnlich wie das römisch-deutsche Kaisertum aus den allgemeinen mittelalterlichen Tendenzen, aus den Kreuzzügen, die neben andern Ritterorden auch den deutschen Orden hervorriefen. Nicht vom deutschen Reiche aus und unter dessen Autorität, sondern durch diesen deutschen Orden und unter Autorität der Kirche vollzog sich dann die Eroberung und Christianisierung der baltischen Küstenländer an der Weichsel, dem Niemen und der Düna.

Durch diese Kolonisationen und Eroberungen wurden erst die Landgebiete gewonnen, welche späterhin den Kern der modernen preußischen Monarchie bildeten. Die Entwicklung derselben beruht wesentlich darauf, daß der Markgraf und Kurfürst von Brandenburg das damals sogenannte Herzogtum Preußen — als den Überrest der inzwischen untergegangenen Ordensherrschaft — erwarb, und daß nun der neue preußische Staat alsbald den Charakter einer selbständigen europäischen Macht gewann, beruhte wieder darauf, daß jenes ehemalige Ordensland nie ein deutsches Reichsland gewesen war. Weiter aber, daß dann diese neue Macht zur Konsistenz und zur Geltung gelangte, war noch durch zwei andre Ereignisse bedingt, d. i. durch den Verfall der schwedischen Macht und den endlichen gänzlichen Untergang Polens, von welchem ja Preußen beträchtliche Gebietsteile erwarb. Wie hätte wohl Preußen je aufkommen können neben einem mächtigen Polen? So aber trat es gewissermaßen in die Lücke ein, welche in dem kontinentalen System durch den Rückgang der schwedischen Macht und durch den Untergang Polens entstanden war.

In Summa: bloß aus der deutschen Geschichte heraus ließe sich weder die Bildung der österreichischen noch der preußischen Monarchie erklären, und wenn zwar der Ausgangspunkt für beide in Deutschland lag, so wäre umsomehr zu sagen, daß die deutsche Geschichte hier über sich selbst hinausging und sich in die europäische Geschichte verlief. Dieser Satz, sage ich, steht unumstößlich fest und ist von weitreichenden Folgen. Denn schon daraus ergibt sich die innere Unwahrheit des Gothaismus, wonach Österreich gar nicht zu Deutschland gehören, Preußen hingegen als ein rein deutsches Produkt gelten und sogar den Kern des deutschen Nationalkörpers bilden soll. Gehören aber Österreich und Preußen, trotz ihres europäischen Charakters, doch andererseits grundwesentlich zu Deutschland, wiewgleich in sehr verschiedener

Stellung, so muß es wohl mit Deutschland eine eigentümliche Bewandnis haben. Denn es scheint ja, als habe Deutschland in sich selbst eine Verdoppelung erfahren, wodurch es eben halb europäisch wurde. Es ist weiter zu sehn, wie dies wirklich geschah,

Die Geschichte des deutschen Kolonisationsprozesses soll bis heute erst noch geschrieben werden, und ich meine: es wäre das eine Arbeit, die wohl eines großen Geschichtsforschers und Geschichtsschreibers wert wäre.

Oder war das nicht eine außerordentliche Erscheinung, wie das Deutschtum von der unteren und mittleren Elbe aus in vier Jahrhunderten bis an den Peipussee vordrang, über 150 Meilen weit in slawisches, lithauisches und finnisches Gebiet hinein? Und nicht bloß, daß es da eine militärische Herrschaft gewann, sondern sich so einwurzele, daß infolgedessen ausgedehnte Landschaften vollständig verdeutscht wurden. Wo aber die große Masse undeutsch blieb, wie in Kurland und Liefland, hatte sich doch das deutsche Gepräge diesen Ländern so tief eingedrückt, daß selbst eine dreihundertjährige Fremdherrschaft bis heute nichts dagegen vermochte. Dazu kommen ferner die derselben Zeit angehörigen sporadischen Ansiedelungen in den polnischen Städten, wo deutsche Einwanderer oft den Kern der ganzen Bürgerschaft bildeten, infolgedessen bis noch in die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Polen das Magdeburger Stadtrecht gegolten hat. Ferner noch die deutschen Kolonien in Ungarn und Siebenbürgen, die ebenfalls jener Zeit angehören. Gehn wir endlich in die Karolingerzeit zurück, so vollzog sich da die Verdeutschung des heutigen Erzherzogtums Österreich und der Steiermark. Die ganze östliche Hälfte des heutigen Deutschlands also, wo sich nach dem Ende der Völkerwanderung das Slawentum ausgebreitet, — dieses Gebiet wurde hinterher deutsch oder wenigstens wie Böhmen, Mähren und Krain mit Deutschland verbunden, und dadurch entstand erst das spätere Deutschland.

Sollte es nicht vom höchsten Interesse sein, zu erfahren, wie und wodurch das alles geschah, statt dessen leider bis heute das meiste noch im Dunkel liegt? Klar und allbekannt nur, daß es die deutschen Marken waren, von welchen dieser Prozeß ausging. Waren aber diese Marken ursprünglich nur zur Abwehr feindlicher Einfälle bestimmt, gewissermaßen Militärgrenzen und als solche nur ein Zubehör des deutschen Hinterlandes gewesen, so

wurden sie späterhin selbständige Gebiete und damit die Basis neuer Staatenbildung, von sehr erheblich anderm Charakter als die aus den alten deutschen Volksstämmen hervorgegangenen Staatenbildungen.

War dadurch gewissermaßen ein doppeltes Deutschland entstanden, so erscheint es umso bemerkenswerter, daß hinterher statt des einköpfigen Adlers, der bis in das 14. Jahrhundert das Reichswappen gewesen, der Doppeladler aufkam. Man weiß nicht recht, wann und warum das geschah, gewiß ist nur, daß ihn schon Kaiser Sigismund führte. Sehr möglich dabei, daß solche Wappenänderung nur durch ganz äußerliche Umstände veranlaßt war. Gleichviel, — in der Tat war der Doppeladler ein sehr sinnvolles Symbol der vorangegangenen geschichtlichen Entwicklung, wodurch zu dem alten Deutschland ein neues und doch untrennbar mit demselben verwachsenes Deutschland hinzukam. Das Symbol ganz allgemein aufgefaßt, würde darin eine Hindeutung auf West und Ost liegen, wie sie gewissermaßen auch in den beiden deutschen Hauptflüssen, dem Rhein und der Donau liegt. Das aber anerkannt, ist es anderseits nicht minder bezeichnend, daß in dem heutigen neudeutschen Reiche statt des Doppeladlers wieder auf den einfachen Adler zurückgegangen wurde. Man sage sich selbst, ob das auf eine normale Fortentwicklung der Geschichte hindeutet, oder nicht vielmehr auf das Gegenteil? Wurde damit die Doppelnatur Deutschlands verleugnet, — wonach es eine westliche und östliche Seite hat, und sich nach der letztern in den europäischen Körper verläuft, — so scheinen darum auch die Donauländer für dieses neue Reich so gut wie gar nicht da zu sein. Die orientalische Frage gilt ihm nur insofern als eine Frage, als seine unmittelbaren Interessen davon berührt würden, sonst nur als „das bißchen Herzegowina“, wie wir seinerzeit aus dem Munde Bismarcks gehört.

Nie wäre man in solche Verwirrung geraten, ohne die unzulängliche oder geradezu falsche Auffassung der deutschen Geschichte. Und worin lag hier der Grundirrtum als darin, daß man die Bedeutung des deutschen Kolonisationsprozesses wie der deutschen Marken verkannt hatte, worin eben die aus dem alten Deutschland herausstrebenden Tendenzen ihren Stützpunkt und ihren Ausdruck fanden. Von da aus entstanden die neuen Bildungen, die einerseits mit dem alten Deutschland untrennbar

verwachsen waren, andererseits sich als etwas Eigentümliches darstellten, was weder kurzweg als deutsch noch als undeutsch gelten konnte.

Auf föderativem Standpunkt ist man von vornherein für solche Auffassung vorbereitet. Denn man ist da gewohnt, neben der Eigentümlichkeit der verschiedenen Elemente immer zugleich das sie verbindende Gemeinsame ins Auge zu fassen, man wird darum weder auf eine unterschiedslose Vermischung, noch auf eine radikale Trennung hinsteuern. Beides aber ist geschehn, indem man Österreich kurzweg von Deutschland ausschloß, Preußen hingegen kurzweg mit dem übrigen Deutschland in Eins verband und so zu der Ungeheuerlichkeit gelangte, daß die Mark Brandenburg das Herzblatt von Deutschland bilden, und Länder, wie die Provinzen West- und Ostpreußen, ja selbst Posen, für mehr deutsch gelten sollen, als das Erzherzogtum Österreich, welches schon Jahrhunderte lang ein deutsches Kulturland gewesen, während Brandenburg und jene baltischen Küstenprovinzen noch im Heidentume steckten und rein slawisch oder lithauisch waren.

Sehr verschieden sind ja freilich Preußen und Österreich, darin aber stimmen sie doch überein, daß auch Preußen — nach seinen östlichen Provinzen, welche den Kern dieses Staates bilden — sich nicht minder als ein Herausbau aus dem alten Deutschland darstellt als Österreich. Daß aber zwei solche Herausbaue entstanden, war schon durch geographische und ethnographische Verhältnisse bedingt. Auf der Ostseite zieht sich Europa ins breite, die Karpathen trennen die Stromgebiete, und nicht nur, daß sich in den nördlichen und südlichen Marken auch der Gegensatz des norddeutschen und süddeutschen Elementes fortsetzte, sondern zwischen beiden lag auch noch das slawische Böhmen, wodurch es zur Unmöglichkeit wurde, daß die nördlichen und südlichen Marken in Eins zusammenfließen konnten. Es mußten zwei besondere Körper daraus entstehn, dazu waren die Dinge von Anfang an angelegt, das Weitere tat dann der Gang der Ereignisse.

Hat man sich über die wirkliche Bedeutung der deutschen Marken und des sich daran anschließenden Kolonisationsprozesses getäuscht, so ist die erste Ursache davon gewiß die, daß sich die Grenzen zwischen dem Mutterlande und dem Kolonial-

gebiet hinterher allmählich ganz verwischten. Unmittelbar mit dem Mutterlande verbunden, schienen die Kolonialgebiete nur eine Erweiterung desselben und überhaupt nicht Kolonien zu sein. Bei näherer Betrachtung aber, und je mehr man ins tiefere geht, tritt der Unterschied der beiderseitigen Bevölkerungen in den sozialen Verhältnissen, in den Sitten, in der Denkweise und selbst in den Physiognomien noch immer merklich genug hervor. Charakteristisch zugleich, daß in dem Kolonialgebiete die völkerschaftlichen Namen verschwinden, und statt dessen Ländernamen auftreten, wie Steiermark, Österreich, Brandenburg und Meißen, auf welches letztere bekanntlich der heutige Sachsenname erst später übertragen wurde. Oder wo sich völkerschaftliche Namen erhielten, sind sie eben slawischen Ursprungs, wie der Name der Lausitzer und Pommern, und beziehungsweise lithauischen Ursprungs, wie der Name der eigentlichen alten Preußen. Bezeichnet man jetzt hingegen mit dem Namen „Preußen“ die Bevölkerung des preußischen Staates, so wäre es noch viel sinnloser, selbst nur den deutschredenden Teil derselben für einen Volksstamm anzusehen, wie die österreichischen Deutschen, sondern insoweit die preußischen Deutschen jetzt wirklich ein gemeinsames Gepräge haben, ist es erst durch die politische Verbindung entstanden.

Zum Zweiten kam die aus dem Feudalismus entsprungene wunderliche Zerstückelung und ebenso wunderliche Wiederverkoppelung der deutschen Territorien hinzu, die uns schon in einer frühern Betrachtung entgegentrat. Erwarb das Haus Habsburg die damals schon zum Herzogtum erhobene Mark Österreich, so behielt es dabei seine schweizerischen Herrschaften, wodurch also Landgebiete verbunden wurden, die keine innere Gemeinschaft und selbst keinen geographischen Zusammenhang hatten. Noch mehr, die neue Macht, welche das Haus Habsburg durch den Besitz des Herzogtums Österreich erlangt, und die später durch die Kaiserwürde erhöht wurde, bot ihm die Mittel zu immer neuen Erwerbungen, und alles, was es so im Reiche erwarb, wurde dann österreichisch und hieß kurzweg Österreich. Ähnlich verhält es sich mit Preußen. Die hohenzollernschen Markgrafen von Brandenburg erwarben da einerseits das sogenannte Herzogtum Preußen, anderseits die Länder aus der jülischen Erbschaft, wozu nach dem westphälischen Frieden noch Pommern, Magdeburg, Halberstadt und Minden kamen. Das alles zusammen

bildete jetzt die brandenburgisch-preußische Macht, und nachdem das Herzogtum Preußen zum Königreich erhoben war, hieß hinterher, wegen der höheren Königswürde, alles das kurzweg Preußen. Gewiß: betrachtet man das heutige Preußen, oder auch nur wie es vor 1866 aussah, so wird man dabei kaum an die ehemalige Nordmark und heute sogenannte Altmark denken, und doch ist nichts unbestreitbarer, als daß die ganze Bildung des preußischen Staates von da ausging. Nichts unbestreitbarer, als daß es ohne die deutschen Marken, und ohne den Feudalismus, heute weder ein Preußen noch ein Österreich gäbe.

Ist es eine allgemeine Erfahrung, daß Kolonien hinterher auf das Mutterland zurückwirken, so mußte dies bei uns umso mehr geschehn, als unsre Kolonien unmittelbar mit dem Mutterlande zusammenhingen. Waren sie nun ursprünglich durch Eroberung entstanden, so konnte sich dort umso eher eine straffe Herrschaft bilden, welche der Zerstückelung vorbeugte, und also Reichsstädte, Reichsritter und sonstige kleine Dynasten nicht leicht aufkommen ließ, auch die geistlichen Herren insoweit im Zaume hielt, daß die dortigen Bistümer landsässig blieben. Darauf beruht der folgenreiche Unterschied, der später in der Entwicklung des westlichen und östlichen Deutschlands hervortrat. Denn nachdem mit dem Sturz Heinrich des Löwen das alte sächsische Herzogtum zerfallen war und nach dem Untergang der Hohenstaufen auch das fränkische und schwäbische Herzogtum zerfiel, erhielt sich von den alten deutschen Stammherzogtümern nur noch Bayern einigermaßen als ein Ganzes, indessen das übrige alte Deutschland nur umso mehr zersplitterte und zu einer wahren Musterkarte von Länderlappen wurde. Sank gleichzeitig die Autorität des Kaisertums, so daß alle diese Länderlappen je mehr und mehr zur vollen Selbständigkeit gelangten, so wurde infolgedessen das ganze westliche Deutschland auch machtlos, zu jeder aktiven Politik unfähig. Das zeigte sich schon unmittelbar darin, daß der Schwerpunkt des Reiches, der ursprünglich in dem Rhein- und Wesergebiet gelegen, seit Karl IV. sich nach Böhmen verschob, und seitdem bis heute noch in dem östlichen Deutschland liegt.

So geschah es denn, daß das alte primitive Deutschland Jahrhunderte lang von Österreich aus beherrscht wurde, bis nach dem Emporkommen der preußischen Macht eine dualistische Hege- monie folgte. Gleichzeitig die Rivalität und der Kampf zwischen

den beiden Hegemonen, welcher zuletzt damit endigte, daß der jüngere den älteren aus Deutschland herauswarf, worauf der ganze Überrest von Deutschland unter preußische Oberherrschaft geriet, deren wahren Charakter die offiziellen Phrasen von „Bund“ oder „Reich“ für niemand verhüllen werden.

Sollte das aber die wahre Lösung der deutschen Frage sein, daß Deutschland preußisch wird und folglich als Deutschland verschwindet, oder wäre dem gegenüber nicht vielmehr zu sagen:

„Die deutsche Frage ist tot, es lebe die deutsche Frage?“

Und muß nicht eben dieses zeitweilige Resultat, daß Deutschland preußisch geworden, zu der Untersuchung veranlassen, was doch einen solchen Ausgang überhaupt möglich gemacht habe? Möglich aber ist er allein geworden durch die vorgedachte Machtverschiebung, d. h. durch den Zerfall des alten westlichen Deutschlands.

Hat es nun mit der Doppelnatur Deutschlands seinen guten Grund, so kann auch die wahre Lösung der deutschen Frage nur darin bestehen, daß diese Doppelnatur Deutschlands, worüber man so lange bewußtlos gewesen, endlich erkannt und anerkannt und auf Grund dessen eine Organisation hergestellt werde, wodurch das alte westliche Deutschland neben dem neuen östlichen Deutschland wieder zu der ihm gebührenden Geltung gelangt. Denn das muß doch jedermann zugestehn, daß das ein unnatürliches Verhältnis ist, wenn das alte westliche Deutschland, welches schon Jahrhunderte lang, ehe nur von einem Preußen überhaupt die Rede gewesen, eine Geschichte gehabt, im Vergleich zu welcher die preußische Staatsgeschichte sich gar klein ausnimmt, und als die Mark Brandenburg noch ein halbwüestes Wendenland war, — daß dieses alte Deutschland mit seinen Kernstämmen der Bayern, Sachsen, Franken und Schwaben, der Thüringer und Hessen jetzt vielmehr von jener Mark aus beherrscht wird. Entweder müßten diese Volksstämme schon in sich selbst abgestorben sein, und dann wäre eine wahre Wiedergeburt Deutschlands überhaupt unmöglich, haben sie aber noch Lebenskraft, so muß die auch zur Geltung gelangen, oder die Wiedergeburt Deutschlands bleibt ein leerer Schall.

Klar jedoch, daß dazu erst ein großer Umschwung gehört, und nach allem menschlichen Ermessen bis dahin noch viel Wasser

vom Berge fließen wird. Völker entwickeln sich langsam, und nachdem das alte westliche Deutschland seit Jahrhunderten sein politisches Selbstbewußtsein verloren, indem es seine Direktive lediglich von Wien oder Berlin erwartete oder zeitweilig sich sogar an Frankreich anzulehnen suchte, wird es nicht urplötzlich zu neuem Selbstbewußtsein gelangen können. Gleichviel, das Ziel muß ins Auge gefaßt werden, es handelt sich dabei um nichts Geringeres, als um den Kern der deutschen Frage.

PREUSSEN UND DEUTSCHLAND

DASS DER HEUTIGE ZUSTAND DEUTSCHLANDS GRUNDWESENTLICH auf der preußischen Politik beruht, spricht für sich selbst. Preußen schuf das neue Reich. Und wie wäre also ein motiviertes Urteil über diese Schöpfung möglich, ohne zugleich in das Wesen der preußischen Politik einzugehn, die ihrerseits aber wieder mit der ganzen Entwicklung dieses Staates zusammenhängt. Denn in demselben Maße, als dieser Staat seit Mitte des siebzehnten Jahrhunderts emporkam, wuchs auch sein Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Verhältnisse, bis er zuletzt allein entscheidend wurde. Können wir um deswillen nicht umhin, das Verhältnis Preußens zu Deutschland näher ins Auge zu fassen, so kann auch dies wieder nicht geschehn, ohne dabei zugleich daß Preußentum an und für sich selbst zu betrachten. Das wird uns dann zu einer Reihe verschiedener Erörterungen veranlassen, — wobei zwar manches keinen innern Bezug zu der eigentlich deutschen Frage zu haben scheinen mag, indessen sich zuletzt zeigen wird, wie uns doch all dies sehr dazu geholfen, die wahren Aufgaben deutscher Politik — (worüber sich sonst nur in Behauptungen sprechen ließe) — als durch die realen Verhältnisse selbst gegebne Forderungen zu erkennen.

So wird uns auch gerade die Betrachtung der preußischen Angelegenheiten hinterher neue Argumente für die Notwendigkeit einer föderativen Entwicklung darbieten wenn auch nur Argumente e contrario. Aber wird nicht jede Sache erst recht klar, wenn man zugleich ihr Gegenteil vor sich sieht? Wir werden also damit keineswegs von unserm Hauptthema abgelenkt, sondern dadurch tiefer in dasselbe eingeführt sein. Darum noch einmal: man werde über den langen Weg nicht ungeduldig, die deutsche Frage ist nicht kurzerhand abzutun.

Hatten die Großdeutschen Preußens Bedeutung für Deutschland weit unterschätzt, so haben sie die Kleindeutschen in demselben Maße überschätzt. Eine Einseitigkeit folgte auf die andre, wie es ja allermeist in der Welt geschieht, daß sich die Entwicklung in Gegensätzen bewegt, und erst nachdem die Gegensätze sich selbst aufgehoben der Boden für eine höhere Auffassung ge-

wonnen ist. Und war nicht die deutsche Frage von vornherein falsch gestellt, wenn man sich in den Gegensatz von Großdeutsch und Kleindeutsch verrannte, wo doch die Aufgabe vielmehr Deutschland betraf? Deutschland ohne Beiwort, während aus dem Großdeutsch und Kleindeutsch statt des deutschen Standpunktes vielmehr der österreichische und preußische hervorblickte. Um aber die deutsche Frage recht zu verstehn, wird man sich zuvörderst wohl auf den deutschen Standpunkt stellen müssen.

Von da aus betrachtet muß es auch von vornherein als sich selbst widersprechend erscheinen, ein neues Deutschland auf preußischer Basis, oder auch nur mit preußischer Spitze, begründen zu wollen. Gilt es wirklich ein neues Deutschland, so muß eben die Basis wie die Spitze deutsch sein. Oder soll etwa deutsch und preußisch für identisch gelten? Das angenommen — wie hätte sich wohl Preußen zu einer besondern europäischen Macht auf tun können, wäre es nicht je mehr und mehr aus der allgemeinen deutschen Entwicklung herausgetreten, seine nationalité prussienne zu entwickeln bestrebt, um mit dem großen Friedrich zu sprechen. Ist denn ein handgreiflicherer Widerspruch denkbar, als wenn solche nationalité prussienne hinterher vielmehr zur Basis einer deutschen Nationalentwicklung werden soll? Darum kann auch das ganze System von 66 nichts weiter sein, als die fortschreitende Offenbarung des innern Widerspruchs, auf welchem es erbaut war und in dessen Bodenlosigkeit es in nicht zu ferner Zukunft wieder versinken wird.

Nun konnte aber dieses System keineswegs so über Nacht entstehn, es war schon seit langem her vorbereitet. Galt doch für das europäische Großmachtssystem das außerösterreichische und außerpreußische Deutschland überhaupt nur noch als eine passive Masse, und diese Masse für österreichische oder preußische Zwecke auszunützen, das hieß in Wien und in Berlin deutsche Politik treiben. Der einzige Unterschied dabei, daß die sogenannte deutsche Politik Österreichs auf die Erhaltung des bundesmäßigen status quo ging, welcher für Österreich selbst am vorteilhaftesten schien, indessen die Wiener Staatsweisheit leider nicht bemerkte, daß, weil dieser status quo zur Stagnation führte, infolgedessen alle Bewegungstendenzen sich naturnotwendig an Preußen anschließen mußten, welches in seinem eigenen Interesse Veränderungen anstrebte. Dem war der alte Bund überhaupt widerwärtig, als die

Fessel für die preußischen Ausbreitungstendenzen. Je lahmer also der alte Bund durch die österreichische status quo-Politik geworden und je mehr er darum die Sympathien der deutschen Nation verloren, um so leichter konnte ihn Preußen zerstören und Österreich überhaupt aus Deutschland herausdrängen. Das war der Lohn der Wiener Staatsweisheit, die, indem sie in ihrem vermeintlichen Konservatismus überall veraltete und unhaltbare Zustände erhalten wollte, in diesem Falle lediglich für Preußen gearbeitet hatte. Wie in Italien für Sardinien und im Orient für Rußland.

Genug, die sogenannte deutsche Politik, oder — um mit Droysen zu reden — „der deutsche Beruf“ Preußens bestand schon seit dem großen Friedrich darin, sich nach Möglichkeit in Deutschland auszubreiten. Oder, wie derselbe Schriftsteller sagt, der eine Art von historischer Theorie dieses deutschen Berufes zu entwickeln versucht hat: „sich immer neue deutsche Landschaften anzugliedern“. Also nichts weiter als ein anderer Ausdruck für das unliebsamer klingende „Annektieren“. Auf die Begründung eines deutschen Föderativsystems zielten solche Antezedenzen offenbar nicht, sondern auf möglichste Vergrößerung Preußens, und in diesem Sinne hat dann Bismarck im Jahre 66 gehandelt. Die Reorganisation Deutschlands war dabei der Vorwand, Zweck die Erhöhung der preußischen Machtstellung, um dessentwillen zuvörderst Österreich von Deutschland abgetrennt, d. h. Deutschland um ein paar tausend Quadratmeilen kleiner gemacht werden mußte. War das deutsche oder preußische Politik? Aber selbst zugegeben: Österreich paßte einmal nicht zu einer lebendigen deutschen Föderation, so paßten gewiß Hannover und Hessen umso besser dazu. Warum mußten diese Länder erst preußisch gemacht werden, wenn doch der eigentliche Zweck die Begründung eines neuen Deutschlands war? Gerade als ob der Weg zum Deutschtum durch das Preußentum hindurchginge, wie denn auch die damals der Annexion wegen erlassene Proklamation wirklich erklärte: dieselbe sei notwendig gewesen, um der deutschen Entwicklung eine breitere Basis zu verschaffen. Das neue Deutschtum ruht also auf dem Preußentum, dieses war das prius jenes das posterius. Tacitus hätte seiner Germania erst eine Borussia vorausschicken sollen.

Leere Faxen das alles. Was hingegen des Pudels Kern war, sprach auf dem Annexionslandtage Bismarck ganz unumwunden damit aus, daß es vor allem darauf ankäme: zuvörderst die preu-

bische Hausmacht zu stärken. Aber war es denn nicht vordem der Hauptvorwurf gegen Österreich gewesen, seine deutsche Stellung nur zu seiner Hausmachtpolitik ausgenutzt zu haben? Und wie stimmt überhaupt die Hausmachtsidee zu der Idee einer Nationalentwicklung, die man angeblich anstrebte? Mehr noch sprach man sogar in dem damaligen preußischen Landtage sein Bedauern darüber aus, daß die Annexionen nicht noch weiter gegriffen hätten, indessen ein Mitglied des Herrenhauses sich damit tröstete, daß doch immerhin die Grundlagen zu einem großen deutschen „Einheitsstaat“ gewonnen seien. Gleichwohl hieß das Ding zunächst der „Norddeutsche Bund“, welcher aber gerade dadurch zustande kam, daß vorweg zwei der lebensfähigsten norddeutschen Staaten ihre Existenz verloren. Sonderbare Begründung eines Bundes, und bedenkliches Präzedenz für die einstweilen noch erhaltenen Bundesstaaten! Auch waren sie der Sache nach schon halb annektiert, da sie seitdem nur noch Anhängsel oder Annexa von Preußen bildeten. Durch Begründung des neuen Reiches hat nun solcher Nordbund selbst nur wieder neue Annexa erhalten. Schon die neue Nordbundsflagge und nunmehrige Reichsflagge gab diesen Verhältnissen den sprechendsten Ausdruck, indem sie ganz einfach dadurch entstand, daß an die preußische Flagge noch ein roter Streifen angenäht wurde. Gewiß, Schwarz-rot-gold wäre etwas anderes gewesen, als Schwarz-Weiß-Rot. Ein Spaßvogel könnte ja wohl versucht sein, das den preußischen Farben hinzugefügte Rot auf die allerdings seit 66 mächtig emporgekommene Sozialdemokratie zu deuten.

Ferner: ist nicht der Reichskanzler zugleich der preußische Ministerpräsident (und eben dieser letztere Charakter die Basis seiner Stellung) und schimmert nicht unter der Hülle der Reichsgewalt überall die preußische Staatsgewalt hindurch? Ist nicht die deutsche Armee rein preußisch organisiert und unter preußischen Oberbefehl gestellt, die deutsche Marine aber, der Sache nach, sogar ein rein preußisches Institut, nur daß die Bundesstaaten dazu beisteuern? Endlich — gehört es überhaupt nur zu den Zwecken des neuen Reiches, den Fortbestand der Reichsstaaten zu garantieren? Die ehemalige Bundesakte besagte das ausdrücklich, die Reichsverfassung hingegen enthält in dieser Beziehung nur den vagen Ausdruck vom Schutz des „innerhalb des Bundes giltigen Rechtes“, und wird nicht immer neues geltendes Recht geschaffen?

Folglich eine leere Phrase, welche den Übergang zum reinen Einheitsstaat nicht ausschließt.

So steht der deutsche wie der föderative Charakter, mit welchem das neue Reich dem Namen und der Form nach noch auftritt, in offenbarem Widerspruch zu seiner eigenen Entstehung wie zu seinem realen Wesen, und so lange dieser Widerspruch keine Lösung gefunden, besteht auch noch die deutsche Frage.

Lebten wir nicht überhaupt in einem Zeitalter babylonischer Begriffsverwirrung, so bedürfte es keiner Worte, daß ein preußisches deutsches Reich von vornherein ein Unding ist. Nun aber, nachdem wir einmal in solche Verwirrung hineingeraten, bleibt schon kein andres Mittel, um wieder herauszukommen, als zuvörderst zu untersuchen: was Preußen für Deutschland wirklich bedeutet und was es möglicherweise für Deutschland leisten kann. Beides folgt aus dem Wesen des preußischen Staates, welches sich wieder aus der Genesis desselben ergibt.

Allbekannt, daß der moderne preußische Staat von dem Auftreten des großen Kurfürsten datiert, der zuerst unternahm, die zu Anfang des 17. Jahrhunderts von Kurbrandenburg erworbenen, von dem Niemen an sich bis über den Rhein hin erstreckenden zerstreuten Landgebiete nach dem Gesichtspunkte eines gemeinsamen Interesses zu regieren und so in künstlicher Weise einen eigentümlichen preußischen Staatskörper herzustellen. Indem er ferner in dem nicht zu dem deutschen Reiche gehörenden, damals sogenannten Herzogtum Preußen die Souveränität gewann und damit ein europäischer Potentat wurde, machte es sich darauf wie von selbst, daß er auch im Reiche nicht mehr als bloßer Reichsfürst, sondern mit dem Gefühl eines europäischen Potentaten auftrat, der prinzipaliter seine eigenen Entwürfe verfolgte. Er führte wirklich schon eine europäische Politik. Und eben daraus entsprang der nicht bloß quantitative sondern qualitative Unterschied, der hinfort an dem jungen preußischen Staate hervortrat, gegenüber den andern deutschen Reichsstaaten, die nie zu einer selbständigen Politik gelangten, nie selbständige Kriege führten, sondern immer nur in Anlehnung an Österreich, oder an Frankreich, oder an das neue Preußen selbst. In demselben Maße dann, als das Gefühl der Selbständigkeit und der Mut zu einer eigenen Initiative in Preußen wuchs, entschwand beides den übrigen deutschen Staaten.

Wie deutlich und wie entscheidend traten die Folgen davon im Jahre 66 hervor. Denn wohl ganz anders dürfte da der Ausgang des Krieges gewesen sein, hätten die damals Preußen entgegenstehenden Staaten nur einigermaßen das Zeug zu einem resoluten Auftreten und zu großen kombinierten Aktionen gehabt! Ihr militärisches Gebaren war aber gerade so wie kurz zuvor ihr diplomatisches Gebaren in der schleswig-holsteinischen Frage, wo insbesondere Hannover und Hessen mit der unglaublichsten Kurzsichtigkeit und Verblendung handelten, im handgreiflichsten Widerspruch zu ihren augenfälligsten mittelstaatlichen Interessen. Von da an kannte Bismarck seine Leute; er durfte unverzagt ans Werk gehn. Seine überraschenden Erfolge beruhten wesentlich auf den Fehlern und der Unbehilflichkeit seiner Gegner. Sollte man jetzt nicht meinen, die damals erlittenen Schläge hätten die betreffenden Staaten einigermaßen aufgerüttelt und zur Selbstermannung angefeuert? Aber auch davon ist bis heute nichts zu bemerken, vielmehr scheinen sie, durch jene Schläge wie betäubt, schon jeden Gedanken an die Möglichkeit eines eigenen Entschlusses verloren zu haben, indem sie wie in fatalistischer Ergebung zu allem die Impulse von Berlin erwarten. Unter solchen Umständen kann freilich der deutsche Einheitsstaat nicht ausbleiben, die deutschen Regierungen tun mehr dazu als die Reichskanzlei und der Nationalliberalismus.

Keine Frage nun, daß jenes Unternehmen des großen Kurfürsten, aus den zusammenhangslosen Landgebieten, die sich von Niemen an bis über den Rhein zogen, einen eigentümlichen Staatskörper zu bilden, ein Gedanke von höchster Kühnheit war. Und erwägt man die Geringfügigkeit der Hilfsmittel, die dabei zur Ausführung zu Gebote standen, so muß man diesen Mann — nach der von ihm bewiesenen Energie und Staatsklugheit — zu den größten Regenten der neuern Zeit rechnen. Rein persönlich betrachtet überragt er noch seinen großen Urenkel, der sich erst auf seinen Schultern erheben konnte.

Über die Maßen albern daher, wenn großdeutsche Historiker und Publizisten das Außerordentliche, was in diesen beiden Männern hervortrat, herabzusetzen suchen, und ein Onno Klopp sogar dem großen Friedrich dieses Ehrenprädikat überhaupt abstreiten will. Mit solchem unverständigen Gerede ist gerade den-

jenigen Interessen, welchen solche Leute dienen wollen, am schlechtesten gedient, so gewiß als Unterschätzung seines Gegners am allerwenigsten zum Siege führt. Was bei solcher Art von Superklugheit herauskommt, sah man unter anderm bei dem Unternehmen des deutschen Fürstentages, wo Österreich und die österreichischen Parteigenossen gerade so taten, als ob über Preußens Nichtbeteiligung einfach zur Tagesordnung überzugehen sei. Die dann bald darauf folgenden Ereignisse, wobei besagter Onno Klopp mit seinen Ansichten nicht ganz ohne Einfluß gewesen, lieferten noch eine drastischere Illustration dazu. Ganz ebenso unverständlich aber, wenn anderseits die Gothaer behaupten wollen, die preußischen Regenten hätten eine deutsche Politik geführt, und was immer sie getan, sei in deutschem Interesse gescheln! Am Ende auch der Baseler Friede, worin Preußen rundweg Deutschland freigab.

Klar wie der Tag, daß die Bildung des neuen preußischen Staats, dessen Landgebiete sich quer durch das nördliche Deutschland hindurchzogen, der mächtigste Hebel zur Zerreißung des ehemaligen Reiches wurde. Sei es denn: aus dem alten Reiche habe sich überhaupt nichts mehr machen lassen, es hätte erst in Trümmer zerfallen müssen — selbst diese Behauptung zugegeben, so bleibt jedenfalls gewiß, daß in der Bildung des preußischen Staats keineswegs eine Wiedergeburt Deutschlands lag. Sondern je mehr sich das Preußentum auftat, konnte zuletzt nur ein preußisches Deutschland daraus entstehen, wie wir vordem gewissermaßen ein österreichisches Deutschland gehabt hatten, indessen ein neues deutsches Deutschland hingegen erst noch von der Zukunft zu erwarten steht.

Von ganz andrer Bedeutung ist das Argument, daß angesichts der konfessionellen Spaltung in Deutschland, die auch auf die weltlichen Angelegenheiten zu tief einwirkte, die Bildung einer protestantischen Macht, welche dem katholischen Österreich die Wage halten und so den konfessionellen Frieden garantieren konnte, eine innre Notwendigkeit gewesen sei. Dem ist nichts entgegenzusetzen. Das aber anerkannt, — wäre damit nicht zugleich die schneidendste Kritik des Unternehmens von 66 gegeben, infolgedessen nun durch den Ausschluß Österreichs das konfessionelle Gleichgewicht in Deutschland und damit die Garantie des konfessionellen Friedens wieder verschwunden ist? Und zeigt nicht

schon der Kulturkampf, der ohnedies von vornherein unmöglich gewesen wäre, wohin das in der Praxis führen kann?

Daß die wichtigste Seite des preußischen Staates die militärische ist, und durch das ganze Preußentum ein militärischer Zug hindurchgeht, springt in die Augen. Man darf dabei nicht übersehen, daß schon die Mark Brandenburg, wie der ehemalige Ordensstaat an der Weichsel, eine Art von Militärkolonie gewesen und beide eben in dieser Eigenschaft in der zweiten Hälfte des Mittelalters zur Blüte gelangt waren. Beide Länder, in welchen hinterher der militärische Geist wieder eingeschlummert war, fand der große Kurfürst im tiefsten Verfall, und was er nun tat, war gewissermaßen eine Wiedererweckung des jenen Ländern eingepflanzten Militärgeistes. Dazu kamen noch die Zeitverhältnisse und die bedrohte Lage seiner weitzerstreuten Länder, in deren Besitz er sich nur durch die Armee behaupten konnte, welche noch mehr das unentbehrlichste Mittel für ihn war, um sich in seiner Stellung Geltung zu verschaffen. Dieselben Rücksichten bestanden für seine Nachfolger nach Erwerbung der Königswürde umso mehr, und so wurde die fortwährende Entwicklung der Armee der Faden, woran sich die ganze Geschichte des modernen preußischen Staates verläuft, welche prinzipaliter Kriegsgeschichte ist. Wie wird darnach Preußens Bedeutung für Deutschland zu beurteilen sein?

Gewiß ist die militärische Entwicklung für jede Nation eine unentbehrliche Sache, und was die östlichen Provinzen Preußens betrifft, so wird dort der Militärstaat zur gebieterischen Notwendigkeit, weil sonst das Russentum wohl bald bis an die Oder vorrückte. Nicht minder klar aber, daß das Militärwesen doch an und für sich etwas sehr einseitiges ist. Darum mag zwar ein Glied des deutschen Körpers sich nach dieser einseitigen Richtung hin entwickeln und so gewissermaßen für die ganze Nation zur Kriegsschule dienen, das hingegen bedeutete geradezu die Zerstörung des deutschen Geistes, wenn ganz Deutschland einen militärstaatlichen Charakter annehmen sollte, wie gleichwohl jetzt wirklich versucht wird. Denn was ist nach Maßgabe der heutigen Reichsverfassung der deutsche Kaiser, wenn nicht vor allem der Kriegsherr oder Heermeister? Viel anders das ehemalige Kaisertum, welches seiner Idee nach den Mittelpunkt aller Rechtsentwicklung bilden und das oberste Richteramt verwalten sollte. Man lese darüber den Peter von Andlo „De Imperio Romano“. Es ist ein

Unterschied wie zwischen einem gothischen Dom und einer Berliner Kaserne.

Die zweite charakteristische Seite des preußischen Staates ist die administrative. Und wiederum lag es in der Natur der Verhältnisse, (d. h. weil die zerrissenen preußischen Länder nur durch ein künstliches Behördensystem zusammengehalten und einem gemeinsamen Zwecke dienstbar gemacht werden konnten) daß sich hier eine in ihrer Weise bewunderungswürdige administrative Organisation ausbilden mußte; ein Beamtentum so wohlgeschult und dienstefrig als anderseits das Offizierskorps. Worauf war aber die Tätigkeit dieses Beamtentums gerichtet, wenn nicht zuvörderst darauf, das Volk im Gehorsam zu halten und demnächst nutzbar für das Staatsinteresse zu machen, weil das künstliche und auf so schmaler Naturbasis ruhende preußische Staatswesen nur durch Heranziehung aller Volkskräfte sich erhalten und fortwachsen konnte? Auf Beförderung einer volkstümlichen Entwicklung war es nicht berechnet, auch hätte in den Zeitumständen dazu keine Aufforderung gelegen. War es doch die Zeit nach dem 30jährigen Kriege, wo sich der neue preußische Staat formierte, die Zeit des tiefsten Verfalls des deutschen Volkslebens. Und eben dieser Zustand macht erst ein solches System erklärbar, welches hingegen auf der Grundlage eines lebendigen und kräftigen Volkstums überhaupt nicht hätte aufkommen können. Gegenüber dem schlottrigen Wesen aber, in welches nach dem 30jährigen Kriege die Überreste des deutschen Volkes verfallen waren, wirkte das straffe preußische Regiment entschieden wohltätig, indem es den Leuten wenigstens wieder äußere Haltung gab.

Auf Beförderung der Volksfreiheit war es freilich ebenso wenig angelegt. Im Gegenteil: die Städte verfielen je mehr und mehr einer bürokratischen Verwaltung von Regierungswegen, und was die bäuerlichen Verhältnisse anbetrifft, so blieb in den östlichen Provinzen des preußischen Staates die Erbuntertänigkeit, ja selbst die Leibeigenschaft des Landvolkes ungestört fortbestehen, während in dem westlichen Deutschland der Bauer sich doch schon längst in einer viel bessern Lage befand. Nach eigener Erklärung des Ministers Freiherr von Stein war dies sogar in Österreich der Fall, der preußische Bauer erschien ihm als der gedrückteste. Erst die Katastrophe von 1806 gab die Veranlassung, daß es damit besser wurde. Denn da mußte man schon die feudalen Fesseln

lösen, sonst hätten vielleicht die Franzosen, welche damals das ganze Land besetzt hielten, in ihrem eigenen Interesse die Bauern zur Empörung aufgerufen, und das wäre *Finis Borussiae* gewesen. Wurde also der Feudalismus gesetzlich aufgehoben, — tatsächlich ist er gleichwohl in den östlichen Provinzen bis heute noch nicht entwurzelt. Was sich da an sogenannten konservativen Tendenzen regt, ist noch immer halb feudalistisch, indem die Hauptstütze solchen Konservatismus überall die kleinen Landherrn sind, in Verbindung mit den ihnen infolge der gutsherrlichen Kirchenpatronate attachierten Pastoren.

So verhält es sich nun überhaupt mit den freiheitlichen Tendenzen, welche in den Jahren von 1807—15 in Preußen zur Herrschaft kamen, d. i. daß sie weniger als Zweck denn als Mittel galten. Man entfesselte die Volkskräfte, um sie mit desto größrer Wirkung gegen den Feind führen zu können. Noch mehr, nachdem das spezifische Preußentum bei Jena Bankerott gemacht, ging man jetzt darüber hinaus, indem man das deutsche Nationalgefühl wachrief, als den für den großen Kampf unentbehrlich erscheinenden Volksgenossen. Als dann die Franzosen geschlagen und so der Zweck erreicht wurde, nahm das wiederhergestellte Preußen bald eine andre Haltung an, der die Worte des Dichters Schenkendorf galten:

„Es haben wohl gerungen
Die Helden dieser Frist,
Doch nun der Sieg gelungen,
Übt Satan neue List.“

Worte, welche auch für heute nicht ohne Sinn wären. Wer war aber damals der Satan, wenn nicht der preußische Staatsgeist, der die Sünde seiner deutschen Nationalitäts-Schwärmerei hinterher durch umso eifrigre Demagogenverfolgung abbüßen zu müssen glaubte?

Hat rücksichtlich dieses letztern Punktes sich jetzt der Wind wieder gedreht und läuft der Mund wieder über von deutscher Nationalität, noch mehr von deutscher Einheit, so scheint dies eben heute dem preußischen Interesse zu dienen, als das wirksamste Mittel, um die preußische Herrschaft über Deutschland zu befestigen und zu vollenden. Und darnach ist auch das Deutschtum, welches man uns präparieren will. Ein preußisches Deutschtum soll es werden, sonst würde es nicht konvenieren. Was aber

ferner die politische Freiheit anbetrifft, so zeigt wieder schon die Entwicklungsgeschichte des preußischen Staates, wie wenig derselbe darauf angelegt ist, da vielmehr gerade in Preußen die altständische Freiheit seit dem großen Kurfürsten am tiefsten herabgedrückt wurde. Allbekannte Tatsache außerdem, daß, was wir heute an politischer Freiheit besitzen, von den deutschen Mittelstaaten und Kleinstaaten ausging, deren freiheitliche Institutionen von Seite Preußens bis zum Jahre 48 mit unverkennbarer Mißgunst betrachtet wurden. Sah es sich dann selbst genötigt, eine konstitutionelle Verfassung einzuführen, so befindet sich darin zuvörderst die berüchtigte Lücke, und wie man diese Verfassung zu handhaben verstand, zeigte die Reaktionsperiode nach 50, wie bald darauf die Konfliktperiode. Noch immer steht in Preußen die Staatsraison über dem Staatsrecht.

Welcher Art wird demnach die von Preußen ausgegangene deutsche Reichsverfassung sein, von der selbst ihre wärmsten Freunde erklären: sie sei Bismarck wie auf dem Leib zugeschnitten? Worauf aber der Sinn des Reichskanzlers gerichtet ist, weiß jedermann, auf politische Freiheit gewiß am wenigsten. Und worin besteht also das Wesen dieser Reichsverfassung? Kurz gesagt: in nicht viel mehr, als daß sie die tatsächliche Militärherrschaft mit parlamentarischen Dekorationen umgibt.

Wie wenig das neue Reich als ein Bund noch als eine Wiedergeburt unsers ehemaligen Reiches gelten kann, tritt am augenfälligsten darin hervor, daß es statt einer Bundesstadt vielmehr eine Hauptstadt hat, wovon in dem ehemaligen Reiche nie etwas Ähnliches bestand. Vielmehr muß die Idee einer deutschen Hauptstadt als geradezu undeutsch gelten. Allbekannt, wie insbesondere auch ein Goethe nichts davon wissen wollte. Ist es nun ferner die preußische Hauptstadt, welche sich jetzt zugleich als Reichshauptstadt präsentiert, so wird das neue Reich auch wohl mehr preußisch als deutsch sein.

Fürwahr die deutsche Hauptstadt zu werden, dazu war Berlin wohl am wenigsten angelegt, sondern wie es der Zentralsitz des spezifischen Preußentums ist, so spiegelt sich in ihm auch die ganze Entwicklungsgeschichte desselben. Von ebenso jungem Datum als der preußische Staat, und folglich mit unsrer ganzen frühern Nationalgeschichte bis ins 17. Jahrhundert durch keine Erinnerungen verflochten, ist Berlin wesentlich selbst ein Produkt der

preußischen Staatskraft und Staatsraison, indem es als Klammer dienen sollte, um die zerrissenen weit auseinanderliegenden preußischen Länder zusammenzuhalten. In dieser Absicht wurde der Anbau der Hauptstadt zum Teil direkt von regierungswegen betrieben, jedenfalls ihre fortwährende Vergrößerung nach Kräften befördert, und in demselben Maße, als sich der militärische Charakter des Staates entwickelte, erhielt auch die Hauptstadt ein militärisches Gepräge, was seit 66 in das imperialistische übergeht. Einen volkstümlichen oder spezifisch deutschen Eindruck macht darum Berlin weniger als Wien.

Wurde nach Einwanderung der Hugenotten die obere Schicht der Bevölkerung halb französiert, was lange Nachwirkungen hinterließ, so hat dann Berlin noch das ganze 18. Jahrhundert hindurch an der damaligen deutschen Kunst- und Literaturentwicklung auch nur geringen Anteil genommen. Erst nach dem Jahre 1806 änderte sich das insofern, als man regierungsseits in der Pflege von Wissenschaft, Literatur und Kunst ein wichtiges Machtmittel zu erkennen begann, und darum Berlin womöglich zum Zentralpunkt deutscher Geistesentwicklung zu machen suchte. Lag es nun in den damaligen politischen Verhältnissen, daß Preußen zeitweilig wirklich zum Stützpunkt deutschnationaler Tendenzen wurde, so konnte es nicht fehlen, daß sich in Berlin bald ein Kreis bedeutender Köpfe versammelte. Der Volksaufschwung in den Freiheitskriegen tat das Übrige, und damit erhielt das Berliner Leben allerdings einen höhern und reichern Gehalt. Das wirkte dann einigermaßen fort, auch nachdem die Begeisterung aus der Zeit der Freiheitskriege längst erloschen war. Neue geistige Anregungen brachte die erste Hälfte der Regierung Friedrich Wilhelms IV. Davon aber wäre nicht zu reden, daß das so angefachte Geistesleben, womit es ohnehin nach 48 wieder immer mehr zurückging, aus dem Berlinismus selbst entsprungen wäre; es war ihm nur künstlich eingefloßt und damit selbst ein Seitenstück zu der künstlichen Bildung des preußischen Staates. Der Berlinismus als solcher blieb in höhern Sinne so unproduktiv wie er zuvor gewesen. Sein einzig wirklich genuines Produkt ist bis heute der Berliner Witz, mit dem unverkennbaren Hang zur Platttheit behaftet. Und wenn wirkliche Nationalhauptstädte wie Madrid, Paris und London insbesondere der Hauptsitz für die Nationalsprache wurden, so kann hingegen das Berliner Deutsch gewiß

nicht den Anspruch machen, als der edelste und reinste Typus deutscher Redeweise und Aussprache zu gelten.

Ist ferner Berlin während des letzten Menschenalters zu einer großen Fabrikstadt geworden, wie zugleich zum Hauptplatz des Binnenhandels für das nordöstliche Deutschland, so sind ihm endlich die großen militärischen Erfolge des preußischen Staates von 66 und 70 dergestalt zu Kopfe gestiegen, daß ihm jetzt sogar der Charakter der deutschen Reichshauptstadt schon zu gering erscheint, indem es sich vielmehr zur „Weltstadt“ aufblähen will, was seitdem das dritte Wort in Berlin ist. Die gleiche Selbstüberhebung, als in welcher sich überhaupt das heutige Preußentum gefällt. Man frage doch aber: was gäbe es wohl in Berlin, was die Welt wirklich anzustauen hätte? Arm an historischen Erinnerungen, ist es auch an monumentalen Bauwerken viel ärmer als andre weit weniger bevölkerte Städte; man denke nur etwa an Venedig, an Florenz und gar an Rom. Oder hat es eine Weltbedeutung durch seine natürliche Lage, wie etwa Konstantinopel, oder in Amerika San Franzisko? So ist es auch kein Zentralpunkt des Welthandels, wie London, New-York und selbst nur Hamburg, oder ein allgemeines Rendez-vous für die gebildete Gesellschaft, wie seit Jahrhunderten Paris. Millionen Einwohner, wovon noch obendrein die Hälfte Proletarier, begründen noch lange nicht den Charakter einer Weltstadt. Nicht nur, daß die Dürftigkeit der materiellen Hilfsmittel damit einigermaßen kontrastieren würde, sondern es liegt sogar in dem Berliner Leben noch immer etwas kleinstädtisches, indem die engen Verhältnisse, aus welchen der preußische Staat wie seine Hauptstadt herauswachsen, noch merklich genug darin durchschimmern. Und welche weltbewegenden Ideen wären wohl davon ausgegangen, wo man sich vielmehr noch heute in einem keineswegs weiten Ideenkreise bewegt?

Bedarf es denn eines augenfälligeren Beweises von der geringen geistigen Potenz des Berlinismus, als daß er sich dergestalt von der Judenschaft unterkriegen ließ, daß die sich so nennende Weltstadt in der Tat vielmehr zum Zentralsitz des Judentums geworden zu sein scheint?

Das ist die neue deutsche Reichshauptstadt. Drängt sich nicht die Frage auf: welcher Einfluß wohl von daher ausgeht, oder welche Art von Deutschtum das sein kann, was da zusammengebraut wird?

DIE PREUSSISCHE INTELLIGENZ

FÜHRT PREUSSEN SEIT HEGEL DEN NAMEN DES Staates der Intelligenz, so hat das insofern seinen guten Grund, als die Bildung dieses Staates, aus so geringen Anfängen und mit so geringen Mitteln, gewiß zum großen Teil auf der gouvernementalen Intelligenz beruhte. Aber damit ist auch die Arbeit dieser Intelligenz bestimmt, nämlich daß sie sich vorzugsweise auf die Staatszwecke richtete. Und der oberste Zweck war hier der Staat an und für sich selbst, da er eben gewissermaßen sich selbst erst zu schaffen hatte und zu dem Ende alle Volkskräfte in Anspruch nahm. Je mehr er nun emporkam und der neue Staatsgeist auf das Volksleben zurückwirkte, drang diese Denkweise, die sich lediglich in dem Verhältnis von Zweck und Mittel bewegt, auch in die Bevölkerung selbst ein. Die öffentlichen Lehranstalten wurden in dem Geiste geleitet, daß sie vorzugsweise brauchbare Leute für den öffentlichen Dienst bilden sollten, indessen es auf eine freie Geistesentwicklung viel weniger ankam.

Offenbar ein Zustand, welcher das Hervortreten origineller Köpfe und spontaner Geister wenig begünstigte. Auch zeugt davon unsre Literatur- und Kulturgeschichte, wonach von unsern eigentlich schöpferischen Geistern vergleichsweise nur wenige geborene Preußen waren. Noch mehr: als spezifische Preußen wären viele gar nicht zu denken gewesen. Wie hätte z. B. Goethe seinen Faust dichten können, hätte er sich als spezifischen Preußen gefühlt? Seinem Genius widerstrebte vielmehr das Preußentum, wie anderseits auch das Preußentum nichts aus ihm zu machen wußte. Aus einem Schiller auch nicht, und nicht einmal aus einem Lessing, dessen kritisch reflektierender Geist immerhin dem Preußentum schon viel näher stand. Ein Herder, geborener Preuße, fand gerade in Preußen keinen Platz für seine Ideen, und ein Humboldt fühlte sich wohler in Paris als in Berlin. Dies sind Tatsachen, und woraus erklären sie sich, als aus dem einseitigen Wesen des Preußentums?

Gegenüber den kleinern deutschen Staaten erschien ja Preußen freilich als etwas Großes, aber diese machten auch nicht den Anspruch als etwas Großes zu gelten und alle Geisteskräfte für ihre speziellen Zwecke in Beschlag zu nehmen und dazu abzurichten,

daher sie für die freie Geistesentwicklung einen entschieden günstigeren Boden darboten. Oder die Sache anders betrachtet, — welchen geistigen Gehalt bot das Preußentum selbst? Enthält die preußische Staatsgeschichte allerdings einige großartige Züge, so ist das Große daran doch eigentlich dies, daß es mit vergleichsweise so geringen Mitteln geleistet wurde, nicht aber daß es an und für sich weltbedeutend gewesen wäre. Wer sich nun in diese Geschichte versenkt und darnach seinen Ideenkreis bildet, der mag wohl ein für den preußischen Staatsdienst sehr brauchbarer Mann werden, nicht aber was man einen großen Staatsmann oder einen großen Geist nennt, der erst noch ganz andre Anschauungen in sich aufnehmen hätte. Welch eine Art von Geschichtsschreiber insbesondere aus spezifisch preußischer Denkweise entstehen kann, zeigt Droysen in seinem vielbändigen Werke über die preußische Politik, welcher er einen umso höhern Reiz zu geben vermeinte, je mehr er das tatsächlich Vorliegende in einen albernen Roman verwandelte. Nämlich in den Roman von dem Prinzen Borussus und der Prinzessin Germania, als welche von der bösen Zauberin Austria entführt und gefangen gehalten und seitdem in einen Zauberschlaf gefallen war. Prinz Borussus, von tiefem Mitgefühl bewegt, das sich zugleich zu heißer Liebe steigerte, machte es sich daher zu seiner Lebensaufgabe die Schöne zu befreien, in der stillen Hoffnung, daß sie, wieder erwachend, ihn mit ihrer Hand belohnen würde, wie dann im Jahre 66 wirklich geschah. Es ist lächerlich zu sagen, allein soiches Zeug ist nun in Berlin gewissermaßen zur offiziellen Philosophie der preußischen und deutschen Geschichte geworden. Auch dies wieder eine Illustration zu dem Geist des Berlinismus

Tatsache ferner, daß von all den Männern, die an dem Emporkommen des preußischen Staates gearbeitet, ein großer Teil keine geborene Preußen waren. Gewiß ein Zeichen von Staatsklugheit und ein Lob für das Preußentum, daß es so neidlos und unbefangenen fremde Talente an sich zog, aber andererseits auch ein handgreiflicher Beweis der Insuffizienz seines eigenen geistigen Fonds. Über die Maßen erstaunlich insbesondere, daß nach der Katastrophe von 1806 nicht nur die beiden für die Wiederherstellung Preußens entscheidendsten Männer, Stein und Hardenberg, nebst einem großen Teil ihrer geistigen Gehilfen, aus dem außerpreußischen Deutschland stammten, sondern selbst auf dem militärischen Ge-

biere, dem eigensten des Preußentums, ein Blücher, Scharnhorst und Gneisenau, wie neuerlich wieder Moltke. Es scheint doch, das Preußentum konsumiert mehr Geist, als es selbst produziert. Wie also im Jahre 1806 das alte preußische Militärsystem Bankerott machte und erst durch einen Hannoveraner reorganisiert werden mußte, so nicht minder das preußische Beamtentum. Nur dazu war es geschult gewesen: nach gegebenen Reglements sich in feststehenden Bahnen zu bewegen, so man aber neuer Ideen bedurfte, ging ihm sein Latein aus.

Ist der preußische Staat eine wesentlich künstliche Bildung, so sollte man wohl erwarten, daß um deswillen die Staatswissenschaften in Preußen eine besondere Pflege gefunden hätten und fänden, allein auch dies ist keineswegs der Fall. Nicht nur daß von unsern namhaften Staatsgelehrten bei weitem die meisten aus dem außerpreußischen Deutschland stammten, sondern man scheint in Preußen an maßgebender Stelle noch bis heute nicht zu der Erkenntnis gelangt zu sein, daß überhaupt die Staatswissenschaften als ein eigener Wissenszweig angesehen und behandelt werden müßten, sondern genug, daß auf den Universitäten eine Professur der Nationalökonomie besteht, im Übrigen mögen einige Juristen oder Philosophen sich nebenbei noch mit den Staatswissenschaften beschäftigen. So treten darum die Kandidaten, in staatswissenschaftlicher Hinsicht ganz ungenügend vorbereitet, in den praktischen Übungsdienst, wo es natürlich nur auf das unmittelbar Brauchbare ankommt. Was darüber hinausgeht, was dem Gebiete einen freieren Blick gibt und höhere Gesichtspunkte eröffnet, interessiert sie wenig. Sich hinterher wissenschaftlich weiter zu bilden, dazu waren sie von vornherein zu wenig ange-regt. Sehr natürlich, daß sie dann an den einmal auf der Universität eingesogenen Grundsätzen festkleben, wie man ja heute sieht, daß das Gros des preußischen Beamtentums noch immer im Smithianismus steckt.

War nicht auch dies wieder sehr auffallend, daß, als Preußen im Jahre 48 auf einmal konstitutionell werden sollte, da ein paar rheinische Kaufleute kommen mußten, um das konstitutionelle Schema zurecht zu machen? Dazu schien also die Berliner Geheimratsweisheit nicht auszureichen. Als aber der neue Konstitutionsentwurf bald darauf umgearbeitet wurde, half dabei zumeist der aus Zürich gekommene Pandektenprofessor Keller, der frei-

lich von der Eigentümlichkeit des preußischen Staates und dessen speziellen Bedürfnissen so viel als nichts verstand. Ähnlich, wie anderseits der Münchener Convertit Stahl, welchen damals der preußische Konservatismus zu seinem Haupt erkor. Und was ist wohl davon zu denken, wenn man jüngsthin nach Nordamerika schickte, um sich von daher Rat über die Tabaksteuer zu holen, während doch gerade das Steuerwesen am meisten durch die eigentümlichen Landesverhältnisse bedingt ist? Sonderbare Intelligenz, die sich so wenig selbst zu helfen wußte.

Schon seit vielen Jahren hat Preußen unter seinen Ministern keinen einzigen geistig bedeutenden Mann aufzuweisen gehabt. Waren sie auch mehr oder weniger tüchtige und ehrenwerte Staatsbeamte, so doch weder in sich selbst gegründete Charaktere, noch tief denkende Köpfe. Außer Amt getreten, versanken sie gar bald in Bedeutungslosigkeit.

Solch ein vorangegangener Zustand ist es nun, der dann die wenn zwar nicht durch Geist so doch durch persönliche Energie hervorragende Gestalt Bismarcks so groß erscheinen ließ, wie er auch nur dadurch zu so entscheidendem Gewicht gelangen konnte, daß er nur Leute um sich fand, die nichts in sich hatten, was sie ihm hätten entgegensetzen können. Und dies wieder darum, weil überhaupt das preußische Staatswesen, in demselben Maße als es gute Beamte bildet, der Entwicklung selbständiger Staatsmänner sehr ungünstig ist. Die großen Staatsmänner waren hier in erster Stelle die großen Regenten gewesen, außer welchen nur Wenige solchen Namen beanspruchen konnten, wie auch kaum Platz dafür gewesen wäre. Sehn wir nun aber, wie es sich mit der bismarckschen Größe wirklich verhält.

Frage demnach: welches wären denn die schöpferischen Ideen, die von ihm ausgegangen? Die kleindeutsche Idee übernahm er von den Gothaern, welche sie entwickelt und verbreitet hatten, sein eigen war nur die Tatkraft und das praktische Geschick, womit er diese Idee ausführte und wobei er noch obendrein halb Louis Napoleon nachahmte, halb Cavour. Daß diese Idee überhaupt keine wahre Lösung der deutschen Frage darbot, bleibe hier beiseite, war aber einmal das neue Reich gegründet, so handelte es sich dann weiter um die Gesetzgebung und Verwaltung, welche sich nach der Reichsverfassung in der Person des Kanzlers konzentriert. Ist er nun der Mann des Erfolges, so wird er sich schon

gefallen lassen müssen, jetzt selbst auch nach den weitem Folgen seines Waltens beurteilt zu werden, und liegt dann die gar nicht mehr zu verhüllende Tatsache vor, daß nach achtjähriger Existenz des neuen Reiches die Nation so wirtschaftlich als moralisch gesunken ist, und alle innern Verhältnisse der Zerrüttung verfallen sind, — was ist demnach von den legislatorischen und administrativen Fähigkeiten des Kanzlers zu halten? Leere Ausflucht, daß es vielmehr Delbrück, Camphausen, Falk, Eulenburg und so weiter wären, welche hier die Schuld träfe. Gewiß zwar sind das alles nur Leute von derselben Art, wie wir sie kurz zuvor charakterisiert, allein sie fungieren auch nur unter der Autorität des Kanzlers, der für alles was diese Leute im Reiche getan, ganz ebenso verantwortlich bleibt wie der Chef eines Handlungshauses für das Tun seiner Prokuristen. Hätte er sich über die Fähigkeiten seiner Leute getäuscht, so gereichte ihm eben dies zum größten Vorwurf, so gewiß, als die rechten Leute für die verschiedenen Geschäftszweige zu finden, selbst zu dem Kern aller Regierungskunst gehört.

Sollen wir nicht ferner dasselbe sagen, was wir über den Berlinismus sagten, nämlich daß der schlagendste Beweis der geistigen Insuffizienz desselben das Aufkommen der Judenherrschaft in Berlin sei, denn die sind es doch gewesen, welche in Verbindung mit dem von ihnen geleiteten nationalliberalen Schwarm uns das Aktiengesetz, das Münzgesetz und das Bankgesetz schufen und aufdrangen. Was für staatsmännische Kapazitäten desgleichen, welche durch den Kulturkampf und durch die Reptilienpresse ebenso die Entchristlichung des deutschen Volkes wie die Verjudung des ganzen deutschen Geisteslebens beförderten?

Sind auch dies wieder unumstößliche Tatsachen, — wie weit reichte demnach das große Genie des Kanzlers, als daß er allerdings mit Hilfe der Armee große diplomatische Coups auszuführen verstand? Das soll ihm unbestritten bleiben. Wozu half uns aber die kriegerische Gloire und die erhöhte Machtstellung Deutschlands, wenn die deutsche Nation für alle die Opfer, die sie im Kriege gebracht, und für die drückenden Militärlasten, die sie seitdem zu tragen bekam, nur umso mehr dem Ausbeutungssystem und dem Herrschaftsgelüste der Juden verfiel? So mag doch hinfort die Judenschaft den St. Sedanstag feiern, wer ein ehrlicher und nicht ganz auf den Kopf gefallener Deutscher ist, hätte den

Tag weit eher als einen nationalen Trauertag anzusehn, als von woher der wirtschaftliche und moralische Niedergang der Nation und die Zersetzung des deutschen Geistes durch den Judengeist datierte.

Aber nicht nur mit Trauer erfüllen sollten uns solche Zustände, sondern noch mehr sollten sie uns zum Nachdenken darüber veranlassen, wie es denn geschehn konnte, daß hinterher alles so ganz anders gekommen, als man von der Errichtung des neuen Reiches erwartet hatte. Das mag verschiedene Ursachen haben, eine Hauptursache liegt aber jedenfalls darin, daß der Kanzler und tatsächliche Begründer dieses neuen Reiches, vor welchem die Nation bewundernd auf den Knien lag, doch wirklich lange nicht das große Genie war, wofür man ihn bisher gehalten und was er ja notwendig auch sein müßte, wenn sich in seiner Person die ganze Reichsregierung konzentrieren soll. Es ist hohe Zeit darüber zum Bewußtsein zu kommen. Gilt aber dieser Mann jedenfalls für den Heros des Preußentums, so liegt eben darin auch der tatsächliche Beweis, daß das Preußentum keineswegs den geistigen Fond besitzt, der zur Begründung eines neuen Deutschlands erforderlich wäre. Es werden vielmehr Ideen dazu gehören, die erst von einem Standpunkte aus zu gewinnen und zu erfassen sind, der hoch über dem Preußentum liegt.

Berauscht von seinen militärischen Erfolgen, täuscht sich das Preußentum nicht über seine Befähigung zur Lösung der deutschen Frage, sondern es sieht nicht einmal, wie es durch die Stellung, die es seitdem in Deutschland eingenommen und die ihm zunächst als eine außerordentliche Machterhöhung erscheint, vielmehr seine eigene Existenz untergräbt. Gleichwohl ist das einleuchtend genug.

Mag doch Preußen einstweilen in Deutschland allmächtig sein, je mehr es sich infolge der neuen Reichsverfassung mit dem übrigen Deutschland verquickt, umso mehr dringen von da aus gar nicht abzuweisende Einflüsse in das Preußentum ein. Ganz ähnlich wie wenn zwei Stoffesich chemisch verbinden, nicht bloß der erste auf den zweiten wirkt, sondern ebenso der zweite auf den ersten. So vermischten sich denn heute im Reichstage die preußischen Abgeordneten mit den außerpreußischen, eine spezifisch preußische Parteibildung kann es da nicht mehr geben, und was immer vom Reichstag ausgehn mag, spezifisch preußisch kann es nicht mehr

sein. Nun aber sind doch die wichtigsten Zweige der Gesetzgebung, einschließlich des Steuerwesens, auf den Reichstag übergegangen, und rücksichtlich aller dahin gehörenden Angelegenheiten ist Preußen so wenig mehr Herr im eigenen Hause als die übrigen Reichsstaaten. Schon mußte es um der neuen Reichseinheit willen seine eigene Justizorganisation aufgeben, und bald wird noch sein Landrecht folgen, diese Geistesschöpfung des großen Friedrich, woran der spezifisch preußische Staatsgeist seinen wichtigsten Anhalt fand. Welche Folgen muß das hinterher haben! Ferner greift die Reichskanzlei überall in die Wirkungssphäre des preußischen Behördensystems ein, worauf doch der preußische Staatsorganismus so wesentlich beruhte. Jetzt wird dieses System durchbrochen und zersetzt sich in sich selbst, indem die Behörden schon nicht mehr recht wissen, ob sie mehr auf die Reichskanzlei oder auf die preußischen Ministerien blicken sollen. Und so weiß auch das preußische Volk nicht mehr, ob sein wahres Oberhaupt der König von Preußen oder der deutsche Kaiser ist. Je mehr es nun kaiserlich gesinnt werden möchte, umso mehr wird es ja aufhören, sich preußisch zu fühlen. Und was heißt das, als daß das Preußentum in sich selbst verschwindet?

Über die Maßen erstaunlich, daß man in den preußischen Regierungskreisen gar nicht merken will, was sich da eigentlich im Innern des Staates vorbereitet. Aber, es scheint wohl, die Philosophie des Unbewußten, die — wie bezeichnend! — fast gleichzeitig mit dem System von 66 aus dem Schoße des Berlinismus hervorging, spukt auch schon in diesen Kreisen, und so arbeiten die Leute rüstig fort an der Untergrabung des Preußentums.

So urplötzlich ist es freilich nicht dahin gekommen; die Verwirrung entwickelte sich allmählich. Ihr Anfang datiert von der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV., unter dessen Regierung das Preußentum zuerst in sich selbst irre wurde. Denn die Denkweise dieses Königs paßte überhaupt nicht zu dem Wesen des preußischen Staates, worüber er sich in den abenteuerlichsten Vorstellungen erging. Es sei Gottes Wille gewesen, sagte er, Preußen durch das Schwert groß zu machen. Der große Kurfürst, wie der alte Fritz, nebst ihren Generälen, hätten nichts dazu getan, die äußern Umstände, durch welche die Sache allein möglich geworden, bedeuteten auch nichts. Es fehlte diesem König eben gänzlich an dem Talent der politischen Analyse, wie desgleichen an der

Neigung dazu; sein Geist war auf ganz andre Dinge gerichtet, auf kirchliche Fragen wie auf die Ergründung dunkler Bibelstellen, auf das Gebiet der Kunst und Kunstgeschichte, worüber er gar viel studierte. Mit den Staatswissenschaften hingegen dürfte er sich nur wenig beschäftigt haben, am allerwenigsten mit dem ökonomistischen Zweige derselben, indem die dahin schlagenden Angelegenheiten ihm wohl von vornherein als unter seinem erhabenen Standpunkt zu tiefliiegend erscheinen mochten. Nun, ich meine, zu einem christlichen König, der er vor allem sein wollte, hätte wohl auch die Sorge gehört, daß das Volk zu leben habe. Jedenfalls wäre daran zu denken passender für einen christlichen König gewesen, als die Einrichtung eines glänzenden luxuriösen Hofwesens, dem es freilich an spirituellen Unterhaltungen nicht fehlte, indessen man sich da andererseits über die materiellen Zustände des Volkes so wenig unterrichtet erwies, daß ganz unversehens in Schlesien — es war das Vorjahr von 48! — der Hungertyphus ausbrechen konnte.

Überhaupt zeigte sich recht augenfällig an diesem Könige, wohin die trübe Vermischung religiöser Gefühle und religiöser Betrachtungsweise mit der Behandlung weltlicher Angelegenheiten führt, welche nach menschlichem Maßstab zu messen und mit klarem Verstand in Angriff zu nehmen sind, statt dessen dann ein clair-obscur entsteht, in welchem sich alle Begriffe verwirren. In solcher Geistesverfassung erschien ihm Preußen kurzweg als eine göttliche Stiftung, und ganz folgerichtig verhielt es sich dergleichen mit den preußischen Provinzialverfassungen, mit den Kreisständen nebst ihren ritterschaftlichen Virilstimmen und mit der Patrimonialjustiz, — das alles hatte der liebe Gott so geordnet. Darum mußte es natürlich so bleiben, und dazu war der König von dem lieben Gott mit der Krone belehnt, daß er diesen gottgewollten Zustand aufrecht erhalte. Hatte der alte Fritz, der wohl einigermaßen wissen mußte, wie der preußische Staat wirklich zustande gekommen und worin die Springfedern desselben lägen, sich selbst nur den ersten Diener des Staates genannt, — jetzt wollte der König vielmehr als der Bevollmächtigte Gottes gelten und als eine Art von Mittelwesen zwischen Gott und dem Volke dastehn. War ferner der preußische Staat eine wesentlich moderne Bildung und also sein Emporkommen ein fortwährendes Heraustreten aus dem Mittelalter gewesen, und war dann auch

durch die Gesetzgebung nach dem Jahr 1806 der noch vorhandene Überrest des Feudalismus grundsätzlich beseitigt, so daß der natürliche Fortschritt nur sein konnte, die damals begonnene Reform weiter zu führen, — jetzt sollte vielmehr eine im Geiste der Romantik gedachte Restauration beginnen. Das hieß denn doch der nüchternen rationalistischen Denkweise, welche das spezifische Preußentum, insbesondere das Berliner Volk charakterisiert, zu viel zugemutet. Es war, wie wenn Wasser und Feuer zusammen käme, und so mußte wohl eine Explosion daraus entstehen.

Da auf einmal schien der Sinn des Königs wie umgewandelt. Statt einer romantisch aufgeputzten feudalistischen Verfassung wurde eine wahrhaft konstitutionelle Verfassung verheißen, auf breitesten Grundlagen. Dazu hörten wir die Worte „Preußen geht fortan in Deutschland auf (d. h. mit dem spezifischen Preußentum ist es vorbei) und stellt sich an die Spitze der Bewegung“. Aber was sind Worte! Die Bewegung verlief im Sande, und was aus den Wellen wieder hervortauchte, war richtig wieder das spezifische Preußentum, welches einstweilen die Deutschtüerei gründlich satt bekommen. Es „kehrte um“, tat in Olmütz „Buße“ und „brach mit der Revolution“, um hinfort statt an der Spitze der Bewegung an der Spitze der Reaktion zu stehn, die dann acht Jahre lang ihr Amt verwaltete. Man weiß wie.

Darauf wieder ein anderes Bild, indem jetzt wieder mit der Reaktion gebrochen und dafür eine „neue Ära“ proklamiert wurde, mit der Perspektive auf „moralische Eroberungen“. Dauerte vier Jahre, um mit kläglichen Resultaten und in allgemeiner Mißachtung zu endigen, worauf die neue Ära in die „Konfliktperiode“ überging. Da nichts mehr von moralischen Eroberungen, sondern „Blut und Eisen“, um „schlechte Grenzen“ zu verbessern und die „zu viele Bildung“ los zu werden, welche dem Staate der Intelligenz lästig und anstößig geworden. Darum, nach dem Kampfe mit dem Abgeordnetenhouse, mit Hurrah auf die Schlachtfelder von Dänemark, Böhmen und Frankreich!

Welche Wechsel der gouvernementalen Ansichten in diesen dreißig Jahren! Muß nicht ein Staat, der so aus einem Gegensatz in den andern fällt, das Bewußtsein über sein eigenes Wesen und über seinen wahren Beruf einigermassen verloren haben? Denn daß alle dies so geschah, wird gewiß nicht bloß an den Personen liegen, die jeweilig das Ruder führten, und in welchen sich vielmehr nur

die innere Unklarheit und Unsicherheit des Preußentums selbst offenbarte.

Es scheint wohl, das Preußentum ist an seine Grenze gelangt, es kann in der Richtung, die mit dem großen Kurfürsten begann, sich nicht mehr fortbewegen. Diese Periode ist abgelaufen. Die Freiheitskriege bildeten ihr letztes glänzendes Resultat, welches dann noch bis zu Ende der Regierung Friedrich Wilhelms III. seine Nachwirkung äußerte. Von da aber machten sich Bedürfnisse geltend, die nur auf neuen Wegen zu befriedigen waren. Waren nun diese Wege noch nicht gefunden, so schwankte man eben infolgedessen aus dem einen ins andre, bis man zuletzt in den radikalen Widerspruch verfiel, daß dasselbe Preußen, welches zwei Jahrhunderte lang daran gearbeitet, sich zu einem eigenartigen Staate zu gestalten, vielmehr mit allen Kräften beflissen scheint, seine eigene innere Auflösung vorzubereiten.

Vermeint also das Preußentum, die deutsche Frage gelöst zu haben, die es in Wirklichkeit nur in eine grundfalsche Richtung gebracht, so hat es anderseits seine eigene Fortexistenz fraglich gemacht. Wir stehn damit vor der preußischen Frage, deren Lösung auch erst die Lösung der deutschen Frage ermöglichen wird, da beide seit 66 untrennbar verbunden sind. Die preußische Frage aber bedeutet hier nichts anderes, als die Frage nach dem wahren deutschen Beruf Preußens. Denn es wird sich zeigen, wie sehr Preußen eben dadurch in Widerspruch mit seinen eigenen Existenzbedingungen geriet, daß es seinen wahren deutschen Beruf verkannte, welchem nachzugehn ebenso seinen eigenen Interessen als den allgemein deutschen Interessen dienen würde.

PREUSSENS WAHRER DEUTSCHER BERUF

WELCHE SELBSTÜBERHEBUNG DES PREUSSENTUMS, wenn es daran denken wollte, sich in Deutschland zu inkorporieren! Dazu ist Deutschland nicht nur zu alt und zu groß, sondern wohl auch zu gut, um zuletzt im Preußentum aufzugehn. Auch würde Preußen, was es so in sich aufgenommen, hinterher nicht verdauen können, die Augen wären da größer gewesen als der Magen. Andererseits aber darf man auch dem preußischen Staate, nachdem er sich seit zwei Jahrhunderten zu einem so eigentümlichen Wesen herausgebildet und sich zu einer so angesehenen Stellung in Europa erhoben hat, nicht zumuten wollen, jetzt seine eigene Existenz aufzugeben, um kurzweg in Deutschland aufzugehn.

Möglich wäre es ja immerhin, daß eine so künstliche Bildung, wie der preußische Staat ist, hinterher wieder verschwände, allein was würde daraus entstehen? Nichts anderes als eine Masse, die weder deutsch noch preußisch wäre. Eine Masse, in welcher dann die ganze deutsche Staatenbildung sich in einen halt- und gestaltlosen Brei verwandelt hätte, lediglich noch brauchbar dazu, durch eine Volksrevolution in neue Formen ausgeprägt zu werden. Wir ständen vor der Perspektive einer unberechenbaren Zukunft. Wollen wir dem entgehn, so muß ein Weg gefunden werden, wodurch einerseits den Forderungen einer deutschen Nationalentwicklung Genüge zu leisten und andererseits der Fortbestand des preußischen Staates zu ermöglichen ist. Auf Grundlage des Systems von 66 wäre freilich nie dahin zu gelangen, sondern da bliebe wirklich keine andre Aussicht, als daß entweder Deutschland preußisch würde, oder Preußen sich in Deutschland auflöste. Aber darum eben muß dies System als radikal verfehlt erkannt werden. Fragen wir nun zuvörderst, wodurch man in jenes verhängnisvolle Dilemma geriet, so ist der tiefste Grund in der falschen Ansicht von der preußischen und deutschen Geschichte zu suchen, worüber wir uns in frühern Betrachtungen geäußert. Indem man nämlich die Bedeutung des deutschen Kolonisationsprozesses und des damit gegebenen Unterschiedes zwischen dem östlichen und westlichen Deutschland verkannte, verkannte man auch die wahren Grundlagen und den wahren Beruf des preußischen Staates. Will sagen: daß seine wirkliche Basis in seinen

östlichen Provinzen liege und daß er, wie er aus der deutschen Nordmark hervorging, so auch prinzipaliter zur Wirkung nach Norden und Osten bestimmt sei. Täuschte man sich aber über diese handgreiflichen Dinge, so entsprang das wieder daraus, daß man die deutsche Reichsgeschichte nicht bis auf ihren Ursprung verfolgte, sondern lediglich nach den letzten Jahrhunderten urteilte, wo es denn freilich vorlag, wie die Mark Brandenburg immer mehr Landgebiete in dem alten westlichen Deutschland gewann und der dadurch entstandene neue preußische Staat tief in die Geschicke desselben eingriff. Ich meine aber, wäre das schon entscheidend, so besaß ja Österreich früherhin nicht minder Länder in Schwaben und am Oberrhein, wie es auch zwei Jahrhunderte lang bis zum Emporkommen Preußens die unbestrittene Hegemonie in Deutschland geübt. Allein das eine wie das andre bezeichnete doch eben den Verfall der deutschen Nationalentwicklung, und galt es eine wahre Wiederherstellung Deutschlands, so mußte hier ein Umschwung eintreten, wodurch das alte westliche Deutschland wieder zu gebührender Ehre und Geltung kam.

Daß es wirklich nur die östlichen Provinzen sind, wo das Preußentum seinen eigentlichen Boden hat, bestätigt sogar die preußische Geschichte selbst. Ging doch nach der Katastrophe von Jena alles Land links von der Elbe verloren, indessen der Staat bestand fort, und die ihm gebliebenen östlichen Provinzen gaben ihm die Kraft, sich wieder zu erheben. Von seinen westfälisch-rheinischen Provinzen aus, und was Preußen sonst noch links von der Elbe an Landgebiet besessen, wäre daran nie zu denken gewesen, alles dies war in dieser Hinsicht wie gar nicht vorhanden. Wären ihm hingegen alle jene westlichen Provinzen geblieben, statt dessen aber die Mark Brandenburg genommen, so bedeutet das kurzweg seine Auflösung. Oder war ihm auch nur die heutige Provinz Ostpreußen genommen, so blieb es doch darniederliegen, denn von da aus erfolgte bekanntlich seine Wiedererhebung.

Anerkannt also, daß das spezifische Preußentum seinen eigentlichen Sitz nur in den Ostprovinzen hat, so verschwindet damit auch zum guten Teil der Eindruck des Künstlichen, den sonst die Bildung dieses Staates macht. Ja, es wird erst recht begreiflich, wie er nur überhaupt entstehen konnte, was ohne alle natürliche Basis, trotz Intelligenz und Tatkraft, unmöglich gewesen wäre. Diese östlichen Provinzen aber hatten wirklich einen natürlichen

Zusammenhang, nicht nur geographisch, sondern auch ethnographisch und geschichtlich. Denn überall ist die dortige Bevölkerung ein aus deutschen und slawischen Elementen erwachsenes Mischvolk und insofern homogen. Der Pommer, der Brandenburger und der Schlesier unterscheiden sich sehr viel weniger von einander, als sie sich sämtlich von dem Westfalen und Rheinländer unterscheiden. Und wie ihre materiellen Interessen nach Osten weisen, so sind diese Landschaften auch durch ihre historischen Erinnerungen mehr mit dem nordöstlichen Europa verflochten als mit der alten Kaisergeschichte, die im westlichen Deutschland spielte. Gehörten doch die heutigen Provinzen Ost- und Westpreußen überhaupt nie zum deutschen Reiche, Schlesien nur mittelbar als böhmisches Hinterlehn. Waren aber zwar Brandenburg und Pommern direkte Reichsländer, so hat doch das alte Kaisertum da nie etwas bedeutet. Der brandenburgische Markgraf Waldemar, der den Namen des Großen führt, kümmerte sich seinerzeit kaum mehr um Kaiser und Reich als später der große Friedrich. Pommern ist für die Reichsgeschichte stets nur ein passives Element gewesen, kein Kaiser hat es je betreten.

Hatte nun die alte Kaiserzeit in allen diesen östlichen Provinzen keinen Eindruck hinterlassen, so machten darum die Taten der spätern brandenburgisch-preußischen Regenten dort einen umso tiefern Eindruck. Die Bevölkerung erfüllte sich mit dem Geiste des spezifischen Preußentums. Und so sind auch die dortigen sozialen Verhältnisse derart, daß der militärstaatliche Charakter Preußens ganz dazu paßt. Zumal was das platte Land betrifft, wo überall die Rittergüter in den Vordergrund treten und wo zwischen dem Landadel und der übrigen Landbevölkerung noch immer fast ein Verhältnis besteht, wie zwischen Offizieren und gemeinen Soldaten. Es ist der Geist dieses kleinen preußischen Landadels, der bestimmend auf den Geist des ganzen preußischen Offizierskorps einwirkt, das sich auch seinem Kerne nach immer von da aus ergänzt. Unabhängigkeitsgefühl und Sinn für politische Freiheit besitzt dieser kleine Landadel nur sehr wenig, die bäuerliche Bevölkerung natürlich noch viel weniger. Wird nun zugleich auch das für die gesamte Staatsverwaltung so wichtige Landratsamt ganz vorzugsweise aus diesem kleinen Landadel besetzt, so ergibt sich daraus eine von oben herab regierte Bevölkerung, die es selbst gar nicht anders gewohnt ist, als ihre Impulse

von oben herab zu empfangen. Da ist kein günstiger Boden für eine parlamentarische Entwicklung, vielmehr der günstigste Boden für ein straffes militärisches Regiment.

Nur auf diesem Gebiete kann darum auch in Zukunft eine spezifisch-preußische Entwicklung stattfinden und ein eigentlich preußisches Staatswesen fortbestehn. Auf dem Gebiete links von der Elbe ist das von jetzt an unmöglich geworden. Um dies zu umso deutlicher Erkenntnis zu bringen, wollen wir uns in der Kürze den Gang der Ereignisse vergegenwärtigen, woraus zuletzt die heutige Lage der Dinge hervorging.

Es ist bereits in frühern Betrachtungen gezeigt worden, welche besondere Umstände es allein möglich machen, daß in der Bildung des preußischen Staates so heterogene Elemente zusammengebracht und hinterher durch die Regierungsgewalt zu einem Ganzen verschmolzen wurden. Wirklich ging es aber doch nur langsam damit. Auch verlangte man zunächst nichts weiter, als daß alle diese zerstreuten Landschaften vom Niemen bis über den Rhein der einen und selben Obergewalt gehorchten, Rekruten stellten und Steuern zahlten, im Übrigen blieben sie einstweilen in ihrer frühern Abgesondertheit. Noch unter dem großen Friedrich behielten sie ihre besondere Verwaltung, ihr besonderes Recht, und (freilich mit sehr verringerter Kompetenz) ihre besondern Landstände. Auf dem deutschen Reichstage, wie auf den Kreistagen, figurierten sie noch als besondere Reichsländer, deren Stimmen der König von Preußen führte, der aber in Beziehung auf Reichsangelegenheiten nur als der Kurfürst von Brandenburg galt, als der Herzog von Pommern, von Magdeburg und so weiter. Für das deutsche Reich bestand also rechtlich kein preußischer Staat.

Zur rechtlichen Existenz in Deutschland gelangte er erst nach Auflösung des Reiches und dann durch die Rekonstruktion im Jahre 1815. Von da an verschwanden größtenteils die alten historischen Namen der einzelnen Gebiete, es gab nur noch nach gouvernementalen Zweckmäßigkeitsrücksichten gebildete Provinzen, die zwar hinterher ihre Provinzialstände erhielten, welche aber sehr wenig bedeuteten, an Stelle der ehemaligen Provinzialminister traten lediglich Fachminister, die von Berlin aus je nach ihrem Ressort das ganze Ländergebiet als einen einheitlichen Körper behandelten. Das ergab den vollendeten und in seiner Art bewun-

dernswerten Militär- und Beamtenstaat, wie er in der zweiten Hälfte der Regierung Friedrich Wilhelms III. bestand.

So recht ein preußischer König, der das in dem Militärstaat unvermeidlich liegende Harte, wie überhaupt die schroffen Seiten des Preußentums durch sein schlichtes und bürgerliches Wesen wie durch seinen Gerechtigkeitssinn vergessen machte und sich dadurch ebenso die Liebe seines Volkes erwarb, als er auch in ganz Deutschland, wo er keine dominierende Stelle beanspruchte, in hoher Achtung stand. Fehlte es auch nicht an mancherlei Mißgriffen, wie namentlich in der Demagogenverfolgung und in der Behandlung der kirchlichen Angelegenheiten, so darf man diese Regierung, die zugleich nicht wenig zur Erhaltung des europäischen Friedens beigetragen, doch gewiß als eine gesegnete bezeichnen. Sie hinterließ im ganzen einen klaren und wohltuenden Eindruck. Wessen Erinnerung noch bis dahin zurückreicht, der wird wissen, wie sehr viel anders das damalige Preußentum war als das heutige. Sich zwar in keinem weiten Ideenkreise bewegend, aber eine charaktvolle Erscheinung, ein Wesen, auf das man sich verlassen konnte, das keine Seitensprünge liebte. Die preußische Verwaltung galt damals als die bestgeordnete in ganz Europa, sie verfolgte entschieden humane Tendenzen und wirkte bildend.

Diese Regierung also war die Blütezeit des eigentlich preußischen Staates. Der war jetzt an sein Ziel gelangt, und mit dem Tode dieses Königs begann seine innere Zersetzung. Den ersten Anstoß dazu gab der neue König selbst.

Ohne Zweifel fühlte Friedrich Wilhelm IV. sich mehr deutsch als preußisch. Er wollte das deutsche Wesen zu Ehren bringen. Natürlich, wie er es eben auffaßte, d. h. romantisch mittelalterlich gefärbt. So träumte er denn von einem großen einigen Deutschland, verworrenen Geistes aber, wie er zeitlebens war und dadurch aus einem Widerspruch in den andern geriet, wollte er in dem großen Deutschland doch zugleich auch ein großes Preußen, ohne je zu untersuchen, wie das zusammenpassen oder zusammenpassend gemacht werden könnte. Statt dessen machte er selbst gerade das Zusammenpassen unmöglich. Dadurch nämlich, daß er für die westlichen und östlichen Provinzen eine gemeinsame ständische Vertretung begründen wollte, worauf alsbald die ge-

meinsame nach modernen Begriffen gebildete Konstitution folgte, die das einheitliche und unteilbare Preußen schuf, und so der nationalité prussienne erst den vollen staatsbürgerlichen Charakter gab. Was folgte daraus?

Sollten demnach die Rheinländer und Westfalen ganz in demselben Sinne Preußen werden, wie die Brandenburger und Pomern, so war durch dieses Preußentum im ganzen nördlichen Deutschland dem Deutschtum gewissermaßen der Hals eingeschnürt. An eine deutsche Nationalentwicklung war da nicht mehr zu denken. Die wäre hingegen nur möglich gewesen, wenn die Westprovinzen, anstatt sie umso inniger mit dem östlichen Teile der Monarchie zu verbinden, vielmehr ausdrücklich davon abgetrennt uns als ein besonderes deutsches, mit Preußen nur in Personalunion stehendes Land konstituiert wurden.

Ich sage aber noch mehr: eben dies wäre zugleich die unerläßliche Bedingung gewesen, um für das spezifische Preußentum eine Fortentwicklung zu ermöglichen, die allein in dem östlichen Teile der Monarchie stattfinden konnte. Da mochte in den Provinzen eine ständische Verwaltung eintreten und so in gewissem Umfange die öffentliche Freiheit begründet werden. Das war mit dem preußischen Staatswesen wohl vereinbar, konnte es ebenso veredeln wie kräftigen. Unvereinbar aber war damit der französische Konstitutionalismus, der die Volksfreiheit vielmehr auf die Basis der sogenannten Legislative stellt, wonach sie ihren Konzentrationspunkt in einer durch Kopfwahlwahlen gebildeten diskutierenden Versammlung findet. Diese unpreußische Idee war nun gerade durch die Westprovinzen in die Ostprovinzen eingedrungen, und von daher insbesondere der dem Charakter wie den Lebensbedingungen des preußischen Staates durchaus widersprechende rheinische Bourgeoisie-Liberalismus. In seinem tiefsten Wesen alteriert wurde dadurch das alte Preußentum. Ja, in mancher Hinsicht entsprangen offenbare Rückschritte daraus. So sank damit insbesondere auch der unter Friedrich Wilhelm III. emporgekommene und für das Preußentum so wichtige wissenschaftliche Geist, dem zunächst schon Friedrich Wilhelm IV. einen tendenziösen Charakter einimpfen wollte, und der dann je mehr und mehr dem Parteigeist Platz machte. Seichtes Geschwätz gewann die Oberhand, die Regierung und Gesetzgebung geriet unter den Einfluß

der Judenpresse, welche schließlich noch das ganze alte Preußentum ebenso innerlich zugrunde richten wird wie das Deutschtum.

Konnte also Friedrich Wilhelm IV. das nicht über sich gewinnen, die preußischen Westprovinzen zu einem besondern deutschen Lande zu konstituieren, — dann auch kein Wort mehr von deutscher Nationalentwicklung! Man durfte lediglich von preußischer Staatsentwicklung sprechen, für welche Deutschland nur als Material galt, indessen für eine deutsche Nationalentwicklung selbst das Material immer mehr verschwand, indem ein immer größerer Teil der deutschen Nation preußisch wurde. Und liegt es nicht auf der Hand, wenn erst die Rheinländer und Westfalen ebenso preußisch geworden waren als die Brandenburger und Pommern, daß hinterher die Hannoveraner und Hessen noch viel eher preußisch werden konnten und nach dem natürlichen Zug der Dinge unvermeidlich werden mußten?

Ferner dann: die Erwerbung der hohenzollernschen Lande, die sofort auch wieder zu einem integrierenden Teil des preußischen Staates gemacht wurden, — war das etwa ein Mittel zur Beförderung der deutschen Nationalentwicklung oder nicht vielmehr ein neues Hindernis? Dazu ein offener Rückfall in das feudalspatrimonialstaatliche Prinzip, welches doch vielmehr zu überwinden war, daß diese Ländchen, welche mit dem Preußentum absolut keine innere Gemeinschaft hatten, jetzt gleichwohl preußisch werden mußten, weil von daher die preußische Dynastie stamme! Desgleichen ferner die Erwerbung am Jadebusen, was bedeutete sie, als das Streben nach Machterweiterung in Deutschland? Und was endlich waren vor allem die damals gescheiterten Unionsversuche, wenn nicht die Vorläufer zur Begründung des heutigen kleindeutschen Reiches?

Genug: man urteile über das System von 66 wie man wolle, soviel steht unstreitig fest, daß wer es vorbereitet hat niemand anders gewesen ist als Friedrich Wilhelm IV., so daß Bismarck im wesentlichen nur ausgeführt, wozu ihm dieser König, welchem er auch selbst seine Karriere verdankt, schon die Wege gewiesen hatte. Der einzige Unterschied bleibt nur, daß Friedrich Wilhelm IV. vor Gewaltmitteln zurückschreckte. Er wollte gewissermaßen die deutschen Mittelstaaten in die Union hineinkomplimentieren und Österreich aus Deutschland hinauskomplimentieren, und mit Komplimenten war das freilich nicht zu bewirken. Bis-

marck hingegen dachte: wer den Zweck wolle, müsse auch die Mittel wollen, darum „kommst du nicht willig und gehst du nicht willig, so brauch ich Gewalt.“ Da ging es dann, statt des Gefechtes bei Bronzell und im Kassler Löwen, bei Langensalza und in Böhmen etwas schärfer her. Gewiß, alte deutsche Fürstenhäuser zu entsetzen, wäre für Friedrich Wilhelm IV. zufolge seiner legitimistischen Ansichten und seines persönlichen fürstlichen Gefühls eine moralische Unmöglichkeit gewesen, aber selbst Bismarck, dem dieses Gefühl natürlich fehlte, und der von legitimistischen Skrupeln nichts wußte, hätte daran wohl auch nicht gedacht, wenn sich die betreffenden Fürsten nur seinen Projekten gefügt hätten. Da sie das aber nicht taten, schien ihm freilich eine günstige Gelegenheit gegeben, die Länder derselben nach dem Eroberungsrechte für Preußen in Besitz zu nehmen, um jetzt mit Blut und Eisen die schlechten Grenzen zu verbessern.

So wurde denn die große Lücke zwischen den östlichen und westlichen Provinzen — eine Lücke, so verhängnisvoll wie die berüchtigte preußische Verfassungslücke, durch welche bekanntlich die Armeeorganisation hindurchschlüpfte, welche sich hinterher selbst als eine Vorbereitung zu 66 erwies, — so wurde jetzt diese Lücke endlich glücklich ausgefüllt. Ist aber der preußische Staat dadurch zu größerer Konsistenz gelangt? Ich behaupte das Gegenteil, denn die neuen Provinzen, Hannover und Hessen, die hier als Lückenbüßer dienten, werden hinterher als ein Dissolvens wirken. Möchte auch die dortige Bevölkerung ihr Hannovertum und Hessentum vergessen, preußisch wird sie sich niemals fühlen. Denn nachdem man doch von Berlin aus deutschnationale Tendenzen vorgeschützt, werden diese Bevölkerungen auch schlechtweg deutsch sein wollen und so nur dazu dienen, auch in den Westfalen und Rheinländern, die ihnen innerlich viel verwandter sind als den Brandenburgern, Pommern und so weiter, das preußische Gefühl abzuschwächen, und das rein deutsche Gefühl zur Herrschaft zu bringen. Was heißt das aber, als daß dann zwischen der westlichen Hälfte der Monarchie und der östlichen Hälfte, wo das spezifische Preußentum vorherrscht, eine innere Spannung entstehn wird, die sich bald genug zum Gegensatz steigern dürfte?

Schon heute liegt vor Augen, wie sehr der preußische Staat seitdem an innerer Haltung verloren hat. Dem Parteiwesen verfallen, und durch seine Verquickung mit dem Reiche um alle Freiheit

seiner innern Entwicklung gebracht, zeigt er überhaupt keinen ausgeprägten Charakter mehr. Schon ist er fast nur noch ein durch die Regierungsgewalt zusammengehaltener Machtklumpen, in welchem doch die innere Unruhe, die innere Verwirrung und die innern Widersprüche dergestalt wachsen, daß niemand mehr recht zu sagen weiß, was eigentlich zu geschehn hätte, um wieder zu klaren und gesicherten Zuständen zu gelangen. Der innere Zersetzungsprozeß hat also begonnen, und wird der erst zur vollen Stärke gelangt sein, was nicht gar lange mehr währen dürfte, so fällt das Ganze auseinander in einen spezifisch preußischen und in einen deutschen Teil. Das wäre dann das Schlußresultat der „großen Erfolge“.

Wie viel besser stände es heute zugleich um Preußen wie um Deutschland, hätte Preußen die Anstrengungen und Mittel, welche es auf territoriale Erwerbungen und Machterweiterungen in Deutschland verwendete, vielmehr auf die Kultivierung und wirtschaftliche Entwicklung seiner eigenen östlichen Provinzen verwendet, die offenbar in beider Hinsicht gegen das alte westliche Deutschland noch erheblich zurückstehn. Und zwar zurückstehn gutenteils eben deshalb, weil ihre Interessen von Seiten der Regierung zurückgesetzt wurden, welche statt dessen vor allem darauf ausging, eine Herrschaft über das übrige Deutschland zu gewinnen.

Kein Kummer darum, daß die große Masse des Volkes in dem östlichen Preußen entschieden viel roher blieb und sich in viel dürftigern Lebensverhältnissen befand als das Volk links von der Elbe. Für das Kriegswesen schien darauf nichts anzukommen. Für dieses erschienen dann auch — beiläufig bemerkt — die Unteroffiziere viel wichtiger als die Schulmeister. Ist es nicht aber geradezu eine Satire auf den Staat der Intelligenz, wenn wegen Mangel an Lehrern Tausende von Schulstellen nur halb versehn oder ganz unversehn bleiben, und wenn die Volksschulen in dem östlichen Preußen noch so dürftig ausgestattet sind und so geringe Resultate liefern, daß dort die Zahl der Analphabeten bei weitem größer ist als im übrigen Deutschland? Hat gleichwohl Bismarck über die schon zu viele Bildung geklagt, so war es eben der Geist des östlichen Preußentums, welcher da aus ihm heraussprach. Ein Stein und Hardenberg, welche in einer andern Atmosphäre erwachsen waren, würden sich nie so geäußert haben. Was wäre nun für den

Fortschritt der deutschen Bildung zu erwarten, wenn dieses östliche Preußentum die Herrschaft über ganz Deutschland übte?

War denn nicht die ursprüngliche Bestimmung der Mark Brandenburg die gewesen: nicht etwa in das Reich hinein, sondern über das Reich hinaus zu wirken? Und galt nicht dasselbe noch viel augenfälliger von dem deutschen Orden, welcher, den von den Brandenburger Markgrafen eröffneten Weg weiter verfolgend, seine Herrschaft bis an den Peipussee ausdehnte? Darauf beruhte die Stellung, die in der zweiten Hälfte des Mittelalters das Deutschtum des ganzen nordöstlichen Europas gewann. Welche Umkehr dieser Verhältnisse hingegen, wenn hinterher der moderne preußische Staat, dessen Kern eben die Mark Brandenburg und das alte Ordensland bilden, vielmehr die Bestimmung haben soll, ein neues Deutschland zu begründen, indem er das alte Deutschland preußisch macht! Wo also die Dinge rundweg auf den Kopf gestellt sind, wie ist da zur Wahrheit zu gelangen als durch einen totalen Umschwung, wodurch sie wieder auf die Beine kommen? Das aber will hier besagen, daß demnach der wahre deutsche Beruf Preußens vielmehr darin besteht, dem Deutschtum die Stellung im nordöstlichen Europa, die es später infolge des allgemeinen deutschen Verfalls wieder verlor, allmählig zurückzuerobern.

Und dazu paßt dann auch Berlin: den Zentralstapelplatz der deutschen Kultur für das nordöstliche Europa zu bilden und überhaupt den Übergang der ganzen westeuropäischen Kultur nach dem Nordosten zu vermitteln. Gerade wie Berlin zwischen den beiden Zentralpunkten der westeuropäischen Kulturentwicklung, d. i. London und Paris, wie anderseits zwischen den beiden Hauptstädten des nordöstlichen Europas, d. i. Petersburg und Moskau, fast genau in der Mitte liegt. Offenbar ein sehr wichtiger Umstand, und insofern hat Berlin allerdings eine europäische Bedeutung. Aber wohlverstanden: als Stapelplatz der Kultur, wie es auch eine aus ihm selbst erwachsene Kultur gar nicht besitzt, sondern seine moderne Kulturentwicklung erst mit der Einwanderung der Hugenotten begann, und, was es später geleistet, auch fast lediglich auf der Heranziehung fremder Kräfte beruhte. Dazu also ist Berlin angelegt, sogar wie geschaffen, und an dieser sicher nicht geringen Bedeutung mag es sich genügen lassen. Zum Mittelpunkt deutscher Nationalentwicklung paßt es mit nichten.

Soll also Wahrheit sein in dem Gerede von dem deutschen Berufe, welcher dem preußischen Staate eigentümlich zukomme, — worin anders könnte solcher Beruf bestehn, als darin, daß das moderne Preußen demselben Zweck zu dienen hätte, zu welchem einst die alte deutsche Nordmark gestiftet war, aus der das moderne Preußen herauswuchs? Denn die deutsche Westgrenze zu schirmen, — diese Aufgabe teilt Preußen mit den übrigen deutschen Staaten, sie ist ihm nicht eigentümlich. Das vielmehr ist seine besondere deutsche Aufgabe — die von Nordosten herein drohende Barbarei abzuwehren und zurückzudrängen und demnach das Russentum in seine Grenzen zu weisen. War das hingegen deutscher Beruf — diesem halbasiatischen Wesen, welches der ganzen abendländischen Zivilisation feindlich gegenübersteht, noch obendrein das Vordringen gegen Westen zu erleichtern, damit inzwischen Preußen — so durch die russische Freundschaft im Rücken gedeckt — dafür umso sicherer seine Eroberungspläne in Deutschland verfolgen könnte? Unumstößlichste Tatsache aber ist, daß es wirklich so geschahn. Erst auf Grund des Kalischer Vertrages 1813 konnte Rußland über den Bug, über die Weichsel und Warthe bis an die Prosna vordringen, und nur durch preußische Connivenz konnte weiterhin das sogenannte Kongreßpolen kurzweg in eine russische Provinz verwandelt werden; wie anderseits die preußischen Unternehmungen von 66 und 70 nur durch russische Connivenz ermöglicht waren.

Zieht nun diese Russenfreundschaft sich schon seit anderthalb Jahrhunderten wie der rote Faden durch die preußische Geschichte, was Wunder, wenn infolgedessen auch in das Preußentum selbst etwas Russisches eindrang. Davon zeugt vor allem der in der preußischen evangelischen Landeskirche so unverkennbare Byzantinismus, der nicht wenig zum innern Verfall derselben beigetragen haben dürfte. Noch augenfälliger aber das brüske Säbelgerassel und die befehlshaberischen Manieren, was jedenfalls die abstoßendste Seite des Preußentums bildet. Bislang zurückgedrängt durch den edlern Geist, der mit den Freiheitskriegen in Preußen erwachte, ist dieses Unwesen seit den „großen Erfolgen“ von 66 und 70 nur umso greller und schroffer wieder hervorgetreten. Dazu kommt noch, als würdiges Seitenstück, das sich aufblähende jüdische Geldprotzenthum, welches in solcher Begleitung seinen Einzug hielt.

Welcher Art aber wirklich die russische Freundschaft sei, mußte Preußen selbst schon oft genug erfahren und erfährt es bis diesen Tag in der brutalen Rücksichtslosigkeit, mit welcher Rußland seine Handels- und Verkehrssperre auf der ganzen langgestreckten Ostgrenze des preußischen Staates handhabt, und dadurch die wirtschaftliche Entwicklung der betreffenden preußischen Provinzen so weit nur immer möglich darniederhält. Und zwar geschieht dies russischerseits in der unverkennbaren Absicht, diese Provinzen, welche dadurch verarmen, dereinst umso leichter in Besitz nehmen zu können, weil ihnen dann die russische Herrschaft sogar als eine Wohltat erscheinen möchte, als wodurch sie erst zu ihrer naturgemäßen materiellen Entwicklung gelangten. Denn nichts unnatürlicher, als ihre Absperrung von dem polnischen Hinterlande, wo vielmehr die Wasserläufe auf die innigste Verbindung hinweisen. Rückt die Elbe durch die Havel und Spree bis dicht an die Oder heran, so diese wieder durch die Warthe und Netze bis dicht an die Weichsel, die ihrerseits wieder durch den Bug und durch die Bifurcation des Narew sogar unmittelbar mit dem Niemen zusammensießt, indessen anderseits trennende Gebirgszüge auf diesem ganzen Gebiet nirgend hervortreten. Es bedarf nur eines Blickes auf die Karte, und die Sache spricht für sich selbst. Warum will man denn allein in Berlin so tun, als ob man das alles nicht sähe, oder als ob in der russischen Grenzsperrung nicht ein Attentat gegen die materiellen Interessen Preußens und unmittelbar des ganzen deutschen Handels vorläge?

Und warum hat man denn in Berlin über dem Gerede vom deutschen Beruf so ganz vergessen, wie sehr Preußen nach seiner ganzen östlichen Hälfte zugleich auch durch die Geschichte dieser Provinzen auf Polen hingewiesen ist? Es gilt dies für die Mark Brandenburg wie für das ehemalige Ordensland von Anfang ihrer Gründung an, und — von Posen zu schweigen — so war sogar Schlesien ursprünglich ein polnisches Land gewesen, indessen Pommern, ehe es in den deutschen Reichsverband trat, gewissermaßen unter polnischer Oberhoheit gestanden hatte. Erwuchs dann später aus diesen Elementen der preußische Staat, so war auch dessen Geschichte von dem großen Kurfürsten an fast ununterbrochen mit der polnischen Geschichte verflochten, bis zum Untergange Polens hin. Ja selbst noch auf dem Wiener Kongreß schloß sich die Entscheidung der Dinge rücksichtlich Preußens

zum guten Teil an die polnische Frage an. Sollte das alles nicht von höchster Bedeutung für die Gesichtspunkte einer gesunden preußischen Politik sein, so müßte erst der neue Satz zur Geltung kommen, daß geschichtliche Verhältnisse für die praktische Politik überhaupt außer Rechnung zu bleiben hätten. Und das wäre mir ein sonderbarer Fortschritt der politischen Weisheit, wovon die Ehre der Autorschaft der Metropole der Intelligenz gern geschenkt sein möchte.

Ich sage mehr. War bei der Teilung Polens gerade die preußische Mitwirkung so entscheidend gewesen, daß ohne dieselbe die Teilung überhaupt nicht hätte geschehn können, so lastet seitdem auch die Mitschuld an diesem Attentat gegen das Völkerrecht zu meist auf Preußen. Was folgt daraus, als daß auch Preußen sich am meisten verpflichtet fühlen müßte, diese Schuld zu sühnen? Ist aber, nach Lage der Dinge, eine Wiederherstellung des ehemaligen Polenreiches unmöglich, so könnte solche Sühne nur darin bestehn, daß das heutige russische Polen von der russischen Herrschaft befreit und als ein im Innern selbständiges Nebenland mit Preußen verbunden würde.

Das sich zur Aufgabe zu machen, läge gewiß der preußischen Politik nahe genug, man muß aber wohl annehmen, daß in Berlin gar nicht daran gedacht wird, denn dafür spricht jedenfalls die Behandlung der Provinz Posen. Oder richtiger gesagt: daß man eben dies Land kurzweg zu einer preußischen Provinz gemacht, während es doch auf Grund der eignen frühern Verheißungen der preußischen Regierung als ein polnisches Land behandelt werden sollte, welches mit dem Titel eines Großherzogtums unter preußischer Herrschaft stände. Hätte man das Land wirklich so behandelt, so war damit für die russischen Polen ein Vorbild gegeben, wie sie möglicherweise dereinst unter preußischem Szepter ihr besonderes Nationalleben führen könnten. Sich so in ein freundliches Verhältnis zu dem Polentume stellend hätte Preußen sich damit eine moralische Waffe gegen Rußland geschaffen, welche eintretendenfalls von großer Wichtigkeit werden konnte. Hat man statt dessen das Großherzogtum Posen, wie gesagt, kurzweg zu einer preußischen Provinz gemacht, so ist nun vielmehr den russischen Polen damit die Perspektive eröffnet, was sie eventualiter von Preußen zu erwarten hätten. Noch mehr, durch die Germanisierungsversuche in Posen hat man anderseits die Russifi-

zierung in Kongreßpolen gefördert, und so, zum Komplizen Rußlands geworden, sich damit dem ganzen Polentum mißliebig gemacht. Wer würde aber zuletzt gewonnen haben, wenn es wirklich gelänge, das Posener Land zu germanisieren, indessen dafür das so sehr viel bedeutendere Kongreßpolen inzwischen russifiziert wäre? Dann wehe in Zukunft dem preußischen Staate, seine heutigen Provinzen an der untern Weichsel und Memel wären verloren!

Aber auch schon in der Gegenwart hat diese Behandlung des Großherzogtums Posen sich nur nachteilig für den preußischen Staat erwiesen. Als unter preußischer Herrschaft stehende Polen konnte ja das dortige polnische Element sich befriedigt fühlen, und dafür wollten die Leute wirklich gelten, daß sie aber vielmehr polnische Preußen sein sollten, bedeutet etwas anderes. Zu solchen nur wurden sie durch die preußische Konstitution von 48 in voller Form gemacht, anstatt sich aber dadurch als preußische Staatsbürger zu fühlen, wurden sie infolgedessen nur aufstütziger gegen die preußische Herrschaft. Gleichwohl bezeichnet doch das Preußentum keine eigentliche Nationalität, so daß darin noch kein direkter Angriff auf ihre eigne Nationalität lag. Wie aber, wenn sie gar nach 66 auf einmal zu Deutschen geworden sein sollten, weil das neue deutsche Reich, mit welchem sich jetzt der preußische Staat identifizierte, ausdrücklich innerhalb seiner Grenzen nur „deutsches Volk“ kennt? Das war denn doch zu viel verlangt, daß um deswillen auch die preußischen Polen sich flugs als gute Deutsche zu fühlen hätten. Mit Hand und Fuß protestieren sie seitdem gegen diese ihnen aufgedrungene Nationalität, und so bilden ihre Abgeordneten im preußischen Landtage wie im deutschen Reichstage eine besondere oppositionelle Fraktion, deren Bedeutung keineswegs bloß nach der geringen Anzahl ihrer Mitglieder abzuschätzen sein dürfte. Hier wie dort sind die Polen ein störendes zersetzendes Element. Man hat sich unbestreitbar eine Schwierigkeit geschaffen.

Und dazu noch dies, daß infolge der Amalgamierung des Großherzogtums Posen mit dem preußischen Staate zugleich auch die Posener Juden das volle preußische Staatsbürgerrecht erlangten. Scharenweise zogen sie seitdem nach Berlin, dessen unaufhaltsam fortschreitende Verjudung von daher datiert, wodurch das ganze Preußentum gerade in seinem Zentrum mit innerer Zersetzung bedroht ist.

Darum ist unserseits die Sache nicht entfernt so gemeint, daß dereinst aus dem russischen Polen preußische Provinzen gemacht werden sollten, sondern ein mit Preußen verbundenes, doch innerlich selbständiges Land müßte es werden, so daß sich eine Art von föderativem Verhältnis bildete, wofür nur eben das Preußentum bisher weder Sinn noch Verständnis bewiesen hat.

Wäre nun solche Wendung der Dinge gewiß eine unschätzbare Wohltat für das unglückliche Polenland, so nicht minder für die preußischen Ostprovinzen, welche ohnedies nie recht gedeihen können. Die ganze preußische Monarchie erhielte erst dadurch die ihr noch immer fehlende geographische Basis und gesicherte Lage. Freilich würde das nur durch Gewaltmittel zu erreichen sein, aber ohne dies bliebe hier überhaupt jede eingreifende Verbesserung unmöglich. Verhältnisse, die selbst durch bloße Gewalt begründet wurden, sind auch nur durch Gewalt wieder zu beseitigen. Es verhält sich hier mit der Russenherrschaft wie andrer Orten mit der Türkenherrschaft. Durch Inangriffnahme dieser Aufgabe also würde der preußische Militärstaat das eigenste Feld seiner Betätigung finden. Es wäre eine Aufgabe, zu deren Lösung er wie prädestiniert erscheint, so gewiß als in ihm der deutsche Orden und der Schwertbrüderorden fortlebt. Da möchte er dann den ihm von Anfang an eingepflanzten kriegerischen Tendenzen nachgehn, allmählich bis an den Peipussee vordringend und bis an die Beresina. Dieses der abendländischen Zivilisation entrissene Gebiet, welcher es wenigstens durch den kirchlichen Verband angehörte, der abendländischen Zivilisation zurückerobernd, würde er ebenso seinen eigensten Interessen dienen und den Ruhm des spezifischen Preußentums erhöhen, als um die ganze deutsche Nation sich verdient machen. Da ist sein wahrer deutscher Beruf

Es bleibt zu zeigen, wie sehr dies auch der Bestimmung Deutschlands entspräche, und gerade dadurch die deutsche Geschichte ihre naturgemäße Fortentwicklung fände.

ÜBER STAAT UND REICH

LIEGT ES TATSÄCHLICH VOR, WIE AUS DEN ÖSTLICHEN deutschen Grenzmarken hinterher selbständige Staatengebilde hervorgingen, die zwar einerseits mit dem alten Deutschland untrennbar verbunden waren, anderseits aber, darüber hinausgewachsen, den Charakter europäischer Mächte gewannen, wie zunächst Österreich und zwei Jahrhunderte darauf Preußen, — liegt dies also tatsächlich vor, so frage ich: bedeutet es angesichts dessen eine Fortentwicklung der deutschen Geschichte oder nicht vielmehr einen gewaltsamen Abbruch derselben, wenn einerseits Österreich von dem deutschen Körper abgetrennt werden und hinfort als eine rein für sich bestehende europäische Macht auftreten, Preußen hingegen seines europäischen Charakters wieder entkleidet und zu einem rein deutschen Staat gemacht werden soll? Heißt das nicht in beiden Fällen die Geschichte rückläufig machen wollen? Ist aber trotzdem beides geschehn, so liegt auch gerade darin der Grundirrtum, worauf der ganze heutige Zustand beruht. War nun der entscheidende Faktor dabei offenbar Preußen, welches das neue Deutschland geschaffen hat, so wird sich auch schon aus dem Wesen des Preußentums erklären, wie man überhaupt in jenen Grundirrtum geraten konnte.

Das Preußentum, sagten wir bereits, ist an seine Grenze gekommen, es kann in der Weise, in der es mit dem großen Kurfürsten begann, sich nicht weiter entwickeln. Was war denn aber das Charakteristische seiner bisherigen Entwicklung? Offenbar dies, daß man auf zerstreuten Landgebieten, die weder geographisch noch nach den geschichtlichen Traditionen, Sitten, sozialen Zuständen und praktischen Bedürfnissen der respektiven Bevölkerungen ein lebendiges Ganze bildeten, gleichwohl ein solches künstlich herzustellen unternahm, indem der ganze Länderkomplex nach den Gesichtspunkten eines gemeinsamen Staatszweckes regiert wurde. Und eben die Staatsidee war selbst der geistige Hebel, wodurch das neue Preußen emporkam. So wurde Preußen in Deutschland der Staat par excellence. Auch sprach und spricht man nirgends so viel vom „Staate“ als in Preußen, welcher da als der höchste Zweck und als die Quelle alles Rechtes galt. Wie deutlich tritt dies in dem preußischen Landrecht hervor,

welches immer aus dem Staatszwecke oder Staatsinteresse heraus deduziert! Es spricht nicht einmal von dem geschichtlichen preußischen Königtum, sondern ganz abstrakt von dem „Staatsoberhaupt“, dem um des Staatszweckes willen gewisse Rechte beigelegt seien.

Aber was der geistige Hebel zum Emporkommen Preußens gewesen, das wurde ihm hinterher auch zur geistigen Schranke. Nämlich eben die Staatsidee, in die man sich dergestalt verrannte, wie wenn es darüber hinaus nichts Höheres mehr geben könnte. Wurden doch um deswillen die preußischen Westprovinzen mit den Ostprovinzen — trotzdem sie innerlich nichts mit denselben gemein hatten — und sogar mit dem Großherzogtum Posen zu einem unteilbaren Körper verschmolzen, weil die Staatsidee das Fortbestehn innerlich selbständiger Nebenländer ausschloß, sondern was irgendwie zu Preußen gehörte, das sollte auch durch und durch preußisch werden. Was war also zu erwarten, wenn dieses Preußen sich einen ihm eigentümlichen deutschen Beruf zuschrieb? Nichts anderes, als daß es in folgedessen darauf ausging, auch ganz Deutschland zu einem „Staate“ zu machen. Denn darauf läuft offenbar das heute sogenannte „Reich“ hinaus. Es ist der Sache nach nur ein noch nicht ganz fertiger Staat, und daß es in voller Form zum Staate werde, dahin drängen ja die Nationalliberalen unaufhörlich, wie sie auch ausdrücklich den „deutschen Staat“ im Munde führen. Habeant sibi, selbstverständlich aber, daß dann in diesem deutschen Staate nicht noch eine ganze Reihe deutscher Staaten fortbestehn kann. Die müssen in Zukunft verschwinden, das ist klar, es ist ihnen nur noch eine Galgenfrist bewilligt, bis endlich der deutsche Staat glücklich fertig sein wird. Inzwischen freilich heißt der beabsichtigte deutsche Staat offiziell vielmehr das „Reich“, er will dem Rechte nach ein „Bund“ sein, welcher sogar mit einem „Bundesrat“ ausgestattet ist. Sonderbarer Staat, der einen Bundesrat hat, statt dessen er vielmehr einen Staatsrat haben müßte, oder Logik ist eine Chimäre. Allein darin gerade liegt auch die Quelle aller Verwirrung, daß man Deutschland zu einem „Staate“ machen will, was es doch zu keiner Zeit gewesen, noch jemals werden kann.

Sahn wir schon zu Anfang unsrer deutschen Betrachtungen, wie Deutschland seiner ganzen Natur nach überhaupt keinen ab-

geschlossenen Nationalkörper bilden kann, da es untrennbar mit seinen Nachbarländern verwachsen und infolgedessen, mehr als irgend ein anderes Land, in den Gang der allgemeinen europäischen Politik hineingezogen ist, so wird darnach auch seine eigene politische Verfassung zu beurteilen und zu bemessen sein. Nämlich daß es im eminenten Sinne ein „Reich“ war und sein muß, also dieses Wort so verstanden, daß damit ein von dem eigentlichen Staate sehr verschiedenes und höheres Gemeinwesen bezeichnet wird. In diesem Sinn war das ehemalige deutsche Reich eine Singularität, und durch den Namen des heiligen römischen Reiches war es ausdrücklich als ein seiner Idee nach universales Institut bezeichnet. Gewiß, dieses alte heilige römische Reich ist für immer begraben, und kein Gedanke daran, es wieder erwecken zu wollen. Fragen wir aber, worin doch der wesentliche Unterschied des ehemaligen Reiches von dem eigentlichen Staate lag, so wird sich alsbald zeigen, wie die Reichsidee noch immer ihre Bedeutung hat und für die Gestaltung der deutschen Angelegenheiten auch in Zukunft maßgebend sein muß.

Ist es nicht wie eine Ironie auf die angebliche Wiederherstellung des deutschen Reiches, daß man wirklich nirgends weniger Sinn und Verständnis für das eigentümliche Wesen des ehemaligen Reiches hat, als gerade in der heutigen neuen Reichshauptstadt? Gleichviel, es ist so. Und auch erklärlich genug, so gewiß als die neue Reichshauptstadt doch vielmehr den Zentralsitz des spezifischen Preußentums bildet, und dieses sich eben wieder dadurch entwickelt hatte, daß es mehr und mehr aus dem ehemaligen Reichsverbände als eine selbständige Macht heraustrat. Gesah dies ferner in der Zeit des tiefsten Reichsverfalls, d. h. in der Zeit nach dem 30jährigen Krieg, so war man in Preußen umsomehr geneigt, das alte Reich nur nach seiner Schattenseite zu betrachten, wonach es sich freilich als ein eben so ungestaltetes als veraltetes Wesen darstellte, dem gegenüber der junge preußische Staat durchaus im Vorteil erschien, wie er auch in vieler Hinsicht wirklich das bessere war. Er repräsentierte die Selbstermannung aus der damaligen Versunkenheit. Ist es nun eben die Staatsidee, welche in Preußen zur Herrschaft kam, — was Wunder, daß man da keinen Sinn für die Reichsidee haben kann? Ganz unempfänglich insbesondere erweisen sich dafür die aus der Schule des preußischen Landrechts hervorgegangenen Juristen und Beamten,

während den gemeinrechtlichen Juristen die Sache immerhin schon viel näher liegt. Auch dies wieder sehr erklärlich, weil das gemeine Recht überall auf die deutsche Geschichte zurückweist und nur im Zusammenhang mit derselben zu verstehn ist; ein Zusammenhang, welcher durch das preußische Landrecht prinzipiell abgeschnitten wurde.

Wir haben schon früher bemerkt, wie die ganze deutsche Wissenschaft mehr und mehr das Verständnis für das eigentlich Deutsche verlor, so im Privatrecht wie im öffentlichen Recht, und damit ging dann auch die Reichsidee verloren. Nur der große Leibnitz hatte zuletzt noch daran festgehalten. Das seitdem emporgekommene Naturrecht ließ die Reichsidee von Anfang an beiseite liegen, unsre spätern Philosophen hatten selbst die Erinnerung daran verloren. Das mag befremdend erscheinen, ist es nicht aber auf allen andern Gebieten unsers Nationallebens ganz ähnlich ergangen? Selbst unsre Sprache, gegen Ausgang des Mittelalters schon so edel und reich entwickelt, stand nach dem 30jährigen Krieg in Gefahr, sich in ein barbarisches Gemisch von lateinischen und französischen Brocken zu verwandeln. Unsre Literatur, Poesie und Kunst, ohne allen höhern Schwung, lag in den Banden ausländischer Theorien und Vorbilder. Man weiß, wie lange es gedauert, bis sie sich selbstbewußt und schöpferisch auf ihre eigenen Füße zu stellen wagte. Rücksichtlich der öffentlichen Institutionen endlich sind wir bis heute noch nicht wieder dahin gelangt, etwas wirklich originelles Deutsches zu schaffen, wir ahmen nach oder tasten unsicher umher. Und nie wird der deutsche Geist wieder zu sich selbst kommen ohne Erfassung der Reichsidee, die aber gewissermaßen jetzt erst neu entdeckt werden mußte.

Kaum anders zu erwarten, als daß sie zunächst auch nur schwer in die Köpfe will. Gleichwohl ist die Sache im Grunde genommen sehr einfach. Denn was den wesentlichen Unterschied zwischen Staat und Reich konstituiert, beruht zuletzt darauf, daß im Reiche die staatsrechtlichen Verhältnisse sich mit völkerrechtlichen verbinden oder darin übergehn. Das Reich erscheint demnach als ein mittleres zwischen dem staatsrechtlichen und dem bloß völkerrechtlichen Verbands. Wäre denn etwa ein solches mittlere theoretisch nicht zu denken, oder für die Praxis bedeutungslos?

Im Gegenteil, ich sage: es muß vielmehr als ein Postulat der politischen Vernunft gelten, daß ein solches mittlere bestehe oder geschaffen werde.

Gibt es in der Natur keinen Sprung, so sollte es auch in den menschlichen Angelegenheiten keinen Sprung geben, und überall zeigt die Erfahrung, daß sprungweise Veränderungen sich hinterher verderblich und in sich selbst unhaltbar erweisen. Nicht minder lehrt die Erfahrung, wenn irgendwo schroffe Gegensätze auftreten, wie dann alles darauf ankommt, einen *medius terminus* zu finden. Ist es erlaubt, hier von heiligen Dingen zu reden, so frage ich: was bildet denn selbst den Mittelpunkt des Christentums, wenn nicht eben der Mittler, nach dessen Namen wir ja heißen? Um aber auf weltlichem Gebiete zu bleiben, so ist doch fast schon allgemein anerkannt, daß auch zwischen den privaten und staatlichen Verhältnissen ein mittleres liege, was man heute die Gesellschaft nennt. Und eben weil man dies früher nicht verstand oder für gleichgültig hielt, so ist daraus die soziale Zerrüttung und bezw. die soziale Frage entsprungen, in welcher offenbar privatrechtliche und staatsrechtliche Verhältnisse konkurrieren, und die, ohne diese Konkurrenz ins Auge zu fassen, gar nicht in Angriff genommen werden kann. Weder mit bloßer sogenannter Selbsthilfe noch mit bloßer Staatshilfe ist dabei auszukommen, sondern beides muß zusammen wirken. Daß nun ebenso zwischen dem staatsrechtlichen und dem völkerrechtlichen Gebiete ein mittleres bestehe, dürfte von nicht geringer Bedeutung sein, denn die Sache anerkannt, fällt damit von vornherein die verhängnisvolle Trennung zwischen der sogenannten innern und äußern Politik, welche beide nach landläufiger Meinung so wenig miteinander zu schaffen haben sollen, daß man wohl nach außen hin revolutionär auftreten könne, um dafür nach innen hin umso konservativer zu sein. Wie handgreiflich zeigt sich aber die gänzliche Unwahrheit solcher radikalen Trennung zwischen innerer und äußerer Politik, da vielmehr die sogenannten auswärtigen Angelegenheiten oft geradezu entscheidend auf die innern zurückwirken. Ja, fortwährend tun sie das, so gewiß als doch die Armee und das Militärbudget zumeist um der auswärtigen Politik willen da sind. Und wie lastet das beides auf der innern Entwicklung! Man müßte absichtlich die Augen verschließen, um das nicht zu sehn. Und derjenige, sage ich, der nicht den unlösbaren Zusammenhang zwischen

innerer und äußerer Politik ins Auge faßte, dürfte überhaupt nicht als ein Staatsmann, sondern als ein bloßer Fachmann gelten.

Genug, das fragliche Mittlere ist nicht nur denkbar, sondern zugleich von solcher praktischen Wichtigkeit, daß es schlechthin geschaffen werde müßte, wenn es noch nicht da wäre. Es war aber da in dem ehemaligen deutschen Reiche, welches dann nach seinem Untergange einigermaßen wieder auflebte in dem jetzt wieder aufgelösten deutschen Bunde. Und was lehrt nun die Erfahrung unsrer Tage? So lahm und so mangelhaft auch der alte Bund gewesen sein mochte, das eine ist jedenfalls nicht zu leugnen, daß er für die gesamte europäische Politik, wenn auch nur in passiver Weise, von hoher Wichtigkeit gewesen ist. Er wirkte temperierend, er war tatsächlich ein Friedensinstitut. Erst nachdem seine Fortexistenz im Jahre 48 in Frage gestellt worden, brachen große europäische Kriege aus, und mit seiner Auflösung im Jahre 66 hat das ganze europäische Staatensystem seinen frühern Halt verloren, so daß seitdem alle europäischen Staatsverhältnisse auf den Bajonetten ruhen, der ganze Kontinent unter dem Druck des Militarismus seufzt. Das gehört auch zu den „großen Erfolgen“ von 66 und 70. Tatsache desgleichen, daß das ehemalige Reich selbst in den Jahrhunderten seiner innern Hinfälligkeit noch immer die Bedeutung behielt, den passiven Mittelpunkt der ganzen Kontinentalpolitik zu bilden. Zeuge dessen die in Deutschland abgehaltenen großen Kongresse, wie der westfälische Friedenskongreß und der Wiener Kongreß, deren Satzungen hinterher die Grundlage des positiven, europäischen Völkerrechts wurden. Gerade wie vordem auch die großen reformatorischen Konzilien von Costnitz, Basel und Trient auf dem Boden des Reiches abgehalten waren. Und auch dies ist charakteristisch, daß es fast ausschließlich Deutsche oder (wie ein Vattel und Wheaton) von deutscher Bildung durchdrungene Gelehrte sind, welche die moderne Völkerrechtswissenschaft begründet und ausgebildet haben. Was diese Männer zu ihren Arbeiten antrieb, war gewiß zum guten Teil eben der völkerrechtliche Charakter gewesen, den das ehemalige Reich, wie hierauf der deutsche Bund, schon an sich selbst hatte. Ein Antrieb, welcher den Gelehrten andrer Länder fehlte. Endlich aber, als das alte Reich seiner förmlichen Auflösung verfiel, da zeigten ja die Tatsachen erst recht, von welcher Bedeutung es noch immer gewesen, denn gleichzeitig ging auch ganz

Europa aus den Fugen. Es war, wie wenn eine neue Völkerwanderung begönne, so wogten damals die Heerscharen vom Tajo bis an die Moskwa.

Nichts einleuchtender, als wie sehr alle diese Tatsachen damit zusammenhängen, daß Deutschland das Reich war, d. h. kein bloß staatliches, sondern zugleich überstaatliches und völkerrechtliches Gebilde. Ohne dies bliebe überhaupt die ganze deutsche Geschichte unerklärbar, wie sie auch gerade um deswillen allermeist so unzulänglich behandelt ist und noch bis heute behandelt wird, weil man sie als Staatsgeschichte auffassen wollte. Schreiben wir nun Deutschland infolge seines Reichscharakters den Beruf zu, nicht bloß den passiven Mittelpunkt der Kontinentalpolitik zu bilden, sondern aktiv ordnend in die internationalen Verhältnisse einzugreifen, gewissermaßen als Wächter des Völkerrechts, so ist das gewiß ein sehr hoher Beruf. Wie weit aber sind wir davon abgekommen, wenn vielmehr das neudeutsche Reich inhaltlich seiner Verfassungsurkunde ausdrücklich sich nur mit seinen eigenen Interessen beschäftigen will und damit auf eine internationale Bestimmung überhaupt verzichtet! Anders hatte doch noch die ehemalige Bundesakte gesprochen, wonach der deutsche Bund nicht bloß um Deutschlands willen errichtet sein sollte, sondern zugleich als eine Garantie für „die Ruhe und das Gleichgewicht Europas“, worum sich hingegen das neue Reich überhaupt nicht zu kümmern scheint. Bekundet das aber eine Erhebung des deutschen Geistes, oder nicht vielmehr ein Herabsinken in den reinen Egoismus? Und welche Beschränktheit dabei, wenn man nicht einmal sehn will, wie sehr für die Ruhe Europas zu sorgen im eigensten Interesse Deutschlands selbst liegt, so gewiß als hingegen die aus der heutigen Ruhelosigkeit Europas entsprungene permanente Kriegsberedtschaft am meisten gerade auf Deutschland lastet.

Zugegeben jetzt, daß Deutschland nicht sowohl einen Staat als vielmehr ein Reich bilden muß, so bleibt hiernach zu sehn, welche Folgerungen für seine innern Gestaltungen sich daraus ergeben. Darüber die Hauptpunkte.

Erstens nämlich, daß es überhaupt kein abgeschlossener Körper sein wird, sondern Glieder haben kann, die nur zum Teil oder nach einer Seite zum Reiche gehören, andernteils oder anderseits aber in den europäischen Körper übergeh'n. In dem ehemaligen Reiche hatten derartige Verhältnisse immer bestanden, in dem deutschen

Bunde traten sie in größtem Stile durch Österreich und Preußen hervor. Nach bloßen Staatsbegriffen geurteilt mußte das freilich als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen. Wie denn aber, frage ich, wenn es doch gleichwohl die nackte Tatsache ist, daß Preußen wie Österreich aus Deutschland herausgewachsene Gebilde waren und darin gerade ihr Grundcharakter lag? Durfte diese Tatsache um der Doktrin willen ignoriert oder gewaltsam aus der Welt geschafft werden, wie im Jahre 66 geschehn? Dann wäre es mit der Abtrennung Österreichs noch lange nicht getan, sondern, damit doch ein wirklich abgeschlossener Nationalkörper zustande käme, hätte dann Preußen neben Posen auch das Küstenland an der Weichsel und dem Niemen abzutreten, weil das handgreiflich über Deutschland hinausreicht. Noch weniger ein Gedanke daran, daß etwa gar noch Kurland und Livland hinzukommen könnten, oder es hieße der Doktrin ins Angesicht schlagen.

Welch ein hohles Gerede war es doch, wenn man so lange die deutsche Frage dahin formulierte: daß Deutschland aus einem Staatenbund sich in einen Bundesstaat verwandeln müsse! Denn einerseits war der alte Bund wirklich kein Staatenbund, weil Österreich, Preußen, Dänemark und Holland nur mit einem Teil ihrer Länder dazugehörten; anderseits, einen Bundesstaat daraus zu machen, war nach den gegebenen Verhältnissen überhaupt unmöglich. Auch ist bis heute kein wirklicher Bundesstaat daraus entstanden, für welchen doch das allerwesentlichste eine über allen Bundesgliedern schwebende Zentralgewalt wäre. Aber welche Zentralgewalt stände heute wohl über Preußen, das vielmehr selbst als Zentralgewalt fungiert, wonach die übrigen Bundesglieder tatsächlich preußische Vasallen geworden sind, mit der Perspektive, in nicht ferner Zukunft überhaupt absorbiert zu sein? Sonderbarer Bundesstaat! Darum höre man auf mit dem die wahre deutsche Aufgabe gar nicht treffenden Gerede von Staatenbund und Bundesstaat, denn selbst der Bundesstaat wäre doch eben nur eine besondere Art von Staat, statt dessen, um die deutsche Frage zu verstehn, über die für deutsche Verhältnisse viel zu enge Staatsidee überhaupt hinausgegangen werden muß.

Zweitens sind die Reichsglieder nur in gewissen bestimmten Angelegenheiten der Reichsgewalt unterworfen, anderseits aber selbständige Existenzen, wie es im ehemaligen Reiche, selbst zur Zeit seiner höchsten Macht immer gewesen. Die Reichsgewalt hatte

da nur eine beschränkte legislative Befugnis, und neben dem gesetzlichen Recht bestand überhaupt das vertragene Recht. Auch folgte die Selbständigkeit der Glieder schon daraus, daß die deutsche Nation in der Zeit kein einheitliches Wesen, sondern ein Volk von Völkern war. Und ist sie das nicht noch heute? Die Bayern und Niedersachsen sind andre Leute als die Franken und Schwaben, noch viel mehr andre Leute als die Brandenburger, Pommern und so weiter. Will man das jetzt alles in einen Topf werfen, so kann das niemals gut tun. Die Folge wird sein, daß hinterher alle Elemente sich in ihren eigensten Interessen verletzt, in ihren Bedürfnissen unbefriedigt fühlen. Wer sehn will, der kann es sehn, wie schon heute nur noch wenige eine rechte Freude an dem sogenannten neuen Reiche haben, sondern trotz Sedanfesten und Kriegervereinen die Reichsbegeisterung fortwährend abnimmt.

Drittens, weil das Reich selbst kein Staat war, sondern die Reichsglieder einen staatlichen Charakter hatten, so konnte es auch keine Reichshauptstadt geben. Am allerwenigsten galt die kaiserliche Residenz dafür, und gab es einen Reichstag, so kam der Kaiser zum Reichstag. Ist das heute ganz umgekehrt, indem vielmehr das ganze Reich sich in der kaiserlichen Residenz konzentriert und der Reichstag im weißen Saale des kaiserlichen Schlosses eröffnet wird, so folgt jedenfalls daraus, wie wenig das neue Reich als eine Wiedergeburt des alten gelten kann. Ist es doch auch in ganz andrer Weise als einst jenes zustande gebracht. Denn aus den Siegen der preußischen Armee ist es hervorgegangen, und ganz natürlich daher, daß die deutsche Nation in dem neuen Reiche sich einigermaßen in der Lage eines unterworfenen Volkes befindet. Wie lange sie sich dabei beruhigen wird, bleibt abzuwarten.

Unbestreitbar hatte in dem deutschen Bunde insofern eine Wiederherstellung des untergegangenen deutschen Reiches gelegen, als doch wenigstens die Bruchstücke desselben dadurch in einen neuen rechtlichen Verband traten. Nur freilich war dies nicht entfernt geschehn durch eine Fortentwicklung des Reiches von innen heraus. Auch hatten die Bruchstücke, in welche es zerfallen gewesen, inzwischen die erheblichsten Veränderungen erfahren, und zwar unter dem entscheidenden Einfluß fremder Gewalten, die dabei nicht entfernt darauf bedacht gewesen, die Begründung

eines neuen deutschen Körpers vorzubereiten. Allein da half einmal nichts, man mußte hinterher die Dinge so nehmen, wie sie inzwischen geworden waren. Eine planmäßige Umbildung im Sinne eines wohlgegliederten Ganzen konnte damals gar nicht versucht werden. Unvermeidlich daher, daß nur ein sehr ungefügiger Körper daraus entstand.

Nur insoweit war man ganz auf den rechten Weg gelangt, als man jetzt zu der reinen Bundesform überging. Denn darin lag wirklich das Ziel: daß die feudale Organisation, worauf das alte Reich beruht hatte, sich zur föderativen umwandelte. Allein das föderative Prinzip kam dabei lediglich nach seiner passiven Seite zur Geltung. So gestaltete sich der Bund im wesentlichen nur zu einer Assekuranzanstalt für die Erhaltung des status quo, der doch mangelhaft genug war. Diese reine Passivität trat nun am augenfälligsten hervor auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, wo doch der Bund — hätte man nur den rechten Willen dazu gehabt — trotz seiner mangelhaften Einrichtung noch am ehesten zur Aktivität befähigt gewesen wäre. Und mit welchem Gewicht hätte er da auftreten können! Denn, gehörten zwar Österreich und Preußen nur mit einem Teil ihrer Länder zum Bunde, so hätte es sich doch im gegebenen Falle ganz von selbst gemacht, daß dann diese beiden Vormächte das ganze Gewicht ihrer Militärkräfte in die Wagschale geworfen hätten. Will sagen: es war dadurch inmitten Europas eine Macht gegeben, welche auf der Basis einer Bevölkerung von 70 Millionen ruhte, und für die ganze Kontinentalpolitik entscheidend werden mußte. Wäre es nun wirklich zu einer aktiven Bundespolitik gekommen, so hätte dies auch auf die innere Entwicklung des Bundes zurückgewirkt. Der träge Körper hätte Leben gewonnen, und die großen Gesichtspunkte, auf die man dann seine Blicke zu richten hatte, würden jedenfalls verhindert haben, daß der Bund zur bloßen Polizeianstalt herabsank.

Man kann es nicht oft genug sagen: von Seiten der sogenannten auswärtigen Politik war die deutsche Frage in Angriff zu nehmen, und ohne dies ins Auge zu fassen, ist sie überhaupt nicht zu verstehen. Das folgt schon aus dem Verbundensein des deutschen Körpers mit dem europäischen Körper. Und, waren nicht gerade Österreich und Preußen die bei weitem wichtigsten Glieder des Bundes, indessen sie aber auf dem Gebiete der auswärtigen Politik vielmehr als selbständige europäische Großmächte auftraten, und als solche

ihre Politik führten, wie wenn der Bund für sie überhaupt nicht da wäre, der unter solchen Umständen, gegenüber der preußischen und österreichischen Großmacht, freilich nur noch die Ohnmacht repräsentieren konnte? Sollte also je etwas aus dem Bunde werden, so mußte zu allererst in diesem Punkte die Änderung eintreten, daß die beiden Großmächte den Ausgangspunkt für ihre Politik in den Bund verlegten.

Hätten sie das getan, so war durch die Bundespolitik zugleich auch das lebendige Band gegeben, welches Österreich und Preußen unter sich selbst zusammenhielt, und keinen gewaltsamen Konflikt entstehen ließ. Statt dessen war das eigentliche Band, welches Österreich und Preußen zeitweilig zusammenhielt, vielmehr ihr gemeinsames Sichanlehnen an Rußland. In dieser tatsächlichen Tripelallianz führte dann das Direktorium Rußland, welches auch allein den Gewinn davon zog. Wie Österreich dabei heruntergekommen und Rußland dabei heraufgekommen war, zeigte am augenfälligsten das Jahr 48, wo Österreich sich am Rande des Untergangs befand. Um nur seinen äußern Bestand zu erhalten, bedurfte es der Hilfe des Zaren, der ja allerdings seine Hilfe gewährte, aber auch mit wenig verhüllter Protektormiene, um dann bald darauf als Schiedsrichter zwischen Preußen und Österreich aufzutreten, oder richtiger gesagt als Diktator des Friedens. Von da an konnte er seine Hand schon auf ganz Deutschland legen, bis der Krimkrieg kam, dem wir es allein zu verdanken hatten, daß sich nicht ein förmliches russisches Protektorat über Deutschland entwickelte, welches in den Jahren 51—53, wo einigermassen die russischen Gesandten in Deutschland regierten, schon im vollen Anzug war. Hatte sich dann Österreich durch seine Haltung im Krimkriege Rußland entfremdet, so wurde es dafür zunächst — unter russischer Connivenz — durch den italienischen Krieg abgestraft, und da also Rußland seitdem nicht mehr die Klammer war, welche Preußen und Österreich zusammenhielt, brach — ebenfalls unter russischer Connivenz — der deutsche Bruderkrieg von 66 aus. Preußen freilich konnte sich dadurch in Deutschland vergrößern, Deutschland selbst aber wurde durch die Abtrennung Österreichs um ein paar tausend Quadratmeilen verkleinert. Das war das Endresultat.

Wie ganz anders wären die Dinge gekommen, hätte eine Bundespolitik bestanden, wovon man aber weder in Berlin noch in Wien

etwas hören wollte. Daran ist der alte Bund zugrunde gegangen, wie handgreiflich der Dänenkrieg zeigte, der das Vorspiel dazu bildete. Denn eben deshalb entsprang hinterher der deutsche Bruderkrieg daraus, weil Preußen und Österreich in Dänemark nicht als Bundesglieder, sondern als europäische Großmächte aufgetreten waren und die ganze schleswig-holsteinische Sache dem Bunde entzogen hatten. Man weiß, wie sehr gerade die Bundespräsidialmacht selbst dahin gewirkt hatte. Eine schöne Illustration zu der sogenannten deutschen Politik Österreichs, wofür es auch sofort den gebührenden Lohn empfing.

Genug: daß aus dem deutschen Bunde nichts wurde, davon lag die Hauptursache in Berlin und in Wien. Anders wäre es auch gar nicht zu denken, so gewiß als doch Preußen und Österreich die beiden Hauptglieder des Bundes waren. Wollten die den Bund nicht aufkommen lassen, so hätte er sich nur durch ein Wunder erheben können. Der preußische und österreichische Partikularismus also trug die Hauptschuld daran. Der sehr viel weniger mächtige Partikularismus der Mittelstaaten und Kleinstaaten trug um deswillen auch nur den kleinern Teil der Schuld. Dennoch trifft sie kein geringerer Vorwurf, weil sie umso mehr sich hätten getrieben fühlen müssen, auf die Fortentwicklung des Bundes hinzuarbeiten, dessen Fortbestand für sie selbst eine Existenzfrage war.

Es begreift sich ja, daß Preußen und Österreich, nachdem sie einmal zu europäischen Mächten erwachsen waren und dabei nur mit einem Teil ihres Ländergebietes dem Bunde angehörten, um deswillen auch nur geringes Interesse für den Bund hatten, dessen rein passive Existenz zu ihrer Großmachtspolitik am besten paßte und doch insofern nützlich blieb, als immerhin eine Garantie für ihren Besitzstand darin lag. Schwer begreiflich aber, daß auch die übrigen deutschen Staaten in dem Bunde nur die Garantie ihrer partikularistischen Herrlichkeit erblickten, ohne selbst nur zu bedenken, daß der Bund, wenn er als solcher unlebendig und darum machtlos blieb, im gegebenen Falle ihnen auch keinen Schutz gewähren könne und die Garantie dann lediglich auf dem Papiere stand. Gleichviel, es ist Tatsache, daß sie im wesentlichen nie über diese beschränkte Absicht hinauskamen. Sie wollten vor allem ihre Selbständigkeit bewahren und genießen, und damit war keine lebendige Föderation möglich. Denn darin besteht der Föderalis-

mus nicht, daß die konföderierten Glieder sich auf ihr Fürsichsein zurückziehen, sondern ihre Selbständigkeit soll vielmehr dazu dienen, daß sie auf Grund derselben umso kräftiger zusammenwirken, weil, wer nicht auf eigenen Füßen steht, auch für das Ganze wenig tun kann. In welche kleinlichen Gesichtspunkte und Kleinigkeitskrämereien mußte man in diesen Staaten verfallen, wenn man sich da lediglich mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigte! Wollte man anderseits umso mehr der äußern Erscheinung nach mit dem ganzen Apparat eines sich selbst genügenden Staates ausgerüstet dastehn, — gab es doch überall Konstitutionen mit Thronreden, Ministerkrisen, Kammerfraktionen und so weiter, ganz nach dem Vorbilde von Paris, — so mußte diese den wirklichen Verhältnissen so wenig entsprechende Großtuerei dem denkenden Teil der respektiven Bevölkerungen am Ende nur lächerlich erscheinen und widerwärtig werden. Und daraus erklärt sich nicht zum wenigsten, wie hinterher das System von 66 so viele Anhänger finden konnte.

In Summa: statt sich zu einer lebenskräftigen Föderation zu gestalten, blieb der alte Bund im wesentlichen nichts andres als das Ensemble aller deutschen Partikularismen. Da mußte es wohl geschehn, daß zuletzt der größte und energischste Partikularismus die viel kleinern und schwächern verschlang, woraus das heutige preußisch-deutsche Reich entstand. Selbst also ein Produkt des Partikularismus, bekundet es diesen seinen Ursprung auch handgreiflich dadurch, daß es die internationale Bedeutung des ehemaligen Reiches überhaupt aufgibt und sich lediglich um seine eigenen Angelegenheiten kümmern zu wollen erklärt. „Jeder für sich und Gott für alle“ wäre dann der rechte Wahlspruch, und das ist eben die Herzensmeinung jedes Partikularismus. Dahingegen die internationale Bedeutung des ehemaligen Reiches festgehalten und danach den Bund fortentwickelt, so konnte er in stufenmäßiger Gliederung allmählich ganz Mitteleuropa umfassen und damit eine Reorganisation des ganzen europäischen Staatensystems begründen. Das würde erst die wahre Wiedergeburt des ehemaligen Reiches sein.

ERWEITERUNG DES DEUTSCHEN BUNDES ZUM MITTELEUROPÄISCHEN BUNDE

WILL MAN SICH NICHT IN HOHLEN WORTEN ERGEHN, so kann in dem heutigen Reiche von einer föderativen Entwicklung überhaupt keine Rede mehr sein. Das folgt schon aus seiner äußern Lage, die es zur höchsten Anspannung seiner Militärkräfte zwingt, da es fortwährend vor der Eventualität steht, zugleich gegen Rußland und Frankreich Front machen zu müssen und möglicherweise auch noch gegen Österreich, seitdem dieses für das neue Deutschland schlechtweg zum Ausland geworden ist. Nun aber ist mit solcher Anspannung der Militärkräfte auch ganz von selbst die Zentralisation gegeben, wohin das Militärwesen unabweisbar drängt. So bezeugen auch die Tatsachen, daß, was bisher von diesem neuen Reich ausging, lediglich den Fortschritt der Zentralisation bedeutete, indem die einzelnen Reichstaaten ein Stück nach dem andern von ihrer rechtlichen Kompetenz wie von ihren Machtmitteln verloren. Was aber ist noch ein Staat ohne rechtliche Kompetenz und ohne Machtmittel? Ein Unding. Und wozu sollen solche Undinge auf die Dauer noch fortbestehn und nicht vielmehr ganz ebenso verschwinden wie vorweg Hannover, Hessen und so weiter verschwanden? Einmal in den Zug der Unifikation hineingeraten, ist da kein Halt mehr. Wird gleichwohl anerkannt, daß die natürliche Beanlagung Deutschlands vielmehr auf eine föderative Verfassung hinziele, so muß eben das System von 66 für grundverfehlt erklärt werden. Damit aber entsteht zugleich die Frage: was dann an die Stelle desselben zu treten hätte?

Um darauf eine Antwort geben zu können, müssen wir zuvörderst daran erinnern, was wir früher über den Unterschied des alten westlichen Deutschlands von dem durch Kolonisation, Germanisierung und Eroberung hinzugekommenen östlichen Deutschland gesagt haben. Denn beides ist nicht in gleicher Weise zu behandeln, sondern daß man das trotzdem versuchte, indem man über diesen so tief greifenden Unterschied kein Bewußtsein hatte, das ist die Hauptursache, wodurch wir in das heutige System hineingerieten. Und so haben wir desgleichen schon bemerkt, wie jener Unterschied in dem preußischen Staat selbst hervortritt und wie-

viel für die ganze deutsche Entwicklung darauf ankäme, daß die preußischen Westprovinzen zu einem besondern deutschen Lande konstituiert würden, welches mit dem östlichen Teil dieser Monarchie nur in Personalunion stände.

Unter dieser Voraussetzung nun könnte sich ein besonderer westdeutscher Staatenkörper bilden, als ein engerer Bund, mit welchem wieder das östliche Preußen, wie desgleichen Deutsch-österreich, in einem organischen Schutz- und Trutzverhältnisse stände, was dann den weitem Bund ergäbe. Darüber zunächst noch einige Bemerkungen.

Daß die Errichtung solches weitem Bundes der deutschen Nation eine erhebliche Verminderung der Militärlasten verspräche, liegt auf der Hand, so gewiß als gerade durch Auflösung des frühern deutschen Bundes der heutige Militarismus entstanden ist. Nicht minder steht für uns außer Frage, daß erst dadurch wieder der Fortbestand der österreichischen Monarchie gesichert wäre, welche bei dauernder Abtrennung von Deutschland der innern Auflösung entgegengeht. Wie anderseits auch das spezifische Preußentum durch seine heutige Verquickung mit dem neuen Reiche sich in sich selbst zersetzt, haben wir desgleichen schon gesehn. Noch mehr: indem das alte Preußen jetzt für rein deutsch gelten und seinen Charakter als besondere europäische Macht aufgeben will, hat es sich damit selbst die Aussicht abgeschnitten, seine Herrschaft im nordöstlichen Europa auszubreiten, worauf doch verständigerweise seine Politik gerichtet sein müßte. Eben diese Aussicht aber würde durch den in Rede stehenden weitem Bund, in welchem das östliche Preußen seine ganze Eigentümlichkeit und seinen europäischen Charakter behielte, unmittelbar wieder eröffnet. Und was könnte es dann in Zukunft nicht ausrichten, wenn es alle Kräfte, welche es jetzt zum größten Teil auf Befestigung seiner Machtstellung im westlichen Deutschland verwendet, viel mehr nach Nordosten richtete!

Bemerken wir dabei noch ferner, daß es urkundlich vorliegt, wie zur Zeit des Wiener Kongresses die preußischen Minister Stein und Hardenberg selbst eine solche Regulierung der deutschen Angelegenheiten in Vorschlag gebracht hatten. Zwei so bedeutende Staatsmänner, daß jedenfalls die Vermutung dafür spricht, die Sache möchte nicht ohne guten Grund sein. Waren sie beide preußische Minister, welche Gelegenheit genug gehabt, das Wesen

des preußischen Staates gründlich kennen zu lernen, so stammten sie anderseits beide aus dem alten westlichen Deutschland, wo sie ihre erste Ausbildung erhalten hatten, und dessen eigentümliches Wesen, — im Unterschied von dem östlichen Preußen — sie nicht minder erkannt haben mochten. Oder hätten sie selbst kein klares Bewußtsein darüber gehabt, so leitete sie dabei das natürliche Gefühl, welches oft die Wahrheit sicherer trifft als der reflektierende Verstand.

Es ist einmal nicht wegzuleugnen: links und rechts der Elbe wohnt eine verschieden geartete Bevölkerung. Nur das westliche Deutschland ist der eigentliche Boden für eine im vollen Sinne des Wortes föderative Verfassung, welche da von vornherein durch den gegebenen Unterschied der Volksstämme gefordert ist, wie sie anderseits einen geschichtlichen Anhalt an den Traditionen des ehemaligen Reiches hat, welches doch der Sache nach selbst eine Art von föderativer Bildung war. Bedeuten diese Traditionen für das östliche Deutschland überhaupt nur wenig und insbesondere für das östliche Preußen fast nichts, so bedeuten da zugleich die Stammunterschiede nicht viel, weil alles ein durch Einwanderung und Germanisierung entstandenes Mischvolk ist. Auch brachten es die politischen Verhältnisse mit sich, daß sich da eine weit mehr zentralisierte Herrschaft entwickeln mußte. Sonst wäre es ja auch kaum zu erklären, wie gerade im östlichen Deutschland zwei so bedeutende Hauptstädte emporkommen konnten, wie Berlin und Wien, welche unverkennbar beide keinen rein deutschen Charakter haben. Im westlichen Deutschland wäre das überhaupt unmöglich gewesen.

Mag immerhin, nach bloßen Staatsansichten geurteilt, ein solcher Doppelbund zwischen einem besondern westdeutschen Staatenkörper, der sich dann mit dem östlichen Preußen und mit Deutschösterreich zu einem weitem Bunde vereinigte, als ein unfaßbares Ding erscheinen, — darin liegt es nun eben, daß man, um die deutschen Angelegenheiten zu verstehn, weit über die Staatsidee hinausgehn und sich zur Reichsidee erhoben haben muß. Will sagen: zu der Idee eines Gemeinwesens, in welchem staatsrechtliche und völkerrechtliche Verhältnisse ineinander übergehn. Denn nur der engere westdeutsche Bund würde eine eigentlich staatsrechtliche Organisation darstellen, die dann im weitem Bunde einen völkerrechtlichen Charakter annähme. Es kann ja

überhaupt nicht anders sein, so lange noch das spezifische Preußentum wie das Österreichertum keine bloß deutschen, sondern zugleich europäische Bildungen sind, welche sich mit dem ursprünglichen Deutschland nicht kurzweg staatsrechtlich verbinden lassen.

So viel vorweg gesagt, und die Reichsidee als solche — in welche unsre Staatsdoktrinäre sich bis jetzt überhaupt noch nicht hinein-denken zu können scheinen — auf sich beruhen lassend, wollen wir uns nun umso mehr an die rein praktische Frage halten: wie es denn wirklich mit dem heutigen, nach Staatsansichten gebildeten sogenannten Reiche steht? Frage also: welchen Segen hat es der deutschen Nation gebracht, ja, ist es nur in sich selbst haltbar, und welche Vorteile würden hingegen aus unsern Vorschlägen entspringen?

Daß die bisherige Existenz des neuen Reiches zu einem wirtschaftlichen und moralischen Rückgang der Nation geführt, liegt bereits als eine mit Zahlen bewiesene Tatsache vor. Nicht minder gewiß wenn zwar nicht mit Zahlen zu belegen ist für jeden tiefer Blickenden die fortschreitende Untergrabung des eigentümlich deutschen Wesens, welches seine Hauptwurzeln unstreitig in den Volksstämmen des alten westlichen Deutschlands hat, die aber unter dem heutigen System, in die ihnen von dem Preußentum aufgedrückte uniforme Schablone gepreßt, jeder freien Bewegung beraubt sind. Eine längere Fortdauer dieses Zustandes wäre der Tod des deutschen Geistes. Welch neues Leben würde hingegen erblühen, wären diese Volksstämme durch eine föderative Verfassung zu einem besondern Körper verbunden.

Die Sache hiernach unter dem rein politischen Gesichtspunkt betrachtet, würde sich daraus sofort ein viel freundlicheres Verhältnis zu Frankreich ergeben, wenn demselben ein föderativer Körper gegenüberstände, der seiner Natur nach keine aggressiven Tendenzen hegt; statt dessen es jetzt ein zentralisiertes Militärreich vor sich sieht, welches ihm offenbar bedrohlich erscheinen muß. Unsre Sicherheit wäre um deswillen doch nicht gefährdet; weil hinter diesem westdeutschen Körper noch die Militärmacht des östlichen Preußens und der ganzen österreichischen Monarchie stände. Hat zur Zeit des alten Bundes Frankreich keinen Angriff gewagt, um wie viel weniger könnte es heute daran denken, seitdem unsre westliche Grenze durch Straßburg und Metz die Sicherheit wieder gewonnen hat, welche seit dem Verlust jener Plätze

verschwunden war, so daß inzwischen wirklich die Worte Schillers galten:

Der Gallier hüpf't über den duldenden Strom.

Sollte der Gallier gleichwohl versuchen, uns in Metz und Straßburg zu beunruhigen, würde er schon darauf gefaßt sein müssen, daß wir dann auch das Maasgebiet zurückforderten, wozu uns nötigenfalls die Kräfte nicht fehlen dürften.

Dazu kommt, daß, wenn erst der westdeutsche Bundeskörper bestände, wohl bald auch Holland, Belgien und die Schweiz es in ihrem eigenen Interesse finden würden, sich unter irgend einer Form diesem Körper anzuschließen, wie sie ehemals zum Reiche gehört hatten. Unter dem heutigen System steht das nie zu hoffen, da der Anschluß an ein zentralisiertes Militärreich den Verlust ihrer Freiheit und Eigentümlichkeit bedeuten würde, die hingegen im deutschen Westbunde ganz unbedroht wären, der ja Elemente enthielte, welche jenen Staaten selbst sehr ähnlich sind. Entstände also wieder eine innigere Verbindung mit jenen ehemaligen Reichsländern, so würde das entschieden anregend auf unsre eigene innere Entwicklung wirken, so gewiß als die Ablösung jener Länder nicht wenig zur Verengerung unsers geistigen Horizontes beigetragen hat. Es ist für unsre Literatur- und Kunstentwicklung nicht minder nachteilig gewesen als für unsre bürgerliche und politische Entwicklung, welche dadurch höchst wichtige freiheitliche Elemente verlor. In Wahrheit aber wäre der Gewinn auf beiden Seiten, denn in jenen Ländern hat sich infolge ihrer Absonderung der geistige Horizont noch weit mehr verengt, und die Zeit ist überhaupt vorüber, wo solche kleine Länder für sich allein noch eines hohen Aufschwungs fähig wären. Was sind am Ende die deutschen Schweizer, die Holländer und selbst die Flämingen als Zweige unsers Stammes, welche in ihrer Absonderung zuletzt verkümmern müssen.

Noch viel auffälliger wäre die erhebliche Vermehrung unsrer Defensivkräfte und überhaupt unsrer Machtmittel, die aus solcher Verbindung entstehn würde. Am alleraugenfälligsten in Beziehung auf das deutsche Seewesen, welches ohne den Hinzutritt Hollands nie zu großer Entwicklung gelangen dürfte. Denn Holland ist das Mündungsgebiet des größten deutschen Stromes, der für sich allein mehr bedeutet als Elbe, Weser und Ems zusammen genommen. Zu dem Rhein käme dann noch die Schelde hinzu,

und beide Ströme sind doch schon mehr auf die transatlantische Welt hin gerichtet, zu welcher hingegen unsre in die Ostsee mündenden Ströme überhaupt keine direkten Beziehungen haben. An diesen Naturverhältnissen ist nichts zu ändern. Allen Respekt vor den ehemaligen Leistungen der deutschen Hansa; aber blieben ihre Unternehmungen nicht zumeist auf das Ostseegebiet beschränkt, daher eben Lübeck das Haupt des ganzen Bundes wurde? Was man geborene Seeleute nennt, sind doch eigentlich nur unsre friesischen und holländischen Vetter, die gewissermaßen im steten Kampfe mit der See lebten. Das gab ihnen den kühnen Wagemut und den Sinn für weite transatlantische Unternehmungen, wozu die Hanseaten, wäre auch die transatlantische Welt zu ihrer Zeit schon entdeckt gewesen, sich kaum erhoben haben dürften. Nun aber ist Holland viel zu klein und zu wenig volkreich, als daß es unter heutigen Verhältnissen noch eine große Rolle in der transatlantischen Welt spielen könnte, wie es denn auch seine ehemaligen Kolonien zum größten Teil wieder verloren hat. Erst durch Verbindung mit dem großen, aber maritim viel weniger beanlagten Deutschland könnte sich das zu beiderseitigem Vorteil wieder ändern. Holland würde dann sozusagen der deutsche Admiralstaat, und so erst könnte auf ganz natürlichem Wege allmählich eine große deutsche Seemacht entstehen, welche man jetzt künstlich schaffen will.

Wie viele innere Widersprüche das neue Reich in sich trägt, haben wir zum Teil schon gesehn. Betrachten wir jetzt noch die Sache von ihrem Mittelpunkte aus, welchen offenbar das neue deutsche Kaisertum bildet. Nicht nur also, daß diese neue Schöpfung, als ein preußisches deutsches Kaisertum, schon um deswillen sich als der konzentrierteste Widerspruch darstellt, sondern ich sage noch mehr: daß überhaupt der Gedanke eines neuen deutschen Kaisertums keinen innern Sinn hat, sondern dem Gange der deutschen Geschichte wie den wahren Aufgaben der Zukunft als durchaus unangemessen angesehen werden mußte.

Die Sache zuvörderst nur nach ihrer äußern Erscheinung betrachtet, so macht von dem heutigen Reichsgebiete fast zwei Drittel für sich allein der preußische Staat aus, in welchem der Kaiser lediglich als König regiert. Die Kaiserwürde gewährt ihm da nicht einen Gran von neuer Machtvollkommenheit, und wenn also die kaiserliche Autorität als solche sich nur auf das außerpreu-

Bische Reichsgebiet erstreckt, d. h. auf ein viel kleineres Gebiet als der preußische Staat ist, — wie sonderbar, daß gleichwohl diese nach Umfang und Inhalt viel geringere Machtvollkommenheit eine höhere Würde begründen soll! Besaßen zwar auch die ehemaligen Kaiser eine Hausmacht, worauf sie sich zunächst stützten, so war doch dasjenige Autoritätsgebiet, in welchem sie allein in Kraft des kaiserlichen Amtes walteten, das viel größere, und schon damit die höhere Würde dieses Amtes realiter begründet, während heute das Gegenteil stattfindet.

Zum Zweiten, und jetzt kommen wir auf den entscheidenden Punkt, — wie war denn das ehemalige Kaisertum entstanden? Keineswegs durch eine bloße Steigerung des deutschen Königtums sondern ein seiner Bestimmung nach weit über Deutschland hinausreichendes und von dem deutschen Königtum ganz verschiedenes, internationales und universales Amt sollte es sein als Fortsetzung des alten römischen Kaisertums, wie es auch ausdrücklich sich selbst das römische nannte. Nur von daher stammte der sonst für die deutschen Völkerschaften ganz unverständliche und fremdartig klingende Kaisertitel. Was kann der aber noch bedeuten, wenn hingegen das neue Kaisertum ausdrücklich einen bloß deutsch-nationalen Charakter haben soll? Nichts weiter als ein hochklingends Wort wäre er dann. Sollte er nun auch wirklich dafür gelten indessen, was ihm realiter zugrunde läge, nur eine Erneuerung des ehemaligen deutschen Königtums wäre, so ist solche Erneuerung selbst wieder unmöglich. Denn eben unter dem Walten der großen Kaiser waren (in der eigentlichen Kaiserzeit, welche mit den Hohenstaufen endigte) zu dem ursprünglichen Deutschland im Osten ganz neue Gebiete hinzugekommen, und da wurde schon früh Böhmen zu einem besondern Königreich erhoben, in neuerer Zeit entstand das Königreich Preußen, und ungefähr ein Jahrhundert darauf das bayrische, württembergische, sächsische und hannoversche Königtum. Welchen Sinn hätte dem gegenüber ein neues deutsches Königtum?

Klar jedenfalls, daß infolgedessen die andern Königtümer in Deutschland wieder verschwinden müßten, wie ja auch mit Hannover gleich der Anfang gemacht wurde. Liegt aber vor Augen, wie aus dem alten Deutschland im Laufe so vieler Jahrhunderte eine Reihe sehr verschiedener Bildungen hervorgingen, von welchen Österreich und Preußen einen europäischen Charakter annahmen,

so heißt es geradezu die ganze Geschichte rückgängig machen wollen, wenn hinterher über das ganze wieder ein persönliches Oberhaupt treten soll, wo nach Lage der Dinge nur eine föderative Verbindung angezeigt ist, welche ein Oberhaupt — gewissermaßen als einen Oberkönig — schlechterdings ausschließt. Und wer wäre denn jetzt wohl der Oberkönig über Preußen? Oder soll etwa der deutsche Kaiser kraft dieses Amtes gegen sich selbst, nach seiner Eigenschaft als König von Preußen, unter Umständen Exekution vollstrecken? Genau dieselbe Mystifikation, als wenn jetzt in der einen und selben Person des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten je nach Bedürfnis zwei verschiedene Seelen wohnen sollen, wovon die eine in derber Liebeslust sich an den preußischen Staat anklammerte, die andre von diesem niedern Standpunkte gewaltsam sich zu der höhern Reichsidee unsrer Ahnen erhöhe. Das wäre freilich die hochpoetische Seite der neuen Reichsverfassung.

Die Wirklichkeit sieht etwas prosaischer aus. Und sehr natürlich. Denn so gewiß die Idee des ehemaligen Kaisertums den deutschen Geist erhob und seinen Horizont erweiterte, — wie der poetische und künstlerische Aufschwung in der zweiten Hälfte des Mittelalters bekundet, den die Hohenstaufenzeit hervorgerufen hatte, und wovon, als Nachwirkung, auch noch in spätern Jahrhunderten dem deutschen Geist die Richtung auf das Ideale und Universale blieb, — so konnte hingegen das neue Kaisertum, als eine in jeder Hinsicht ideelose Ausgeburt des Gothaismus, nur auf Verengerung und Abstumpfung des deutschen Geistes wirken. Darum begann seitdem nicht etwa ein Aufschwung in Kunst, Literatur und Wissenschaft, sondern ein Herabsinken in das Platte. Welchen Geist müssen wohl die „großen Erfolge“ erweckt haben, wenn unmittelbar nach Errichtung des neuen Kaisertums, welches diesen Erfolgen erst die Krone aufsetzen sollte, gerade zumeist wieder in der neuen Kaiserstadt das schmutzigste Gründertum hervorbrach?

Zum Dritten ist allbekannt, wie seit der Kirchenspaltung das katholisch gebliebene Kaisertum bei dem protestantischen Teile allmählich alle Autorität verlor. Bestand seitdem überhaupt keine rechte geistige Einheit des deutschen Lebens mehr und konnte das Kaisertum darum auch nicht mehr das Deutschtum repräsentieren, so mußte es wohl sukzessive zur leeren Form herabsinken

und zuletzt überhaupt verschwinden. Was wäre jetzt von einem neuen protestantischen Kaisertum zu erwarten? Es könnte lediglich die militärische und kommerzielle Einheit der Nation repräsentieren; was ja auch nach der Reichsverfassung bei weitem seine Hauptbestimmung ist, indem dieselbe von dem geistigen Leben, welches sich zuletzt in der Religion konzentriert, als von einer für das Reich gar nicht in Betracht kommenden Angelegenheit rundweg abstrahiert. Allein die Religion ist um deswillen nicht verschwunden, und damit äußert auch die Kirchenspaltung noch fortwährend ihren Einfluß auf das Denken, Fühlen und Streben des katholischen und protestantischen Teils, und so gewiß nun das neue Kaisertum tatsächlich ein protestantisches ist, darf es bei dem katholischen Volke nie auf rechte Sympathien rechnen, sondern wird von da aus leicht mit stillem Mißtrauen betrachtet werden. Darüber darf sich niemand täuschen. Anstatt den konfessionellen Frieden zu befördern, ist dadurch vielmehr ein Same des Unfriedens ausgestreut, wie der Kulturkampf zeigt.

Selbstverständlich ferner, daß ein neues deutsches Kaisertum, dem sich das österreichische Kaisertum schlechterdings nicht unterordnen konnte, damit auch unmittelbar die Abtrennung Österreichs von Deutschland bedeutete und voraussetzte. So wurde um deswillen das ehemalige Bundesgebiet um ein großes Stück verkleinert, statt dessen die wahre Aufgabe vielmehr gewesen wäre, es zu erweitern. Nicht nur mußte Österreich mit Deutschland verbunden bleiben, und dadurch mittelbar auch Ungarn; sondern, wie schon gesagt, Preußen hatte anderseits seine Anstrengungen darauf zu richten, daß in ähnlicher Weise mittelbar auch Polen, als ein Nebenland des östlichen Preußens, dadurch mit Deutschland in Verbindung trat.

Auf diesem Grund hätte dann ein preußisches Kaisertum entstehen mögen. Das entsprach dem realen Zug der deutschen Entwicklung, die nach Nordosten hin nicht minder über sich selbst hinausgegangen war als nach Südosten hin. Und ebenso entsprach es der natürlichen Lage und den realen Interessen der preußischen Ostseeprovinzen. Der protestantische Charakter des preußischen Staates aber, wie insbesondere seines Königshauses, würde dabei keineswegs hindernd in den Weg treten; im Gegenteil, er würde die Sache erleichtern, weil darin die wirksamste Garantie läge, daß das protestantische Preußen gar nicht darauf ausgehen könnte, das

mit ihm verbundene katholische Polen zu einer preußischen Provinz herabdrücken zu wollen. Es könnte überhaupt nicht anders, als dem Lande eine besondere Verfassung und Verwaltung zu geben und seine Nationalität ungekränkt zu lassen.

Ein solches preußisches Kaisertum wäre dann, wie das Seitenstück des österreichischen Kaisertums, so auch der natürliche Bundesgenosse desselben. Das läge wiederum in den Verhältnissen, weil nicht nur keine kollidierenden Interessen beständen, sondern das augenfälligste Bedürfnis, Hand in Hand zu gehn. Ein deutsches Kaisertum hingegen — verändert mit einem Schlage alles. Das ist nicht der natürliche Freund, sondern der natürliche Feind der österreichischen Monarchie, da es schlechterdings, sobald sich nur gute Gelegenheit böte, auf den Erwerb der deutsch-österreichischen Länder ausgehn müßte. Und hat nicht schon Bismarck vor 66 gesagt: Österreich sollte seinen Schwerpunkt nach Ungarn verlegen, was doch nichts andres heißt, als daß es sich darauf vorbereiten solle, seine deutschen Länder zu verlieren, welche sich von Budapest aus nicht lange regieren lassen dürften? Bald würde da ein Schmerzensschrei erklingen, und dann gälte es die Befreiung unsrer deutschen Brüder. Diese Eventualität begreift ein Kind. Inzwischen wirkt das neudeutsche Reich schon durch sein bloßes Dasein zersetzend auf die österreichische Monarchie, wie auch bereits deutlich genug hervortritt. Wie wenig gesichert muß unter solchen Umständen die zeitweilige Allianz zwischen dem neudeutschen Reiche und der österreichischen Monarchie sein, wo man sich auf beiden Seiten nicht traut noch trauen kann. Ach, wie viel Ungemach hat bereits der immer neu erwachsende Zwiespalt zwischen Preußen und Österreich über Deutschland gebracht! Auch nicht bloß äußeres Ungemach, denn an die preußisch-österreichische Rivalität knüpfte sich ein ganz Deutschland überziehendes Netz von Gehässigkeiten und Intriguen, zum Verderben des deutschen Charakters, dem dadurch Hinterlist und Doppeltzüngigkeit eingimpft wurde.

Woher aber kam das alles, als weil beide um den Einfluß und um die Herrschaft in Deutschland stritten, gerade als ob Deutschland selbst schon nichts mehr zu bedeuten hätte, sondern nur noch ein von Preußen oder Österreich auszunutzendes Material wäre. Darum keine Bürgschaft für eine bessere Zukunft als durch die

Bildung eines besondern westdeutschen Staatenkörpers, dem sich dann in zweiter Linie das östliche Preußen und Deutschösterreich anschließen, und durch diese wieder mittelbar auch Polen und Ungarn, was also einen dreifach abgestuften Bund ergäbe. Auf die *confoederatio arcta* folgte die *confoederatio latior* und zuletzt die *confoederatio latissima*.

Klar dabei, daß eine so erweiterte Föderation nicht in die innere Entwicklung der Bundesglieder eingreifen, sondern nur ein Zusammenwirken für einzelne bestimmte Angelegenheiten bezwecken dürfte. Vor allem was den militärischen Schutz und den materiellen Verkehr betrifft, wobei die Verschiedenheit der Nationalität und des Kulturgrades der hier verbundenen Elemente wenig in Betracht käme, insofern doch in Beziehung auf jene Angelegenheiten ein greifbares gemeinsames Interesse bestände. Das aber anerkannt, eröffnet sich sogar noch eine weitere Perspektive. Denn warum sollte Österreich nicht zur Handhabe dienen können, um allmählich auch die Länder an der untern Donau heranzuziehen, wie desgleichen Preußen im Nordosten allmählich seine Wirksamkeit bis an den Peipussee und die Beresina ausdehnen könnte? Schlössen sich dann anderseits an den westdeutschen Bundeskörper wieder Holland, Belgien und die Schweiz an, so wäre damit der mitteleuropäische Bund vollendet.

Dies wäre in großen Umrissen das Bild des Ganzen. Die nachfolgenden Erörterungen werden dazu dienen, um das Befremdende, das die Sache auf den ersten Blick haben möchte, verschwinden, wie anderseits die große praktische Wichtigkeit derselben hervortreten zu lassen.

Nichts lag uns ferner als an Repristinationen zu denken, wenn wir gelegentlich auf das ehemalige mittelalterliche Reich zurückblickten. Wir bestehn aber darauf, daß sich darin eine Idee aussprach, welche durchaus nicht an die feudale Form gebunden ist, unter der sie im Mittelalter auftrat. Und wie schon gesagt, der Feudalismus selbst war doch in vieler Hinsicht nur ein roher Föderalismus. Er war an und für sich ein synthetisches Prinzip, wodurch es zugleich ermöglicht wurde, daß den dadurch verbundenen Gliedern diejenige Selbständigkeit verblieb, welche ihre Eigentümlichkeit verlangte, indem er nirgends auf Uniformität ausging.

So z. B. war Böhmen entschieden ein Reichsland, aber von der Kreisverfassung und von dem Kammergericht eximiert, in seiner Rechtentwicklung ganz unabhängig. Ähnlich stand es gewissermaßen mit den Niederlanden und mit Lothringen, deren Zugehörigkeit zum Reiche unfraglich war, obwohl sie doch gewiß ein viel anderes Verhältnis zu demselben hatten, als etwa Sachsen oder Bayern. Wäre es nun besser gewesen, jene Länder hätten überhaupt nicht zum Reiche gehört, damit das Übrige umso gleichmäßiger behandelt werden konnte? Das wird man schwerlich behaupten wollen. In Lehnsabhängigkeit vom Reiche stand ferner zeitweilig Polen, oder wenigstens ein Teil desselben, aber mehr als eine Oberhoheit war das nicht, und zu einem Reichslande war Polen um deswillen nicht geworden. Dasselbe gilt von dem Lehnsverbände, in welchem die italienischen Länder des burgundischen Königreiches zu dem Kaisertum standen, inloedgedessen die Autorität des Reiches — dasselbe im weitesten Sinne genommen — tief in Italien hinein und bis an die Provence reichte. So entfaltete sich der Reichsverband, von den innern Reichsländern angefangen, in einer Reihe von immer loser werdenden Verbindungen, die zuletzt fast rein völkerrechtlich aussah. Und ganz ähnlich würden die verschiedenen Stufen der Föderation sein, von welchem wir oben gesprochen.

Nun sagt man freilich: solche zwischen staatsrechtlichem und völkerrechtlichem Charakter schwankende Verbindungen hätten nur für das Mittelalter gepaßt, die neuere Zeit hingegen dränge auf klar formulierte Verhältnisse, auf abgeschlossene politische Körper, wonach an ähnliche Bildungen nicht wieder zu denken sei. Und so viel ist auch ganz richtig, daß die neuere Zeit durch die Herrschaft der Staatsidee charakterisiert ist. Wie aber, wenn eben diese neuere Zeit auch schon selbst wieder zu Ende ginge, indem darauf die neueste Zeit folgte, wo vielmehr das Bedürfnis hervorträte, über den bloßen Staatsverband zu umfassendern Verbänden hinauszugehn? Nicht etwa, daß das einen Rückfall in den Feudalismus bedeutete, sondern die Sache wäre ganz einfach die, daß damit die Periode des Föderalismus begönne. Lag es also in den mittelalterlichen Verhältnissen begründet, daß die italienischen und burgundischen Länder in Verbindung mit dem deutschen Reiche traten, und daß dies unter feudalen Formen geschah, so drängt die Zukunft vielmehr zu einer Verbindung mit unsern öst-

lichen Nachbarländern, und unter föderativen Formen, wodurch dann allmählich der große mitteleuropäische Bund zustande kommen würde.

Ein Staat freilich kann und soll dieses Gebilde nicht sein, selbst nicht ein Bundesstaat, sondern es ginge über die Staatsidee überhaupt hinaus. Wäre es aber um deswillen ein Nichts, weil die herrschende Doktrin dafür keine Begriffe hat? Wie weit ist unsre dermalige Schulwissenschaft rücksichtlich der sozialen Fragen hinter den Aufgaben der Zeit zurückgeblieben, und rücksichtlich der politischen und internationalen Fragen dürfte es nicht anders stehn. Denn ich behaupte vielmehr: daß ein solcher föderativer Körper zustande käme, so sehr dieser Gedanke auch den einstweilen noch herrschenden Begriffen widersprechen möchte, muß geradezu als eine Lebensfrage für unsre zukünftige Weltstellung gelten.

Täuschen wir uns doch nicht über die wirkliche Bedeutung des neuen Deutschlands, weil wir so viele Schlachten gewannen und so große Armeen gefangen nahmen, wie vordem noch nie gesehn. Deutschland ist dadurch nur um ein kleines Stück größer geworden, während es anderseits auf den ganzen Komplex der deutsch-österreichischen Länder verzichtete, und wie sollten nun wohl seine reellen Machtmittel gewachsen sein? Nichts weiter ist folglich das eigentliche Resultat, als daß es sich selbst in eine Lage versetzte, die es zu immer höherer Anspannung seiner Militärkräfte nötigt. Inzwischen entwickeln sich die großen Weltverhältnisse fort, und wir haben trotz unsrer gewaltigen Armee, die ununterbrochen auf dem Posten steht, fast nur das Zusehn. Außerhalb Europas vermögen wir damit überhaupt nichts auszurichten, in Europa aber könnten wir doch auch nur vernichtende Schläge auf unsre unmittelbaren Nachbarländer richten, und was hätten wir davon? Was insbesondere, wenn wir noch einmal Frankreich darniederwürfen? Die Eventualität einer französisch-russischen Allianz läge dann umso näher, und wir müßten erst recht ununterbrochen auf dem Posten stehn. Anderseits könnten wir vielleicht die österreichische Monarchie zerstören, allein damit hätten wir direkt für Rußland gearbeitet, welches dabei ganz ebenso den Hauptteil der Beute davontragen würde, wie vordem bei der Teilung Polens geschah. Was helfen uns nun die Lorbeeren, mit

denen wir uns bedeckten, wenn sie uns selbst nur neue Lasten auferlegen? Eine sterile Erwerbung!

Soll hingegen die militärische Machtstellung, die das neu-deutsche Reich errungen, zu einem reellen und dauernden Gewinn für Deutschland und zu einem heilsamen Umschwung des europäischen Systems führen, so muß sie dazu dienen: Rußland in die Grenzen zurückzuweisen, die es schon so weit überschritten zum größten Schaden für Deutschland und bedrohlich für die ganze abendländische Zivilisation. Allein damit entstände sofort auch die Frage: was denn hinterher aus den Ländern werden sollte, die Rußland wieder abzutreten gezwungen worden wäre?

Zunächst im Nordosten, wohin sich der Hauptangriff richten müßte, weil da seit Peter dem Großen der Schwerpunkt der russischen Macht liegt, und da wäre das am meisten in Frage kommende Objekt offenbar Polen. Dieses von Rußland wieder abzureißen, würde für Preußen unter den heutigen Umständen keine gar schwierige Sache sein, die eigentliche Schwierigkeit vielmehr, welche Stellung hierauf Polen einzunehmen hätte? Eine Schwierigkeit, die, wie wir schon gesehen, nur dadurch zu lösen wäre, daß Polen ein mit Preußen verbundenes Nebenland würde. Allein dem eben steht entgegen, daß Preußen jetzt mit dem neuen Reiche verquickt ist, welches seinerzeit wieder zur Zentralisation, zur Uniformität und vor allem zur nationalen Abgeschlossenheit hinstrebt, was folglich eine solche Verbindung nicht zuließe. Je größere Ländergebiete nun Rußland abzutreten hätte, umso größer hinterher die Schwierigkeit.

Ferner wäre eine dauernde Sicherstellung gegen das Vordringen der russischen Macht nur möglich durch Mitwirkung Österreichs. Denn Rußland muß nicht nur hinter die Düna, sondern auch hinter den Dniester zurückgewiesen und der Weg in die Balkanländer ihm für immer verlegt werden. Durch ein stetiges Zusammenwirken von Deutschland und Österreich wäre dies sehr wohl zu ermöglichen, wozu aber wieder als unerläßliche Voraussetzung eine organische Verbindung zwischen Deutschland und Österreich gehörte.

Da sieht man, was die heutige Abtrennung Deutschlands von Österreich bedeutet. Will sagen: wie vorteilhaft sie für Rußland war, und welche Gefahren hingegen für die Zukunft Deutschlands daraus entspringen. Findet diese verhängnisvolle Folge des Sy-

stems von 66 trotzdem bis heute noch so wenig Beachtung, so zeigt sich eben darin der große Irrtum, den wir schon wiederholt hervorgehoben, als ob die deutsche Frage außer Zusammenhang mit der europäischen Politik zu verstehen und zu behandeln sei. Insbesondere aber zeigt sich hier die sozusagen einseitig westliche Tendenz, von der wir seines Ortes sprachen. Denn ganz demgemäß tut das neue Reich gerade so, als ob ihm nur von Westen her Gefahren drohten, wogegen sich zu schützen das entscheidende Motiv für seine Haltung sein müßte. Mit ängstlicher Aufmerksamkeit wird darum alles beobachtet, was im Innern Frankreichs vorgeht, was hingegen in unsern östlichen Grenzländern und in den untern Donauländern vorgeht, scheint für dieses Reich nur geringes Interesse zu haben. Es erklärt sich ausdrücklich für unbeteiligt dabei und will vorkommendenfalls nur den ehrlichen Makler spielen.

Man sage doch aber, was daraus entstehn sollte, wenn die heutige Stellung Rußlands im östlichen Europa sich immer mehr befestigte? Offenbar folgte daraus in Polen, Litauen und Livland die fortschreitende Russifizierung, und was das für Preußen und somit auch für Deutschland bedeutete, kann ein Kind begreifen. In den untern Donauländern freilich ist zur Zeit von einem status quo kaum zu reden, sondern die Dinge sind da in Fluß gekommen, die Bewegung hat sogar die ganze Balkanhalbinsel ergriffen, und es liegt vor Augen, wie Rußland die dortigen slawischen Völkerschaften immer mehr mit seinen Netzen zu unspinnen strebt. Gelänge es aber der russischen Macht, sich da festzusetzen, so wäre ihr weiteres Vordringen bis an den Bosphorus nur noch eine Frage der Zeit. Rußland würde ganz in derselben Weise wie einst die Türken nach Konstantinopel gelangen. Und dürfte dann Rußland nur erst den Bosphorus und die Dardanellen haben, so wollte es auch den Sund haben, wonach es schon seit lange begehrt geblickt. Über alle dies ist kein Wort mehr zu verlieren.

Was soll denn aber geschehn, damit jene Länder, nachdem sie die Türkenherrschaft abgeschüttelt, nicht statt dessen unter russische Herrschaft geraten? Jedes für sich allein können sie eben nicht bestehn, und daß sie zu ihrem Schutz eine besondere Föderation bildeten, ist nicht nur nach Lage der Umstände schon an und für sich eine Chimäre, sondern selbst solche Föderation würde der

russischen Macht keinen nachhaltigen Widerstand leisten können, vielmehr dem russischen Einfluß tausend Kanäle offen halten. Nur dadurch ist hier ein einigermaßen geordneter Zustand und ein sicherer Damm gegen Rußland herzustellen, daß diese Völkerschaften unter irgend einer Form sich an die österreichische Monarchie anlehnen, welche hier als Mediator in ihren Differenzen und als Protektor nach außen aufzutreten hätte. Allein Österreich sähe sich damit vor einer Aufgabe gestellt, der es selbst wieder nicht gewachsen wäre ohne eine feste Verbindung mit Deutschland. Noch mehr: ohne dies würde es in sich selbst verdumpfen und der Stagnation verfallen, weil es nur durch Deutschland in lebendigem Zusammenhang mit der westeuropäischen Kulturentwicklung steht, und nur durch Deutschland auch noch einen Hauch aus der transatlantischen Welt empfängt. Und um wie viel mehr gilt dies erst für die vorgedachten Völkerschaften! So stände andererseits auch Polen nur durch Preußen mit der See in Verbindung, wie zugleich mit der abendländischen Kultur.

Man sieht, wie sehr hier alles bedingt ist durch das Verhältnis, in welchem Preußen und Österreich zu einander und leider wieder zu dem übrigen Deutschland stehn. Eine natürliche Folge daher, daß auch wieder das Urteil über die vorliegenden Entwürfe davon abhängt, wie man über die Ziele deutscher Entwicklung denkt. Selbstverständlich dann, daß auf dem Standpunkt des Gothaismus — wonach Preußen den Beruf haben soll, die deutsche Einheit zu begründen, um darauf mit Deutschland in Eins zu verschmelzen, während hingegen Österreich um deswillen von Deutschland abzutrennen wäre, — selbstverständlich, daß auf diesem Standpunkt von solchen Projekten überhaupt keine Rede sein könnte. Betrachtet man hingegen Preußen und Österreich als die beiden, zwar untrennbar mit Deutschland verwachsenen, aber weit darüber hinausgewachsenen, großen deutschen Marken, welche von ihrem Ursprung an die Bestimmung hatten, über Deutschland hinauszuwirken, so stellt sich die Sache mit einem Schlage ganz anders dar, indem dann nur die ganz natürliche Fortentwicklung altbegründeter Verhältnisse darin liegen würde. Und so haben wir desgleichen kurz zuvor gesehn, wie die Begründung einer solchen *confederatio latissima* nur die zeitgemäße Metamorphose der großen Idee wäre, welche in dem ehemaligen Reiche, zur Zeit seiner Kraft und universalen Geltung, zum Ausdruck gekommen war.

Wer aber trotz dem allen in diesem Projekte noch etwas Ungeheuerliches fände, der erwäge doch nur, daß ja wirklich nichts weiter dazu gehörte, als daß die heute für einstweilen zwischen dem neuen Reiche und der österreichisch-ungarischen Monarchie tatsächlich bestehende Allianz sich in eine organische Verbindung verwandelte, und eine *confœderatio latior* wäre schon da, die *latissima* vorbereitet. Und war nicht der ehemalige deutsche Bund selbst nur ein unklar schwankendes Mittelding zwischen der *confœderatio arcta* und *latior*? Was mich betrifft, ich hatte die Forderung der Erweiterung des deutschen Bundes zum mitteleuropäischen Bunde schon im Jahre 48 ausgesprochen.

Es erübrigt noch zu zeigen, welche praktische Folgen sich daraus ergeben würden auf dem Gebiete der materiellen Interessen.

Zeigt schon ein Blick auf die Landkarte, welche einen mißgestalteten und auf die Dauer gar nicht haltbaren Körper das neue Reich nach seiner territorialen Abgrenzung bildet, so wird auch jedem Denkenden einleuchten, welche große Schwierigkeiten nicht nur in strategischer Hinsicht sondern noch viel mehr in volkswirtschaftlicher Hinsicht daraus entspringen müssen. Denn lassen zwar die strategischen Schwierigkeiten durch Festungsbauten und Verstärkung der Armee sich einigermaßen paralisieren, wenn auch nur mit großen Opfern, so ist in Beziehung auf die volkswirtschaftliche Entwicklung, welche sehr viel mehr an Naturverhältnisse gebunden ist, durch künstliche Mittel um deswillen auch viel weniger auszurichten. Und wieder umso weniger, je größer die Nation und das Land ist, welches dabei in Frage kommt.

Noch einmal wiederholen wir, was man nie genug sagen kann, weil es von der herrschenden Doktrin fast ganz verkannt ist: daß alle volkswirtschaftlichen Lehren und Unternehmungen von der Betrachtung der Naturverhältnisse ausgehen müssen, und daß schon um deswillen nur mit großer Vorsicht von einem Lande auf das andre exemplifiziert werden darf. Nehmen wir z. B. England, von woher ja eben die herrschende Doktrin stammt, — was ist es denn seiner natürlichen Gestaltung nach? Ein Inselstaat mit hafenreichen Küsten, in welchen noch obendrein Meeresbuchten so tief hineinreichen, daß man das ganze Land durchschneidende Seeschiffahrtskanäle anlegen konnte, wodurch es wie zu einem großen Emporium wurde. Da mag darum die ganze Volkswirtschaft sich im Handel konzentrieren, und der Handel wieder mag

sich in den freiesten Bahnen bewegen, denn durch die englische Seeherrschaft unterstützt wird er überall Absatzgebiete wie Einkaufsgebiete finden. Die ganze Welt steht ihm offen, und stockt hier oder da das Geschäft, so findet sich wohl anderseits ein Ersatz dafür. Wie aber könnte der auswärtige Handel Deutschlands, welches rücksichtlich der vorgedachten Punkte fast den Gegensatz zu England bildet, je denselben Umfang oder gar die Beweglichkeit des englischen Handels gewinnen?

Das englische Freihandelssystem, welches unsre Kathederwissenschaft mit so wenig Überlegung bei uns importierte, paßt also für deutsche Verhältnisse ganz ebenso, als wenn man anderseits die englische Parlamentsregierung bei uns nachahmen wollte, was doch auch schon vielfältig projiziert und gefordert ist. Erhebt sich aber jetzt ein entschieden wachsender Widerspruch gegen dieses englische System, so verfällt man in einen kaum geringern Irrtum, wenn man hingegen auf Frankreich exemplifiziert, wo sich das Zollschutzsystem so heilsam erwiesen habe. Möchte es doch! Wie dieses System bei uns wirken würde, ist eine andre Frage.

Ganz chimärisch wäre vorweg die Hoffnung, daß darin ein Mittel zur Lösung der sozialen Mißstände läge, und infolgedessen auch zur Bekämpfung des Sozialismus, wie gleichwohl auch gemeint wird. Steht nicht das Schutzzollsystem ganz ebenso auf dem Boden des Kapitalismus als das Freihandelssystem, nur mit dem einzigen Unterschiede, daß dort statt des Handelskapitals das Industriekapital in den Vordergrund tritt? Und doch ist es gerade die Kapitalherrschaft, welche zu beseitigen das Hauptstreben des Sozialismus ist, wie er sich auch in erster Linie gerade gegen das Industriekapital richtet, dessen Druck die arbeitenden Klassen ganz unmittelbar empfinden, während ihnen die Folgen des kommerziellen Kapitalismus lange nicht so deutlich vor Augen liegen. Und wie soll nun das Schutzzollsystem dazu helfen, den Sozialisten den Mund zu stopfen? Ja, wenn es den Schutz der Industriearbeiter bedeutete, das wäre etwas, statt dessen schützt es aber in erster Linie nur die Interessen des Industriekapitals. Denn wenn zwar der Zollschutz für einstweilen den feiernden Arbeitern wieder Arbeit verschaffen möchte, so bliebe doch immer die Sache, daß die Fabrikanten dabei unverhältnismäßig mehr gewöhnen als die Arbeiter.

Käme dann das Fabrikwesen, nebst dem Bergbau wieder in größern Flor, so würde es sich auch umsomehr ausbreiten, und mit der Vermehrung der Fabrikarbeiter vermehrten sich hinterher auch die Rekruten des Sozialismus. Nein, so leicht ist der sozialen Frage nicht beizukommen, deren Kern vielmehr damit umgangen werden soll. Auch meine ich wohl, um uns darüber aufzuklären, müßte schon das eine genügen, daß gerade aus dem schutzzöllnerischen Frankreich der Sozialismus zu uns kam.

Sehn wir uns aber jetzt Frankreich näher an, so ist es eben auch wieder ein viel andres Land als Deutschland, daher auch nicht entfernt zu erwarten steht, daß uns das Schutzzollsystem dieselben materiellen Vorteile bringen würde wie dort. Denn ganz abgesehn davon, daß Frankreich einen von Natur reichern Boden hat, und sein milderes Klima überhaupt das Leben leichter macht, so ist es auch ein wohlabgerundetes Gebiet, dessen Teile zugleich fast überall durch Fluß- und Kanalschiffahrt in Verbindung stehn. Fehlt uns nun zwar nicht die Flußschiffahrt, so ließe ein dem französischen gleichkommendes Kanalsystem sich jedenfalls nur im nördlichen Deutschland herstellen, während — was die Hauptsache wäre — Kanalverbindungen zwischen dem nördlichen und südlichen Deutschland durch das deutsche Mittelgebirge fast ganz ausgeschlossen blieben, wie dann auch im südlichen Deutschland selbst wieder kaum an Kanalverbindungen zu denken wäre. Ferner ist das mehr nach Westen hingeleogene Frankreich um deswillen auch günstiger für den Welthandel gelegen, da es noch außerdem zugleich eine ozeanische und eine mediterrane Küste hat, die sich gewissermaßen ergänzen, statt dessen Deutschland nur nach einer Seite vom Meere bespült wird. Und zwar statt des Mittelmeeres von der sehr viel unbedeutendern Ostsee, statt des Ozeans doch nur von der Nordsee.

Überhaupt bildet Deutschland von Natur kein einheitliches Verkehrsgebiet sondern das Rheingebiet, welchem sich einigermaßen das Ems- und Wesergebiet anschließen, bildet ein Gebiet für sich, dessen kommerzielle Entwicklung aber gelähmt bleibt, so lange gerade das am meisten maritim beanlagte Holland nicht dazu gehört. Das Elbgebiet vermittelt dann den Übergang zwischen West und Ost, indem die rechte Seite desselben schon mehr auf die Ostsee hindeutet als auf die Nordsee, und was nun das eigentliche nordöstliche Deutschland betrifft, das leidet durch die russi-

sche Grenzsperrre und würde sich kommerziell erst recht entwickeln können, wenn das sarmatische Tiefland hinzukäme. Das südöstliche Deutschland endlich ist einerseits durch die Donau auf den Pontus hingewiesen, anderseits auf das adriatische Meer, von welchem es aber durch den breiten Gürtel der Alpen getrennt ist, die den Transport außerordentlich erschweren. Fast ganz ausgeschlossen ist dadurch der Handel mit groben massigen Artikeln, die hingegen für England (Kohlen und Eisen) die Basis seines ganzen Schifffahrtsverkehrs bilden, woran sich dann wieder der Handel anschließt.

Einleuchtend nach dem allen, daß ein so überwiegend kontinentales, dabei so großes und volkreiches Land wie Deutschland nur gedeihn kann durch möglichst gesicherte und stabile Handelsverhältnisse. Dazu würde dann rücksichtlich des transatlantischen Handels in erster Linie die Verbindung mit Holland gehören, rücksichtlich des mediterranen und pontischen Handels die Verbindung mit Österreich. Am wichtigsten aber bleibt für uns immer der Landhandel, und wie nun die Hauptbasis alles Handels der Austausch zwischen Naturprodukten und Industrieprodukten bildet, so würde unsre bereits weit über den eignen Bedarf produzierende Industrie ihr sicherstes Absatzgebiet in unsern östlichen Nachbarländern finden, einschließlich der Länder an der untern Donau bis an den Pontus hin. Alles Länder, deren Ackerbau noch einen großen Aufschwung verspricht, wie hingegen alle von geringer industrieller Beanlagung. Und warum auch sollte man sich da auf Industrie verlegen, wo noch so viele Bodenschätze unbenutzt sind, und wenn anderseits die gewonnenen Ackerbauprodukte bei uns einen gesicherten und lohnenden Absatz fänden? So importieren wir ja schon jetzt von daher sehr bedeutende Quantitäten an Getreide und Viehzuchtprodukten, nur daß wir diese Importe statt ganz mit unsern Fabrikaten zum größten Teil mit barem Gelde bezahlen.

Taugt uns also der Freihandel nicht, der bloße Schutzzoll wird auch wenig helfen. Müßte er doch gerechterweise die landwirtschaftlichen Produkte nicht minder umfassen als die Industrieprodukte, und worauf liefe das zuletzt hinaus, als daß zwar alle Produzenten ihre eignen Produkte höher verwerten könnten, dafür aber auch alle ihre Bedürfnisartikel umso teurer bezahlen müßten. Denn das ist eine unhaltbare Behauptung, daß der

Schutzzoll keine Verteuerung der importierten Waren bewirken würde, sondern lediglich der auswärtige Produzent den Zoll zu tragen hätte. Nur unter besondern Umständen mag das teilweise zutreffen, die Hauptlast aber fällt jedenfalls auf den inländischen Verbraucher, der infolgedessen teurer kaufen muß. Oder wozu forderten die inländischen Produzenten den Schutzzoll, wenn nicht eben deshalb, damit sie ihre Produkte teurer verkaufen könnten? Mit solchem Gerede widerspricht man sich selbst. Fest steht dabei nur, daß die Reichskasse sich höherer Zolleinkünfte erfreuen würde. Das Volk befände sich dabei um nichts besser, am allerwenigsten die arbeitenden Klassen, welche an dem Gewinn der Fabrikanten, Bergwerksbesitzer und großen Landwirte nur wenig partizipieren dürften, umso gewisser aber selbst einen großen Teil von der neuen Zollast zu tragen hätten, bei sehr geringer Aussicht, daß dafür eine anderweitige Steuererleichterung einträte.

Nein, daß ist nicht die Einleitung zu einer unsrer Lage entsprechenden Handelspolitik, deren wahres Ziel vielmehr sein muß, uns zu gesicherten und stabilen Handelsverhältnissen zu verhelfen durch ein naturgemäßes Handelsgebiet, wohin wir nur gelangen können durch die mitteleuropäische Konföderation. Die Streitfrage, ob Freihandel oder Schutzzoll, verdunkelt hier lediglich die wahre Aufgabe und verwickelt uns in leere Schulfuchserieen.

Um also noch deutlicher zu erkennen, wie sehr es wirklich für Deutschland auf das Handelsgebiet ankommt, vergegenwärtigen wir uns nur, was bei uns geschah. Hatte nämlich der Zollverein die deutsche Industrie allmählich so gehoben, daß sie schon weit über den inländischen Bedarf produzierte, so erweiterte sich dann der Zollverein durch den Beitritt des Steuervereins (Hannover und Oldenburg) d. h. eines industriearmen aber sehr konsumtionsfähigen Gebietes, wodurch nun die zollvereinsländische Industrie für die nächste Zeit wieder genügenden Absatz gewann. Allein inzwischen dehnte sie sich auch fortwährend aus. Da wurden nach 66 wieder Schleswig-Holstein und Mecklenburg in den Zollverein aufgenommen, abermals industriearme aber konsumtionsfähige Gebiete, was folglich auch wieder für einige Jahre Aushilfe verschaffte. Ganz anders, als nach 71 vielmehr der industriereiche Elsaß hinzutrat, während außerdem die Milliarden noch überall neue Industrieunternehmungen hervorriefen, ohne daß irgendwo neue Absatzgebiete gewonnen wären.

Wo sollte das hinaus? Der Rückschlag war unvermeidlich. Und wo ist nun Hilfe, nachdem unsre Industrie so fortgeschritten, daß sie schlechterdings auswärtige Absatzgebiete fordert, auch viele deutsche Landschaften schon so übervölkert sind, daß Industrieverdienst ihre Existenzbedingung geworden ist, indessen es doch mit dem überseeischen Absatz mißlich steht, und unsre Nachbarländer uns Zollgrenzen entgegensetzen? Diese Zollgrenzen zu beseitigen, möchte dann wohl am wichtigsten sein. Das aber ist nur auf unsrer Ostseite zu ermöglichen, wodurch uns dann ein großes sicheres Absatzgebiet erschlossen werden könnte. Und damit kämen wir wieder auf den mitteleuropäischen Bund zurück.

Selbstverständlich, daß das keine Sache von heute auf morgen wäre. Hat ein Vierteljahrhundert dazu gehört, um den deutschen Zollverein zum Abschluß zu bringen — dem doch Hamburg und Bremen noch bis heute nicht beitraten, — so wird die Herstellung eines großen mitteleuropäischen Handelsgebietes nicht weniger Zeit fordern. Umsomehr aber muß man darauf hinarbeiten. Von einem eigentlichen Zollverein kann da freilich zunächst keine Rede sein. Man muß die Sache erst durch Handelsverträge vorbereiten, dabei aber rundweg mit der für Deutschland gänzlich unpassenden Freihandelsmaxime brechen, wonach es gleichviel sein soll, von wem man kaufe und an wen man verkaufe. Damit ist eben keine feste Kundschaft zu gewinnen, die sich nur bildet, wo eine Hand die andre wäscht. Demnach werden wir z. B. sagen müssen: „Kaufst du Ungar oder du Serbe unsre Tuche und Quincaille, so kaufen wir auch deine Weine und Schweine, wenn nicht, dann nicht.“ Also nichts mehr von gleicher Behandlung aller Nationen, sondern um einen Handelsbund vorzubereiten, helfen nur Differenzialzölle.

In Summa: unsre materielle Entwicklung weist uns in erster Linie auf unsre östlichen Nachbarländer hin, und daß diese sich an Deutschland anschließen, davon hängt geradezu unsre ökonomische Zukunft ab. Man sieht demnach, wie auch unter diesem Gesichtspunkte die deutsche Frage über Deutschland selbst hinausführt, und wie sehr unsre innern Zustände durch die sogenannte auswärtige Politik bedingt sind. Denn damit jene Länder für den deutschen Handel gewonnen würden, dazu gehörten offenbar erst große politische Veränderungen, und eben solche Veränderungen herbeizuführen, hätte dann das Hauptziel einer wahrhaft deut-

schen Politik sein müssen. Was sollen wir also sagen, wenn hingegen Preußen, welches doch die deutsche Politik dirigierte, seine Tatkraft statt nach Osten vielmehr nach Westen richtete? Ist jetzt offiziell eingestanden, daß das seit 66 befolgte ökonomische System sich nicht bewährt habe, — wird man nicht endlich auch zu der Einsicht und zu der Erkenntnis gelangen müssen, daß hier nicht bloß ökonomische Mißgriffe vorliegen, sondern daß vielmehr das ganze politische System von 66, als worauf doch im letzten Grunde auch unsre heutige ökonomische Situation beruht, verfehlt war? Denn die Handelspolitik und die sogenannte hohe Politik müssen doch zusammenstimmen und ineinandergreifen. Unmöglich, daß die eine sich in östlicher, die andre sich in westlicher Richtung bewegen könnte.

Hat Preußen sich um die Gründung und Fortbildung des Zollvereins unstreitige Verdienste erworben, so bleibt doch nicht minder gewiß, daß es dabei in erster Linie nur seine Machtstellung im Auge hatte, indem der Zollverein ihm den Weg zur Herrschaft in Deutschland bahnen sollte. Das war seine Hauptabsicht dabei. Allein anderseits konnte Preußen wieder nichts Entscheidendes in Deutschland unternehmen, ohne sich den Rücken zu decken durch die russische Freundschaft, welche wieder nur zu gewinnen war durch den Verzicht auf jede aktive Politik nach dem europäischen Osten hin, der darum rundweg Rußland überlassen blieb. Noch mehr: damit Preußen die Herrschaft in Deutschland erlange, mußte Österreich von Deutschland abgetrennt werden, und um das vorzubereiten, dafür diente wieder für Preußen seine Oberleitung des Zollvereins, an welchem deshalb Österreich keinen Anteil nehmen durfte. Demgemäß wurden seinerzeit die österreichischen Anträge zu einer Zollvereinigung nicht nur preußischerseits abgewiesen sondern durch den Handelsvertrag mit Frankreich absichtlich eine Lage geschaffen, welche solche Zollvereinigung so gut wie unmöglich machte. Um seiner Herrschaftszwecke willen hatte also Preußen die Ausdehnung des deutschen Handelsgebietes nach Osten hin verhindert, und solche tiefe Schädigung der deutschen Interessen nannten die Gothaer Preußens deutschen Beruf. Gut denn. Aber wie nun, wenn hingegen der von Preußen geleitete Zollverein zu einer industriellen Entwicklung führte, für welche gerade das östliche Absatzgebiet zu gewinnen zuletzt zur Lebensfrage werden mußte?! Da wären wir offenbar in eine Sack-

gasse geraten. Und dies zu erkennen, ist von höchster Wichtigkeit, weil damit auch erst die ganze Größe der Schwierigkeit klar wird, in der wir uns befinden, und wie wenig demnach zu hoffen steht, darüber mit dem bequemen Mittel eines Schutzzollsystems hinwegzukommen.

Ist es nicht dieselbe Sackgasse, als in welche wir dadurch gerieten, daß uns jetzt unsre politische Stellung zu einer fortwährenden Steigerung des Militäraufwandes zwingt? Wohl könnten wir, neben dieser politischen und ökonomischen Sackgasse, auch noch von einer parlamentarischen Sackgasse reden, da auf dem parlamentarischen Gebiete die Verwirrung schon so groß geworden, daß man nicht mehr ein noch aus weiß, doch bleibe das hier beiseite. Wir haben an der doppelten Sackgasse schon übergenug, und es wird große Künste kosten, aus beiden wieder herauszukommen. Nichts geringeres als ein totaler Umschwung dürfte dazu gehören.

Solcher Umschwung aber vollzogen, so würde dann auch die Möglichkeit gewonnen sein, die Begründung des mitteleuropäischen Bundes tatkräftig in Angriff zu nehmen. Und jeder Schritt, welchen wir in dieser Richtung vorwärts täten, brächte uns doppelten Gewinn, indem dadurch nicht nur ein naturgemäßes Handelsgebiet geschaffen, sondern auch eine solche Fülle von Defensivkräften vereinigt würde, daß jedes Bundesglied nur eine geringe Armee zu halten brauchte, und folglich auch das Militärbudget um ebensoviel herabsänke, indessen zahllose Hände zu produktiven Arbeiten zurückkehren könnten. Keine Macht der Erde würde diesen Bund anzugreifen wagen, der anderseits selbst keine aggressiven Tendenzen verfolgen könnte. Ein Friedenssystem wäre damit begründet, desgleichen Europa noch nie gesehn. Und welche Ehre dann für Deutschland, die Basis solches Friedenssystems zu bilden, statt dessen es durch das System von 66 vielmehr zur Basis des europäischen Militarismus geworden ist, der uns selbst das Mark aussaugt.

DIE INTERNATIONALE ORGANISATION

STEHN WIR JETZT VOR DER LETZTEN UND HÖCHSTEN Stufe föderativer Entwicklung, so ist damit auch die schwierigste Aufgabe gestellt. Und schwierig nicht nur wegen ihres Umfanges wie wegen der vielen und großen Hindernisse, welche dabei in der Praxis zu überwinden wären, sondern auch wegen der Neuheit der Sache, zu deren rechtem Verständnis das allgemeine Bewußtsein nur erst wenig vorbereitet ist.

Nicht zwar, daß überhaupt noch nicht davon geredet sei oder geredet werde, sondern als eine wünschenswerte Sache erscheint bei einiger Überlegung die internationale Organisation wohl schon jedermann. Allein darin liegt die Schwierigkeit, daß diese Idee sich noch nicht mit dem allgemeinen politischen Denken derart amalgamiert hat, so daß sie sich als eine notwendige Folge der anderweit anerkannten Prinzipien darstellte, sondern als etwas Danebenliegendes, von welchem man daher auch ganz absehn könnte. Genau so, wie es in der bisher noch herrschenden politischen Wissenschaft geschieht, von welcher ja einerseits das allgemeine Denken seine Richtung empfängt, wie sie anderseits selbst auch wieder nur den allgemeinen Zustand der Geister abspiegelt.

Und da ist es nun eine unbestreitbare Tatsache, daß diese Wissenschaft sich in den Fragen der Staatsorganisation konzentriert, womit offenbar für die Fragen der völkerschaftlichen Organisation gar kein Maßstab gegeben sein kann. Die Völkerverhältnisse aber werden dann höchstens nach ihrer rein rechtlichen Seite betrachtet, was doch für die Organisation nicht entfernt ausreicht, und das Völkerrecht gilt wiederum als etwas ganz Besonderes, was mit dem Privatrecht und Staatsrecht kein gemeinsames Prinzip hätte, oder gar wohl für ein politisches System überhaupt außer Rechnung bleiben könnte. In solcher Weise verfährt zum Beispiel selbst Stahl, für dessen so anspruchsvoll auftretende und doch so dürftige Weisheit die großen Weltverhältnisse gar nicht zu existieren scheinen. Klar demnach, wie die Forderung einer internationalen Organisation, nach ihrer theoretischen Seite, zugleich die Forderung eines wissenschaftlichen Umschwungs in sich schließt, der sich auch wirklich bereits zu vollziehn beginnt.

Ganz entsprechend also jener beschränkten Auffassung der

Sache seitens der herrschenden Wissenschaft, gelten einstweilen die internationalen Fragen noch kurzweg für eine auswärtige Angelegenheit, welche mit den Fragen der innern Entwicklung nichts zu schaffen hätte. Der Föderalismus ist über solche Trennung von innerer und äußerer Politik von Anfang an hinaus, die Trennung aber zugegeben, so bilden dann die auswärtigen Angelegenheiten die besondere Domäne der Diplomatie, welche mit allen Kräften beflissen ist, ihr ganzes Treiben in den Schleier des Geheimnisses einzuhüllen. Und dabei redet man noch von öffentlichem Leben! Das lohnt wohl der Mühe, sich in den Parlamenten hitzig um diesen oder jenen Posten des Etats heruzustreiten, oft um eine reine Bagatelle, während die Diplomatie ganz im stillen Kriege anzetteln kann, welche hinterher den Völkern Milliarden kosten. Sie müssen dann die Suppe ausessen, welche ihnen die hohe Politik eingebrockt, und dabei noch obendrein ihre eigenen Knochen einsetzen. Liegt darin nicht der ärgste Absolutismus, was soll wohl sonst noch so heißen?

Bei solcher Verblendung über die wirkliche Bedeutung der Sache bedarf es freilich keiner weitem Erklärung mehr dafür, daß die Frage der internationalen Organisation überhaupt noch nicht auf dem Katalog der großen Fragen steht, während es doch — infolge des Auftretens der Sozialisten — wenigstens schon so weit gekommen ist, daß heute alle Welt von der sozialen Frage spricht und niemand zu leugnen wagt, daß diese Frage wirklich existiert. Aber wie denn — die internationale Frage existiert wohl nicht? Zeugen nicht von der Existenz dieser Frage die noch immer wachsenden Militärlasten, unter deren Druck die Völker keuchen? Und wie wäre bei solcher Lage der Dinge je an eine eingreifende Sozialreform zu denken, wo alle Staatenverhältnisse wie auf dem Pulverfasse stehn? Wo die Regierungen, statt mit der Organisation der Arbeit mit der Militärorganisation beschäftigt sind, wo das Militärbudget alle materiellen Hilfsmittel der Staaten absorbiert, und wo es wirklich schon so aussieht, als ob die Erfindung neuer Angriffs- und Verteidigungswaffen für den höchsten Triumph des menschlichen Geistes zu halten wäre.

Woher aber dieser traurige Zustand? Er ist eben so wenig ein Produkt natürlicher Notwendigkeit, worin man sich willenlos zu ergeben hätte, wie die dermalige Kapitalherrschaft und die ganze soziale Zerrüttung, die vielmehr aus der menschlichen Eigensucht

entsprang, wie aus der Schloffheit, Sorglosigkeit und Unwissenheit der öffentlichen Gewalten, welche die Dinge gehn ließen, wie sie eben gehn mochten, oder nur unwirksame und verfehlte Maßregeln dagegen ergriffen. Und gerade so entsprang der Militarismus aus der Eigensucht, Trägheit und Unwissenheit der Völker oder ihrer Gewalthaber, und wie dort das Heilmittel in der sozialen Organisation zu suchen ist, so hier in der internationalen Organisation.

Den Sozialisten nun lag es ja wie vor der Nase, daß ohne ein dauerhaftes Friedenssystem keine soziale Organisation zu hoffen sei. Auch haben sie um deswillen die internationale Organisation wirklich ins Auge gefaßt. Aber es fehlt da den Sozialisten von vornherein die Möglichkeit eines rechten Verständnisses für die Aufgabe, der mit bloß ökonomistischen Begriffen, worin sich doch das Denken der Sozialisten konzentriert, gar nicht beizukommen ist. Vielmehr muß man da zumeist von geschichtlichen Betrachtungen ausgehn, so gewiß als die Völker und Staaten an und für sich selbst geschichtliche Gebilde sind. Was sie heute geworden und wie sie heute sich zu einander verhalten, ist dann ebenso durch den geschichtlichen Prozeß bedingt, und es entsteht folglich die Frage: welche Möglichkeiten und welche Entwicklungstriebe damit gegeben seien, und inwiefern man darauf regulierend einwirken könne? Das geht aber weit über volkswirtschaftliche Fragen hinaus. Denn bilden zwar auch die materiellen Interessen ein Band für die Völkergemeinschaft, so liegt doch das bei weitem Entscheidende auf dem moralischen und intellektuellen Gebiete, und den rechten Nachdruck kann hier allein die Religion geben.

Sinnlos ist es daher, wenn der atheistisch gesinnte Teil der Sozialisten als Basis eines zukünftigen Völkerbundes die vorgängige Beseitigung der Religion fordern will. Ganz umgekehrt sagen wir: soll für die verschiedenen Nationen eine geordnete Gemeinschaft bestehn, so kann das nur geschehn in kraft eines Prinzipes, welches über das Nationalleben hoch hinausreicht, und als ein solches auch von den verschiedenen Nationen selbst anerkannt wird. Nur mit dem Christentum ist ein solches Prinzip gegeben, weil eben das Christentum nicht nur eine ursprüngliche Einheit der Menschheit lehrt, sondern auch eine dereinstige Wiedervereinigung der jetzt in rivalisierende Natio-

nen auseinander gegangenen Menschheit als letztes Ziel hinstellt und damit das Streben darnach zu einer religiösen Pflicht macht. Man sieht, wie hier der Föderalismus unmittelbar mit den Forderungen des Christentums zusammenfällt und in diesem Punkte überhaupt nichts weiter ist als die weltliche Seite der christlichen Entwicklung selbst.

Aber so werden auch alle diejenigen, welche als Wortführer des Christentums gelten wollen, nicht nur die Aufgabe der internationalen Organisation in vollem Umfang anerkennen sondern zugleich nach Kräften dafür eintreten müssen. Denn wie darin einerseits die umfassendste der aus dem Christentum entspringenden praktischen Forderungen liegt, so andererseits die gerade am unmittelbarsten gegebene. Man blicke nur auf den tatsächlichen Ursprung des Christentums selbst. War durch die Römerherrschaft, welche die Völker äußerlich zusammengebracht, erst die Zeit erfüllt, wo das Christentum erscheinen konnte, so lesen wir ja in der Apostelgeschichte, wie am Pfingsttage mit der Stiftung der ersten christlichen Gemeinde auch die innere Gemeinschaft der Völker hervortrat durch plötzliche Aufhebung der trennenden Sprachverschiedenheit. Von vornherein war damit der Charakter der Kirche ausdrücklich erklärt. Ist nun die Kirche das reale Organ für die christlichen Ideen, so muß es offenbar auch mit zu ihrem Beruf gehören, die Völker oder beziehungsweise die Regierungen derselben durch Lehre und Ermahnung dazu anzutreiben, nach Möglichkeit auf die Begründung einer internationalen Organisation hinzuwirken.

Sie ist dafür einzutreten nicht minder verpflichtet als andererseits für die Forderung der sozialen Organisation. Beide Forderungen sind Korrelate, wie wir auch bereits bemerkten, daß ohne die erstere auch die letztere aussichtslos bliebe. Noch mehr: wenn es in dem Wesen der sozialen Frage liegt, daß man dabei in tausend Einzelheiten eingehn muß, was darum auch die Gefahr mit sich führt, den Geist zu verengern — so ist es dann gerade die internationale Frage, welche dem Blick erst die Weite gibt, ohne welche große Gesichtspunkte nicht zu fassen sind, und welche damit über alle kleinlichen Rücksichten hinweghebt. Daß man sich aber nicht in leere Allgemeinheiten verliere, davor bewahrt hingegen wieder der Rückblick auf die soziale Frage. So sind beide untrennbar verbunden, und ohne die Einsicht in diesen inneren Zusammenhang

wird man nach keiner Seite einen durchgreifenden Erfolg erzielen können, weil man sich noch gar nicht auf den Standpunkt erhob, von wo aus die Aufgabe erst zu übersehn ist. Gleich wie der Adler sich nur mit beiden Fittigen in die Lüfte schwingt, mit einem kröche er auf der Erde.

Wie aber das Christentum sich überhaupt nicht an den Staat richtet, sondern lediglich an den Menschen und an die Menschheit, so kann auch die in Kraft des Christentums geförderte Völkergemeinschaft nicht etwa auf die dereinstige Begründung des sogenannten Universalstaates hinzielen. Ein von vornherein gänzlich abzulehnender Wahngedanke, den ja in gewissem Sinne eben das alte Rom zu realisieren suchte. Aber wie hat das alte Römerreich selbst geendet! Nein, der Staat kann nie ein universales Institut werden, er bleibt unter allen Umständen eine partikuläre Existenz, gerade wie das betreffende Land und Volk, in welchem er entstand. Haben wir doch die Staatsidee selbst schon für die Ordnung der deutschen Angelegenheiten als zu enge erkannt, und um wie viel weniger könnte sie ausreichen, wo es sich um die ganze christliche Welt handelt? Da ist der Gedanke einer mit Zwangsgewalt ausgerüsteten über dem Ganzen schwebenden Organisation rundweg ausgeschlossen. Worauf es ankommt, ist vielmehr eine Verbindung, die selbst ihrem Endziel nach gar nicht bezwecken soll, die Existenz besonderer Nationen überhaupt aufzuheben, sondern je mehr und mehr ein friedliches Zusammenwirken herbeizuführen durch eine freie Föderation.

Genauer aber gesprochen sind es doch nicht eigentlich die Nationen, welche sich zu konföderieren hätten, sondern sie können dies nur als organisierte Körper. In der Praxis also kommt es auf die Staatsgewalten an, und wie nun diese gesinnt sein und handeln werden, das wird offenbar wieder sehr wesentlich durch die innere Verfassung der Staaten bedingt sein. Je mehr die nämlich im Innern sich zentralisieren, umso spröder werden sie sich offenbar nach außen hin erweisen, und je mehr sie sich dabei zugleich vergrößern, umsomehr wächst auch ihr Egoismus. Wie die Staaten dann vor allem für sich selbst sorgen wollen, so werden sie auch sich selbst genügen zu können glauben. Man sieht auch hier, wie sehr die innere Entwicklung mit der sogenannten auswärtigen Politik zusammenhängt. Am wenigsten zur Föderation disponiert sind darum große zentralisierte Militärstaaten, welche auf

ihr Heer pochen und vorkommendenfalls, statt durch Verhandlungen eine friedliche Ausgleichung streitender Interessen anzustreben, lieber gleich zum Schwert greifen. Die materielle Macht geht ihnen über alles. Und wie natürlich — beiläufig bemerkt, — daß sie um deswillen sich auch am ungünstigsten für die kirchliche Entwicklung erweisen, der hingegen eine föderative Weltordnung am günstigsten sein würde.

Richtet sich nun das Christentum unmittelbar überhaupt nicht an den Staat, sondern an den Menschen, so müssen doch aber die Inhaber und Träger der Staatsgewalt, insofern sie sich selbst zum Christentum bekennen, sich jedenfalls auch getrieben fühlen, den praktischen Forderungen desselben nachzuleben und darum auch die Begründung einer christlichen Völkergemeinschaft zu befördern. Welche verhängnisvollen Folgen wird es also in dieser Hinsicht haben, wenn die Staatsgewalten je mehr und mehr alle Beziehungen zum Christentum abbrechen, da in demselben Maße dann auch die Handhaben dazu verschwinden, wodurch vom christlichen Standpunkte aus auf ihr Verhalten einzuwirken wäre. Zum alleinigen Regulator der Politik wird damit das Staatsinteresse, und wie könnte das je zu einer friedlichen Völkergemeinschaft führen, da vielmehr gerade das Interesse die Mutter so vieler Streitigkeiten ist? Es gehören moralische Bande und ideale Ziele dazu, und wie wenig bedeutet wohl das Gerede der Humanität und Aufklärung, wenn hingegen die religiösen Impulse erlöschen. Kann schon die Staatsgesellschaft nicht ohne Religion bestehn, so noch viel weniger die Völkergesellschaft, für welche es keine die Ordnung erhaltende Zwangsgewalt gibt.

Das Christentum aus dem Staatsleben und aus der internationalen Politik verdrängen zu wollen, hieße schließlich nichts weiter, als der Judenschaft in die Hände arbeiten. Oder was könnte die sich wohl besseres wünschen, als daß das Christentum — welches ihren Tendenzen am meisten im Wege steht und sie sozusagen bei jedem Schritte geniert, — wenn es zwar nicht überhaupt aus der Welt zu schaffen wäre, doch für das öffentliche Leben alle praktische Bedeutung verlöre? Insbesondere auch für die hohe Politik, die nach Möglichkeit dem jüdischen Interesse dienstbar gemacht werden soll. Und mit weichem Erfolg die Judenschaft das wirklich durchzusetzen versteht, hat der Berliner Kongreß gezeigt, indem er der Türkei, wie den ehemals von derselben abhängigen

und jetzt selbständig gewordenen Ländern, ausdrücklich die Anerkennung des jüdischen Staatsbürgerrechtes aufzwingen. Will sagen: daß sie diesen Ländern — natürlich im Namen der Humanität und Aufklärung — indirekt verbot, noch irgendwelche Schutzmaßregeln gegen das jüdische Ausbeutungssystem zu ergreifen.

Alle dies vorausgeschickt, treten wir jetzt an die praktische Aufgabe heran, wozu uns auch schon der Weg angedeutet ist. Denn steht fest, daß als Endziel einer internationalen Organisation nicht etwa der Universalstaat zu gelten habe, sondern der Völkerbund, der sich natürlich nur allmählich entwickeln, befestigen und ausdehnen kann, so bilden offenbar wieder die Vorstufe dazu die eigentlich sogenannten Allianzen. Will sagen: zeitweilig und ad hoc geschlossene Verbindungen, während die eigentliche Föderation von vornherein als für immer geschlossen gilt, und wie sie bleibenden Zwecken dienen soll, so auch gewisse ständige Organe dazu besitzt.

Unter diesem Gesichtspunkte tritt uns denn zuvörderst das sogenannte europäische Großmachtsystem entgegen, welches ja ursprünglich im eigentlichen Sinne des Wortes ein Allianzsystem war. Hervorgegangen aus den Koalitionen gegen das revolutionäre und napoleonische Frankreich, gelangte es auf dem Wiener Kongreß zu einer förmlichen Konstituierung. Darauf aber seit lange schon innerer Zersetzung verfallen, besteht es nur rein äußerlich betrachtet noch fort. Gleichwohl äußert es noch immer seine Nachwirkungen, indem bis heute nicht nur die diplomatische Praxis sich daran anschließt, sondern auch das allgemeine politische Denken sich so darin eingelebt und verrannt zeigt, daß es wie eine selbstverständliche Sache gilt, die gar nicht anders sein könnte. Und je ideeloser nun dieses System inzwischen geworden, umso verderblicher wirkt es; worüber jetzt endlich ins Klare zu kommen die Vorbedingung ist, um zu bessern Einsichten zu gelangen.

Untersuchen wir darum das Wesen dieses europäischen Großmachtsystems, so bekundet schon sein eigener Name, daß es sich in der Idee der bloßen Macht konzentriert und damit eben so von geschichtlichen und moralischen Grundlagen absieht, als von höhern zivilisatorischen Zwecken. Macht zu sein oder zu werden, ist hier Selbstzweck. Insofern aber verschiedene sogenannte Groß-

mächte nebeneinander bestehn, — worauf wird ihr Streben vor allem gerichtet sein, als auf Vermehrung ihrer Machtmittel? Einleuchtend, wie damit eben so die Militärherrschaft als die Geldherrschaft gegeben ist, so daß die ganze Entwicklung der Völker sich zuletzt um die Kaserne und um die Börse dreht. Den Monstrearmeen und den monströsen Militärbudgets entspricht die monströse Kapitalmacht. Es ist dies keineswegs ein bloß äußerlicher und zufälliger Parallelismus, er ist aus den dermaligen Zuständen selbst entsprungen, die sich eben unter diesem System entwickelten.

Mehr oder minder mächtige Staaten hat es freilich immer gegeben, der heutige Großmachtsbegriff soll aber gewissermaßen eine besondere Art von Staaten bezeichnen, wie denn auch die Großmächte eine besondere Autorität beanspruchen. Sie allein wollen über die Angelegenheiten zu entscheiden haben, denen sie eine europäische Bedeutung zuzuschreiben für gut befinden. Sehr erklärlich, daß sie dabei in erster Linie lediglich für ihre eignen Interessen sorgen, und ebenso erklärlich, daß die nicht zu der Klasse der Großmächte gehörenden Staaten immer mehr in Bedeutungslosigkeit herabsinken. Alle kleinern Staaten sind also mit dem Untergang bedroht, insoweit sie nicht wirklich schon untergingen. Welche *ratio existendi* hätten sie auch innerhalb eines Systems, für welches allein nur die Macht gilt? Sie sind darin eben so überflüssig, als in einer ökonomischen Ordnung, in welcher nur noch die Kapitalien gelten, die kleinen Gewerbsleute überflüssig sind. Auch dieser Parallelismus ist wieder augenfällig.

Ist denn aber der Untergang der kleinern Staaten als eine so gleichgültige Sache anzusehn? Die Geschichte bezeugt hingegen, daß die kleinern Staaten für bürgerliche und politische Freiheit, wie für den Fortschritt der Kultur sich durchschnittlich viel günstiger erwiesen und verhältnismäßig mehr dafür geleistet haben, als die großen Staaten, zumal als die großen Militärmächte. Auch ist schon a priori klar, wie der Militarismus für den Fortschritt in Freiheit und Bildung die allerungünstigste Aussicht eröffnet. Nun ist zwar leichthin gesagt, daß bei dem heutigen Zug der Dinge die kleinen Staaten überhaupt keine Zukunft mehr hätten, aber muß denn dieser Zug der Dinge selbst fortbestehn? Er soll so wenig fortbestehn wie die heutige Kapitalherrschaft, sondern auch in der Staatenwelt muß es gewissermaßen einen Mittelstand geben. Gewiß, wollen die kleinen Staaten

sich einfach auf ihre partikularistische Herrlichkeit steifen, so sind sie verloren, sie werden die Beute des viel intensivern Partikularismus der Großmächte werden, wovon bereits Exempel genug vorliegen. Wollen sie sich retten, so ist das nur durch ein allgemeines Föderativsystem möglich, welches aber erst aufkommen kann, wenn das heutige Großmachtssystem verschwindet.

Weiter noch hatte dieses System die ebenso natürliche als verderbliche Folge, daß es den Ehrgeiz herausforderte, eine Großmacht zu werden. So sahn wir, wie in dieser Ansicht die sardinische Großmachtsucht sich mit der italienischen Nationalitätssucht verband und daraus das heutige italienische Reich entstand, dessen höchstes Streben nur ist: Großmacht zu spielen und in voller Form als Großmacht anerkannt zu werden. Welchen Segen das für die ganze europäische Zivilisation gebracht, dürfte indessen zweifelhaft sein, umso gewisser und augenfälliger hingegen, welchen Aufschwung seitdem der europäische Militarismus nahm. Und blicken wir auf Italien selbst, — was ist es erst mit seiner Großmachtstuerie, wenn inzwischen die große Masse des Landvolkes sich in der dürftigsten und gedrücktesten Lage befindet, und überhaupt kaum ein Zehntel des ganzen italienischen Volkes das Wahlrecht und damit das aktive Staatsbürgerrecht besitzt, während die übrigen neun Zehntel von einer Wähleraristokratie schlimmster Art beherrscht und ausgebeutet werden?

In welchem innern Zusammenhang ferner mit der Gründung dieses neuitalienischen Reiches die deutsche Katastrophe von 66 stand, weiß jedermann. Aber auch die Großmachtsidee als solche trug das ihrige dazu bei. Denn war zwar Preußen eine anerkannte Großmacht, so besaß es doch kaum die Mittel dazu, um sich in dieser Stellung auch realiter geltend zu machen. Es trug — wie seinerzeit Bismarck gesagt — eine für seinen schmalen Körper zu schwere Rüstung, sein Großmachtscharakter schien für die Zukunft bedroht, oder es mußte sich selbst vergrößern. Auch ganz richtig, die Frage ist nur, weshalb denn Preußen durchaus eine sogenannte Großmacht sein mußte?

Es wollte nicht hinter Österreich zurückstehn, und Österreich war auch wieder eine Großmacht, welcher dabei die materielle Basis zu solcher nicht zu fehlen schien. Aber sahn wir nicht schon in frühern Betrachtungen, welche verhängnisvolle Wirkungen eben die preußische und österreichische Großmachts-

stellung für Deutschland gehabt, indem darin die Unmöglichkeit einer tatkräftigen Entwicklung des deutschen Bundes lag? Denn noch einmal gesagt: das Großmachtsystem läßt überhaupt kein Föderativsystem aufkommen. Und insbesondere für eine naturgemäße Gestaltung Deutschlands muß es umsomehr das größte Hindernis sein, als sogar der Verfall des ehemaligen Reiches eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung des Großmachtsystems selbst war. Denn ohne Österreich und Preußen wäre es ja überhaupt nicht da, wie aber hätten diese beiden wohl zu besondern europäischen Großmächten werden können, so lange das alte Reich noch in Kraft bestand? Erst der mit Ausgang des Mittelalters beginnende Verfall desselben machte es möglich.

Überhaupt war die heutige Großmachtsidee dem ganzen Mittelalter fremd gewesen. Und es konnte nicht anders sein, so lange doch die ganze abendländische Christenheit, nach den wichtigsten Grundlagen ihrer Entwicklung, sich eins fühlte. Verbunden durch die das Ganze umspannende hierarchische Organisation der Kirche; verbunden durch die große Ähnlichkeit der auf dem Feudalismus beruhenden Staatsverfassungen, wie durch das gleichartige Wesen der Ritterschaften, der Gilden und Zünfte; verbunden durch die gemeinsame lateinische Bildung und scholastische Wissenschaft, wie durch die gemeinsame Kunstentwicklung, welche sich an den religiösen Kultus anschloß, und in der von Skandinavien bis nach Andalusien hin verbreiteten Gotik ihren augenfälligsten Ausdruck fand. Gegenüber diesen so weitreichenden und in alle Lebensverhältnisse so tief eingreifenden Gemeinschaftsbanden lag kein Motiv vor, und würde selbst die Möglichkeit dazu gefehlt haben, daß einzelne Staaten oder Nationen sich als für sich bestehende Großmächte hätten auf tun wollen. Solchen egoistisch partikularistischen Tendenzen hätte schon das heilige römische Reich entgegengestanden, welches den unbestrittenen Vorrang hatte, so daß damals auch nur der römische Kaiser das Prädikat „Majestät“ führte. Ein Begriff, der ja eben aus dem alten Römertum übernommen war. Nicht aber, daß etwa der Vorrang dieses Reiches die Herrschaft des Deutschtums bedeutet hätte, — da es sich doch selbst gar nicht das deutsche Reich nannte, — sondern um deswillen hatte es solchen Vorrang, weil sich die universalen Ideen des Mittelalters in ihm konzentrierten.

Was nun die Auflösung dieses Zustandes herbeiführte, war Fol-

gendes: Auf dem materiellen Gebiete vornehmlich die transatlantischen Entdeckungen, Eroberungen und Kolonisationen, infolgederen die Seemächte sich von den Kontinentalmächten absonderten, und wegen ihrer Kolonial- und Handelsinteressen dann unter sich selbst in ununterbrochenem Zwiespalt gerieten. Auf geistigem Gebiete: das Erwachen der Nationalliteraturen, wodurch die gemeinsamen Ideen vor dem Nationalbewußtsein in den Hintergrund traten; noch vielmehr aber die Kirchenspaltung. War durch dieses Dreies die abendländische Völkergemeinschaft aufgelöst, so traten seitdem einzelne Mächte hervor mit dem Anspruch auf Präponderanz, zuerst die spanisch-habsburgische Macht, darauf Frankreich. Diese Präponderanzsucht aber veranlaßte auf der andern Seite die Gleichgewichtskoalitionen, und daraus ging hinterher wieder das Großmachtssystem hervor, in unmittelbarem Anschluß (wie wir oben sagten) an die Koalitionen gegen die napoleonische Herrschaft.

Wenn also dieses System selbst erst durch den geschichtlichen Prozeß entstand, so ist folglich der Großmachtbegriff auch lediglich nur eine historische Kategorie, die, wie sie einst aufkam und zur zeitweiligen Geltung gelangte, so auch im weitern Fortschritt der Entwicklung wieder verschwinden wird und muß. Auch bezeugen bereits die Tatsachen deutlich genug, wie das Großmachtssystem sich schon in sich selbst aufgelöst hat, und nur noch als ein äußeres Gerüst fortexistiert.

Hatte anfänglich eine Art von Kollegialität zwischen den Großmächten bestanden, so daß sie wenigstens unter sich selbst einen leidlichen Frieden erhielten, wodurch Europa ein Menschenalter lang von großen Kriegen verschont blieb, so hörte nach den revolutionären Erschütterungen von 48 solche Kollegialität vollständig auf. Im Krimkriege, wie bald darauf in den Kriegen von 59, 66 und 70 stand Großmacht gegen Großmacht. Was hätte noch das System geleistet, um diese Kriege zu verhindern? Ebensowenig, als in der orientalischen Frage geleistet, wo vielmehr die Sonderpolitik von Rußland und England allein die entscheidenden Faktoren waren. Und ist nicht das seit lange proklamierte Nicht-Interventions-Prinzip gewissermaßen die eigene Bankrotterklärung des Großmachtssystems? Zum Unsystem ist es damit geworden. Und so ist jetzt die große Aufgabe, ein neues System zu begründen, d. h. eine wirklich lebendige Ordnung der europäi-

schen Verhältnisse, welche dem Völkerrecht erst wieder die positive Basis gibt, die ihm zur Zeit vollständig fehlt.

War das Mittelalter die große Thesis gewesen, durch welche auf den Ruinen der antiken Welt, nach den Stürmen der Völkerwanderung, allmählich wieder eine feste Grundlage gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung gewonnen wurde, so charakterisiert sich hingegen die sogenannte neuere Geschichte als die antithetische Periode. Denn wie im Mittelalter die allgemeinen Ideen und Tendenzen vorherrschten, so traten hinterher vielmehr die Sonderbestrebungen und Sonderinteressen der einzelnen Nationen und Staaten in den Vordergrund. Muß daher die Geschichte des Mittelalters als ein Ganzes aufgefaßt werden, so ist hingegen von der neuern Geschichte ein wirkliches Totalbild zu geben überhaupt unmöglich, weil da eine innere Gemeinschaft nicht existierte, sondern alle Bestrebungen gegensätzlich auseinandergingen. Welch einen langen Katalog würde das geben, alle die seitdem aufgetretenen und zum Teil noch bis heute wirkenden Gegensätze aufzuführen! In Deutschland haben wir das am unmittelbarsten vor Augen, so gewiß als eine wirklich gemeinsame Entwicklung seit Jahrhunderten bei uns gar nicht stattfand, weder auf dem politischen noch auf dem geistigen Gebiete.

Wie aber alle Dinge ihre Zeit haben, so ist auch die antithetische Periode allmählich wieder zur Neige gegangen. Auf die neuere Geschichte folgte die neueste, in der sich nun je mehr und mehr das Bedürfnis der Synthesis geltend macht. Auf dem politischen Gebiete war der erste Ausdruck davon die weiland heilige Allianz. Daß dieselbe hinterher bald wieder zur reinen Hypokrisie wurde, hebt gleichwohl die Tatsache nicht auf, daß sich doch die Vorahnung eines höhern Zustandes darin aussprach. Die Freiheitskriege, deren endlicher Ausgang damals wie ein Gottesgericht erschien, hatten ja wirklich das öffentliche Bewußtsein einigermaßen aufgerüttelt. Und ist doch eben die Allianz selbst die Vorstufe zur eigentlichen Föderation. Auf geistigem Gebiete anderseits wollen wir — als ein Zeichen des beginnenden Umschwungs — nur an Goethe erinnern, in welchem unverkennbar das über das bloße Nationale hinausgehende Streben zu einer Weltliteratur hervortrat. Und stand nicht ihm zur Seite insoweit auch Byron, als er das spezifische Engländerthum von sich stieß, und sich vielmehr als Europäer fühlte?

Handelt es sich nun um Begründung einer neuen Völkergemeinschaft, so kann diese zunächst nur das abendländische Europa umfassen, als welches im Mittelalter eine gemeinsame Geschichte gehabt, die trotz der darauf eingetretenen nationalen und staatlichen Absonderung doch so tiefe Nachwirkungen hinterließ, daß dieses ganze Ländergebiet — gegenüber dem östlichen Europa — noch bis heute in den Hauptpunkten seine innere Verwandtschaft bewahrt hat. Eine Verwandtschaft, die in unsern Tagen bei dem ungeheuern Aufschwung aller Kommunikationsmittel wieder umso augenfälliger wird, und den Nationalitätstendenzen zum Trotz sich realiter immer mehr geltend macht. Man müßte blind sein, um nicht zu sehn, wie sich überall der Zug zu einer gleichartigen Zivilisation bemerklich macht. Hatte aber dieser Völker- und Länderkreis doch anderseits die antithetische Periode der neuern Zeit durchlebt, in welcher die während des Mittelalters noch unentwickelten Besonderheiten zur Ausgestaltung und zum Selbstbewußtsein gelangten, so kann es sich jetzt auch nur um einen freien Zusammenschluß dieser Besonderheiten handeln. Und darum eben wird der neue Zustand synthetisch sein, denn alle Synthesis setzt ja die Antithesis voraus. War also das mittelalterliche Ideal eine hierarchische Zusammenfassung der Glieder gewesen, mit Papst und Kaiser an der Spitze, so kann das neue Ideal nur eine Föderation der selbständigen Glieder sein, mit einer polyglotten Bildung gegenüber dem allgemeinen Latinismus des Mittelalters.

Selbstverständlich, daß solche Föderation nicht auf einmal entstehn kann. Sie bedarf zunächst erst einer realen Basis, worauf sie ruht und von wo aus dann auch der Impuls dazu ausgehn muß. Wo wäre solche Basis zu finden, wenn nicht in Deutschland, dessen föderative Bestimmung wir in frühern Betrachtungen genügend nachgewiesen? Fügen wir aber jetzt hinzu, daß es nicht minder Deutschland ist, welches unter dem Verfall der ehemaligen abendländischen Gemeinschaft am meisten gelitten hat, indem es infolgedessen zum europäischen Schlachtfeld wurde, und von der hohen Stellung, die es im Mittelalter eingenommen, zuletzt bis zur politischen Nullität herabsank. Und liegt es nicht desgleichen vor, wie auch der heutige Militarismus, der eben aus dem Mangel an einer internationalen Organisation entsprang, vor allem auch wieder auf Deutschland lastet? Wir sagen aber noch mehr: ist es

Deutschland gewesen, von welchem die Kirchenspaltung ausging, die dann am meisten zum Verfall der abendländischen Völkergemeinschaft beitrug, so ist um deswillen auch Deutschland vor allen verpflichtet, für die Neubegründung einer solchen aufzutreten und damit den Umschwung des europäischen Systems zum bessern anzubahnen.

Das würde etwas anderes bedeuten als das Unternehmen von 66, welches selbst nur von den Ideen des Großmachtssystems ausging, und uns nur umsomehr wieder in dieses veraltete System verstrickt hat! Denn nicht darauf kam es an: Preußen zu einer effektiven Großmacht, oder meinetwegen das neue Deutschland für einweilen zu der größten europäischen Militärmacht zu machen, die dabei doch unter den Lasten keucht, welche sie sich damit selbst auferlegt, sondern darauf kam es an: den ganzen Großmachtspopanz aus der Welt zu schaffen und Deutschland zur Basis eines neuen Systems zu machen. Das wäre erst wirklich eine Tat des politischen Genius gewesen: Grundlagen zu legen für die Entwicklung der Zukunft. Was aber hätte wohl nach menschlichem Ermessen in den Schöpfungen von 66 auf Zukunft zu hoffen? Sagt das Evangelium, daß man nicht Most in alte Schläuche fülle, noch anderseits alte Kleider mit neuen Lappen flicke, so ist das gerade durch das System von 66 geschehn, und geschieht auf Grund dessen bis heute.

Und wie am meisten verpflichtet zu jener internationalen Aufgabe so ist Deutschland am meisten befähigt dazu auch um deswillen, weil es durch seine eigene konfessionell gemischte Bevölkerung den katholischen wie den protestantischen Ländern gleich nahe steht, und so den natürlichen Boden zur politischen Ausgleichung dieses großen Gegensatzes bildet. Ich sage zur politischen Ausgleichung, denn die Kirchenspaltung an und für sich selbst aufzuheben, ist in keines Menschen Macht gelegt. Der Politiker hat alles dahin Gehörige als gegebene Verhältnisse anzusehn, woran er nichts ändern kann, noch zu ändern versuchen darf. Um somehr wird er sich angetrieben fühlen müssen, diesen Gegensatz wenigstens nach der politischen Seite zu überwinden, als der unerläßlichen Bedingung für die Begründung einer neuen abendländischen Völkergemeinschaft, welche nach dem allen nur von Deutschland ausgehn kann.

Um aber zu erkennen, worauf es dabei in der Praxis an-

kommt, werden wir zuvor erst noch die gegenwärtige Lage der Dinge näher zu betrachten haben, wonach zuletzt auch die Bedeutung des Ganzen umso deutlicher hervortreten wird.

Waren die Staatenverhältnisse des abendländischen Europas schon durch die Kämpfe um die Präponderanz zerrüttet, so trat später noch etwas anderes ein, was die Zerreißung der ehemaligen mittelalterlichen Gemeinschaft vollendete.

Das erste betrifft dabei England, welches, infolge seines unermesslichen Kolonialbesitzes und seiner Seeherrschaft, nach 1815 sich fast zu einer besondern Welt gestaltete. Nach seiner materiellen Existenzbasis betrachtet, wurde es ein von den Kontinentalländern ganz verschiedenes Wesen, wie es schon lange vorher auch nach seiner innern Verfassung sich so eigentümlich entwickelt hatte, daß es seit Begründung der Parlamentsregierung wie eine Singularität erschien, während es doch selbst noch bis zur Vertreibung der Stuarts in beider Hinsicht den Kontinentalländern nahe verwandt gewesen war. Jetzt aber wie zu einer eigenen Welt geworden, konnte es kaum anders geschehn, als daß England sich mehr und mehr von einer lebendigen Teilnahme an den Kontinentalangelegenheiten zurückzog. Sein Bestreben blieb nur noch, die Kontinentalländer nach Möglichkeit kommerziell auszubeuten, und — indem es ohne viel Skrupel noch ohne große Kosten die revolutionären Schilderhebungen unterstützte, welche immer zugleich den industriellen Fortschritt der betreffenden Länder hemmten, — sich dadurch den Nimbus eines Beschützers der Völkerfreiheit zu geben. Ein Verhalten, das hinterher doch nur seinen legitimen Einfluß vermindern konnte, und dem es endlich noch die Krone aufsetzte durch die ausdrückliche Erklärung der Nichtintervention, als des Normalprinzips englischer Politik. Im Grunde genommen nichts anderes als das Seitenstück zu der auf dem ökonomischen Gebiete proklamierten Manchesterdoktrin, d. h. das *laissez faire* in der hohen Politik.

Nun aber scheint es doch schon dahin gekommen zu sein, daß England diese rein egoistische Politik — die ja freilich das Anschwellen der englischen Kapitalmacht außerordentlich beförderte, woraus aber auch in seinem eigenen Innern die ungeheuersten Mißstände entsprangen, — daß also England diese Politik nicht lange mehr wird fortsetzen können. Denn ganz abgesehen von den innern Schwierigkeiten, in die es dadurch allmählich

geraten ist, so hat es durch die jüngsten Ereignisse nach außenhin eine Stellung eingenommen, wodurch es wohl oder übel genötigt sein wird, sich wieder enger an die Kontinentalmächte anzuschließen, ohne deren Zustimmung und respektive Unterstützung die Rolle, die es jetzt in der Levante spielen will, nicht durchführbar sein würde. Und sollte England nicht zuletzt zu der Einsicht gelangen, daß es auch gegen die Gefahren, die seinem indischen Reiche seitens Rußlands drohen, sich auf die Dauer wirksam nur schützen kann, wenn Rußland vom Kontinent aus im Zaume gehalten wird? Das aber könnte nur durch Preußen und Österreich geschehn, und wollte England mit diesen beiden Mächten feste Verbindungen anknüpfen, so würde es dadurch überhaupt wieder zu einer lebendigern Beteiligung an der Kontinentalpolitik gezwungen sein. Es würde sich schon daran erinnern müssen, daß es doch wesentlich selbst nur ein Glied des abendländischen Europas ist, und sein wahrer Schwerpunkt keineswegs in Asien liegt, wohin ihn freilich Disraeli verlegen möchte.

Das wäre das erste.

Zum zweiten handelt es sich um Rußland, rücksichtlich dessen jedenfalls klar ist, daß da von einer innern Verwandtschaft mit dem abendländischen Europa, dem es das ganze Mittelalter hindurch fremd geblieben, kein Rede sein könnte. Hat da etwa das russische Wesen sich dadurch verändert, daß es seit Peter dem Großen mit der abendländischen Kultur übertüncht wurde? Nichts hat das verändert, als daß Rußland in demselben Maße, als es sich die materiellen Dienstmittel der abendländischen Kultur anzu-eignen verstand, dadurch eben zu der für das ganze abendländische Europa bedrohlichen Macht wurde, als welche es nun vor uns steht.

Dazu kommt, daß es nach seiner geographischen Basis nicht sowohl ein besonderes Land als einen besondern Erdteil repräsentiert. Schon sein zu Europa gerechnetes Gebiet ist größer als alle übrigen europäischen Länder zusammengenommen. In der Tat aber ist das eigentliche Rußland vielmehr als ein Übergangsgebiet zwischen Europa und Asien anzusehn, wie auch die Wolga, als sein charakteristischer Fluß, in Asien ausmündet. Dahin also seine Tatkraft zu richten, ist es zugleich durch die gegebenen ethnographischen und Kulturverhältnisse angewiesen. Da mag es seine Herrschaft nicht nur über das ganze nördliche Asien, sondern

auch über das mittlere Hochasien ausbreiten, ja zuletzt selbst China unter seine Vormundschaft nehmen. Das wird sogar als das Endziel seiner weltgeschichtlichen Mission zu gelten haben, und dazu paßt sein eigenes inneres Wesen. Nicht aber um sich in die Angelegenheiten des abendländischen Europa einzumischen, zu welchem es überhaupt keine innern Beziehungen hat. Darum konnte hier der russische Einfluß nur zersetzend wirken, und noch mehr: darauf gerade war es auch russischerseits abgesehen, die Zersetzung des abendländischen Staaten- und Völkersystems nach Kräften zu befördern, als die beste Vorbereitung zu der dereinstigen Ausführung des berüchtigten Testaments des großen Peter.

Nirgends tritt die Ideelosigkeit und rein materialistische Denkweise, woraus das Großmachtssystem entsprang, so evident hervor, als darin, daß man dieses halbbarbarische Zarenreich wie einen den abendländischen Staaten gleichartigen Faktor behandelte. Und nicht minder evident, daß dies hinterher nur zum Vorteil Rußlands ausschlagen mußte, welches von jedem Konflikt zwischen den abendländischen Staaten seinen direkten oder indirekten Gewinn zog und noch bis heute zu ziehen weiß. Allen im Rücken gelegen, ist es dabei selbst mit Erfolg anzugreifen nur von seiner westlichen Seite aus, wo es aber an mehrere Staaten grenzt, so daß auch da wieder ein nachhaltiger Erfolg nur durch eine Koalition seiner unmittelbaren Nachbarn zu erzielen wäre. Um aber solche Koalition zu verhindern, bot ihm gerade das Großmachtssystem die bequemsten Handhaben, indem es insbesondere dadurch das Mittel besaß, Preußen und Österreich auseinanderzuhalten, bis es zuletzt gar dahin kam, daß infolge des Kampfes um die Hegemonie in Deutschland Österreich überhaupt von Deutschland abgetrennt wurde.

Anstatt des ehemaligen deutschen Bundes hat seitdem Rußland auf dieser Seite vielmehr zwei verschiedene Mächte vor sich. Augenfällig, wie deshalb das „divide et impera“ hier in Zukunft umso leichter in Szene zu setzen sein dürfte. Darum keine Hilfe, außer diese verhängnisvolle Trennung muß wieder aufgehoben werden. Das aber kann nur geschehn durch Begründung des mitteleuropäischen Bundes, die ihrerseits wieder mit der Herausdrängung Rußlands aus Polen zu beginnen hätte.

Der Rechtstitel dazu wäre ja schon seit lange gegeben, da Rußland sein vertragsmäßiges Recht, kraft dessen es Polen als ein be-

sonderes Königreich zu beherrschen hatte, durch Inkorporation dieses Landes selbst verwirkte, und demnach die russische Herrschaft in Polen jetzt nur noch einen faktischen Charakter hat. So gewiß dann diese russische Stellung in Polen für Preußen wie für Österreich die bedrohlichste Perspektive eröffnet, sind auch Preußen und Österreich vollkommen berechtigt, dieser Sache ein Ende zu machen. Und nicht bloß das, sondern nachdem die Erfahrung sattsam gezeigt, wie Rußland alle die Erwerbungen, die es in den letzten Jahrhunderten auf seiner Westseite gemacht, lediglich als Etappen benützte, um immer weiter westwärts vorzudringen, während es in den so erworbenen Ländern die geschichtlichen und moralischen Grundlagen abendländischer Zivilisation nach Kräften zu vernichten, statt dessen sein eigenes russisches Wesen einzuführen suchte und damit gewissermaßen der ganzen abendländischen Zivilisation den Krieg erklärte, so sind nun auch die Repräsentanten dieser Zivilisation ihrerseits berechtigt, überhaupt alle diese Gebiete zurückzufordern und zurückzunehmen. Um ihrer eigenen Ehre und Sicherheit willen müßten sie sich offenbar dazu getrieben fühlen. Damit aber würde dann Österreich freie Hand gewinnen, um Rußland auch wieder aus den Balkanländern zu verdrängen, wo es ebenfalls nichts zu suchen hat.

Es wäre eine unverantwortliche Verblendung, in dem Zustand der Erschöpfung und innern Verwirrung, in welchem sich Rußland einstweilen befindet, eine Beruhigung für die Zukunft finden zu wollen. Ein solches Reich wie Rußland kann viel ertragen, es ist trotz alledem nicht im Verfall begriffen, sondern neben den außerordentlichen Vorteilen, die es nach seiner geographischen Lage besitzt und den reichen Hilfsmitteln, die ihm seine unermeßliche Naturbasis gewährt, birgt es auch moralische Kräfte in seinem Schoß, die sich dereinst noch zum Erschrecken geltend machen könnten. Denn der Glaube des russischen Volkes an das heilige Rußland, und dazu sein blinder Gehorsam, sind doch gewaltige moralische Kräfte, sobald sich der Mann findet, der sie zu erregen und auszunutzen versteht. Man denke an einen Suwarow! Darüber sollte bei tieferer Betrachtung der Dinge kein Zweifel sein.

Haben wir an einer frühern Stelle als einen wichtigen Punkt für das Verständnis der neuern Zeit hervorgehoben, wie die transatlantischen Entdeckungen die Wirkung äußerten, daß die See-

mächte, welche jenseits des Ozeans Kolonialherrschaften begründeten, um deswillen umsomehr aus der Gemeinschaft mit den übrigen abendländischen Staaten heraustraten, so müssen wir jetzt sehn, welche Entwicklungsbedingungen für die neueste Zeit darin liegen.

Zuvörderst nämlich ist in den Kolonialverhältnissen hinterher wieder eine große Veränderung eingetreten, zumal insoweit es sich um Amerika handelt. Was da Spanien, Frankreich und Holland heute noch besitzen, bedeutet nur wenig, und was England betrifft, so wird sein allerdings noch sehr ausgedehnter Besitz in Nordamerika nicht gar lange mehr zu behaupten sein. Das wichtigste aber, daß Amerika sich allmählich zu einem eigenartigen und selbständigen Gebiet entwickelt hat, unter dem entscheidenden Vorangehn der Vereinigten Staaten, als dem typischen Repräsentanten der neuen Welt. Und schon stehn wir vor der Perspektive, daß eben das Auftreten dieser jungen transatlantischen Macht in nicht ferner Zukunft für das alte abendländische Europa ein wichtiges Motiv werden muß, sich von neuem zu einem Gesamtkörper zusammenzuschließen

Daß diese Macht dem abendländischen Europa gegenüber etwas durchaus anderes ist, zeigt ganz augenfällig schon ihre territoriale Basis, die sich — ähnlich wie von Rußland zu sagen war — wieder nicht als ein besonderes Land, sondern als ein besonderer Erdteil darstellt, größer als ganz Europa. Ist nun zwar die Bevölkerung Amerikas selbst europäischen Ursprungs, so traten doch aber die Ansiedler aus dem organischen Zusammenhange mit dem Mutterlande heraus und erwachsen allmählich zu einem neuen Volke, welches, unter so ganz andere Lebensbedingungen gestellt, auch nach Sitten, Gewohnheiten und öffentlichen Einrichtungen sich eigentümlich entwickeln mußte. Daß gleichwohl das amerikanische Volk noch immer englisch spricht, hindert keineswegs, daß es sich schon heute von dem englischen Volke sehr erheblich unterscheidet, wie es denn auch ein stolzes Bewußtsein seines eigenartigen Wesens äußert.

Charakterisiert sich dieses Wesen — nach seiner geistigen Seite betrachtet — durch die traditionslose Denkweise, so kann solche Denkweise auch gerade da, wo alles aus dem Frischen zu schaffen ist und nirgends altbegründete Einrichtungen oder

Rechte entgegenstehn, sich unmittelbar praktisch geltend machen. Allbekannt, wie sehr das insbesondere in dem religiösen Sektewesen geschieht, und kaum minder in den politischen Parteidbildungen. Was ferner das materielle Gebiet anbetrifft, so ist dann das Resultat davon, daß ununterbrochen Millionen auf neue Verbesserungen sinnen. Schon heute sind darum die Nordamerikaner das erfindungsreichste, das unternehmungslustigste und in ihren Unternehmungen den verwegensten Mut und die größte Energie bekundende Volk. Erwägt man dabei die ungeheuern natürlichen Vorteile, welche Nordamerika vor dem alten Europa voraus hat, so ist klar, wie uns dieses Volk in allem, was der materiellen Zivilisation angehört, gar bald überflügeln muß. Und wohin es dann seine Tätigkeit mit allem Nachdruck richten wird, da wird das alte Europa in Zukunft gar nicht mehr mit ihm konkurrieren können.

Sind zwar die Vereinigten Staaten zur Zeit noch der einzige Teil Amerikas, der schon eine große Rolle in der Welt spielt, so ist doch kaum anders zu erwarten, als daß auch die südamerikanischen Staaten, wenn sie endlich zu innerer Stabilität gelangt sein werden, einem großen Aufschwung entgegengehn. So wird sich auch dort ein eigentümliches Staatensystem entwickeln, und abermals durchaus verschieden von dem europäischen: durch den Charakter seiner Bevölkerung wie durch seine territoriale Basis, da Südamerika wieder nicht sowohl ein Land als einen besondern großen Erdteil bildet. Daß etwa das heiße Klima dort für immer einer höhern Kulturentwicklung entgegenstehn würde, ist eine Meinung, die schon damit ihre Widerlegung findet, daß doch einst das alte Ägypten und Indien eine vergleichsweise so hohe Kulturstufe erreicht hatte.

Wird nicht auch das südliche Afrika, wo sich jetzt die europäische Kolonisation immer weiter verbreitet, dereinst eine aktive Rolle zu spielen beginnen? Um wieviel mehr noch ist das von Australien zu erwarten? Und auch dabei zu bemerken, daß das australische Kolonialreich nicht sowohl auf der Basis eines Landes als eines Erdteils ruht. Kurz: überall ein Leben, das sich in solchen Dimensionen bewegt, daß alles Europäische winzig dagegen erscheint.

Welche Folgen müssen nun alle diese neuen Bildungen in nicht ferner Zukunft für das alte Europa haben!

Ging einst das Mittelalter ungefähr zu derselben Zeit zur Neige, als die großen Landentdeckungen begannen, so traf denn auch wieder das Ende der von da an beginnenden neuern Zeit ungefähr damit zusammen, daß die transatlantische Welt durch den Abfall der englischen Kolonien in Nordamerika eine selbständige Aktivität gewann. Wohl nicht minder bemerkenswert, daß ungefähr um dieselbe Zeit auch jene Landentdeckungen, welche inzwischen noch immer fortgesetzt waren, im ganzen und großen zum Abschluß kamen. Was später noch an neuen Ländern entdeckt wurde, ist unerheblich und jedenfalls ohne politische Bedeutung

Allerdings aber war dabei noch die wichtige Aufgabe geblieben, auch das Innere aller der Länder zu erforschen, die zunächst nur nach ihrer äußern Gestalt bekannt geworden waren. Eine Aufgabe, welche noch fortbesteht, jedoch in unsern Tagen mit solchem Eifer und mit Benutzung solcher Hilfsmittel in Angriff genommen wird, daß ihre Erledigung — die Dinge auch hier wieder im ganzen und großen betrachtet — in naher Aussicht steht. Von der neuen Welt ist nur der australische Kontinent zum Teil noch unerforscht, von der alten Welt das Innere des tropischen Afrikas, wo aber die Entdeckungen rasch fortschreiten. Zentralasien und das so lange verschlossene China sind uns bereits eröffnet.

Dem entsprechend sind weiter auch bereits alle Naturreiche durchforscht, ganz neues kann da kaum noch entdeckt werden. Durchforscht sind und werden desgleichen alle Sprachen und alle Geschichten der Völker, selbst die Geheimnisse der vor Jahrtausenden untergegangenen Zivilisationen treten je mehr und mehr an den Tag. Jedenfalls ist eine Übersicht alles auf diesem Gebiete zu Erforschenden bereits gewonnen. Geht um deswillen die Forschung nicht minder ins Unendliche fort, so liegt doch eben jetzt das ganze Forschungsgebiet vor Augen, was offenbar der heutigen Wissenschaft im Vergleich zu dem, was sie früher gewesen, einen viel andern Charakter gibt.

Wie nun aus alledem ein Geist der Universalität entspringt, so umspannt auch bereits der Telegraph die ganze Erde, Dampfschiffahrtslinien und Eisenbahnen erhalten die fernsten Länder in ununterbrochener Verbindung, der Handel ist im vollen Sinne des Wortes zum Welthandel geworden, infolgedessen die ganze Gütermasse, welche die Erde darbietet und welche die Menschheit erarbeitet, wie in eins zusammenfließt.

Welche Folgen werden sich denn aus solchem Zustand für die Politik ergeben? Blicken wir dabei auf die politische Wissenschaft, — wie unzulänglich müssen dem gegenüber Theorien erscheinen, die sich in der Frage der Staatsverfassung konzentrieren! Gerade als ob die einzelnen Staaten noch ein wirkliches Sonderleben zu führen vermöchten, wo doch die Tatsachen zeigen, wie sie in den Strom einer allgemeinen Entwicklung hineingezogen sind, die sich sehr viel mächtiger erweist als die einzelnen Staatsgewalten. Mit dem Sich-Selbst-Genügen oder der Autarkie, welche Aristoteles dem Staat zuschrieb, geht es eben zur Neige, indem es vielmehr die Fragen der allgemeinen Zivilisation sind, welche für jeden Denkenden in den Vordergrund treten. Gilt dies für die Theorie, so anderseits nicht minder für die Praxis. Denn selbst um ihrer eigenen Interessen willen müssen die Staatsgewalten ihren Blick immer weiter über die Grenzen ihres Staates hinausrichten, umso weiter, je größer der eigene Staat ist. Wie von selbst entwickelt sich daraus eine Politik, welche die ganze Welt ins Auge zu fassen hat, weil realiter schon alles ineinander zu greifen beginnt, so daß auch das räumlich fern liegendste nicht mehr ohne Einfluß auf die Interessen und Zustände der einzelnen Staaten bleibt.

Wir werden über diese Weltpolitik alsbald ein mehreres zu sagen haben. Vorweg aber erst einige Worte darüber, wie dieser Umschwung vom christlichen Standpunkte aus zu betrachten sein wird. Und da ist nun offenbar, wie gerade der Geist der Universalität, der in unserm Zeitalter zum Durchbruch kommen will, als dem Christentum durchaus entsprechend gelten muß, so gewiß das Christentum selbst das denkbar Universalste ist. Ist es doch für die ganze Menschheit bestimmt und lehrt dabei einen ununterbrochenen Zusammenhang der Generationen, der bis auf die Schöpfung zurückreicht. Und noch mehr: war es seiner Idee nach — wie wir im Johannesevangelium lesen — selbst schon vorgesehen, ehe noch der Weltgrund gelegt war, so eröffnet es anderseits auch noch einen Blick bis an das Ende der Tage und in die Ewigkeit hinein. Was gäbe es also, was über die Sphäre des Christentums hinausreichte? Fürwahr, wem diese Universalität verhüllt bliebe und auf wessen Denken es nicht selbst erweiternd wirkte, der wird ja um deswillen nicht minder ein guter Christ und hochachtbarer Mann sein können, aber das theoretische

Verständnis des Christentums muß ihm dann gänzlich fehlen, und als wissenschaftlicher Wortführer desselben sollte er schweigen.

Ich sage weiter: war einst erst durch die Römerherrschaft die Zeit erfüllt, wo das Christentum eine Stätte finden konnte, so ist wiederum jetzt, — nachdem die ganze Welt entdeckt und zugänglich geworden, und alle Völker miteinander in Verbindung getreten, — so ist jetzt erst die Zeit erfüllt, wo das Christentum zu seiner die ganze Welt umfassenden Bestimmung gelangen und nun wirklich auch geschehn kann, wie geschrieben steht:

„Euntes in mundum universum praedicate Evangelium omni creaturae!“

Und bezeichnet nicht also der in Rede stehende allgemeine Umschwung zugleich den Anbruch einer neuen Periode auch für die Entwicklung des Christentums?

Mag es immerhin sein, daß das, was in dem gegenwärtigen Umschwung der Dinge zuvörderst hervortritt, sich vielmehr als ein zunehmender Abfall vom Christentum darstellt, so wird man doch anderseits fragen müssen: ob das auch wirklich das wahre Christentum war, von welchem die Leute jetzt abfallen? Oder sollte der Abfall nicht auch daher rühren, daß die mit dem Christentume selbst gegebenen praktischen Forderungen bisher so wenig erfüllt blieben und gerade von den Wortführern desselben meist rundweg außeracht gelassen wurden? Desgleichen nicht auch daher, weil diese Wortführer das Christentum eben nicht in dem universalen Sinne aufzufassen verstanden, in welchem es doch umsomehr aufgefaßt werden muß, je mehr anderseits die weltliche Bildung zu Universalität strebt, und in diesem Punkte dann über die christliche Weltansicht hinauszureichen schiene. Wie aber könnte das Christentum zu herrschen beanspruchen, wenn es sich nicht als das geistig Mächtigere und damit auch als das Umfassendere erwiese? Und wird nicht folglich zu sagen sein, gleich wie sich uns bereits die Notwendigkeit eines Umschwunges der politischen Wissenschaft ergab, daß nicht minder auch ein Umschwung der Religionswissenschaft zu fordern sei?

Werden wir jetzt — zu unserm eigentlichen Thema zurückkehrend — die Weltpolitik als die Politik der Zukunft bezeichnen dürfen, so stellt sich dem gegenüber das Großmachtssystem als der Vergangenheit angehörend dar. Auch sahn wir schon, wie es nur noch als ein innerlich gebrochenes und hohles Wesen

fortvegetiert, unfähig den Trieb zu irgendwelcher lebensvollen Schöpfung zu erwecken. Und dies deshalb, weil alle die Umstände, unter welchen dieses System entstand, allmählich sich total veränderten oder überhaupt verschwunden sind.

Entstand es doch zu einer Zeit, wo die allgemeine Politik noch ganz innerhalb des europäischen Länderkreises beschlossen war und sich um die Ansprüche oder die Sicherstellung dieses oder jenes Landes drehte, indessen die außereuropäische Welt entweder nur als ein Dependenz der europäischen Mächte galt oder jedenfalls von keiner praktischen Bedeutung für die europäische Politik war. Zu einer Zeit, wo es noch keine Dampfschifffahrt, noch keine Eisenbahnen und Telegraphen gab, wodurch uns heute die fremden Erdteile so nahe gerückt sind, als früher kaum die verschiedenen europäischen Länder sich gegenseitig nahe waren.

Schon allein der rapide Aufschwung der Vereinigten Staaten hat das alte Großmachtssystem unhaltbar gemacht, denn auf die war dabei gar nicht gerechnet, wie sie auch bis heute noch nicht die Ehre haben, zu dem Großmächtskollegium zu gehören. Ob sie nicht aber seit lange schon eine Macht besaßen, die realiter weit mehr in der Welt bedeutete als etwa Preußen oder Österreich? Und würde nicht bei einem etwaigen Kriege zwischen England und Rußland die Haltung der Vereinigten Staaten geradezu entscheidend werden? Und wenn es so ist, — muß man diesen Faktor nicht bei allen großen Kombinationen wenigstens als eventuellen mit in Rechnung ziehen? Denn daß die Vereinigten Staaten bisher von aller Beteiligung an den europäischen Händeln grundsätzlich fernblieben, würde sie keineswegs abhalten, sehr energisch aufzutreten, wo und insoweit dabei ihre eigenen Interessen ins Spiel kämen.

Ihrer Denkweise nach allem Traditionellen abgewandt, gilt ihnen das geschichtliche Recht für nichts, sobald es ihnen irgendwie in die Quere kommt. Sie beurteilen alle Dinge lediglich nach ihrer unmittelbar praktischen Bedeutung. So schiebt sie auch das Etikette- und Ordenswesen nichts, welches in der europäischen Diplomatie eine so große Rolle spielt, indessen ihre Gesandten sich doch Respekt zu verschaffen wissen. Was mehr besagt: das ganze europäische Legitimitätssystem ist für sie, wie überhaupt für die ganze neue Welt, so gut wie nicht vorhanden.

War also das Großmachtssystem aus den Präponderanzstreitig-

keiten der europäischen Staaten entstanden, so hat es seinen Boden verloren, seitdem auch die außereuropäischen Länder eine Rolle zu spielen beginnen und allmählich die ganze Welt zur Bühne der Entwicklung wird. Da nehmen dann die Dinge solche Dimensionen an, daß entscheidend darin einzugreifen in Zukunft auch nur solche Mächte bestrebt sein werden, die durch ihre eigene territoriale Basis selbst eine Weltstellung haben, und dieselbe geltend zu machen die materiellen Mittel besitzen. Über den Begriff der europäischen Großmacht erhebt sich daher der Begriff der Weltmacht.

Als eine Weltmacht ist nun offenbar zuvörderst die nordamerikanische Union anzusehn, obwohl sie als solche einstweilen noch die am wenigsten entwickelte ist. Aber es wächst ihre Macht vor unsern Augen! Nur noch ein Menschenalter, und Nordamerika wird, wie nach seinem Landgebiet so auch nach seiner Bevölkerung, nach seinem Reichtum und seinen Kulturkräften, als das größte Reich der Christenheit vor uns stehn. Und wenn seine Handelsflagge schon jetzt auf allen Meeren erscheint, so wird man dann auch seine Kriegsflagge auf allen Meeren sehn, weil es um seiner Handelsinteressen willen nicht umhin können wird, auch überall aktiv in die Weltpolitik einzugreifen.

Gewissermaßen als das Seitenstück zu Nordamerika stellt sich uns Rußland dar, welches durch seine territoriale Basis sich als die natürliche Weltmacht der alten Welt charakterisiert, aber seinem halbasiatischen Wesen gemäß von durchaus kontinentalem Charakter. Eine Macht, die sich auf ihre Armee stützt, statt dessen Nordamerika sich vielmehr auf seine Flotte stützen wird. Als Landmacht hat es ja überhaupt keine Bedeutung; denn wozu bedürften die Vereinigten Staaten großer Armeen, da sie keine gefährlichen Nachbarn haben? Insofern sie aber selbst auf Gebietserweiterungen ausgingen, werden ihnen die britischen Besitzungen in Nordamerika gelegentlich ganz von selbst zufallen, und was sie etwa von dem mexikanischen Gebiet noch an sich bringen möchten, das werden sie kaufen oder mit leichter Mühe erobern. Dies nun, daß die militärische Organisation, welche in Rußland die entscheidendste Rolle spielt, in Nordamerika ganz zurücktritt, begründet keinen geringern Unterschied, als der in den beiderseitigen sozialen Verhältnissen und Kulturverhältnissen wie in dem Geiste der Bevölkerung besteht. Darin aber stim-

men beide wieder überein, daß ihr unermessliches Landgebiet noch für lange hin eine ins Unbestimmte gehende Vermehrung der Bevölkerung gestattet, und daß jede Bevölkerungszunahme da auch einen entsprechenden Machtzuwachs bedeutet. Nicht so in den schon dicht bevölkerten Ländern des abendländischen Europa, sondern je schneller dort die Bevölkerung noch weiter anwächst, umso mehr entspringen daraus soziale Notstände, welche die Kraftentfaltung lähmen.

Zum dritten endlich ist ohne Frage England die einstweilen effektiv größte Weltmacht, aber zugleich auch die als solche am wenigsten gesicherte, da sie überhaupt nur ein künstliches Gebilde ist. Denn die britischen Inseln sind nicht sowohl die Basis als vielmehr nur der Stützpunkt, und gewissermaßen nur die Metropole des großen britischen Reiches. Das dazugehörige Landgebiet bilden erst die über vier Wetteile zerstreuten Kolonien und Herrschaften, welche mit dieser Metropole nur durch die Fäden der Flotte verbunden sind. Aber alle diese Fäden können zerreißen oder durchschnitten werden. Was insbesondere die eigentlichen Kolonien anbetrifft, wie Kanada und das noch viel wichtigere Australien, die werden im natürlichen Verlauf der Dinge in nicht ferner Zukunft sich von England ablösen; die südafrikanischen Kolonien dürften dann auch wohl folgen. Unter ganz andern Bedingungen freilich steht die britische Herrschaft in Ostindien, die eben von vornherein die Beherrschung eines fremden Volkes bedeutet. So viel dabei das Übergewicht der britischen Zivilisation tun mag, zu einer innern Verschmelzung des britischen Elements mit der eingeborenen Bevölkerung wird das nie und nimmer führen und darum die britische Herrschaft dort immer den Charakter einer Zwangsherrschaft behalten. Doch darüber ist an diesem Orte nicht weiter zu sprechen.

Diese drei Mächte sind also: Nordamerika, Rußland und England, welche an der Spitze der Weltpolitik stehn. Darunter England zwar bis jetzt noch die mächtigste, aber in seiner Stellung am wenigsten gesicherte, während Rußland von seiner breiten und dabei allermeist gar nicht angreifbaren Basis aus gemessenen Schritten fortschreitet, Nordamerika endlich dem rapidesten Aufschwung entgegengeht.

Auch für die Weltpolitik wird — soweit menschliche Voraussicht reicht — der Mittelpunkt immer das abendländische Europa

bleiben, was aber nicht hindert, daß inzwischen die Peripherie eine immer größere Bedeutung gewinnt. Und eine ganz andere Frage ist dann, inwiefern der Mittelpunkt die Peripherie beherrscht, oder umgekehrt die Peripherie den Mittelpunkt.

Blicken wir dabei nur auf das der Peripherie angehörige Nordamerika, so übt das gewiß schon heute mehr Einfluß auf England, Frankreich und Deutschland, als es umgekehrt von da aus erfährt. Was insbesondere die politische Haltung der Vereinigten Staaten betrifft, darauf dürfte das alte Europa am wenigsten Einfluß üben. Es kann sich da fast nur noch geltend machen einerseits durch seine Kapitalien, andererseits durch seine Überlegenheit auf dem Gebiete der Künste und Wissenschaften, wo die Nordamerikaner nur erst wenig originelle Leistungen aufzuweisen haben. Denn ihr Sinn ist einstweilen noch vorzugsweise auf die Urbarmachung und Ausbeutung ihres unermeßlichen Landgebietes gerichtet, wodurch sie aber auch solche Erfolge erzielen, daß sie schon einen sehr beträchtlichen Teil ihrer Boden- und Viehzuchtprodukte an das alte Europa abgeben, welches diese Zufuhr gar nicht mehr entbehren kann, so daß für seine materielle Existenz Europa weit mehr von Nordamerika abhängig ist, als umgekehrt dieses von jenem. Wohl noch mehr besagt, daß die Nordamerikaner uns zugleich mit mechanischen Erfindungen versorgen und also auf diesem Gebiete sich überlegen erweisen. Und dringen nicht auch amerikanische Lebensansichten und Staatsansichten in das alte Europa ein, während von dem Umgekehrten wenig zu sagen sein wird? Die Nordamerikaner halten in dieser Hinsicht schon alles Europäische für veraltet.

Und in der Tat: ohne eine Erneuerung seines sozialen, staatlichen und internationalen Lebens muß das alte Europa dem Verfall entgegengehen, indem es gegen die unter viel günstigeren Bedingungen sich entwickelnde neue Welt je mehr und mehr in Rückstand kommen wird. Man erwäge nur, wieviele Kräfte bei uns sich nicht zur Geltung bringen können, weil ihnen der materielle Boden dazu fehlt, oder wieviele Kräfte andererseits bei uns sich gegenseitig zerstören. Und doch sind wir keineswegs in der Lage, den dadurch entstehenden Kraftverlust noch länger ertragen zu können. Mit einem Worte gesagt: ist es dann also der Antagonismus, der uns zugrunde richtet, und der darum durch eine auf Kooperation zielende Organisation überwunden werden muß.

Wie unsre Gesellschaft von solchem Antagonismus durchdrungen ist, bezeugt der soziale Klassenkampf. Unsre Staatsverfassungen ferner, d. i. die sogenannten konstitutionellen Monarchien, sind ja gewissermaßen ausdrücklich auf dem Antagonismus basiert. Und wo endlich träte der Antagonismus in so großem Stile hervor, als in den dermaligen internationalen Verhältnissen, wonach die Staaten, bis an die Zähne bewaffnet, sich einander gegenüberstehn, jeder vor einem Überfall von Seiten des andern besorgt, jeder im günstigen Augenblicke bereit dazu. Heißt das Zivilisation, oder gar christliche Zivilisation? Und ist es nicht augenfällig, welchen ungeheuern Kraftverlust das alte Europa sich dadurch selbst bereitet? Wenn z. B. das heutige Deutschland statt 400 000 Mann Soldaten nur etwa 25 000 Soldaten auf den Beinen zu erhalten und zu ernähren hätte, womit doch Nordamerika auskommt, wie von einem Alpdruck wären wir damit auf einmal befreit, und keine zehn Jahre, so hätte ganz Deutschland ein anderes Aussehn.

Ist nun aber gerade das neue Deutschland die Basis des heutigen Militarismus geworden, so ist andererseits auch kein Umschwung möglich, der nicht von Deutschland käme. Und dazu würde nichts anderes gehören, als die Begründung des mitteleuropäischen Bundes. Denn bestände derselbe, so würde schon sein bloßes Dasein bewirken, daß Rußland sich definitiv auf Asien hingewiesen sähe, wo allein es seine Tatkraft zu entfalten hat, weil es da wirklich zivilisatorisch wirkt, wie dahin allein auch seine realen Interessen zielen.

So würde es sich hinterher als ein wahrer Segen für Rußland selbst erweisen, wenn es durch die Macht der Umstände gezwungen wäre, in Zukunft alle herrschsüchtigen Anschläge nach andern Richtungen hin aufzugeben. Vielleicht dann, daß sein zweiter großer Peter eine neue Reichshauptstadt an der untern Wolga baute, wo dieser Strom sich dem Don nähert, und welche Folgen würde das allein schon haben! Denn von da aus würde man bald auf ganz andre Projekte verfallen als von der Newa aus. Wie von selbst würde der gouvernementale Sinn sich auf Beförderung des Anbaues und der wirtschaftlichen Nutzbarmachung des unermeßlichen Landgebietes richten, und was wäre da ausführbar mit den Hilfsmitteln der heutigen Technik! Könnte doch die südrussische Steppe wohl allmählich ein ganz anderes Aussehn

gewinnen durch einen Schiffahrts- und Bewässerungskanal vom Dnjepr bis zum asowschen Meere; dieses dann mit dem kaspischen Meere verbunden, wie dieses wieder mit dem Aralsee, und von da eine Eisenbahn nach dem Baikalsee bis zum Amur und dem japanischen Meer, — gewiß, das wären Unternehmungen, die so recht für Rußland passen. Denn die materiellen Unterlagen höherer Kultur herzustellen, bleibt für Rußland einstweilen noch die Hauptaufgabe. Die Mittel dazu würden sich schon finden, sobald den Russen nur erst die sinnlose Idee genommen wäre, in Europa dominieren zu wollen. Was aber diese Idee fort und fort wach erhält, ist zumeist Petersburg, als das lebendige Testament des großen Peter, und solange Rußland von dieser Idee nicht lassen will, bleibt keine andre Hilfe, als daß es mit Gewalt auf andre Gedanken gebracht wird.

Genug, wäre Rußland in Zukunft von jeder Einmischung in die Angelegenheiten des abendländischen Europas ausgeschlossen, so könnte dieses sich von da an zu einem besondern politischen System vereinigen. Und daß dies wirklich geschehe, wäre unso gewisser zu erwarten, wenn durch den mitteleuropäischen Bund anderseits auch für Frankreich jede Aussicht verschwände, irgend welche ehrgeizigen Anschläge in Europa zu verfolgen. Insbesondere nach der Seite von Deutschland und Italien hin, worauf ja seit Ausgang des Mittelalters die französische Politik immer gerichtet war. Und nun erwäge man doch wieder, welche zahllosen Kriege daraus entsprangen, die für den Fortschritt der allgemeinen Zivilisation ohne allen Nutzen gewesen sind, und auch Frankreich selbst zuletzt nur wenig eingetragen haben. Fortan bliebe ihm nichts mehr übrig, als seine unruhige Tatkraft auf andre Ziele zu richten. Vor allem auf das nördliche Afrika, wo es bereits festen Fuß gefaßt und dazu auf die Levante, wo es schon von altersher Einfluß besaß. Wir fügen hinzu, daß, was die französische Geschichte an idealen Erscheinungen darbot, fast alles auf den Orient Bezug hatte, von den Kreuzzügen an bis zu Napoleons Zug nach Ägypten. Welche Erfolge könnte Frankreich da erreichen, wenn es seine Kraftanstrengungen auf dieses Gebiet konzentrierte! Bald würde sein Beispiel auch Spanien und Italien in dieselbe Bahn lenken, ein Umschwung begönne auf dem ganzen Gebiete der südlichen und östlichen Gestadeländer des Mittelmeers.

So führt uns die Aufgabe der internationalen Organisation unwillkürlich auf die orientalische Frage.

Sei es denn mit einem Worte gesagt: haben die Nationen des abendländischen Europas noch wirkliche Lebenskraft und glauben sie noch an ihre Zukunft, so müssen sie das dadurch beweisen, daß sie das große Werk der Regeneration und Rechristianisierung des Orients unternehmen. Denn durch solche Arbeit werden sie sich selbst regenerieren, und indem sie ihre Herrschaft über jene jetzt der Barbarei verfallenden Länder ausbreiten, werden sie sich dadurch ihre dereinstige Weltstellung sichern. Sonst werden sie ihre bisherige Bedeutung je mehr und mehr verlieren gegenüber Nordamerika, dem ein so großes Entwicklungsgebiet offen steht, wie anderseits gegenüber Rußland, von welchem in dieser Hinsicht dasselbe gilt und das unverkennbar Herrschaftspläne in Europa verfolgt.

Man kann nicht leugnen: bei alle dem Gräßlichen, wovon die russische Geschichte zu erzählen hat, ein großartiger Zug ist ihr eigen, wonach dieses Reich sich in vollem Sinn des Wortes als eine Weltmacht charakterisiert. Nicht bloß, weil es sich zum Herrn eines ganzen Weltteils gemacht, sondern weil es auch wirklich an einer weltgeschichtlichen Aufgabe arbeitete. Einer Aufgabe, deren Wichtigkeit sofort einleuchten muß, wenn wir uns nur daran erinnern, wie einst aus den asiatischen Steppen die Mongolen hervorbrachen, die bis nach Schlesien vordrangen, und zwei Jahrhunderte lang Rußland beherrschten. Nicht nur aber, daß dieses dann das Mongolenjoch wieder abwarf, sondern von da an begann die Gegenströmung, indem die Russen nun selbst in die Steppen vordrangen, von wo aus ein Dschingiskhan gekommen war. Und warum sollten sie dereinst nicht auch China beherrschen, wie es zuvor die Mongolen beherrscht hatten? Dies sind Dinge, die ohne Frage einen Akt der Weltgeschichte bilden.

Überhaupt dürfen wir sagen, daß es die großen Völkerströmungen von Osten nach Westen waren, wie anderseits die Gegenströmungen von Westen nach Osten, woran sich die entscheidendsten Wendungen der Weltgeschichte anschlossen. So schon im Altertume. War der Osten die Wiege aller Kultur gewesen und waren die Phönizier und Karthager bis tief in Spanien vorgezogen, indessen ihre Flotten noch weit über die Säulen des Herkules hinausfuhren bis an die Cassiteriden, wenn nicht selbst bis

an die preußische Bernsteinküste, und waren später die Perser in Hellas eingefallen, so erfolgte seit dem großen Alexander die Gegenströmung. Abendländische Kultur drückte ihren Stempel dem ganzen orbis terrarum auf, über welchen anderseits als neue geistige Macht das aus Palästina gekommene Christentum sich ausbreitete. Da brechen von dem östlichen Ende dieses orbis terrarum her die Söhne der Wüste auf, im Sturmschritt durchziehen sie unter der Fahne des Propheten das nördliche Afrika, gehn über nach Spanien und dringen vor bis an die Loire. Die ganze südliche Hälfte des alten Römerreichs ist der Herrschaft des Islam verfallen. Folgt die Gegenströmung der Kreuzfahrer, aber sie vermag nur wenig gegen die noch immer neu hereinströmende orientalische Überflutung. Denn auf die Araber folgen die Türken, die zweimal bis nach Wien vordringen, indessen ihre Renner und Brenner bis Regensburg streifen. Es ist kaum zwei Jahrhunderte her.

Solchen weltgeschichtlichen Ereignissen gegenüber will es wahrlich wenig bedeuten, wenn inzwischen die abendländischen Nationen übereinander selbst herfielen und dann ob solcher Großtaten ihre Siegestsäulen errichteten, dazu noch ein Tedeum anstimmend, als ob unser Herrgott sein besonderes Wohlgefallen daran haben müßte, wenn ein Christenvolk das andre darniederschlägt. Und welche Wendungen der Weltgeschichte wären wohl daraus entsprungen, daß man damit so groß zu tun hätte? Selbst nach bloßen Klugheitsrücksichten geurteilt, — muß nicht dieses gegenseitige Sichbekämpfen der abendländischen Völker umso verwerflicher und allmählich geradezu sinnlos erscheinen, wenn gleichzeitig jenseits des Ozeans sich neue Mächte bilden, denen gegenüber die bei uns um die Präponderanz ringenden Mächte in Zukunft überhaupt keine Ponderanz mehr haben dürften? So geht das abendländische Europa dem unvermeidlichen Verfall entgegen, wenn es noch länger in sich zu wüten fortfährt, anstatt seine Tatkraft auf ein gemeinsames Ziel zu richten, welches kein anderes sein kann, als die Okkupation und Regeneration des Orients. Ein Unternehmen, wozu schon vor zwei Jahrhunderten Leibnitz aufgefordert hatte.

Das bleibt für immer das Recht der Weltgeschichte, daß nur diejenigen Mächte emporkommen, die sich großen Zwecken widmen. Und nach diesem Rechte ist Rußland emporgekommen, weil es die Zivilisierung der tartarisch-mongolischen Welt übernahm. Wäh-

rend ferner das abendländische Europa sich in den puerilen Versuchen erging, die Türkenherrschaft, welche zurückzudrängen und zu vernichten seine Pflicht gewesen wäre, vielmehr durch allerlei Quacksalbereien so lange nur immer möglich am Leben zu erhalten, setzte statt dessen Rußland seine Kräfte daran, diese Türkenherrschaft zu brechen. Und sehr natürlich verbreitete es dadurch seinen Einfluß auch über die Balkanländer und über die östlichen Küstenländer des Mediterraneums. Zur Schande wie zur größten Gefahr für das abendländische Europa, dessen zukünftige Machtstellung nur dadurch eine sichere Basis gewinnen kann, daß die jetzt noch den orientalischen Horden angehörende fast volle Hälfte des orbis terrarum wieder von der abendländischen Zivilisation in Besitz genommen wird. Erbe jener alten Kultur, die einst auch diese Länder durchdrungen hatte, hat das abendländische Europa diese Länder auch wieder zurückzufordern, und im Namen des Christentums sind die Nachkommen der Kreuzfahrer verpflichtet, die einst von diesen begonnene Aufgabe der Zurückdrängung des Islam und der Rechristianisierung des Orients jetzt von neuem in Angriff zu nehmen und zum Ziele zu führen.

Fürwahr, der würde sich ein Andenken stiften, welches noch in der spätesten Nachwelt bestände, der das zustande brächte: zu jenem Zwecke die abendländischen Nationen zum Zusammenwirken zu vereinigen! Hört bis diesen Tag selbst jedes Kind von den Taten des großen Alexander, der mit den vereinigten Kräften der Griechenstämme den Orient überzog und dort die griechische Kultur zur Herrschaft brachte — das wäre noch ein Größeres: nach derselben Richtung hin die verschiedenen Nationen des abendländischen Europas zu einem gemeinsamen Unternehmen in Bewegung zu setzen. Und wenn einst die verschiedenen Griechenstämme, so viele besondere und selbständige Staaten bildend, nur durch die gemeinsame Kultur und die gemeinsamen Heiligtümer verbunden waren — verhält es sich in diesem Punkte nicht wirklich ähnlich mit den verschiedenen Nationen des abendländischen Europas? Nur ihren Alexander haben sie noch nicht gefunden.

Was sprechen wir doch von Christentum, wenn das Christentum bloß auf das gegenseitige Verhalten der Individuen Bezug haben soll, nicht aber auch auf das menschliche Gesamtleben, worauf es

vielmehr gar keinen Einfluß zu äußern hätte! So wäre wohl sein Niedergang und allmählicher Untergang unvermeidlich. Oder was hieße es noch für die Völker, sich zum Christentum zu bekennen, wenn hingegen die daraus entspringenden großen praktischen Forderungen verleugnet würden? Und haben wir nicht bereits erkannt, daß, wenn in erster Linie dazu die internationale Organisation gehört, so andererseits eben diese Aufgabe auch nur in Kraft des Christentums zur Ausführung gelangen kann? Ist darum keine Aussicht zu einer energischen Inangriffnahme derselben, ohne ein Wiedererwachen des eingeschlummerten christlichen Geistes, so besteht doch hier zugleich eine Wechselwirkung. Und demnach würde es gewiß als ein kräftiger Anstoß zur Erweckung des christlichen Geistes dienen, wenn sich die christlichen Nationen zu einer gemeinsamen Regulierung der orientalischen Angelegenheiten vereinigten.

Dazu liegt in dem dermaligen Zustande des abendländischen Europas selbst die dringendste Aufforderung zu solchem Unternehmen. Denn welch ein Zustand, wo Revolutionen auf Revolutionen und Kriege auf Kriege folgen, woraus zuletzt nur der moralische wie finanzielle Bankerott der Nationen und Staaten hervorgehn kann. Da gilt es, ihre Politik auf ein großes gemeinsames über die streitenden Sonderinteressen hinausreichendes Ziel zu richten, damit sie endlich aufhören, ihre Kräfte in innern Kämpfen zu verzehren. Und noch einmal: ein solches gemeinsames Ziel böte allein die Regeneration und Rechristianisierung des Orients. Haben die abendländischen Völker diese Aufgabe, die seit dem Hereinbrechen des Islam in die christliche Welt eine permanente war, so lange versäumt, so ist nun — wie zur Strafe dafür — noch eine neue orientalische Überflutung durch die Judenherrschaft eingetreten, wodurch die christlichen Völker nicht nur einem finanziellen Ausbeutungssystem verfielen, sondern zugleich ihr geistiges Leben im innersten Kern durch den Judengeist angegriffen wird. Das ist die innere orientalische Frage, die schon für alle europäischen Länder besteht, und die nicht zu lösen sein wird, ohne andererseits die äußere orientalische Frage tatkräftig in Angriff zu nehmen.

Nun aber die Sache näher betrachtet, spricht es dann für sich selbst, daß hier zum unmittelbaren Eingreifen nicht alle Mächte gleichmäßig befähigt sind. Sondern an erster Stelle käme es

offenbar auf die mediterranen romanischen Länder an. Wie andererseits auf England, welches in maritimer Hinsicht selbst zu den mediterranen Mächten gehört und durch seine Interessen zur Zeit sogar am meisten mit den orientalischen Angelegenheiten verflochten ist, weil dadurch auch der Fortbestand seines indischen Reiches bedingt wird. Aber wie schon gesagt: ohne westeuropäischen Beistand wird England seine Stellung in Asien nicht lange mehr behaupten können und darum muß es da gewissermaßen auch nur als der Prodominus des ganzen abendländischen Europa auftreten. Denn nur dadurch kann es für seine wesentlich künstliche und folglich höchst prekäre Weltmacht reelle Stützen gewinnen, wenn es die andern mediterranen Mächte in sein Interesse hineinzieht und sich mit denselben derartig auseinandersetzt, daß rücksichtlich der Vormundschaft über die orientalischen Länder, insoweit dieselbe nicht kollegialisch zu üben wäre, eine gütliche Verteilung einträte.

Darnach würde Spanien sich auf Marokko zu richten haben, woher einst die Überflutung durch die Mauren kam. Was entspräche so dem großen Gang der Geschichte, als wenn jetzt umgekehrt die spanische Herrschaft sich über Marokko ausbreite, in welches man ja von der spanischen Südküste aus gewissermaßen hineinblickt! Ein wahres Neuspanien würde daraus entstehen, als das jenseitige Andalusien, mit welchem es einst realiter zusammenhing, so lange die Säulen des Herkules sich noch nicht auseinandergespaltet hatten. Darüber noch einige Worte, um die volle Bedeutung dieser Sache klar zu machen.

Haben einst die Spanier das ganze Mittelalter hindurch in ihrem eigenen Lande den Islam bekämpft und sind es eben diese Kämpfe, wodurch sich erst die eigentümliche spanische Nationalität entwickelte und woraus der ritterliche Geist entsprang, der diese Nation erhob — was ist hinterher aus der spanischen Größe geworden, seitdem der spanische Unternehmungsgeist sich vielmehr auf Amerika richtete? Und was ist Spanien von seinen unermesslichen amerikanischen Besitzungen zuletzt noch geblieben? Neben dem unbedeutenden Puertorico nur das allerdings wichtige Kuba, dessen Besitz aber heute gleichwohl als ein großer Krebschaden für Spanien anzusehn ist. Denn während diese Insel die wahre Brutstätte der Korruption für das hohe spanische Beamtentum bildet, muß Spanien zugleich um der Behauptung dieses so gefähr-

deten Besitzes willen einen beträchtlichen Teil seiner Staatskräfte darauf verwenden. Um wieviel besser also, man gäbe einen Besitz, dessen dauernde Erhaltung gegen den natürlichen Zug der Dinge läuft, freiwillig auf. Hiernach zur Selbständigkeit gelangt, dürfte diese Insel dereinst wohl der Kern werden können, woran sich die übrigen Antillen zu einer insularen Konföderation anschließen. Gewissermaßen als ein Seitenstück zu den kleinstaatlichen Bildungen in dem sogenannten Zentralamerika. Daß damit zwischen Nord- und Südamerika zwei eigenartige Zwischenglieder entstünden, müßte jedenfalls wünschenswert erscheinen und dürfte selbst für die europäischen Interessen in Zukunft von Wichtigkeit sein, insofern dadurch die westindischen Gewässer, nebst dem zentralamerikanischen Landgebiete, den Charakter einer neutralen Zone gewännen.

Um aber zu Spanien zurückzukehren, das würde wie von selbst seinen Blick auf Marokko richten, sobald nur erst das letzte Band gelöst wäre, wodurch es noch an Amerika hängt, und woraus ihm inzwischen fortwährend Verwicklungen und Schwierigkeiten entstehn, die den Gedanken eines großen afrikanischen Unternehmens nicht aufkommen lassen. Und darauf gerade käme für Spaniens Wiedergeburt das meiste an, weil es damit erst zu seiner wahren Bestimmung zurückkehrte. Sogar für die ganze europäische Politik könnten sich wichtige Folgen daran anschließen. Denn wie es einst Spanien war, welches durch seine unermeßlichen Erwerbungen in Amerika tatsächlich den Grund legte zu dem ganzen Kolonial- und Merkantilsystem, das dann soviel dazu beigetragen, die Politik der westeuropäischen Mächte für zwei Jahrhunderte lang von dem Orient abzulenken, so würde auch anderseits gewissermaßen das Signal zu einem allgemeinen Umschwung gegeben sein, wenn endlich Spanien wieder in die Bahn einträte, die es nach der Entdeckung Amerikas verließ, indem es von jetzt an vielmehr seine Tatkraft auf Afrika richtete. Ist es für den spanischen Stolz empfindlich, daß Spanien nicht zu den sogenannten Großmächten gehört, — wohlan, nur ein kühner Entschluß und es selbst könnte eine Politik inauguriern, der gegenüber das ganze Großmachtssystem zum Schattenwesen herabsänke.

Was Frankreich betrifft, so war es zumeist der Traum der Rheingrenze, der diese Macht von ernstlichen orientalischen Unternehmungen zurückhielt, so daß auch der in Algerien gemachte

Anfang einstweilen ohne weitere Folgen und diese Erwerbung überhaupt unfruchtbar blieb. Es wäre Zeit, daß jener Rheingrenzraum verflöge. Ein Segen dann für Frankreich, hätten die Ereignisse von 70 und 71 solche Wirkung gehabt. Oder was kann wohl Frankreich im Orient ausrichten, so lange seine geheimsten Gedanken ganz wo anders hingehn? Die Rheingrenze aber und die Revanchege Gedanken einmal definitiv aufzugeben, und sich statt dessen mit der Kultivierung Algeriens beschäftigend, könnte es dazu bald noch Tunis hinzufügen. Sein altbegründeter Einfluß in Syrien würde dabei fortbestehn, es könnte ihn vielleicht bis über Palästina ausbreiten.

Nun meine ich wohl, wäre solchergestalt erst von spanischer und französischer Seite ein entschiedener Anfang gemacht, so hätte es mit dem Fortgang keine große Not mehr. Italien möchte sich auf Tripolis richten, während für England Ägypten bliebe, als die ihm unentbehrliche Etappe nach Indien. Die einstweilen noch unter türkischer Herrschaft stehenden Inseln, nebst der Westküste Kleinasiens, müßten naturgemäß dem neuen Griechenland zufallen, welches fortan selbst in den Verband der abendländischen Nationen einzutreten hätte.

Das erst wäre auch Griechenlands wahre Wiedergeburt. Denn hatte zwar das alte Griechenland die ersten Keime der Kultur aus dem Orient empfangen, seiner eigenen Entwicklung nach gehörte es dem Abendlande an, indem es zugleich die Brücke zwischen West und Ost bildete. Und wie nun das neuere Europa noch immer von den Kulturschätzen zehrt, welche ihm die alten Griechen hinterließen, so wird es auch dem Wiederemporkommen der Neugriechen seine Sympathie nicht versagen dürfen. Umso weniger, als es ohne Mitwirkung derselben nicht gelingen würde, den russischen Einfluß im Orient zurückzuweisen.

Zuletzt aber noch als eine Hauptfrage: was soll bei der der einstigen Auflösung des türkischen Reiches aus Konstantinopel werden? Denn klar, wie sehr dadurch das ganze Verhältnis des Abendlandes zum Orient bedingt sein würde. Fiele diese Stadt in die Hände Rußlands, so wäre damit auch die Ausbreitung der russischen Herrschaft im Orient eingeleitet, was wiederum nichts geringeres bedeutete, als die Abdankung des abendländischen Europa. Nicht minder aber müßten wir den Gedanken abweisen, daß Konstantinopel dereinst den Neugriechen zufallen sollte, weil

darin implicite die Wiederherstellung des byzantinischen Reiches läge. Eines Reiches, welches in sich selbst verfault und seines Unterganges vollkommen würdig war. Nein, nicht um einen neuen Byzantinismus, sondern um ein Neugriechentum handelt es sich und um den Eintritt desselben in den abendländischen Völkerkreis.

Als die angemessenste Lösung erscheint demnach, daß Konstantinopel zu einer für sich bestehenden Freistadt gemacht würde, von einem kleinen Landgebiet umgeben und mit diesem unter den gemeinsamen Schutz der Nationen des abendländischen Europa gestellt, für deren Zusammenwirken im Orient so selbst gewissermaßen den Knotenpunkt bildend.

Was wird nach dem allen von Deutschland zu sagen sein, von welchem wir in dem Vorstehenden einstweilen ganz absahn? Und doch wird es bei der Lösung der orientalischen Frage auch eine Rolle zu übernehmen haben. Sogar eine hochwichtige, wenngleich mehr in mittelbarer Weise, — das folgt aus seiner geographischen Lage.

Denn daß etwa das heutige deutsche Reich durch seine Flotte in den Gewässern der Levante irgendwie entscheidend auftreten könnte, daran wird vorerst niemand denken. Viel anders ist hier Österreich gestellt. Es kann nicht nur durch das adriatische Meer zum Orient gelangen, sondern da es doch wesentlich eine kontinentale Macht ist, dürfte für seine zukünftige Entwicklung viel wichtiger noch die Donau werden, wenn es ihm gelänge, wenigstens die Hegemonie über das ganze untere Donauland zu gewinnen, was das Hauptziel seiner Politik sein muß. Unter einheitlicher Leitung der Stromregulierung möchte dann die jetzt so verwilderte Donau allmählich wie die für Deutschland natürlichste so auch bequemste und sicherste Wasserstraße nach den Pontusländern werden. Das aber erreicht, so eröffnete sich wohl auch die Aussicht damit, daß dereinst ein Teil Kleinasiens unter deutsche Herrschaft käme und zu einem deutschen Kolonialgebiet würde.

Jedenfalls erscheint dies als der einzige Gebietsteil im Orient, wo das Deutschtum aufzukommen hoffen dürfte. Dafür sprechen schon die klimatischen Verhältnisse, nachdem die Erfahrung genügend gezeigt, daß das Deutschtum in sehr warmen Ländern nicht gedeiht, so wenig ihm hingegen die Kälte schadet. Was ist einst aus den Vandalen in Afrika geworden! Selbst in Italien und

Spanien konnten die Longobarden und Gothen ihre Nationalität nicht lange behaupten, statt dessen das deutsche Element in dem kalten Livland sich bis diesen Tag in voller Kraft erhielt. Und sehn wir nicht, wie die deutschen Auswanderer auch in Nordamerika sich vorzugsweise den kältern Landesteilen zuwenden? Dazu kommt, daß eine deutsche Herrschaft in allen andern Teilen des Orients, — gegenüber den in dieser Hinsicht viel günstiger gestellten romanischen Völkern und Neugriechen, wie gegenüber der englischen Macht — kaum aufkommen dürfte. Nur in dem nordöstlichen Kleinasien und sobald erst die Donau zu einer guten Wasserstraße gemacht wäre, hätten wir sogar natürliche Vorteile daraus. Jedenfalls wäre es uns dann hinlänglich nahe gerückt. Zogen einst die Gallier dahin und setzten sich dort dauernd fest, — warum sollte das in Zukunft nicht den Deutschen gelingen? Kleinasien hat nie eine gleichartige Bevölkerung gehabt und nach den natürlichen Verhältnissen dieses Landes, welche jede Zentralisation ausschließen und wonach es den verschiedensten Einflüssen ausgesetzt ist, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen sein, daß auch in Zukunft dort verschiedene Völker wohnen werden.

Scheint also dieses Land wie dazu prädestiniert, daß es dereinst die Stätte werde, wo, wenn einmal die Rückströmung von West nach Ost in Zug gekommen, die verschiedenen europäischen Nationen sich gewissermaßen die Hand reichen, so muß dann auch die deutsche Nationalität sich dort geltend machen und daß dies wirklich geschehe, als eine wesentliche Bedingung für Deutschlands zukünftige Entwicklung anzusehn sein. Aber augenfällig zugleich, daß dabei die Hauptsache auf Österreich ankäme. Ohne dies stände Deutschland im Orient da wie ein einarmiger Mann, und es wäre gerade der rechte Arm, den der Mann verloren hätte. An die Begründung einer deutschen Kolonialherrschaft in Kleinasien wäre unter solchen Umständen gar nicht zu denken. Und doch — wie wichtig wäre die Sache! Denn es würde uns dadurch eine Handelsstraße gesichert sein, die ebenso nach Zentralasien, als nach Persien und Ostindien führte.

Da tritt uns wieder die symbolische Bedeutung des Doppeladlers entgegen! Und das führt uns weiter auf den mitteleuropäischen Bund zurück, dessen Wichtigkeit für den Umschwung der ganzen europäischen Politik wir bereits anderorten nachgewiesen. Auch sahn wir, wie in diesem Bunde zugleich die alleinige Garantie läge

für ein festes Zusammenwirken zwischen Preußen und Österreich, und daran wieder würde sich noch etwas anderes anschließen, was wir jetzt besonders hervorheben müssen. Denn nur unter dieser Voraussetzung, meinen wir, dürfte es gelingen, England dafür zu gewinnen, daß es sich mit dem gesamten abendländischen Europa zu einer gemeinsamen Politik im Orient verbände und ohne England — wie wenig wäre da überhaupt auszurichten! Sollte das aber seine bisherige Sonderpolitik im Orient aufgeben, so müßte man auch etwas ihm dafür zu bieten haben. Und da wäre es gewiß ein Großes für England, wenn durch den mitteleuropäischen Bund Rußland für immer im Zaume gehalten und somit England gegen alle ihm von daher drohenden Gefahren gesichert wäre. Um diesen Preis möchte es leicht zu einem Zusammenwirken mit den Kontinentalmächten zu gewinnen sein. Und so wäre endlich die abendländische Völkergemeinschaft begründet, die ihrerseits wieder die Basis der zukünftigen Weltpolitik sein würde.

So viel bedeutet demnach der mitteleuropäische Bund, daß zuletzt das ganze davon abhinge. Und was gehörte denn wieder dazu, damit eben dieser Bund zustande käme? Wirklich nichts weiter, als daß Deutschland seinen wahren Beruf ergriffe, der es handgreiflich über sich selbst hinausweist, wie auch das ehemalige Reich durch seinen Namen ausdrücklich besagte. Nannte das sich zugleich das „heilige“, weil es an den allgemeinen Zwecken der abendländischen Christenheit zu dienen bestimmt war, so handelt es sich bei der Gründung des mitteleuropäischen Bundes um einen politischen Umschwung, welcher den Fortschritt befördern würde. Insofern also dieser Bund den Stützpunkt zu solchem Umschwung bildete, — dürfte er sich nicht mit gutem Fug um deswillen auch den „heiligen Bund“ nennen? Und das wäre es dann, worin das ehemalige heilige römische Reich seine wahre Wiedergeburt gefunden hätte.

Nur große praktische Ziele können eine Nation emporheben. Davon also wird der Aufschwung der deutschen Nation abhängen: daß sie ihren Weltberuf erkennt und tatkräftig ergreift. Bis heute ist das noch nicht geschehn. Damit es aber geschehe, wird man zuvörderst auch klar darüber sein müssen, was dem bisher entgegen stand.

Nationen entwickeln sich langsam, von der deutschen gilt dies

vielleicht am meisten. Und wie hätte nun Deutschland nach einer mehrhundertjährigen Periode fortschreitenden Verfalls sich in kurzem wieder zu seiner ehemaligen Größe erheben mögen? Seit lange zu einem aktiven Eingreifen in die europäische Politik außer Stande gewesen, durch die innere Zersplitterung in Machtlosigkeit versunken, dann zeitweilig sogar seiner politischen Existenz beraubt, war es schon ein Großes, daß es durch die Freiheitskriege doch diese wenigstens der Form nach wiedergewann. Zu einem lebendigen Körper aber war Deutschland dadurch noch lange nicht geworden. Und weit entfernt, daß man sich darauf zu großen politischen Konzeptionen erhoben hätte, bewirkten die tatsächlichen Verhältnisse vielmehr eine neue Verengung des politischen Horizontes.

Denn zunächst war es jetzt die innere Ausbildung der einzelnen deutschen Staaten, worauf sich alle Gedanken und Anstrengungen richteten. Und zwar waren es gerade die deutschen Mittelstaaten und Kleinstaaten, welche in dieser Richtung in den Vordergrund traten. Was dadurch gewonnen wurde an Sinn und Übung, sich in freien staatsrechtlichen Formen zu bewegen, soll unvergessen bleiben. Angesichts aber der großen deutschen Gesamtaufgabe konnte der mittelstaatliche und kleinstaatliche Konstitutionalismus nur dahin führen, daß man sich destomehr in enge Verhältnisse einlebte und für die Behandlung großer politischer Fragen von vornherein den Maßstab verlor. Wie handgreiflich trat das im Jahre 48 hervor, als man da auf Grund aller der Vorstellungen, die sich in jenen Sphären ausgebildet hatten, die Reorganisation des deutschen Gesamtkörpers unternehmen wollte! Das waren eben ganz inkommensurable Dinge, und darum das damalige Mißlingen unvermeidlich.

Hatte es inzwischen nicht an Leuten gefehlt, welche, unbefriedigt von dem konstitutionellen Treiben in den deutschen Partikularstaaten, darüber hinaus eine gesamtdeutsche Entwicklung forderten, so befanden sie sich doch in vollständiger Bewußtlosigkeit darüber, was das eigentlich zu besagen hätte. Nämlich, daß es nichts geringeres involvierte, als eine Beseitigung des europäischen Großmachtssystems, als welches (wie wir genügend gezeigt zu haben meinen) vielmehr selbst auf dem Zerfall des deutschen Gesamtkörpers beruhte. Daran aber kein Gedanke, sondern gerade dieses Großmachtssystem sollte nun den Anhalt für die Reorgani-

sation Deutschlands bilden. Damit aber entstand auch sofort die Frage: an welche von den beiden deutschen Großmächten sich das neue Deutschland anzulehnen habe? Und was hieß das im Grunde genommen, als Deutschland an und für sich preisgeben, wenn statt dessen vielmehr Preußen oder Österreich in den Vordergrund trat? So in diese Alternative hineingezerrt: ob Preußen oder Österreich? war damit die deutsche Frage schon von Anfang an total verfälscht. Und was war wohl von dem neuen Deutschland zu erwarten, das auf preußischer oder österreichischer Basis ruhen sollte? Für den deutschen Weltberuf in beiden Fällen so viel als nichts. Das zeigt die einfachste Erwägung.

Hatte zwar die österreichische Gesamtmonarchie von ihrer Entstehung an eine gewisse Großartigkeit der Anlage gehabt, — ein hoher Geist, wie in dem heiligen römischen Reich in dessen Blütezeit, hatte sich in dieser Monarchie gewiß nicht verkörpert. Durch Heiraten und Erbschaften zusammengebracht, und so ein Produkt des Feudalismus, d. h. einer im Niedergang begriffenen Entwicklungsperiode war demgemäß diese Monarchie, statt auf die Anbahnung einer neuen Zukunft, vielmehr auf das Festhalten der Vergangenheit gerichtet. Und so war auch das ehemalige römisch-deutsche Kaisertum für Österreich nur zu einer Art von Erbstück geworden, welches zwar seinem Inhaber noch immer einen gewissen Nimbus gab und als Folie zu weitreichenden Ansprüchen diente, längst aber nicht mehr die ideale Kraft besaß, welche die Geister zu großen Konzeptionen anzuregen vermocht hätte. Mit der Herrschaft des Österreichertums über Deutschland wäre also die Stagnation gegeben gewesen.

Das Preußentum hingegen schien ganz andre Aussichten zu bieten. Denn das strebte offenbar aus der Vergangenheit heraus und war auf die Begründung eines neuen Zustandes gerichtet. Indem es aber die deutsche Vergangenheit von sich stieß, waren ihm damit auch zugleich die großen Ideen verschwunden, welche dem ehemaligen Reiche zugrunde gelegen hatten. Und wie kleinlich nahmen dem gegenüber sich die preußischen Zwecke aus! Dem Preußentum galt es ja freilich als ein Großes, ein deutsches Ländchen nach dem andern zu erwerben, aber was bedeutete das wohl für die Weltstellung Deutschlands, welches dabei nur umsomehr seiner innern Auflösung entgegengeführt wurde? So war die preußische Geschichte wohl eine Schule der Arbeitsamkeit und

Ordnungsliebe, ein Anreiz zum Raffinement und ein Antrieb zur Tatkraft lag darin, aber die Geister auf hohe Ziele zu richten, vermochte sie nicht. Sie lenkte weit eher davon ab. Und dementsprechend sahn wir ja, wie das heutige preußisch-deutsche Reich, in welchem nun der Geist zur Herrschaft gekommen, der sich durch die preußische Staatsgeschichte entwickelt hatte, von dem Weltberuf des ehemaligen Reichs rundweg abstrahiert.

Nur auf Grundlage des doch immerhin ganz Deutschland umfassenden ehemaligen Bundes hätten sich auch deutsch-politische Ideen entwickeln mögen. Vorausgesetzt nämlich, daß dieser Punkt selbst zu einer politischen Aktivität gelangt wäre, statt dessen er in Wirklichkeit ein lediglich passiver Körper blieb. Fehlte damit zu solcher Ideenentwicklung jeder reale Anhalt, so hätte allein noch die Wissenschaft den Impuls zu einer höhern Auffassung des deutschen Weltberufes zu geben vermocht. Allein die Wissenschaft selbst erhielt nur die Bewußtlosigkeit darüber und steigerte die Verwirrung der Geister. Denn (wie seines Ortes gesagt) es war den deutschen Gelehrten überhaupt das Verständnis für das eigentlich Deutsche abhanden gekommen, daher sie sich in Theorien ergingen, welche auf das deutsche Problem gar keine innere Beziehung hatten. Und so ist es noch bis heute der armselige Begriff des sogenannten Rechtsstaates, welcher ebenso das Stichwort für das große politisierende Publikum bildet, als sich auch das Denken der Schule darum dreht.

Aber nicht nur, daß in solcher Weise an das spezifisch deutsche Problem überhaupt nicht heranzukommen war, sondern je mehr sich das Denken in der Staatsidee konzentrierte, wie wenn davon das Heil der Menschheit abhinge, umso mehr traten hingegen gerade diejenigen großen Aufgaben, worauf die Entwicklung der Zukunft beruht, d. i. die soziale und internationale Organisation, in den Hintergrund oder wurden ganz beiseite geschoben. Es konnte nicht anders sein, weil die herrschende Wissenschaft keine Handhaben dazu bot. Oder was wäre auf Grund der Rechtsstaatstheorie, wie sie etwa ein Gneist aufgestellt, für jene Aufgaben zu leisten? Ganz ebensowenig als auf Grund der Hegelschen oder Stahlschen Staatsphilosophie, welche auch nur den isolierten Staat vor sich hat, und sich in den Fragen der Staatsverfassung konzentriert.

Bei Stahl wurde die Sache dadurch sogar noch schlimmer, daß der Mann ausdrücklich sich seines christlichen Standpunktes

rühmte, während doch die viel weiter reichenden sozialen und internationalen Fragen um deswillen auch dem Christentum, welches die Universalität selbst ist, viel näher liegen als die eigentlichen Staatsfragen. Er hingegen beschäftigte sich mit den erstern nur wenig, die zweiten kümmerten ihn gar nicht, sondern beidem die Hauptfrage blieb ihm der Staat. Gewissermaßen das Umgekehrte wirklich christlicher Denkweise. Wie konnte er wohl dahin geraten? Die Sache ist einfach die, daß sein Christentum nur ein judaisierendes war, und für das Judentum fiel ja Staat und Religion zusammen. Er behandelte demnach die christliche Offenbarung wie ein Gesetz. Dann aber anderseits wieder erklärlich genug, daß ein solches mit der Staatsgewalt verquicktes und nicht den geistigen Horizont erweiterndes sondern verengendes Christentum den Widerspruch aller freien Geister hervorrief; und wie denn auch tatsächlich vorliegt, daß hinterher die Abwendung vom Christentum umsomehr zunahm.

Welch ein Licht wirft es doch auf den Geist dieses Mannes, daß die Blütezeit seines Einflusses gerade die Zeit einer platten und geistlosen Reaktion war, inmitten deren er selbst sich gleichwohl so recht behaglich fühlte! Da hatte er seine feste Anhängerschaft im preußischen Herrenhause, wo er nun seine Weisheit ebenso an den Mann bringen konnte wie auf dem Katheder. Von den reellen Einsichten aber, die dadurch gewonnen wären, ließ sich wenig sagen. Im Gegenteil, diese Weisheit lenkte von allen sachlichen Untersuchungen ab und führte zu einer Phraseologie, die um gar nichts besser war als die des Liberalismus. So vor allem die Phrase: „Autorität, nicht Majorität“. Als ob damit irgend etwas auszurichten wäre, wo doch in der Praxis erst die Frage entstände: 1) wer ist die Autorität und wodurch erweist sich die Autorität? denn sonst könnte sich wohl jeder als Autorität aufwerfen und 2) wodurch kann und soll die Autorität sich gegenüber der Majorität geltend machen? Darauf keine Antwort. Und so ließen sich auch nur Schwachköpfe und Halbköpfe von dieser Phrase imponieren. Endlich aber — welche Frucht hat zuletzt die Stahl'sche Lehre bei ihren Anhängern selbst getragen, sobald es auf eine ernstliche Probe ankam? Das zeigte sich im Jahre 66, wo die Stahlianer im preußischen Herrenhause, oder was davon im Abgeordnetenhause saß, ihre bisher proklamirten Prinzipien ganz ebenso über Bord warfen, als anderseits die

Liberalen taten. Und was hinterher zur praktischen Geltung gelangte, war der Militarismus, der Annexionismus und der Kapitalismus.

Soll die deutsche Aufgabe nach Umfang und Tiefe endlich recht verstanden werden, so gehört dazu gleichzeitig erst eine Erhebung der Geister. Ähnlich wie sie vordem in der Periode unsrer klassischen Literatur stattgefunden hatte, nur freilich — den Anforderungen der heutigen Weltlage und den heutigen Bedürfnissen gemäß — ganz anders geartet als damals. Denn das war ja die Periode unsers tiefsten politischen Verfalls gewesen, welchen gleichwohl jene Literaturentwicklung nicht im geringsten aufzuhalten vermocht hatte. Die geistigen Heroen jener Periode waren eben wesentlich kosmopolitisch gesinnt und weil ihnen nun die Brücke von den vaterländischen Angelegenheiten zu dem politischen Kosmos gänzlich fehlte, — da Deutschland schon seit lange keine politische Aktivität mehr besessen, — so schwebte ihr Kosmopolitismus in der Luft als ein abstrakter Idealismus. Statt dessen gilt es jetzt, einen konkreten Idealismus zu erwecken, einen Real-Idealismus, der unmittelbar an die deutschen Aufgaben anknüpft, die, wie wir sahn, sich selbst in die Weltpolitik verlaufen. Nicht also, daß damit der deutsche Patriotismus zu verschwinden hätte, sondern ebenso gekräftigt als gereinigt und veredelt wird er dadurch werden, indem er sich jetzt mit dem Kosmopolitismus vermählt. Was könnte die Liebe zum deutschen Vaterlande mehr anfachen, als die Überzeugung, daß das selbst der Hebel zu einem allgemeinen Umschwung werden soll? Noch mehr: zu einem Umschwung, welcher zugleich den großen praktischen Forderungen des Christentums zur Verwirklichung helfen soll und darum auch die Weihe der Religion für sich in Anspruch nehmen kann, von der hingegen jener abstrakte Idealismus unsrer klassischen Periode durchaus abstrahieren mußte. Denn angesichts der damaligen Zustände, die doch angeblich mit einer göttlichen Sanktion bekleidet sein wollten und sich christlich nannten, — wie erklärlich, daß jener Idealismus über solches Christentum sich erhaben fühlte! Er war wirklich das Bessere, und die ihm anhängen die besten Männer ihrer Zeit. Nun aber, die praktischen Forderungen des Christentums anerkannt und tatkräftig in Angriff genommen, so liegen darin selbst die höchsten Ziele menschlichen Strebens, während sich zugleich zeigt, daß diese Ziele eben nur auf Grund-

lage christlicher Weltansicht erreicht werden können. Dies aber wieder anerkannt, so wäre ja auch der deutsche Idealismus selbst schon wie eine Vorhalle zum Christentum gewesen. Diesen Idealismus dürfen wir daher nicht aufgeben, sondern müssen ihn über sich selbst hinausführen und dadurch gerade wird er zum Real-Idealismus.

Und jetzt sage ich: solcher geforderte Real-Idealismus ist eben gegeben mit dem Föderalismus, als welcher — ausgehend von den ganz materiellen Grundlagen der menschlichen Gesellschaft und in stufenmäßigem Fortschritt von dem Niedern zum Höhern übergehend, bis er zuletzt sich in die Region des Reingeistes erhebt, —dadurch in lebendigster Weise das Reale mit dem Idealen verknüpft. Ist doch das Verhältnis des Menschen zur Natur selbst schon als eine Art von Bund aufzufassen, den der Mensch hier mit der Natur schließt. Und so muß es aufgefaßt werden. Der Mensch soll an der Natur keinen Raub begehn, keinen Raubbau treiben, überhaupt die Natur nicht willkürlich behandeln wollen, sondern er soll in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit den eigenen Lebensbedingungen der Natur sich liebevoll anschließen. Und je mehr er das tut, umso reichlicher spendet sie ihm ihre Gaben. Wir wissen, wie die Naturverhältnisse auch noch weit über die bloß ökonomische Sphäre hinaus ihren Einfluß äußern und als mitwirkende Faktoren betrachtet werden müssen, selbst noch in den Fragen der internationalen Organisation.

Ferner hat sich gezeigt, wie der Föderalismus sich dadurch charakterisiert, daß er einerseits alle Faktoren der Entwicklung in ihrer Eigenartigkeit anerkennt und anderseits zum Zusammenwirken verbindet. So, angefangen von den materiellen Fragen der Ökonomik: Naturkraft, Arbeitskraft, Intelligenz und Kapital; dann weiter die verschiedenen Wirtschaftszweige und sozialen Berufsarten, bis zur Regulierung der persönlichen Verhältnisse der dabei Beteiligten. Führt nun der Föderalismus über den Gegensatz der liberalen und sozialistischen Ökonomie hinaus, so ist er darum auch das alleinige Mittel zur wirklichen Überwindung des heute so allgemein gefürchteten Sozialismus. Denn durch den Liberalismus, zu welchem der Sozialismus selbst nur den naturnotwendigen Gegensatz bildet, kann er doch gewiß nicht überwunden werden. Mit dem konservativen Gerede aber dürfte eben-

sowenig auszurichten sein, da der Konservatismus überhaupt keine eigentümliche Ökonomik besitzt.

Es gehört vielmehr ein neues höheres Prinzip dazu, und das liegt in dem Föderalismus, der sich dann weiter auch dadurch charakterisiert, daß er die gesellschaftliche Organisation zugleich mit der staatlichen verbindet. Und wie sollten wohl die gesellschaftlichen Verhältnisse zu reformieren sein, ohne daß sich zugleich die staatliche Ordnung veränderte? Nein, auf Grundlage der heutigen Staatsverfassungen bleibt auch jede tiefgreifende Sozialreform aussichtslos. Aussichtslos desgleichen eine befriedigende Ordnung der deutschen Verhältnisse ohne Veränderungen in den bestehenden deutschen Staatensysteme. Und wie wären die selbst wieder möglich, oder was würden sie helfen, ohne die allgemeine internationale Organisation? Gedankenloses Geschwätz, eine föderative Entwicklung Deutschlands zu fordern, ohne tiefgreifende Veränderungen in den europäischen Verhältnissen.

Man mag doch einen so weit ausgesponnenen Reformplan für einen überschwenglichen Gedanken halten, die tiefere Betrachtung der Dinge führt unabweisbar dahin. Ähnlich wie im Reiche der Natur alles zusammenhängt, so auch in dem Reiche der geschichtlichen Bildungen. Hat Newton gelehrt, daß es die ein- und selbe Kraft sei, durch welche der Apfel vom Baum zur Erde fällt und durch welche die Himmelskörper sich in ihren Bahnen bewegen und gilt die allgemeine Gravitation schon längst als eine unbestreitbare Wahrheit, — was läge denn so Ungeheürliches darin, wenn ich andererseits sage, daß selbst die elementarsten sozialen Fragen mit den großen Weltfragen zusammenhängen? Den handgreiflichsten Beleg dazu bietet ja der die fernsten Zonen verbindende Handel und der uns doch mit den alltäglichsten Lebensbedürfnissen versorgt. Jeder Faden Baumwolle erinnert uns an den internationalen Zusammenhang. Und was ist also von einer Wissenschaft zu halten, die gerade so tut, als wären soziale Fragen und internationale Fragen zwei Dinge, die überhaupt nichts miteinander zu schaffen hätten? Nichts anderes, als daß solche Wissenschaft den Wald vor Bäumen nicht sieht. Und was heißt es ferner, daß innere und äußere Politik nichts miteinander zu schaffen hätten, wo uns doch schon das Militärbudget handgreiflich das Gegenteil zeigt? Aber darin tritt darum auch erst die volle Bedeutung des Föderalismus hervor, daß er von

vornherein in einen universalen Zusammenhang der Dinge einführt, wonach man wirklich sagen kann, daß er für die Menschenwelt dasselbe ist, was für die materielle Welt das Gravitationsgesetz. Nur freilich dabei etwas ganz anderes als ein Naturgesetz, da er vielmehr durch die menschliche Freiheit vermittelt ist und sich selbst an die menschliche Freiheit wendet, deren Bühne das Reich der Geschichte ist.

Doch auch hier tritt uns wieder der synthetische Charakter des Föderalismus dadurch entgegen, daß er die drei Reiche, denen der Mensch angehört, — will sagen: das Reich der Natur, das Reich der Geschichte und die übersinnliche jenseitige Welt, welche unter dem religiösen Gesichtspunkt betrachtet das Reich der Gnade heißt, — daß er diese drei Reiche gleichzeitig ins Auge faßt. Und dies folgt ganz einfach daraus, daß er das menschliche Leben nach seiner vollen Wirklichkeit betrachtet, dessen drei Seiten sich deutlich genug schon durch die äußere Erscheinung des Menschen ankündigen. Denn mit den Füßen auf der Erde stehend ist sein Haupt in die Höhe gerichtet, indessen die Sinne in die Weite schweifen und Arm und Hände, als die Werkzeuge seines Schaffens, sich frei in der Luft bewegen. Aber noch mehr, der synthetische Charakter des Föderalismus ist in diesem Falle sogar ganz unmittelbar gegeben, weil das Reich der Geschichte, als die spezifische Sphäre seiner Entfaltung, an und für sich selbst ein Mittelreich zwischen dem Reiche der Natur und der jenseitigen Welt ist, welches daher außer Zusammenhang mit diesen beiden Reichen weder überhaupt da sein, noch begriffen werden könnte. Und so bliebe auch der Föderalismus nach seinem tiefen Wesen unverstanden, ohne die Einsicht in die Mittelstellung des Reiches der Geschichte.

Um deswillen sehe ich mich nun veranlaßt, über diese drei Reiche noch ein mehreres zu sagen. Denn wie der Föderalismus die Forderungen eines Umschwunges der politischen Wissenschaften involviert, so ist solcher Umschwung selbst wieder nicht möglich, ohne die Grundlage einer neuen Weltansicht, die sich eben in der Theorie der drei Reiche konzentriert. Wenn aber der Föderalismus als ein neues politisches Prinzip auftritt, so ist auch diese Auffassung der drei Reiche, wonach dieselben ebenso ineinandergreifen, als sich bestimmt von einander unterscheiden, der bisherigen Denkweise fremd gewesen, und so einfach die

Sache erscheinen möchte, ist sie doch, wie sie durch das Nachstehende zeigen wird, von folgenreichster Wichtigkeit.

Blicken wir dabei zuvörderst auf die Theologie, welche so viele Jahrhunderte lang an der Spitze aller Wissenschaft gestanden, sie spricht bis heute noch nur von dem Reiche der Natur und von dem Reiche der Gnade, ein besonderes Reich der Geschichte kennt sie nicht. Umso auffallender, weil für die Theologie selbst soviel darauf ankäme, denn mit unsrer Auffassung wäre eine trübe Vermischung des Natürlichen, Menschlichen und Göttlichen, welche der Religion so gefährlich ist, von vornherein unmöglich und so die Würde der Religion sicher gestellt. Ich sage noch mehr: bei einigem Nachdenken wäre ja unschwer zu erkennen, daß sogar in den drei Artikeln des apostolischen Symbolums implicite auch ein Fingerzeig auf die drei Reiche liegt. Und ferner: ist es nicht das Mittelreich der Geschichte, wodurch erst die Idee des Mittlers, worin sich das ganze Christentum konzentriert, ebenso erst ihre volle Bedeutung empfängt, wie anderseits auch erst zum rechten Verständnis gelangen kann? Aber so ist auch gerade um deswillen, weil die Idee des besondern Mittelreiches der Geschichte der Theologie fehlte, das Christentum bis diesen Tag unverstanden und auf bloßen Autoritätsglauben gestellt geblieben.

Treten wir hierauf an die Philosophie heran, -- mit der steht es in diesem Punkte auch nicht viel besser. So hatten vorweg der antiken Philosophie wie der mittelalterlichen Philosophie Spekulationen über das Wesen der Geschichte gänzlich fernegelegen, die Geschichte schien gar nicht für sie zu existieren. Für die von Descartes anhebende rein rationelle Philosophie, wie anderseits für den Sensualismus eines Locke und seiner Nachfolger ebenso wenig. Demgemäß spricht denn auch selbst noch Leibniz nur von dem Reiche der Natur und dem Reiche der Gnade. Soviel er sich mit dem Material der Geschichte beschäftigte, zu einer Philosophie der Geschichte führte ihn das durchaus nicht. Dazu brach vielmehr vor anderthalb Jahrhunderten die erste Bahn der tief-sinnige Vico. Mit vollem Recht nannte er seine Lehre die „Scienza nuova“. Nur freilich, die neue Wissenschaft war auch damit noch lange nicht gegeben, sondern eigentlich nur erst die ausdrückliche Forderung einer solchen erhoben. Aber auch das schon ein großes Verdienst, und so vermehrten sich auch die Vorarbeiten dazu.

Reflektierende Betrachtungen über die Geschichte wurden all-

mählich ziemlich allgemein, nachdem in dieser Weise sogar schon früher Bossuet aufgetreten war mit seinem „Discours sur l'histoire universelle“. Insoweit es sich dabei um die Politik handelte, hat dann später Montesquieu unstreitig viel Anregendes gesagt. Tiefer schon faßte die Sache unsre historische Juristenschule, deren Denkweise hinterher — insbesondere nach dem Vorgang von Burke — zugleich wieder in die Politik eindrang, bis zuletzt Roscher die geschichtliche Methode auch in die Ökonomik einführte. Andererseits und noch geistvoller hatten Winkelmann, Lessing und Herder die Kunst, die Literatur und die Religion nach ihrer geschichtlichen Seite betrachtet. Allbekannt, wie der letztere selbst schon den Anlauf zu einer Philosophie der Geschichte gemacht. Aber doch eben nur den Anlauf, denn um eine solche Philosophie zu ermöglichen, dazu hätte erst noch die Untersuchung ganz anderer Fragen gehört, bis wohin alle jene Männer noch gar nicht gelangten.

Frage nämlich: was ist überhaupt die Geschichte an und für sich selbst? Gewiß ein sehr sonderbares Wesen, denn wenn gerade als das herrlichste der Geschichte die großen Taten der Individuen oder Völker erscheinen, — die verschwanden ja in demselben Momente, als sie sich vollzogen, zwar Nachwirkungen hinterlassend, aber als Taten gehörten sie hinfort nur der Erinnerung an. Ein bloßes Reich der Mnemosyne wäre darnach die Geschichte, und doch muß sie andererseits etwas sehr Reelles sein, so gewiß als das Wohl und Wehe der Völker durchaus von den Wendungen der Geschichte abhängt. Frage desgleichen: wie kommt überhaupt das Menschengeschlecht dazu, sich in einer geschichtlichen Entwicklung zu befinden? Wiederum aber ist es die offenbarste Tatsache, daß die jedesmal lebende Generation — in ihrem Empfinden, Denken und Wollen — immer eine merklich andre ist, als sogar schon die nächst vorangegangene Generation. Welch ein Unterschied gar im Verlauf der Jahrhunderte und Jahrtausende! Daß die Völker eben fortschritten und fortschreiten müßten, ist leichthin gesagt, aber keine Antwort auf jene Frage. Oder warum denn fortschreiten, da sie doch auch in dem Zustand verbleiben könnten, in welchem sie sich einmal befanden? Sind die Tiere so glücklich, von der ganzen Fortschrittsquälerei nichts zu wissen, warum ist nur der Mensch so einfältig, fortschreiten zu wollen? Und ferner fortschreiten — wohin denn?

Soll die Sache einen verständigen Sinn haben, so muß wohl der Mensch noch nicht sein, was er sein soll. Aber wie konnte nun ein so widerspruchsvolles Wesen überhaupt entstehen, welches nicht ist, was es sein soll? Die Tiere scheinen von diesem innern Widerspruch frei zu sein.

Offenbar sind das alles unabweishare Fragen und ohne eine Antwort darauf ist von einer Geschichtsphilosophie nicht ernstlich zu reden. Und welche Tragweite wirklich die Sache hat, zeigt sich, beiläufig bemerkt, handgreiflich schon in dem Unfug, welchen man heute mit den sogenannten anthropologischen Untersuchungen treibt, wobei man eben von der geschichtlichen Seite alles Menschlichen absieht, sondern den Menschen nur physiologisch betrachtet, nach Knochen, Schädel und Gehirn. Wie natürlich, daß das zu der Affentheorie führte. Gehört es aber zu dem eigensten Wesen des Menschen, sich in einer geschichtlichen Entwicklung zu befinden, so soll man doch auch erst eine Art von Affengeschichte entdecken, oder die Analogie ist von vornherein bodenlos. Soviel also bedeutet auch in dieser Hinsicht die Idee eines besondern Reiches der Geschichte, denn diese Idee einmal erfaßt, so sinkt damit jene Affentheorie mit einem Schlage zu einem verächtlichen Humbug herab.

Um nun das Wesen des geschichtlichen Reiches begreifen zu können, dazu bedurfte es nach dem allen erst eines Umschwunges der ganzen Philosophie. Die bisherige und noch jetzt herrschende rein rationelle Philosophie war dazu so wenig befähigt, daß sie sich die oben formulierten Fragen nicht einmal aufwarf, geschweige denn, daß sie eine Antwort darauf zu geben wußte. Es bekundet ja immerhin den allgemeinen Zug der Geschichte, daß auch bei Kant und selbst bei Fichte sich geschichtliche Betrachtungen finden, allein die stehn da eben in keinem innern Zusammenhang mit ihrem System, in welchem vielmehr für eine Geschichtsphilosophie überhaupt kein Platz wäre. Darum ist es wirklich ganz folgerichtig, wenn anderseits der doch sonst so geistreiche und tief sinnige Schopenhauer von seinem Standpunkt aus rundweg erklärt: habe der Philosoph nur den Herodot gelesen, so brauche er sich um Geschichte nicht weiter zu kümmern! Jedenfalls das bequemste, um tausend Schwierigkeiten zu entgehen. Gilt also diesem Philosophen das Reich der Geschichte nichts, so kann er folgerichtig auch nichts von einer positiven

Religion wissen, denn dadurch allein wird eine Religion positiv, daß sie in die Geschichte eintritt. Am allerwenigsten weiß er von der christlichen Offenbarung, da es für ihn weder einen persönlichen Gott noch eine Schöpfung gibt. Alles verschwindet da in dem Abgrund seines Subjektivismus.

Viel anders freilich sieht die Sache bei Hegel aus, dessen System ausdrücklich eine Philosophie der Geschichte enthält. Auch die Kunst, die Religion und die Philosophie selbst hat er, mehr oder weniger eingehend, nach der Seite ihrer geschichtlichen Entwicklung betrachtet. Auf den ersten Anblick könnte man ihn darnach für einen rechten Geschichtsphilosophen halten. Erklärt er doch sogar in seiner „Phänomenologie des Geistes“, welche die Einleitung zu seinem System bilden sollte: die Wissenschaft sei eben die begriffene Geschichte. Es fragt sich nur, wie das zu verstehen wäre, und da nahm aber die Sache die Wendung, daß umgekehrt die Geschichte sich ihm zu bloßen Begriffen, die realen Vorgänge zu einem bloßen Gedankenprozeß verwandelten. Und damit wäre ja das allerwesentlichste in der Geschichte, das ist die Tat, zum unwesentlichen geworden, die Geschichte hörte überhaupt auf, das Reich der menschlichen Freiheit zu sein. Denn das Denken entwickelt sich bei Hegel nach innerer Notwendigkeit, und wie er einmal sagt: alles wirkliche sei vernünftig, so wäre es zugleich notwendig. Wohin kämen wir damit! Ferner aber geht bei Hegel aus der zu einem Gedankenprozeß verwandelten geschichtlichen Entwicklung der sogenannte absolute Geist hervor. Das Geschichtliche verschmilzt demnach mit dem Göttlichen, ein besonderes überweltliches Reich existiert gar nicht. Wie also bei Schopenhauer alles in Subjektivismus verschwindet, so bei Hegel in dem angeblich sich selbst denkenden Denken, und zuletzt ist sein System nichts weiter als ein Panlogismus.

Angeregt nun durch Hegels geschichtliche Betrachtungen, suchte dem Problem einer wirklichen Geschichtsphilosophie näherzutreten Cieskowski, indem er ausdrücklich eine „Historiosophie“ aufstellen wollte. Auf Grundlage seiner polnischen Nationalität zugleich deutsche und französische Bildung in sich vereinigend und infolgedessen die Hegelsche Philosophie von Anfang an viel freier und unbefangener beurteilend als die meisten ihrer sonstigen Anhänger, empfand er auch alsbald das Unbefriedigende des bloßen Logismus. Über dem bloßen Begriff geht

ihm die Tat, über das absolute Erkennen soll sich die absolute Praxis erheben und dazu diene dann die Historiosophie: die wahren Aufgaben der Zukunft erkennen zu lehren und die leitenden Ideen zur Lösung derselben anzugeben. War, wie er meint, was bisher in der Welt geschehn, aus dem dunkeln Drang der Völker hervorgegangen, so sollten die großen Aufgaben der Zukunft mit klarem Bewußtsein erfaßt und in Angriff genommen werden und im Hinblick auf das praktische Endziel, d. i. die Gestaltung der Menschheit zu einer Völkerfamilie. Dabei nicht unberührt von panslawistischen Ideen, von denen damals viele Polen ergriffen waren, denkt er an eine zukünftige slawische Weltperiode, der all das zu erfüllen vorbehalten sei, wozu der in bloße Theorie versunkene germanische Geist sich nicht zu erheben vermocht habe. Ideen, in welchen sich auch der polnische Dichter Mickiewicz bewegte. Ein gährendes Element, woraus wohl manche schöne Gedanken und tiefe Anschauungen, zugleich aber die Schaumblasen leerer Phantastereien hervortraten. Doch gilt letzteres keineswegs auch von dem in Rede stehenden rein sachlich gehaltenen Werke, welches auch seinen wissenschaftlichen Wert hat. Das Problem ist da in mancher Hinsicht ganz richtig erkannt und neben bloß Schematischem auch wirklich Anregendes beigebracht. Zu weiterm freilich konnte dieser Autor nicht gelangen, da er nach der eigentlich philosophischen Seite der Sache noch auf dem Boden des Hegelianismus stehn blieb, welcher zur Erkenntnis des eigentümlichen Wesens des geschichtlichen Reiches überhaupt keine Handhaben bietet.

Denn erst durch Schelling, in seiner spätern Periode, hat die Philosophie die Fähigkeit gewonnen, die Tat und die Tatsache in die Spekulation aufzunehmen. Das Entscheidende dabei, daß er das Wesen des religiösen Prozesses erschloß, wovon alle geschichtliche Entwicklung ausgeht, und wodurch nun die Ideen Vicos, der darüber noch in sehr unzulänglichen Vorstellungen befangen war, erst die rechte Grundlage gewonnen haben. Damit ist denn endlich die Möglichkeit einer im vollen Sinne des Wortes so zu nennenden Geschichtsphilosophie gegeben, während alles, was sonst bisher unter diesem Titel unternommen wurde, nur als Vorarbeiten dazu gelten kann, wobei die eigentlichen Grundfragen, die sozusagen die Metaphysik der Geschichte betreffen, noch fast unberührt blieben.

Es wäre hier nicht an der Stelle, dieses Thema weiter zu verfolgen, dessen große Bedeutung indessen durch das Vorstehende hinlänglich klar geworden sein wird. Und handelt es sich auch für unsern Zweck nur um die für die politischen Wissenschaften daraus entspringenden Folgen, so liegt ja wohl auf flacher Hand, daß da zuletzt doch alles davon abhängen muß: wie man über die Geschichte denkt; so gewiß als doch alle Staaten, nebst ihren Verfassungen und Gesetzen, selbst geschichtliche Bildungen sind und die sogenannte hohe Politik sich eben auch in dem Reiche der Geschichte vollzieht. Wie aber wäre an die Geschichte, deren tatsächlicher Charakter jedem unbefangenen Sinn als ihre grundwesentliche Eigenschaft entgegentritt, — wie wäre da mit bloß rationalen Begriffen überhaupt heranzukommen?

Unvermeidlich daher, daß die rein rationelle Staatswissenschaft sich ganz unhaltbar erweisen mußte. Positiv schaffen konnte sie nichts, sondern nur das tatsächliche Gefüge der geschichtlichen Bildungen zersetzend, revolutionierend und also rein negativ konnte sie wirken. Traten aber demgegenüber dann die Männer der historischen Schule auf, — die kamen doch auch nur wieder bis zur Negation dieses Negativen, was selbst noch lange keine wirkliche Position ist. Dazu konnten sie deshalb nicht gelangen, weil sie sich nur mit den geschichtlichen Vorgängen beschäftigten, ohne aber nach dem Wesen der Geschichte selbst zu fragen, da sie überhaupt keine systematischen, noch weniger eigentlich philosophische Köpfe waren. Vortrefflich unterrichtet über das Geschehene, besaßen sie nur leider keinen Maßstab für das Geschehn-Sollende, und so machte es sich ganz natürlich, daß sie am liebsten bei dem jedesmaligen status quo stehn blieben. Kein einziger großer Gedanke ging von ihnen aus. Und worin besteht denn nun die bis heute noch herrschende politische Wissenschaft? Im Grunde genommen aus einem Gemisch von rein rationalen Begriffen und aus geschichtlichen Reflexionen abgeleiteten Ansichten. Ein klares und festes Prinzip hat sie wirklich noch nicht gewonnen. Auch kann das nie gewonnen werden, so lange nicht das Wesen der Geschichte als eines besondern Reiches erkannt ist.

Da dies nun nicht erkannt war, indem man nur zwischen der Natur und der übersinnlichen Welt unterschied, so war freilich eine prinzipielle Grundlage nur zu gewinnen durch den Ausgang von dieser oder von jener. Das letztere ergebe dann die allbe-

kannte theologische Politik, welche der heute herrschenden Wissenschaft vorangegangen war, das erstere hingegen eine naturalistische Politik, die man früher noch nicht gekannt. Nachdem aber in den letzten Jahrhunderten die Naturwissenschaften in den Vordergrund aller Forschungen getreten und das allgemeine Denken zu beherrschen begannen, ist es wohl erklärlich, wie wirklich zuletzt versucht wurde, auch die politische Wissenschaft als eine reine Naturwissenschaft zu behandeln. In dem Sinne nämlich, daß der Mensch nur als ein Naturwesen, die geschichtlichen Bildungen nur als eine Steigerung des Naturprozesses betrachtet wurden. Und das also unternahm, in systematischer Weise, zuerst Comte in seiner bereits früher allegierten „Soziologie“, die einen Teil seiner „Philosophie positive“ bildet.

Das große Bedürfnis unsers Zeitalters hatte Comte in gewissem Sinne ganz richtig erkannt. Nämlich angesichts der Tatsache, daß die bisherigen politischen Lehren nur dahin geführt, daß man seit zwei Menschenaltern zwischen Revolution und Reaktion schwankte, was doch augenfällig das Unzulängliche derselben beweist, wollte er endlich eine feste Grundlage gewinnen. Unstreitig war er überhaupt ein scharfsinniger Kopf und origineller Denker. Auch haben seine Lehren in Frankreich allmählich Wurzel geschlagen, es bildete sich auf Grund derselben die Schule der sogenannten Positivisten, die dann auch in England Teilnahme fand. Insbesondere blieb sie nicht ohne Einfluß auf Stuart Mill, der sich viel mit Comte beschäftigte. Unbestreitbar ferner, wie diese naturalistische Lehre dem hohlen Formalismus der Rechtsstaats-Theorie gegenüber jedenfalls den Vorzug hat, daß sie von Anfang an den Blick auf die reellen Lebensverhältnisse lenkte, wodurch so viele herkömmliche Schul- und Parteiansichten mit einem Schlage in nichts verschwinden. Die Naturwissenschaften haben ja etwas den Geist Befreiendes, nur ist damit die Gefahr verbunden, daß dem bloß naturwissenschaftlichen Denken die übersinnliche Welt — in welche nicht in der Weise exakter Forschung einzudringen, sondern wobei vielmehr von der Intuition auszugehen ist, — überhaupt verschwindet. Und so bei Comte, der ausdrücklich als Materialist und Atheist auftritt, obwohl — ihm selbst unbewußt — noch manches Christliche in ihm blieb. Die große praktische Wichtigkeit der Kirche insbesondere entging ihm nicht, und so schwer begreiflich das auf seinem materialisti-

stisch-atheistischen Standpunkt erscheinen mag, er selbst fordert eine Kirche. Mit größtem Nachdruck fordert er desgleichen — zur tiefen Beschämung für die theologische Politik, welche dafür so wenig Interesse bekundet — die Wiederherstellung der abendländischen Völkergemeinschaft. Selbstverständlich bei ihm materialistisch, oder richtiger gesagt: pantheistisch gedacht, allein der Sache nach entsprach das doch zugleich einer praktischen Forderung des Christentums, welches also noch immer eine Wirkung auf ihn übte. Bemerkenswert auch, wie sein Biograph Littré berichtet, daß er in seinen letzten Jahren täglich in der Imitatio Christi las und ein rechter Beleg dazu, welche Macht doch in den christlichen Ideen liegen muß, daß selbst ernst denkende Atheisten sich davon ergriffen fühlen. Ist er bei dem allen und ganz im Gegensatz zu der naturwissenschaftlichen Exaktheit, welche er ausdrücklich anstrebte, nebenbei vielmehr selbst oft auf die abenteuerlichsten Phantastereien und Extravaganzen geraten, so bleibt trotzdem manches von ihm zu lernen und nicht zu leugnen, daß er einen Anstoß zu einem wissenschaftlichen Umschwung gegeben hat.

In Schäffles Bau und Leben des sozialen Körpers macht sich alles durch Daseinskämpfe, soziale Auswahl, Anpassung und Vererbung. Und keine Frage, daß alles dies ja eine große Rolle in der Geschichte spielt. Ist doch in gewissem Sinne das ganze menschliche Leben ein fortgesetzter Kampf, und ohne Kampf kommt kaum in der Welt etwas zustande. Allein so bloß Darwinistisch betrachtet, wäre die Geschichte lediglich ein Entwicklungsprozeß, nicht aber das Gebiet der freien Tat, welche aus dem fortfließenden Zug der Dinge heraustritt und schöpferisch Neues begründet. Unstreitig aber greift in alle politischen Bildungen die freie Tat ein, wie anderseits zur Regierung und Gesetzgebung ein planmäßiges Wirken gehört, welches über die bloßen Daseinskämpfe und so weiter entschieden hinausgeht. Sind nun zwar die Staaten und Institutionen Produkte der Geschichte und als Produkte den Naturprodukten insofern ähnlich, als sie sich als ein Werdendes und Gewordenes darstellen, die politischen Bildungen zunächst von dieser Seite zu betrachten, — da auch das planmäßige Wirken auf der Grundlage des bloß Zuständlichen ruht, — so ist doch eben die Geschichte etwas ganz anderes als ein bloßer Entwicklungsprozeß und sind darum auch die geschichtlichen Produkte etwas ganz anderes als bloße Naturprodukte. Eine politische

„Naturlehre“ wird folglich um deswillen keineswegs als ein Pendant zu den physischen Wissenschaften gelten können, welche die materielle Welt betreffen, die im spezifischen Sinne die „Natur“ heißt. Das Wort wird ja in sehr verschiedenem Sinne gebraucht. Spricht doch Cicero sogar „de natura Deorum“! Nach Schäffle hingegen wären die politischen Wissenschaften wirklich nur eine höhere Stufe der eigentlich sogenannten Naturwissenschaften; wie er auch überall von Analogien mit der materiellen Welt ausgeht und darnach den Stoff seines ganzen Werkes gruppiert. Unvermeidlich, daß darin viel bloß Schematisches liegen muß, oder geradezu Erzwungenes, was dann, anstatt zur Erkenntnis zu helfen, vielmehr das Spezifische der betreffenden Fragen verdunkelt. —

Ist der Mensch überhaupt einem übersinnlichen Reiche verbunden, so empfängt er auch von da aus Impulse, welche ihn zu Handlungen veranlassen, wozu die bloßen Daseinskämpfe nie geführt hätten. Und daraus folgt dann, daß so vieles in der Welt eine ganz andere Wendung nimmt, als auf Grund der vorliegenden Verhältnisse nach menschlichem Ermessen zu erwarten gewesen wäre. Überhaupt das Überraschende und Unberechenbare in der Geschichte, was man hinterher nur als Tatsache aufnehmen, aber nicht genetisch erklären kann. „Who will venture“ — sagt mit Rücksicht darauf Bancroft in seiner Geschichte der Vereinigten Staaten — „who will venture to measure the consequences of actions by the apparent humility or the remoteness of their origin? The mysterious influence of that power which enchains the destinies of states, overruling the decisions of sovereigns and the forethought of statesmen, often deduces the greatest events from the least commanding causes.“ Und darauf bemerkt er, wie der Ursprung der Vereinigten Staaten zuletzt auf Calvin deute, welcher in Genf eine zugleich kirchliche und politische Reform unternahm, deren Ideen dann nach England eindringen und dort die Sekte der Puritaner hervorriefen, die endlich durch ihre Auswanderung nach Nordamerika den Grund zu den heutigen Vereinigten Staaten legten. Gewiß, Daseinskämpfe spielten auch wieder dabei eine wichtige Rolle, aber nicht minder gewiß, daß sie nicht zugleich auch das Vehikel gewesen waren, wodurch sozusagen die Übertragung der Calvinischen Ideen nach England bewirkt worden wäre.

Muß nicht also die Verbreitung wie die Wirkung der Ideen an ganz andre Bedingungen gebunden sein, als wonach sich die Dinge in der Natur entwickeln? Noch weiter — wie geschieht es überhaupt, daß neue Erfindungen und Entdeckungen zu dem weitreichendsten Umschwung führen können, und um wieviel mehr noch ethische und religiöse Ideen? Ja, ich frage endlich: woher kommen diese Ideen selbst? Ist es der Genius, der sie schuf — wie konnte er das, außer dadurch, daß er sich in eine über dem jeweiligen tatsächlichen Zustande weit hinausliegende Region erhob? Das aber wieder konnte er nur in Kraft des Bandes mit der übersinnlichen Welt. Und dementsprechend zeigt die Erfahrung, daß wo der Glaube an die übersinnliche Welt verschwindet auch die höhere geistige Produktion aufhört. Denn es ist wahr, was Schiller sagt:

„Wer es glaubt, dem ist das Heilige nah,“

so entzieht hingegen die übersinnliche Welt sich dem Unglauben, und die sinnliche Welt bietet eben keine Impulse zu neuen großen Ideen.

Man sieht abermals, wieviel für das rechte Verständnis der menschlichen Dinge darauf ankommt, daß man ein Bewußtsein über die Verschiedenheit wie das Ineinandergreifen der drei Reiche habe.

Wird also die Geschichte, welche die eigentümliche Sphäre menschlicher Entwicklung ist, nicht als ein besonderes Reich erkannt, indem vielmehr nur die Natur und die übersinnliche Welt unterschieden werden, und erweist sich jetzt der naturalistische Standpunkt als unzulänglich, um eine prinzipielle Grundlage für die politischen Wissenschaften zu gewinnen, so kämen wir dann freilich wieder auf die theologische Politik zurück. „Incidit in Scyllam, qui vult evitare Charybdim.“ Und eben aus solchem Dilemma herauszukommen, ist die wahre Aufgabe. Klar nach unsern bisherigen Erörterungen, wie das nur zu ermöglichen sein wird durch die Annahme eines besondern Reiches der Geschichte, als der eigentümlichen Sphäre für alles Politische. Das darf uns jetzt als feststehend gelten. Über die theologische Politik aber bleibt gleichwohl um der großen Wichtigkeit der Sache willen noch einiges zu bemerken. Denn erklärlich genug, daß diese Denkweise bis diesen Tag noch immer großen Einfluß übt. Sie kaptiviert die Menschen, indem sie an das religiöse Ge-

fühl appelliert, wodurch sie gar ehrwürdig erscheint, während sie doch in tiefstem Grunde unwahr ist, wie sie praktisch zu den unheilvollsten Folgen führt. Darum ist für Theorie und Praxis unerläßlich, endlich damit ins Reine zu kommen.

Erstlich nämlich schlägt solche Politik ganz unvermeidlich zum Verderben der Religion selbst aus, welche dadurch dazu herabgewürdigt wird, über die menschlichen Einrichtungen und Zustände so schlecht sie immer wären ihren Segen zu sprechen, wie wenn darin die gottgewollte Ordnung vorläge. Weiß man ja, wie die ehemalige Feudalverfassung mit ihren übereinandergeschichteten Ständen, mit ihrer Hintersässigkeit und Hörigkeit des Landvolkes, zu ihrer Zeit auch für die gottgewollte Ordnung ausgegeben wurde. Hören wir aber einmal, wie viel anders schon der Sachsenspiegel sich darüber geäußert:

„Nach rechter Wahrheit hat Eigenhörigkeit ihren Beginn vom Zwange und vom Gefängnis und von unrechter Gewalt, die man von altersher zu unrechter Gewohnheit gebracht und gezogen hat und für Recht ausgeben will. Dabei ist uns von Gotteswegen kundig geworden, daß der Mensch Gottes Bild sein soll und wer einen jemanden anders zuspricht als Gott, daß der wider Gott tut.“

Unso bemerkenswertere Worte, als sie aus dem gemeinhin sogenannten finstern Mittelalter stammen. Wäre nun aber der ehemalige agrarische Feudalismus eine gottgewollte Ordnung gewesen, warum nicht auch der heutige finanzielle Feudalismus und überhaupt das ganze Ausbeutungssystem? Und so wäre freilich die soziale Frage auf einmal erledigt, indem man die arbeitenden Klassen mit ihren Ansprüchen kurzweg oder nötigenfalls auch mit Kartätschen zur Ruhe zu verweisen hätte, da es doch einmal der liebe Gott so angeordnet, daß die große Majorität nie mehr verlangen dürfe, als eben ihr Dasein fristen zu können. Das sogenannte eiserne Lohngesetz der Bourgeoisieökonomik wäre also wirklich nur ein anderer Ausdruck für diese gottgewollte Ordnung. Und warum auch nicht? Ist es doch immer so geschehn, daß die jeweilig herrschende Klasse den bestehenden Zustand mit einer göttlichen Sanktion zu bekleiden suchte, um ihn dadurch unantastbar zu machen. Im alten Rom taten die Patrizier auch so. Aber das ist nun leider die Wirkung der Aufklärung, daß der großen Masse allmählich ein Licht über diese Praktiken aufging, in folge-

dessen sie sich durch das Pochen auf eine angeblich gottgewollte Ordnung — worin jedes beliebige Drucksystem seine Rechtfertigung suchen könnte — nicht mehr imponieren läßt. Will man trotzdem noch mit dergleichen fortfahren, so ist die ganz natürliche Folge, daß endlich die Sozialdemokraten sagen: „von euerm Gott, der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen angeordnet hat, wollen wir hinfort überhaupt nichts hören, da vielmehr der ganze Gottesglaube mit Stumpf und Stiel auszurotten ist, als das mächtigste Hindernis aller reellen Verbesserung.“ Es liegt eine handgreifliche Logik darin. Welch ein entsetzlicher Zustand dann freilich daraus entspringen müßte, wenn die große Masse religionslos würde, bleibt hier außer Frage; käme es aber wirklich dahin, so wäre es eben die theologische Politik, welche die Hauptschuld daran trüge.

Zum zweiten: Wie die naturalistische Politik die überweltlichen Beziehungen des menschlichen Lebens nicht zu würdigen weiß, so die theologische Politik nicht die materiellen Unterlagen desselben und damit überhaupt die volkswirtschaftlichen Verhältnisse. Darauf aber ruhen Staat und Gesellschaft, so gewiß als die Menschen vor allem leben wollen, und von Religion können sie nicht leben. Diese hingegen erhält den moralischen Zusammenhalt und gibt dem menschlichen Leben die höhern Ziele, darin liegt ihre unermeßliche Wichtigkeit. Allein gleichwie bei einem Hause das in die Erde gesenkte Fundament, obwohl seiner innern Dignität nach das niedrigste, doch das allernotwendigste ist, damit das Haus überhaupt feststehe, so verhält es sich auch in Staat und Gesellschaft mit ihren materiellen Bedingungen. Davon muß deshalb in der politischen Wissenschaft die Betrachtung ausgehen, Verfassung und Gesetze folgen in zweiter Stelle und zuletzt erst alles das, was das geistige Leben der Völker betrifft. Demnach schreitet hier die Untersuchung fort vom niedern zum höhern, oder kurz gesagt: in der Richtung von unten nach oben. Die theologische Politik will diese Ordnung umkehren, vielmehr von Gott und überhaupt von der Religion ausgehend. Gerade als ob von daher auch die Staaten stammten! Die Staaten aber stammen aus der diesseitigen Welt, nicht aus der jenseitigen Welt, von woher freilich das Christentum stammt. Ist also die praktische Aufgabe für die Religionswissenschaft, die Anleitung dazu zu geben, daß dies Überweltliche den weltlichen Verhältnissen eingefloßt werde,

so muß sich da allerdings das Denken in der Richtung von oben nach unten bewegen. Anders in den politischen Wissenschaften, welche vielmehr darin mit den physischen Wissenschaften übereinstimmen, daß sie vom niedern zum höhern fortschreiten. Nur allerdings wieder mit dem großen Unterschiede, daß in der Politik das Niedere von vornherein zugleich im Hinblick auf das Höhere behandelt werden muß, dem es zugleich als Unterlage dienen soll. Der Naturforscher untersucht z. B. die Mineralien darnach, was sie an und für sich selbst sind, nicht darnach, daß sie zur Unterlage für das Pflanzenleben dienen sollen, sonst würde eine kuriose Mineralogie daraus entstehn. In der Volkswirtschaft hingegen ist das Materielle nicht als für sich selbst geltend, sondern als Mittel zu menschlichen Lebenszwecken zu betrachten; was also doch eine ganz andere Behandlung fordert als die bloß naturwissenschaftliche. Will gleichwohl der Theologe oder Physiker politisieren, so muß er dabei die Theologie oder Physik zu Hause lassen. Andernfalls bleibt er besser selbst zu Hause.

Zum dritten verschwindet für die theologische Politik die Relativität aller menschlichen Einrichtungen, denn was von Gott kommt, muß doch absolut gut sein. Verfassungen und Gesetze sind gerade nur insoweit gut, als sie den vorliegenden Zuständen und Bedürfnissen entsprechen, wie respektive den Einsichten der Menschen. Ändern sich die Zustände und Bedürfnisse oder werden bessere Einsichten gewonnen, so sind die Menschen nicht nur berechtigt sondern selbst verpflichtet, die Verfassungen und Gesetze zu ändern, so viel ihnen auch vorgeredet würde, daß sie damit an einer angeblich göttlichen Ordnung rüttelten.

Zum vierten lassen sich aus dem Christentum überhaupt keine staatlichen oder gesellschaftlichen Einrichtungen ableiten, sondern insoweit das doch versucht würde, läuft die Sache auf reinen Humbug hinaus. Nicht einmal ein sogenannter Idealstaat ließe sich daraus ableiten, denn der müßte doch auch irgendwelche Institutionen haben. Wohl gar aber die Verfassung eines besondern Landes, wie etwa Deutschland, aus dem Christentum herauskonstruieren zu wollen, wäre ein Gedanke des Wahnsinns. Aus dem Christentum folgen lediglich allgemeine Forderungen für das Verhalten der Individuen oder der Staatsgewalten und der Völker. Die sollen sich dann bemühen, einen Zustand herzustellen, der solchen Forderungen möglichst entspricht, welche Einrich-

tungen aber um deswillen zu treffen wären, bleibt der menschlichen Einsicht und Tatkraft überlassen. Das Christentum wirkt dabei nur als ein Impuls für die Gläubigen, ernstlich ans Werk zu gehn. Und um einen kräftigen Impuls geben zu können, muß es sich von aller Verquickung mit den weltlichen Gewalten freihalten, denen es hingegen dienstbar würde, wenn es diese oder jene Verfassung für die besonders gottgefällige erklären wollte. Dann hätte es seine überwältigende Kraft verloren; so daß auch hier wieder hervortritt, wie die theologisierende Politik der Religion selbst zum Verderben gereicht.

Wie schädlich in dieser Hinsicht namentlich auch ein Stahl gewirkt, bemerkten wir schon früher. Daß wir aber wiederholt von der Lehre dieses Mannes sprachen, dazu sahn wir uns vor allem um deswillen veranlaßt, weil, wie er in letzter Zeit als der Hauptrepräsentant der theologisierenden Staatswissenschaft gelten mußte, anderseits auch die Unhaltbarkeit und Unzulänglichkeit derselben durch ein Beispiel am deutlichsten hervortritt. Denn was sich überhaupt daraus machen läßt, das hat er gemacht. Dabei standen ihm noch die Hilfsmittel der deutschen spekulativen Philosophie zu Gebote, die er für seine Zwecke auszunutzen nicht verfehlte, und daß er ein gelehrter Mann und scharfsinniger Kopf war, bleibt ja unbestritten; nur in sein eigenes System verrannt, worüber er nicht weiter hinausblicken konnte. Hat er nun auf Grund seiner Ideen selbst nur so wenig Ersprießliches zu leisten vermocht, was steht erst zu erwarten von solchen theologisierenden Politikern, die darin ihr Evangelium fanden, ohne aber dabei auch ein wenig von den persönlichen Gaben und Fähigkeiten ihres Meisters zu besitzen? Gilt es einmal als zulässig, in den Fragen der Politik auf einen angeblichen aber niemals nachweisbaren Willen Gottes zu provozieren, so ist damit aller Salbaderei und aller Willkür Tür und Tor geöffnet. Sachlicher Untersuchungen bedarf es gar nicht mehr, sondern je unwissender und beschränktern Geistes die Leute sind, umso anspruchsvoller fahren sie mit ihren Behauptungen heraus, indem sie statt aller Argumente lediglich den Trumpf einer gottgewollten Ordnung ausspielen zu brauchen glauben, und die Frage ist entschieden. Der geistige Pöbel regiert.

Für den Föderalismus, der sich an die menschliche Freiheit und an die menschliche Einsicht richtet, ist es wesentlich, daß er in der

Geschichte ein besonderes Reich erblickt, welches nicht von Gott herrührt, sondern welches die Menschen schufen und fortwährend schaffen. Eine einfache Folge, daß darum auch die Menschen und beziehungsweise die Staatsmänner allein verantwortlich sind für ihre Schöpfungen und Unternehmungen, wofür sie ja auch den Ruhm einernnten, wenn die Sache glückt, andernfalls aber sich nicht unterfangen sollen, ihre eigenen Bétisen auf Rechnung der göttlichen Vorsehung setzen zu wollen, welche angeblich all das so gefügt habe, was vielmehr sie selbst gemacht. Ist ferner durch die Berufung auf eine gottgewollte Ordnung — welche doch über jede Kritik erhaben sein muß! — von vornherein die Untersuchung abgeschnitten, so hat hingegen eine wahre politische Wissenschaft die Untersuchung stets offen zu halten und sogar die Prüfung selbst herauszufordern, dem apostolischen Worte gemäß:

Omnia autem probate, quod bonum est tenete.

So gewiß demnach der Föderalismus für seine Entwürfe keine göttliche Sanktion in Anspruch nimmt, gestattet er das aber auch andern nicht und kann die gottgewollten Salbadereien nur mit Verachtung von sich weisen.

Hat sich nun der Föderalismus, für Theorie und Praxis, als ein universales Prinzip erwiesen, so hat er doch daneben zugleich noch eine besondere unmittelbare Beziehung auf Deutschland, dessen föderative Beanlagung und Bestimmung genügend aufgezeigt wurde. Das aber anerkannt, ist folglich auch keine wahre Wiederherstellung Deutschlands möglich, außer dadurch, daß es tatkräftig seinen föderativen Beruf ergreift, der mit seinem Nationalberuf eins und dasselbe ist. Und in demselben Maße als dies geschehn wird, wird dann die deutsche Nation zu ihrem eigenen Wesen zurückgekehrt, dem sie sich seit Jahrhunderten entfremdet hatte, und auch wieder schöpferisch auftreten in den Einrichtungen und Unternehmungen auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens, wo sie so lange nur nachgeahmt und bis diesen Tag noch nachzuahmen fortfährt.

Denn was wäre da wirklich original deutsch? Hatten wir das bei uns jetzt herrschende Ökonomiesystem, wie desgleichen das konstitutionelle Regierungssystem aus dem Auslande entlehnt, so sind von daher auch die sozialistischen Ideen zu uns gekommen. Und was das neudeutsche Reich betrifft, — ist es

nicht geschaffen nach halb napoleonischen und halb cavouristischen Maximen? Der Föderalismus hingegen, der wäre etwas Deutsches, wie anderseits denselben praktisch auszuführen und zur allgemeinen Geltung zu bringen, auch allein Deutschland befähigt wäre, nach seinem innern Wesen wie nach seiner Weltlage.

Wir fügen hinzu, wie damit zugleich der unglückliche Hang unsrer Gelehrten verschwinden würde, sich in Theorien zu ergelien, die gerade auf die deutschen Verhältnisse am wenigsten innere Beziehung noch Anwendbarkeit haben, sondern fast ausdrücklich nur als eine Schulweisheit auftreten, für das praktische Leben von vornherein mit Unfruchtbarkeit geschlagen. Auf föderativem Standpunkt verschwindet der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis, der Sinn ist auf beides gerichtet. Ganz wie es einst bei unserm Leibniz zutage trat, der das leuchtende Vorbild für alle deutschen Gelehrten sein sollte. Das der Wissenschaft wesentliche Streben nach Allgemeinheit erlitt dadurch so wenig Abbruch, daß er vielmehr in dem Hinblick auf die vaterländischen Angelegenheiten den lebendigsten Impuls dazu fand. Denn wie er Deutschland betrachtete, und wie es — auch das haben wir nicht minder gezeigt — betrachtet werden muß, gewinnt die deutsche Frage, je tiefer sie erfaßt wird, auch umso mehr eine universale Bedeutung.

Das eben begründet erst die wahre Würde Deutschlands, daß seine eigene Entwicklung so vielseitige und weitreichende Gesichtspunkte eröffnet, wie in gleichem Maße von keinem andern Lande zu sagen wäre. Aber so erkannten wir zugleich dies: wie anderseits auch die Auflösung der ehemaligen abendländischen Völkergemeinschaft und darauf das Emporkommen eines politischen Systems, wonach am Ende nur noch die tatsächliche Macht gilt, grundwesentlich auf den deutschen Vorgängen beruhte. Ein wahres Wort daher, was vor zwei Menschenaltern Gentz ausgesprochen und wohl noch von tieferm Sinn als der Mann damals selbst gedacht:

„Europa ist durch Deutschland gefallen, durch
Deutschland muß es wieder emporsteigen.“

Daß dies aber wirklich geschehe, dahin kann nur der Föderalismus führen, der — so wenig er auch erst der Gegenwart bedeuten möchte — umso mehr das politische Entwicklungsprinzip der Zukunft ist.



38675/
2.